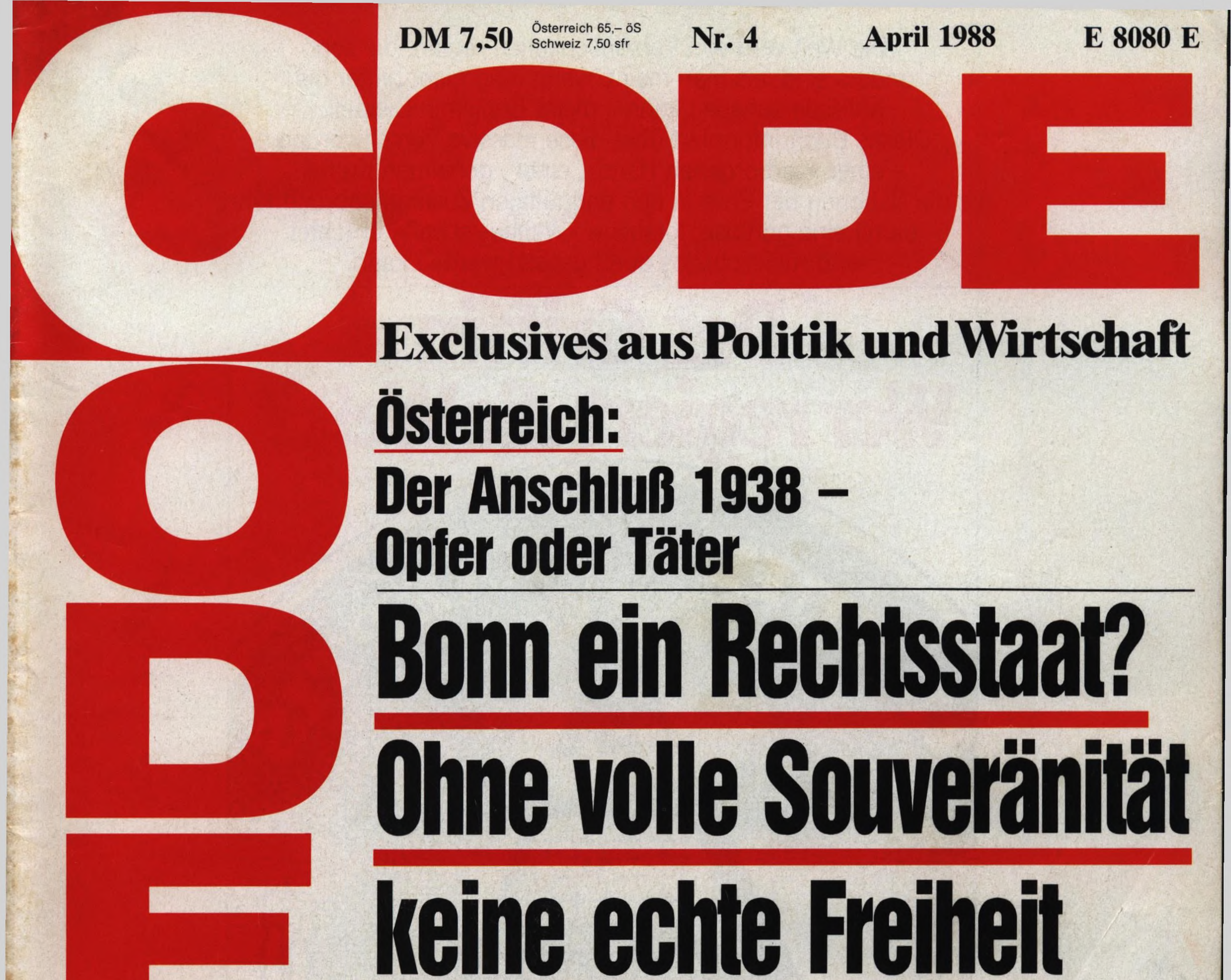
DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 4 April 1988 E 8080 E



# CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

## Österreich:
## Der Anschluß 1938 – Opfer oder Täter

# Bonn ein Rechtsstaat?
# Ohne volle Souveränität keine echte Freiheit

## Wall Street:
## Illegale Markt-Manipulationen

## Weltkommunismus:
## Gorbatschow schlimmer als die Vorgänger

## Zionismus:
## Perspektiven einer »Elite-Politik«

## Banker:
## Weltregierung durch Finanzierung von Kriegen und Revolutionen




# *Lieber CODE-Leser,*

*diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.*

*Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.*

*Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.*

*Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.*

*Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.*

*Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.*

*Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als* ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

**Vielen Dank**
**Ihr**
**Verlag Diagnosen**

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

## Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

**Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.**

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

# CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

## Deutschland

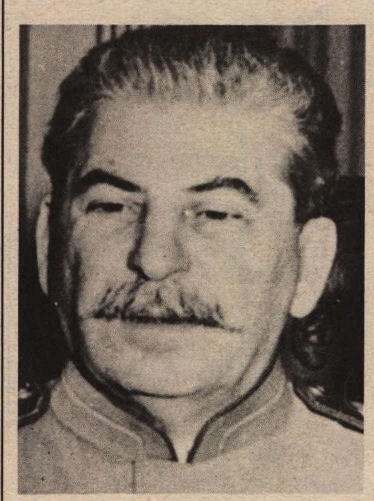




*Kurt Schuschnigg, der letzte Bundeskanzler, bevor Österreich zu einem Land des Deutschen Reiches wurde.*

## Finanzen





*Josef Stalin, der den Mord von Millionen von Russen und Ukrainern angeordnet hatte, wurde in den zionistischen Medien liebevoll »Onkel Joe« genannt.*



## Welt-Regierung



## Internationales





*Michail Gorbatschow ist dabei, Voraussetzungen für eine weitere Expansion des Kommunismus zu schaffen.*

## Naher Osten





*Ariel Sharon ist ein fanatischer israelischer Nationalist mit einem blinden Haß auf die Palästinenser.*



## Medizin



## Ständige Rubriken

# Krieg gewonnen – Frieden verloren

Georg Jaeckel

**Von seiten der in der Bundesrepublik Deutschland betriebenen Desinformation wird der Eindruck erweckt, als ob die Teilung Deutschlands vom Kommunismus des Josef Stalin verursacht wurde. Mit den geschichtlichen Tatsachen stimmt dies allerdings nicht überein. Den folgenden Ausführungen liegt das Werk von Jean Edward Smith zugrunde: »Der Weg ins Dilemma, Preisgabe und Verteidigung der Stadt Berlin« (»The Defence of Berlin«), Berlin 1965.**

Jean Edward Smith, Professor am Dartmouth College im amerikanischen Hanover, erlebte als amerikanischer Hauptmann in Berlin die Krisenjahre 1958 bis 1961. Er zeigt auf, daß die Teilung Deutschlands nicht in Moskau, sondern 1943 in London von England und den USA geplant und beschlossen worden ist.

## Verhandlungen über Teilung begannen 1941 in Moskau

Die deutschen Besatzungsgrenzen, die Lage Berlins innerhalb der DDR und die Aufteilung der ehemaligen Reichshauptstadt in Sektoren gehören zur Erbschaft des Zweiten Weltkrieges. All dies wurde – mit Ausnahme des französischen Sektors von Berlin – bereits während des Krieges festgelegt. Die Vereinbarungen darüber sind die Grundlage für die gegenwärtigen Verhältnisse in Berlin.

Die Verhandlungen der Alliierten über Nachkriegsdeutschland begannen Mitte Dezember 1941 in Moskau. Die Moskauer Konferenz der drei Außenminister im Oktober 1943 sollte die erste Begegnung der großen Drei in Teheran – 28. November bis 1. Dezember – vorbereiten, und jene kann als der Beginn der Drei-Mächte-Planungen über Deutschland betrachtet werden.



Bei Torgau an der Elbe begegnen sich Amerikaner und Sowjets, die von Eisenhower den Hauptpreis erhielten.

Am 17. Oktober 1943 übergab der US-Außenminister Cordell Hull dem sowjetischen Außenminister Molotow einen provisorischen Entwurf der sogenannten »Prinzipien, die Kapitulation Deutschlands betreffend«, und zu deren Konkretisierung schlug der britische Außenminister Eden die Gründung einer Kommission der drei beteiligten Staaten vor. Diese »Europäische Beratungskommission« (European Advisory Commission, EAC) sollte Empfehlungen ausarbeiten und sie den großen Drei zur Entscheidung vorlegen. Sie war es, die die endgültige Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen festlegte.

Am 13. November 1943 reiste US-Präsident Roosevelt mit zahlreichen Fachleuten nach Teheran, und am 19. November wurde auf dem Schlachtschiff »Iowa« das Problem der alliierten Besatzungszonen in Deutschland behandelt. Die Grundlagen dazu waren in den ersten Monaten des Jahres 1943 von einer Kommission des britischen Kabinetts unter Vorsitz des stellvertretenden Premierministers Clement Attlee entwikkelt worden.

## Ein Wettrennen nach Berlin

Nach dem Attlee-Plan umfaßte die sowjetische Besatzungszone Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Schlesien und Ostpreußen. Zur amerikanischen Zone in Süddeutschland gehörten Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und eventuell Österreich. Großbritannien sollte den Nordwesten Deutschlands besetzen.

Berlin sollte gemeinsam von den drei Mächten besetzt werden, als Symbol alliierter Einigkeit, ohne daß innerhalb der Stadt Grenzen festgelegt waren. Auch die Zugangswege zur deutschen Hauptstadt blieben unerwähnt.

Roosevelt war aber dagegen, daß Großbritannien und nicht die USA den nordwestlichen Teil Deutschlands erhalten sollte, da er den amerikanischen Truppen unbedingt einen Zugang zum Meer verschaffen wollte. Auch äußerte er, daß es »zu einem Wettrennen nach Berlin« kommen werde und daß die USA ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges Berlin besetzen sollten. Nach seinen Vorstellungen, die er auch auf einer Karte einzeichnete, sollte die Sowjetunion im Osten Deutschlands eine schmalere Zone erhalten, und dann läge Berlin nicht, wie nach dem Attlee-Plan, mitten in der sowjetischen Zone, sondern zwischen der amerikanischen und der sowjetischen.

Ob man in Teheran, wo man am 28. November 1943 zusammentrat, die Vorschläge erörterte, ist nicht klar. Man scheint sie aber nicht gebilligt zu haben. Die großen Drei beschlossen, die Sache der EAC zur Weiterberatung zu übergeben, die am 14. Januar 1944 zusammentrat.

Amerikanischer Vertreter in der EAC wurde auf Roosevelts

Wunsch John G. Winant, der Nachfolger Joseph P. Kennedys in London, unter Beibehaltung von dessen Amt als Botschafter. Es ist zweifelhaft, ob er mit den Rooseveltschen Vorstellungen über die Besatzungsgrenzen vertraut war.

Die amerikanische Politik gegenüber der EAC war zwiespältig. Denn Roosevelt und die militärische Führung betrachteten die Besatzungsgrenzen als rein militärische Angelegenheit. Dagegen war die EAC ein diplomatisches Gremium, weshalb sie sich nach all dem, was in Washington vor sich ging, bald zwischen zwei Stühlen befand. Die amerikanische Abordnung erhielt ihre Instruktionen durch das amerikanische Außenministerium, wurde aber wegen des zwischen Cordell Hull und Roosevelt bestehenden Zerwürfnisses über die Politik der Regierung nur selten unterrichtet.



**Churchill, der britische Generalstabschef Lord Alan Brooke und Feldmarschall Bernard Montgomery (von links nach rechts) am 25. März 1945 am Ufer des Niederrheins bei einem Picknick.**

## Es würde das Problem nur weiter verwirren

Nachdem der EAC die Attlee-Vorschläge unterbreitet worden waren, beratschlagte man in Washington, wer von Rechts wegen für die Besatzungspolitik zuständig sei. Wohl gründete man dafür einen Ausschuß, das Working Security Committee (WSC). Doch auch dieser war unter sich zerstritten, welche Instruktionen Winant erhalten sollte, weil die Vertreter der Armee darauf bestanden, daß die Besatzungspolitik militärische Angelegenheit sei und Winant nichts anginge. Dies war um so widersinniger, als zur gleichen Zeit das Besatzungsthema zwischen dem sowjetischen und dem britischen Botschafter eingehend beraten wurde.

Am 18. Februar 1944 erklärte der sowjetische Botschafter in der EAC, Gusew, daß die Sowjetunion bereit sei, den im Attlee-Plan festgelegten Zonengrenzen zuzustimmen. Nach 14 Tagen legte das US-War Department (Kriegsministerium) plötzlich dem WSC einen militärischen Plan vor, wonach die Besatzungszonen wie Tortenstücke in Berlin zusammenstoßen sollten. Die Vertreter des US-Außenministeriums lehnten diesen Plan jedoch ab.

Anfang 1944 sandte Winant schließlich seinen Vertreter George Kennan nach Washington zum Präsidenten, und am 3. April 1944 informierte Kennan mit Zustimmung des US-Außenministeriums über das in London Geschehene. Jetzt gab Roosevelt nach und erklärte, daß er gegen die im Attlee-Plan vorgesehenen Grenzen der Sowjetzone nichts mehr einzuwenden habe, zumal die anderen schon zugestimmt hätten. Nach wie vor bestand er zwar darauf, daß die USA die nordwestliche und nicht die südwestliche Zone erhalten müßten. Am 1. Mai unterrichtete aber das Außenministerium Winant, daß die USA bereit seien, die im Attlee-Plan entworfenen Grenzen der Sowjetzone anzunehmen. Damit war die Lage Berlins inmitten der Sowjetzone endgültig festgelegt.

Nach wie vor gab es aber noch keinerlei Abmachungen über die westlichen Zugangswege nach Berlin. Erst als im Mai 1944 Winant im US-Verteidigungsministerium die Besatzungspolitik erörterte, kam man überein, daß die Zugangswege nach Berlin bestimmt werden müßten.

Wie General Clay berichtet, glaubte Winant, daß das Recht, in Berlin zu sein, die Zugangsrechte mit einbeziehe: »Es würde das Problem nur weiter verwirren, wenn die Frage der Zugangswege im Zusammenhang mit dem Abkommen aufgeworfen werde. Er habe sehr das Gefühl, daß man dadurch nur das Mißtrauen der Sowjets erregen und eine gegenseitige Verständigung erschweren würde. Er hielt ein freundliches und verständnisvolles Verhältnis ohne alle Meinungsverschiedenheiten durchaus für möglich.«

## Öffentliche Meinung verlangte nach Siegen

Während der nun laufenden Verhandlungen über die alliierten Sektoren in Berlin wurde sich wohl auch die amerikanische Delegation des Problems der Zugangswege bewußt. Doch auch der britische Delegierte Sir William Strang berichtet, damals »habe niemand von uns erwartet, daß sich die Zonen gegenseitig abschließen würden«.

Die Konferenz von Jalta – 4. bis 11. Februar 1945 – entschied auf Vorschlag der Westmächte, Frankreich an der militärischen Besetzung Deutschlands zu beteiligen, nachdem man sich einig geworden war, die französische Zone dem Gebiet der Westmächte zu entnehmen.

Nach dem Fall von Paris trat im September 1944 Feldmarshall Montgomery für einen blitzartigen Vorstoß nach Berlin ein. Der Oberkommandierende General Eisenhower wünschte aber die vorherige Ausschaltung der Industriegebiete an Rhein und Ruhr, wenn er auch meinte, daß es im Anschluß daran zu einem raschen Vorstoß nach Berlin kommen sollte.

Eisenhower ließ Ende Januar 1945 den westlichen Staatsmännern klarmachen, daß ungeachtet der festgelegten Zonengrenzen die alliierten Streitkräfte darüber hinaus vorstoßen könnten. Am 3. März erreichte die 9. US-Armee Düsseldorf, am 5. März die 3. Armee Koblenz, am 7. März die 9. Panzerdivision Remagen. Da die Eisenbahnbrücke noch stand, bildeten binnen zwei Tagen fünf Divisionen auf dem rechten Rheinufer einen fünf Kilometer tiefen Brückenkopf. Zwei Wochen danach gab es westlich des Rheins keinen organisierten Widerstand.

## Eisenhower gab Berlin als Ziel auf

In Eisenhowers Hauptquartier (SHAEF) bestand wenig Neigung, sich mit den Sowjets in ein Wettrennen um Berlin einzulassen, die allerdings noch sechs Wochen an der Oder aufgehalten wurden, da Hitler alle verfügbaren Einheiten an die Ostfront geworfen hatte.

Auch wurde das Denken der amerikanischen Führung vom Glauben an die »Alpenfestung« beherrscht, obgleich diese nur in der Goebbelschen Propaganda bestand. Außerdem hätte ein Angriff auf Berlin Montgomery unterstanden, und die südlich der britischen Heeresgruppe stehende amerikanische Armee unter General Bradley hätte unter britischem Befehl bleiben müssen.

Die öffentliche Meinung in den USA verlangte aber nach amerikanischen Siegen. So wählten Anfang März 1945 im SHAEF zu Reims Eisenhower und Bradley die Elbe bei Dresden als letztes Ziel der alliierten Streitkräfte aus, weil, wie Bradley schreibt, er »in der Einnahme Berlins keinen politischen Vorteil erblikken« konnte. Die anglo-amerikanischen Streitkräfte sollten südlich an Berlin vorbeistoßen und sich bei Dresden mit den Sowjets vereinigen. »Berlin war als Ziel offiziell aufgegeben worden«, wie es Eisenhowers Stabschef General Walter Bedell Smith ausdrückte.

## Churchill übte härteste Kritik

Da Churchill die Gefahren eines weiteren Vordringens der Roten Armee für die politische Gestaltung Europas erkannte, ersuchte er Eisenhower um Aufklärung,

## Deutschland

# Krieg gewonnen – Frieden verloren

die am 30. März 1945 im Sinne des obigen Planes erfolgte, und zwar mit dem Bemerken, daß man Berlin den Russen überlassen würde.

Schon am 28. März hatte Eisenhower dem Generalissimus Stalin seinen Plan telegrafisch eröffnet. Dies schuf Verärgerung bei Churchill und den alliierten Stabschefs, zumal Eisenhower zum direkten Verkehr mit sowjetischen Militärdienststellen in Militärangelegenheiten nicht ermächtigt war.

Churchill übte auch härteste Kritik an dem Plan, Berlin zu umgehen, weil er den Fall Berlins als ein für die Deutschen entscheidendes Faktum betrachtete. Washington unterstützte die Entscheidung Eisenhowers. Churchill wies jedoch Eisenhower am 31. März 1945 auf die bedeutenden politischen Folgen hin, die es hätte, die Elbe zu überschreiten und so weit wie möglich nach Osten vorzustoßen, wogegen er für den Fall der Eroberung Berlins durch die Sowjets fürchterliche Schwierigkeiten voraussah.

Nachdem Eisenhower die Vorwürfe zu entkräften versucht hatte, gab Churchill am 2. April nach, allerdings nur in diesem Fall. Am 11. April erreichte die 9. US-Armee unter Simpson die Elbe bei Magdeburg. Sie und die russischen Truppen lagen nun von Berlin gleich weit entfernt.

Im Westen war der deutsche Widerstand gering, doch verbot Eisenhower Simpson, weiter nach Berlin vorzurücken, während die 1. Armee am 25. April bei Torgau auf sowjetische Truppen traf. Diese Entscheidung Eisenhowers war wahrscheinlich »die folgenreichste Einzelentscheidung des ganzen Krieges in Europa«.

Montgomery äußerte später: »Die Amerikaner konnten nicht begreifen, daß es wenig einbringt, einen Krieg strategisch zu gewinnen, wenn man ihn politisch verliert.«



**Franklin D. Roosevelt (Mitte) war das Vorbild für Gipfeltreffen mit sowjetischen Diktatoren, als er zusammen mit dem britischen Premierminister Churchill am 1. Dezember 1943 Josef Stalin in Teheran traf.**

Auch den Vorschlag Churchills am 30. April, in der Tschechoslowakei so weit wie möglich vorzurücken, lehnten die amerikanischen Militärs ab. Was die Amerikaner im Frühjahr 1945 unterließen, hat die Nachkriegsgeschichte Mitteleuropas entscheidend beeinflußt.

Am 11. April 1945 ließen die englischen Stabschefs Washington im Sinne Churchills wissen, daß die Evakuierung der Sowjetzone eine politische Angelegenheit sei, die nicht von den militärischen Befehlshabern, sondern von den Regierungschefs zu entscheiden sei. Demgegenüber verneinte das Weiße Haus, »daß der Rückzug unserer Truppen auf die jeweiligen Zonengrenzen als Handelsobjekt benutzt werden sollte«.

Auch der neue amerikanische Präsident Harry Truman ließ am 23. April wissen, daß der Rückzug seiner Truppen aus der Sowjetzone von der militärischen Lage abhängen solle. Truman war nie an Regierungsgeschäften beteiligt und wurde von seinen anti-englischen und pro-russischen Beratern beeinflußt. General Marshall, Chef des Stabes des Heeres, suchte die Hilfe der Sowjetunion beim Krieg gegen Japan.

## Eine schwere Verantwortung für die Zukunft

Nach Kriegsende brachte Churchill am 12. Mai wieder einmal seine Besorgnis zu einem vorzeitigen Abzug der alliierten Truppen zum Ausdruck und erwähnte das erste Mal den »Eisernen Vorhang«, hinter dem man nicht wisse, was dahinter vorgehe. Bald seien alle Gebiete östlich der Linie Lübeck–Triest–Korfu in der Hand der Sowjets, und dazu seien auch die riesigen Gebiete zu zählen, »die die amerikanische Armee zwischen Eisenach und der Elbe erobert haben und ... wenn sich die Amerikaner zurückziehen, von der russischen Macht besetzt werden«.

Doch gemäß den Direktiven aus Washington war mit dem Ende der Kampfhandlungen die Zeit zum Rückzug gekommen, und am 14. Mai lehnte Truman Churchills Vorschläge ab, weil er keinen endgültigen Bruch mit den Sowjets riskieren wollte. SHAEF bereitete den Rückzug vor, und so räumten die westlichen Streitkräfte ein Gebiet, das bis nach Mecklenburg hineinreichte und etwa die Hälfte der DDR und rund zwei Drittel seiner Bevölkerung umfaßt.

In Berlin, das über zwei Wochen lang verteidigt worden war, unterzeichnete Stadtkommandant General Weidling am 2. Mai 1945 die Kapitulation der Stadt. An seine Stelle trat ein sowjetischer Stadtkommandant, Generaloberst Bersarin, der veranlaßte, daß die Stadtverwaltung mit Männern seines Vertrauens wieder in Gang gebracht und die Bevölkerung aus der Sowjetunion mit den notwendigen Lebensmitteln versorgt wurde.

Doch wurden sich am 16. Mai in London Eisenhower mit Churchill und den britischen Stabschefs des Mißstandes bewußt, daß die Besatzungsgebiete zwar den einzelnen Mächten zugeteilt waren, daß aber die Anweisung fehlte, sie zu besetzen.

Noch einmal warnte Churchill Truman vor einer Aufgabe der von den Westmächten besetzten Gebiete: »Sie und ich werden eine schwere Verantwortung für die Zukunft zu tragen haben«, wenn man »die Sowjetmacht ins Herz Europas einläßt und den Eisernen Vorhang zwischen uns und alle östlichen Gebiete schiebt«. Am 5. Juni traten die vier Oberbefehlshaber im Hauptquartier Marschall Schukows zusammen, der auch den Vorsitz führte.

## Die Frage des Zugangs nach Berlin

Vorerst machte Schukow klar, daß der Alliierte-Kontrollrat,

**Amerikanischer Hinweis an der deutschen Grenze: »Seid auf der Hut.«**



der die oberste Gewalt im Besatzungsgebiet ausüben sollte, erst geschaffen werden könne, wenn die Truppen der Westmächte die Sowjetzone verlassen hätten. Darauf legte Eisenhower klar, daß dies zum gleichen Zeitpunkt geschehen würde, an dem diese in ihre Berliner Zone einzögen. Als endgültigen Zeitpunkt für die Ankunft der Alliierten gab Stalin den 1. Juli an.

Jetzt war noch die Frage des Zugangs nach Berlin zu klären, und dazu nannte Eisenhower am 28. Juni als »unerläßliche Bedingungen«: Erstens, das unbeschränkte Recht, zwei Straßen zwischen Berlin und den Westzonen zu benutzen; zweitens, das Recht, drei bestimmte Bahnlinien zu benutzen; drittens, unbeschränkten Luftverkehr zwischen der britischen und amerikanischen Zone und den Flughäfen Staaken, Tempelhof und Gatow.

Die entscheidende Sitzung am 29. Juni 1945 unter dem Vorsitz von Marschall Schukow legte die Einzelheiten fest. Bevollmächtigter Vertreter der USA war Generalleutnant Clay und von England Generalleutnant Weeks. Ein französischer Vertreter fehlte, da noch keine Einigung über die Lage des französischen Sektors bestand.

Einigkeit bestand sogleich darüber, daß der Abzug der Westmächte aus der Sowjetzone am 1. Juli beginnen und binnen vier Tagen beendet sein sollte. Bei den weiteren Verhandlungspunkten kamen aber die Gegensätzlichkeiten zum Vorschein, und nachdem der Westen mit der Zustimmung zur Räumung seine Trümpfe ausgespielt hatte, hatten Clay und Weeks zu nehmen, was Schukow ihnen bot.

Schukow ging aber davon aus, daß »die Sowjetunion den Zugang nach Berlin als ein den Alliierten gewährtes Privileg ansehe, nicht als ein Recht, das ihnen zustehe«. Die ihm am Vortage übergebenen westlichen Forderungen lehnte Schukow auf Grund von eindeutigen Instruktionen aus Moskau als zu weitgehend ab. Er gestand den Alliierten eine Straße – die Autobahn von Berlin nach Hannover über Helmstedt –, eine Bahnlinie und einen Luftkorridor zu, der sich hinter Magdeburg gabeln und in Richtung Hannover und Frankfurt weiterführen könne. Von den Berliner Flugplätzen könnten die Alliierten Gatow und Tempelhof benutzen, da sie in den Westsektoren lägen, Staaken hingegen nicht.

Zunächst weigerten sich Clay und Weeks, die sowjetischen Vorschläge anzunehmen. Doch stimmten sie zu, als Schukow erklärte, daß man diese Vereinbarungen nur als vorläufig zu betrachten brauche und sie im Kontrollrat wieder vorbringen könne.

### Die Fehler der westlichen »Freunde«

Clay schrieb dazu im Jahr 1950: »Ich glaube, daß es falsch war, als ich den freien Zugang nach Berlin nicht zur Bedingung machte für den Rückzug unserer Truppen in unsere Besatzungszone.« Da er aber von Eisenhower alle Vollmachten hatte, stimmte er zu.

Die schwerwiegenden Vereinbarungen vom 29. Juni 1945 waren nur mündlich. Es gibt darüber kein amtliches Dokument. Clay und Weeks wollten keinen festgelegten Zugangswegen ihre Zustimmung erteilen, die »als Aufgabe unseres Zugangsrechts über andere Routen verstanden werden konnte«.

Als Folge dieser Vereinbarungen begann am 1. Juli 1945 der Abzug der alliierten Truppen aus der Sowjetzone und die Besetzung des Berliner Sektors durch eine amerikanische Vorausabteilung. Am 4. Juli folgte die bis dahin an der Elbe liegende 2. Panzerdivision der 9. Armee Simpsons. Am 11. Juli begann offiziell mit der ersten Sitzung der Berliner Kommandantur mit den Kommandanten der vier Sektoren die Viermächtebesetzung Berlins, und am 26. Juli wurde der französische Sektor festgelegt.

Die deutsche Teilung und den Status der deutschen Hauptstadt Berlin als alliiertes Besatzungsgebiet in der bis heute bestehenden Form haben wir also in erster Linie unseren heutigen »westlichen Freunden« zu verdanken. Dieser historischen Tatsache sollte man sich bei allen Überlegungen und Abschätzungen bewußt sein, wenn es um die Frage geht, wo wohl heute Befürworter und Gegner einer deutschen Einheit in Freiheit zu finden sein könnten. □

## Bundesverfassungsgericht

# Fremdes Hoheitsrecht akzeptieren

Walter Pal

**Nervengas lagert in den Depots der amerikanischen Streitkräfte in Süddeutschland, abgefüllt in Bomben und Granaten. Ein Liter etwa des Stoffes VX reicht theoretisch aus, eine Million Menschen zu töten und ebensoviele zu schädigen. 4000 Tonnen oder 4 Millionen Liter verschiedener Gifte – so viele Menschen gibt es nicht –, aber so viel Gift liegt in diesen Depots.**

General Rogers, als er noch Oberbefehlshaber der NATO war, stellte fest, die C-Waffen seien durch Korresion und Zersetzung überaltert und unzureichend verwendungsfähig. Im amerikanischen Kongreß wurde schon 1980 berichtet, annähernd 4000 Lecks gebe es in den dortigen Lagerbeständen pro Jahr.

### Durch die kleinste Panne eine große Katastrophe

In den USA hat man umfangreiche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung getroffen. Davon ist bei uns keine Rede. Im Gegenteil, da die Standorte der Depots geheim sind, würden Schutzmaßnahmen diese Geheimhaltung ja gefährden. So kann sich schon die kleinste Panne zur großen Katastrophe ausweiten.



**Die Stationierung von C-Waffen ist ein Hoheitsakt der Amerikaner auf deutschem Boden, der vom Verfassungsgericht akzeptiert wird.**

Aber in diesem Land ist nichts geheimzuhalten. Schon 1982 wurde eine Verfassungsbeschwerde gegen die Lagerung der Giftgase eingereicht. Nach fünf Jahren, kurz vor dem Ausscheiden von drei Richtern, offensichtlich sehr eilig und ohne mündliche Verhandlung, traf das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung, die dann kurz vor Weihnachten 1987 veröffentlicht wurde.

Die Lagerung sei verfassungsrechtlich zulässig, so das Bundesverfassungsgericht. Das Hoheitsrecht eines fremden Staates auf dem Boden der Bundesrepublik müsse respektiert werden. Die bundesdeutsche Souveränität ende an den Zäunen der US-Depots. Die Stationierung von C-Waffen sei ein Hoheitsakt eines fremden Staates, der mit einer Verfassungsbeschwerde nicht in zulässiger Weise angegriffen werden könne.

Das heißt doch nichts anderes, als daß Regierung und höchstes Verfassungsgericht machtlos sind gegenüber den Besatzern. Unsere Freunde und Beschützer machen hier, was sie wollen. Die Souveränität reicht nicht einmal so weit, ihr Fehlen vor aller Welt eingestehen zu dürfen.

Wie sagte Herr Lehlbach, der Hauptinitiator der Verfassungsbeschwerde? »So kann man mit Ratten, Mäusen und Kaninchen umgehen oder mit Schädlingen, die vergast werden können, nicht aber mit den Bürgern der Bundesrepublik.«

Genau das kann man eben doch in diesem freiesten Staat, den es auf deutschem Boden je gab. □

# Wirklich ein Rechtsstaat?

Werner Symanek jun.

**Der »freieste Rechtsstaat« aller Zeiten! Dieser Satz wird allzuhäufig und bei jeder Gelegenheit in Anspielung auf unsere politische Vergangenheit als auch in bezug auf die gesellschaftliche Überlegenheit der westlichen-amerikanischen Demokratie gegenüber dem östlichen System und einstmaligen Alliierten gebracht. Dabei schlagen sich unsere Politiker durchaus nicht kleinlich an die vor demokratischer Leistung geschwollener Brust.**

Warum auch nicht? Imponiergehabe im Superlativ gehörte schon immer zur Politik. Wäre es nur an dem, könnten wir unsere Betrachtungen schließen. Dem ist aber leider nicht so, weil durch diese anspruchsvolle Behauptung dem Deutschen bewußt ein Zustand vorgegaukelt wird, der erstrebenswert und verteidigungswürdig sei.

So weit, so gut, wären da nicht Bedenken, von denen aufmerksame Deutsche immer mehr geplagt werden. So kann es doch ohne vollständige staatliche Souveränität keine echte Freiheit in diesem und für diesen Staat geben. Ohne wirkliche Freiheit bleibt aber das Recht auf der Strecke; denn das eine ist eben ohne das andere undenkbar. So beginnt es denn schon bei der Rechtsgrundlage dieses freiesten Rechtsstaates aller Zeiten, »dem Grundgesetz«, recht fragwürdig.

Dem Parlamentarischen Rat wurden von den Besatzungsmächten der drei Westzonen bei der Beratung und vor dem Beschluß des Grundgesetzes viele Auflagen gemacht. Es durfte zum Beispiel auch nicht die Bezeichnung »Deutsches Reich« als Name Deutschlands beibehalten werden.

Der Parlamentarische Rat war also nicht frei in seiner Entscheidung. Den Kontrollrat lösten die Alliieten zwar nach Erlaß des Grundgesetzes auf, jedoch die Funktion der Hohen Kommission übertrug man auf die jeweiligen Botschafter. Die wichtigsten Rechte der drei Siegermächte als Besatzungsmacht werden vom Grundgesetz zwar nicht berührt oder gar eingeschränkt; vielmehr haben sie sich diese Rechte im Deutschland- und Stationierungsvertrag ausdrücklich abgesichert.

Diese Rechte berühren die fundamentalsten Lebensinteressen des Deutschen Volkes direkt bis hin zur Möglichkeit der totalen Auslöschung mittels einer begrenzten nuklearen Auseinandersetzung auf dem deutschen Boden.

Nach Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt wurden wir von unserem Befreierpräsidenten Carter in diesen Fragen nicht konsultiert und von Reagan nicht einmal informiert. Das gegenwärtige Abrüstungstheater der Atomgiganten unter der »Glasnost-Devise« Gorbatschows offenbart einmal sehr deutlich die Ohnmacht oder Unfreiheit unseres sogenannten Rechtsstaates.

Deutsche Gerichte in West-Berlin urteilen nach Kontrollrat-Gesetzen. Diese Urteile wiederum dienen, in gleich gelagerten Fällen, westdeutschen Gerichten als Vorgang, auf den man sich ohne weiteres beziehen kann. So ist sichergestellt, daß auch im »freiesten Rechtsstaat aller Zeiten« die Kontrollrat-Gesetze der Besatzer die angeblich so freien Bundesbürger hinter Schloß und Riegel bringen können.

Betrachten wir doch einmal das Grundgesetz, in dem geschrieben steht, daß es auch für jene Deutsche gelte, denen mitzuwirken versagt war. Das sind also unsere Brüder und Schwestern in Mittel- und Ostdeutschland.

Am 8. Mai 1949 beschloß der Parlamentarische Rat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das er in seiner letzten Sitzung am 23. Mai unterzeichnete.

Die Besatzungsmächte der drei Westzonen haben es akzeptiert, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik den Alleinvertretungsanspruch für Gesamtdeutschland beansprucht. Es gibt demzufolge nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach Artikel 1 Absatz 1 der Verfassung der sowjetischen Besatzungszone gibt es ebenfalls nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Dies wird auch durch die Bestimmungen des Paßgesetzes bestätigt, in denen Bürger der Bundesrepublik als »Deutsche Staatsangehörige mit ständigem Wohnsitz in Westdeutschland« bezeichnet werden.

Die Besatzer haben ihre Zonen nicht annektiert, sie wollen allerdings nach den Potsdamer Protokollen den Bestand des Deutschen Reiches nur in den Grenzen von 1937 gelten lassen. Damit bleibt jedoch den Alliierten auch in der Behandlung »Deutschland als Ganzem« nur das Besatzungsrecht nach dem allgemeinen Völkerrecht, vor allen der Haager Landkriegsordnung, als Regime übrig.

Im Deutschlandvertrag wird der frei verhandelte Friedensvertrag vorgesehen. Nach dem seit 1945 beziehungsweise 1939 auch zu Deutschlands Vorteil weiterentwickelten zwingenden Völkerrecht kann eine deutsche Regierung jede Zumutung abwehren, die völkerrechtlich gültigen Vorkriegsgrenzen aufzugeben.

Die beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1966, jeweils in Artikel 1 Absatz 2 der Satzung der Vereinten Nationen, sichern allen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung zu. Unter diesen rechtlichen Aspekten hätte Deutschland nur als Gesamtheit, niemals als zwei Staaten in den Vereinten Nationen als Mitglied Aufnahme finden dürfen.

Was hat dagegen in Anbetracht von Mauer, Metallgitterzaun, Todesstreifen und Schießbefehl die Regierung des freiesten Rechtsstaates aller Zeiten getan? Sie läßt im Fernsehen zu, daß die das Unrecht anerkennenden Landkarten bis heute offiziell gezeigt werden dürfen; die Deutschlandkarte, obwohl sie nur die Grenzen von 1937 zeigte, verschwand aus dem Plenarsaal des Bundestages. Es kommt aber noch besser.

Der Vertrag von Dünkirchen vom 4. März 1947, ein Bündnis- und Beistandsvertrag zwischen England und Frankreich gegen Deutschland, wurde am 17. März 1948 in Brüssel zum Fünf-Mächte-Pakt durch Beitritt der Benelux-Länder erweitert und von da ab als »Westeuropäische Union« bezeichnet.

Diesem, wiederum gegen Deutschland gerichteten Vertrag, traten am 23. Oktober 1954 auf Einladung Italien und die »Bundesrepublik Deutschland« bei. Mit diesem Beitritt hat also die Bundesrepublik Deutschland dokumentiert, daß sie selbst ein Feinstaat des rechtlich nicht untergegangenen »Deutsches Reich« und des deutschen Staatsvolkes ist. Verrückter geht es nicht mehr. □

## Österreich

# Der Anschluß: Opfer oder Täter?

Günter Kaufmann

**Kein Tag dieses Jahrhunderts ist wohl schicksalsbeladener als jener Freitag, der 13. März 1938, den die einen als Tag der »Wiedervereinigung«, andere als den Tag des »Anschlusses« und wieder andere als Tag der ersten militärischen Okkupation eines unabhängigen Staates durch das Hitler-Reich in Erinnerung oder überliefert bekommen haben. Auf jeden Fall eignet sich kein Tag dieses Jahrhunderts besser zur Bewältigung der Vergangenheit, wenn man darunter Einsicht in geschichtliche Zusammenhänge und daraus gewonnene Erfahrung für die Gestaltung der Zukunft verstehen will, als eben dieser 13. März. Denn mit ihm verknüpft sich Vergangenheitsbewältigung nicht wie gewohnt allein durch die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, sondern in gleicher Weise durch die zuerst unmittelbar betroffenen Österreicher, wie ausnahmslos durch die Nachfahren der Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges.**

Vordergründig beansprucht heute die Frage das allgemeine Interesse: »War Österreich damals Opfer oder Täter«? Die offizielle Lesart, die Bekundungen heutiger Politiker und die Aussage der vielen Gedenkartikel zum Fünfzigjährigen dürften lauten: Österreich war das erste Opfer.

### Mußte es die Rolle des Opfers spielen?

Aber man horcht doch wohl auf, wenn im Oktober 1987 der aus Wien scheidende amerikanische Botschafter Ronald Lauder erklärte: »Fünfzig Jahre lang haben die Österreicher mit einer Lüge gelebt!«

Und man will es wissen, »wieso und warum«, wenn der frühere Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen, der Brite Brian Urquhart, in seinen Memoiren seinen ehemaligen Chef, den jetzigen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim als »eine lebendige Lüge« bezeichnet.

Diese Kritiker gehen davon aus, daß die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung ihre Vergangenheit nicht bewältige, sondern einfach verdrängt habe. Aber mußte sie diese Vergangenheit nicht verdrängen, wenn sie im Jahre 1955 endlich ihre Besatzungsmächte loswerden und anstelle des Deutschland bis heute vorenthaltenen Friedensvertrages einen Staatsvertrag und die Rückkehr in den Kreis der internationalen Staatengemeinschaft erkämpfen wollte? Mußte Österreich nicht perfekt die Rolle des ersten Opfers spielen?

Dieser Erfolg des damaligen österreichischen Außenministers Leopold Figl ist nur von diesem Ausgangspunkt her zu begreifen, und der datiert auf den 1. Dezember 1943, abends gegen 19 Uhr, als in Teheran Stalin, Roosevelt und Churchill verkündeten, daß Österreich als erstes Opfer der Hitler-Aggression befreit und wiederhergestellt werden sollte. Zuvor hatten bereits deren Außenminister die sogenannte Moskauer-Erklärung vom 30. Oktober 1943 verabschiedet, in der es hieß:

### Die Stürme der Begeisterung verdrängen

»Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll. Sie betrachten die Annexion Österreichs und Deutschland am 13. März 1938 für null und nichtig. Sie erklären, daß sie wünschen, ein freies, unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen.«

Zum Schluß aber hatten die Außenminister auf Betreiben der Sowjetunion, die sich Reparationen sichern wollte, den nachstehenden Absatz hinzugefügt: »Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für seine Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann und daß anläßlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.«

In dieser Erklärung war also Österreich Opfer und Täter zugleich, das heißt, es war einerseits durch Okkupation als Völkerrechtsobjekt ausgelöscht, wurde aber mit Vergeltung bedroht, weil es »an der Seite Hitler-Deutschlands« am Krieg beteiligt war.

Der im KZ eingesessene Außenminister Figl mußte daher, als die Besatzungsmächte zehn Jahre nach Kriegsende immer noch im Lande waren, alles daran setzen, die Stürme der Begeisterung, die Hitlers Einmarsch begleitet hatten, zu verdrängen, die erbrachten Blutopfer im Widerstand gegen das NS-Regime anzustrahlen und die Vorgeschichte, die zum Abschluß überhaupt erst geführt hatte, vergessen zu machen. Es kam nicht nur darauf an, solches in ein den vier Besatzungsmächten überreichtes, bislang noch nicht veröffentlichtes Memorandum hineinzuschreiben, sondern dieses Thema mußte sich ganz Österreich zu eigen machen, sollten die Alliierten es glauben und damit Österreich seine Souveränität zurückgeben.

Wenn sich dabei manche Fernstehende davon überzeugen ließen, daß Hitler in Bonn, Beethoven aber in Wien geboren



**Am 9. März 1938 ruft Bundeskanzler Schuschnigg seine Landsleute zu einer Volksabstimmung auf. Hitler fordert seinen Rücktritt, Schuschnigg folgt diesem Wunsch am 11. März.**

## Österreich

# Der Anschluß: Opfer oder Täter?

worden war, so ist das Figl mit Sicherheit nicht anzulasten. Aber der kleine pfiffige Bauernsohn aus Niederösterreich schaffte es an den Heurigen-Abenden in Grinzing und Sievering, daß die »Mitschuldklausel« an Hitlers Krieg aus dem Staatsvertrag in seiner letzten, entgültigen Fassung gestrichen wurde. Um die Zukunft Österreichs willen und natürlich auch zu Nutz und Frommen der eigenen Karriere mußten es alle Waldheimer dahin tunlichst vermeiden, ihre Vergangenheit in Erinnerung zu rufen, weil sie damit dem Teheraner Beschluß seine Grundlage entzogen hätten und in die Konkursmasse von Hitlers Restdeutschland einbezogen worden wären.

Wer also heute den Österreichern vorwirft, sie hätten seit 50 Jahren mit der Lüge gelebt, wird die Väter dieser Lüge in Teheran nicht aus der Verantwortung entlassen können.

### Die Rückkehr des verlorenen Sohnes

Die Ereignisse am 13.,14. und 15., März 1938 in Österreich können von einer Generation kaum noch nachvollzogen werden, für die Nation und Vaterland, Volkszugehörigkeit und Stolz auf nationale und kulturelle Gemeinschaft einen ganz anderen Stellenwert gefunden haben.

Anders gesagt: Unsere Zeit bringt keinen Hölderlin hervor, der noch dichten konnte »O heilig Herz der Völker, o Vaterland«, und auch keinen Weinheber, der da noch anbetete »Sprache unser, die wir dich sprechen, dunkle Geliebte...« Aber im Geiste mehr als nur ein halbes Jahrhundert von uns entfernt machen jene März-Ereignisse eine der wichtigsten, bis heute von den Politikern und Medien sorgfältig umgangene Antwort auf die Frage verständlich, warum denn Hitlers Armeen so viele Jahre unter oft entsetzlichen Bedingungen dem Feind standgehalten haben.



**Wie hier in Salzburg, so gestaltete sich der Einzug Hitlers in Österreich allerorten als wahrer Triumphzug.**

Dieser Jubel über den Anschluß erklärt nicht nur späteres Durchhaltevermögen der Soldaten – darunter 220 Generäle und 326 Ritterkreuzträger, die 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen –, sondern ließ in dem Österreicher Hitler auch ein der stets beschworenen »Vorsehung« angehängtes Selbstbewußtsein wachsen, damit der Hybris freie Bahn öffnend, und die Entwicklung von genial anmutenden Entschlüssen zu immer mehr wahnsinnigen Handlungen beschleunigen.

Man wird dem einstigen Bundeskanzler Schuschnigg beipflichten müssen, wenn er in seinen Memoiren feststellt: »Wer die Geschichte des Zweiten Weltkrieges schreibt, wird im Eingangskapitel nicht am Anschluß vorüberkommen, denn mit ihm steht alles, was nachher kam, in ursächlichem Zusammenhang. Dazu gehören die sowjetischen Panzer in Prag und Ungarn, die Berliner Mauer, das geteilte Deutschland.«

Was sich damals ereignete, sei mit den Sätzen aus der »Neuen Zürcher Zeitung«, also aus neutraler Feder stammend, wiedergegeben:

»Am Freitag, dem 11. März 1938, kurz vor 8 Uhr abends, war Bundeskanzler Schuschnigg, nachdem er die Nachricht vom bereits eingeleiteten Einmarsch deutscher Truppen vernommen hatte – eine Nachricht, die sich später als eine Falschmeldung erweisen sollte –, mit der niederschmetternden Ankündigung, sein Land weiche der Gewalt, für immer von der politischen Bühne abgetreten. 48 Stunden später erfuhr die Welt, daß Österreich zu einem ›Land des Deutschen Reiches‹ geworden war.

### Der Anschluß war ein Blumenfeldzug

Zwischen diesen beiden Daten waren die Truppen der deutschen 8. Armee in Paradeformation, mit klingendem Spiel, blitzenden Helmen und Stiefeln in die künftige ›Ostmark‹ eingezogen, von Hunderttausenden mit frenetischem Jubel begrüßt, als deutsche Brüder und als Künder einer neuen Epoche der Macht und des Ruhms gefeiert.

Dazwischen lag auch der triumphale Einzug Hitlers in Linz, das ›seinem verlorenen Sohn‹ einen Empfang bereitete, wie er ihn nie zuvor erlebt hatte, und dessen Begeisterungstaumel nur noch von der Hysterie der fanatisierten Massen Wiens überboten wurde.

Die Eingliederung Österreichs in das ›Tausendjährige Reich‹ vollzog sich ohne die geringste Spur eines Widerstandes so rapid und radikal, daß selbst jene, die sie vorbereitet hatten, von der Totalität ihres Erfolges überrascht waren. Die Geschichte Österreichs zwischen den beiden Weltkriegen erscheint als die Tragödie eines Staates, der bereit war, sich aufzugeben, bevor er überhaupt angefangen hatte, zu existieren.«

Der Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Bund im Jahre 1866, die Schlacht von Königgrätz, hatte von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags gedauert und 9172 tote oder blessierte Preußen, sowie 31 424 tote oder blessierte Österreicher infolge der dreimal größeren Feuerwirkung der preußischen Gewehre gefordert. Die Wiedervereinigung, der Anschluß, im März 1938, war ein Blumenfeldzug, der nicht einem einzigen Toten forderte. Nein, die Kinder des Gaza-Streifens, die heute israelische Soldaten mit Steinwürfen attackieren, lebten damals in Österreich nicht.

Der Verfasser dieser Zeilen wohnte in jenen Märztagen Verhandlungen bei, die der Präsident des Verbandes der französischen Frontkämpfer, Minister Fernand de Brinon, mit der Reichsjungendführung in Berlin führte. Gegenstand der Besprechung war die Teilnahme von Hitlerjugend-Gruppen an Sommerlagern der Frontkämpfersöhne in Frankreich, und im Austausch die Teilnahme französischer Jugend im Lager der Hitlerjugend im Reich.

Welche Rolle Jugendlager damals spielten, geht aus ihrer Zahl im Jahre 1938 hervor: 1549 Sommerzeltlager mit 620 000 Jugendlichen.

In diese Beratung platzte die Nachricht vom kurz bevorstehenden Einmarsch in Österreich. Schirach war wütend, weil damit seine Konzeption deutsch-französischer Jugendverständigung völlig unnötigerweise zerschlagen wurde, lud aber den französischen Gast ein, ihn noch in der gleichen Nacht nach Wien zu begleiten, weil er jeden prominenten Ausländer als Zeugen dafür begrüßen mußte, daß Hitlers Handlungen in seiner Hei-

mat auf begeisternde Zustimmung stießen.

## »Weil Frankreich diesen Mann nicht hat!«

Brinon nahm die Einladung an, und ich wurde ihm als ständiger Begleiter zugeteilt. Wir standen am 12. März auf dem Balkon des Hotels Imperial, wo schon in der Ferne der orkanartige Jubel der Bevölkerung zu hören war, bis Hitler im offenen Wagen langsam den Ring entlangfuhr. Auf den Wangen unseres Ehrengastes nahm ich Tränen wahr. Spät am Abend dieses Tages in der Hotelbar wandte ich mich an ihn mit der Frage, warum er denn beim Einzug Hitlers geweint habe. Seine Antwort werde ich mein Lebtag nicht vergessen: »Weil Frankreich diesen Mann nicht hat!«

Am anderen Morgen standen wir in der Halle des Hotels, als sich die Flügeltüren öffneten und die fürstliche Gestalt des Kardinals Innitzer an uns vorüber auf Hitler zuschritt, der so gar nicht majestätisch wirkte, ja, dessen viel zu tief sitzende Mütze und schief getretene Stiefelabsätze das völlige Abhandensein von Eleganz unterstrich. Und dennoch: die Magie dieses Mannes vollbrachte, wie so häufig, daß sich der Gepröchspartner seinem Willen beugte.

Am anderen Tag lasen wir im »Völkischen Beobachter«, in Faksimile wiedergegeben, einen Brief Innitzers an Hitler, mit Maschine geschrieben und handschriftlich auch noch »Heil Hitler« als Grußformel hinzugesetzt, mit dem der Kardinal den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich begrüßte.

»Wenn Frankreich diesen Mann nicht hat !« – dieses ist aus heutiger Sicht unbegreifliche Bekenntnis eines französischen Patrioten war keine Ausnahme. 1938 war in der Londoner »Times« ein offener Brief Churchills an Hitler zu lesen, in dem es hieß: »Sollte England in ein nationales Unglück kommen, das dem Unglück Deutschlands von 1918 vergleichbar wäre, so werde ich Gott bitten, uns einen Mann zu senden von Ihrer Kraft des Willens und des Geistes.«

Unter vergleichbarem Einfluß gaben nach Ankündigung einer für den 10. April vorgesehenen Volksabstimmung die österreichischen Bischöfe, darunter auch der Erzbischof von Salzburg, der den Titel führt »Primas von Deutschland«, am 18. März folgende, wie sie es nannten »Feierliche Erklärung« ab: »Aus innerster Überzeugung und mit dem freien Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutschösterreich: Wir erkennnen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

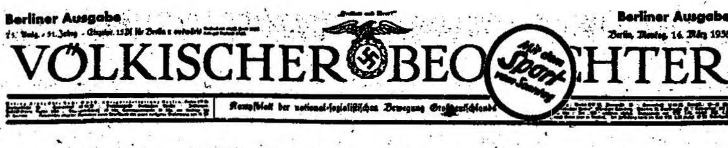
Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.
Wien, am 18. März 1938.«

Auch dieser Text war so erstaunlich nicht, hatte doch einer dieser Unterzeichner, der Linzer Bischof Göllner, am 21. Januar 1933, also neun Tage vor Hitlers Machtübernahme in Berlin erklärt: »Die Berechnung des schädlichen Einflusses des Judentums ist nicht nur ein gutes Recht, sondern eine strenge Gewissenspflicht eines jeden überzeugten Christen.«

## »Eindrücke, die ich Euch allen gewünscht hätte«

Festzuhalten bleibt wohl auch, was der damalige Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ernst von Weizsäcker, Vater des deutschen Bundespräsidenten, am 16. März 1938 in sein Tagebuch notierte: »Der gestrige Tag in Wien ist schon der bemerkenswerteste seit dem 18. Januar 1871, die österreichischen Dragoner nach der Prinz-Eugen-Melodie zusammen mit den Truppen defilieren zu sehen, sowie die Kundgebung vom Balkon der Hofburg sind Eindrücke, die ich euch allen gewünscht hätte.«

Und im Satz davor schreibt Weizsäcker: »Das Beachtenswerteste an dem Vorgang dieser Tage ist die Gabe Hitlers, eine Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen.« Diese Gelegenheit bot sich, nachdem Mussolini gerade Abessinien mit dem Krieg überzogen und Franco halb Spanien besetzt hatte.



Berliner Ausgabe

Berliner Ausgabe

Berlin, Montag, 14. März 1938

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Der Anschluß vollzogen

Bundesheer in die deutsche Wehrmacht eingegliedert

Freie und geheime Volksabstimmung am 10. April

Die Erfüllung

Adolf Hitler dankt Mussolini

75 Millionen Deutsche in einem Reich – Gauleiter Bürckel Reorganisator der österreichischen NSDAP. und Abstimmungsleiter – Das bisherige Bundesheer 8. Armee der deutschen Wehrmacht – Unverzügliche Vereidigung auf den Obersten Befehlshaber Adolf Hitler

Oesterreich ist ein Land des Deutschen Reiches

Der Führer an den Duce

Das Titelblatt des »Völkischen Beobachters« vom 14. März 1938. Die Wiedervereinigung war ein Blumenfeldzug, der nicht einen einzigen Toten forderte.

Im Taumel ihrer Begeisterung, wie sie niemand zuvor in gleicher Wucht etwa auf den Reichsparteitagen oder sonstwo im »Altreich« miterlebt hatte, sahen die meisten nicht die unheimliche Gefahr, einem einzigen Menschen, der sich noch dazu nur auf die Vorsehung verließ, blindlings ihr ganzes Schicksal anzuvertrauen – nur weil er die Sehnsucht nach Wiedervereinigung mit allen Deutschen in einem Staat erfüllt hatte, die seit dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie die von ihrer Liquidationsmasse übriggebliebenen 10 Millionen Deutschösterreichischer in ihrem Denken und Handeln bestimmte, von denen 6,5 Millionen Ostmärker im April 1938, 3,5 Millionen Sudetendeutsche im September 1939 die Vereinigung mit dem Reich erlebten. Wie stark diese Empfindungen wirkten, lassen die Gedanken des geschlagenen Bundeskanzlers Schuschnigg erahnen, wie er sie in seinem Buch »Requiem in Rot-Weiß-Rot« für die Stunde des Abschieds am Ballhausplatz am 11. März so beschreibt: »Österreich soll noch deutsch sein, wenn der wirre Traum des Dritten Reiches längst schon – in Blut und Tränen erstickt – historische Erinnerung sein wird.«

## »Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft«

Die Wahrheit über das Geschehen in Österreich am 13. März 1939 brauchen alle Deutschen nicht zu scheuen, ist sie doch nur der Abschluß eines Kapitels, das am 12. November 1918 in Wien mit dem Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung eingeleitet wurde, dessen Artikel 2 lautet: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs von Gesetzen und Einrichtungen.«

Der erste Regierungschef, der Sozialdemokrat Karl Renner, kommentierte: »Der Artikel 2 ist ein Bekenntnis. Er ist einstweilen eine sogenannte Lex imperfecta, die erst durch besondere Gesetze ihren Inhalt bekommen muß. Wie er ausgefüllt wird, darüber werden wir uns mit unseren Brüdern im Deutschen Reich beraten.«

Österreich

# Der Anschluß: Opfer oder Täter?

Der Anschluß ging also, auf Wilsons 14 Punkte und das darin verankerte Selbstbestimmungsrecht gestützt, von Österreich aus, denn erst Monate danach, am 21. März 1919, wurde von der Weimarer Nationalversammlung der Antrag angenommen: »Deutschösterreich tritt als Ganzes als ein Gliedstaat dem Deutschen Reiche bei.«

Schon im November 1918 hatte Dr. Renner erklärt, und diese Worte sind seinen Zeitgenossen im Gedächtnis geblieben:

»Unser großes Volk ist in Not und Unglück. Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen, und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.«

Zuvor heißt es im Sitzungsprotokoll des 12. November 1918: »In diesem Geiste begrüße ich Sie, werte Volksgenossen, und begrüße ich unser teures Volk zum ersten Mal mit dem Rufe: Heil Deutschösterreich!« (Die Versammlung erhebt sich. Stürmischer Beifall und Händeklatschen und Heil-Rufe.)

Die Wurzeln von »Heil-Rufen«, Anrede wie »Volksgenossen« und geographische Bezeichnungen wie »Gaue« reichen also weit in die Vergangenheit zurück. Am gleichen Tage aber auch schon das Wetterleuchten des kommenden Bürgerkrieges: Als von der Rampe des Parlamentsgebäudes die Republik ausgerufen wird, fallen Schüsse, wälzen sich Schwerverletzte in ihrem Blut, wird der weiße Streifen aus der rot-weiß-roten Staatsflagge herausgeschnitten und die rote Fahne gehißt. Kommunisten greifen nach der Macht.

Steirer, Steirerinnen! Auf zur
Volksabstimmung
für den Anschluß an das Deutsche Reich
Gebet am
Sonntag den 3. Juli 1921
Eure Stimme für den Anschluß.
Für jeden deutschdenkenden Steirer ist am Sonntag, den 3. Juli 1921
Wahlpflicht.
Jeder hat zur Urne zu gehen!

**Sämtliche Parteien Österreichs hatten 1918/19 die Forderung nach Anschluß an das Deutsche Reich in ihr Programm aufgenommen.**

## Die Suche nach einem Schuldigen

In der Fernsehdokumentation »Österreich I« konnte man 50 Jahre danach die Szene in dieser Nationalversammlung miterleben, als die Abgeordneten aus dem Rest-Österreich von ihren deutschen Kollegen aus Böhmen, Mähren, Ungarn, Schlesien, Südtirol und allen anderen Teilen der Monarchie mit gesenkten Köpfen und Tränen in den Augen Abschied nahmen.

Und das war der Kernpunkt: Dem neuen Staat Österreich wurde im »Friedensvertrag« von Saint Germain sowohl der Name »Deutschösterreich« wie die Vereinigung mit dem Deutschen Reich verboten.

Die neugegründete Tschechoslowakei hakte nach, indem sie Lebensmittelimporte aus Böhmen und Mähren, sowie einen 500-Millionen-Goldkronenkredit an das hungernde Wien von der nochmaligen Bestätigung des Anschlußverzichts abhängig machte. Da konnte kein Glauben an die Lebensfähigkeit der jungen Republik entstehen, der in Saint Germain die Hoheitsrechte auf der Donau entzogen, der Flugzeugbau verboten worden war und die das Generalpfandrecht an den Reichskleinodien zur Deckung der Reparationen in Höhe von fünf Milliarden Goldkronen hatte abtreten müssen.

Unter denen, die gegen die Unterschriften unter die Knebelungsverträge der Siegermächte, gegen Hungersnot und Elend in Wien aufbegehrten und demonstrierten, war auch ein österreichischer Gefreiter ohne Heim, Beruf und Familie. Er hieß Adolf Hitler. Er lebte in der Stadt mit der größten antisemitischen Tradition in Mitteleuropa. Ihre Wurzeln gehen weit über Georg Ritter von Schönerer oder den Bürgermeister Lueger hinaus in die Geschichte zurück.

Ein erster Holocaust hatte bereits 1420 mit der Judenverbrennung in Wien stattgefunden. Überlebende und hierher Zurückgekehrte wurden 1669 ausgetrieben, nachdem ihnen der Mönch Abraham a Santa Clara die Schuld an der Pest angelastet hatte.

Was die Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1777 über die 520 in Wien lebenden Juden schrieb, wollen wir lieber nicht zitieren. Das schöne Bild der vom Preußenkönig heimgesuchten Monarchin erlitte vielleicht sonst Schrammen.

Mit dem Toleranzedikt des Kaiser Josef II. vom 2. Januar 1782 hatte sich die Lage gebessert. Immerhin wurde schon 1891 in Wien ein »Verein zur Abwehr des Antisemitismus« gegründet.

Doch das Nachkriegselend in Österreich suchte nach einem Schuldigen; er fand sich in den 181778 Juden, die 1938 in diesem Land registriert waren, von denen 90 Prozent in Wien lebten und von denen 50 000 später das Opfer der Konzentrationslager wurden.

Anschlußverbot im Vertrag von Saint Germain, Judenhaß, Hungersnot, Inflation und Arbeitslosigkeit erzeugten ein Klima, in dem rote und schwarze Bürgerkriegsparteien aufeinander einschlugen, die parlamentarische Demokratie vor die Hunde ging und in deren Schatten Hitlers braune Bewegung wachsenden Auftrieb erhielt, vor allem in den Jahren nach der Machtübernahme in Berlin und der erfolgreichen Rückgliederung der Saar.

## »Die einzige Lösung ist der Anschluß«

Der Anschlußgedanke war durch Saint Germain nicht auszulöschen. Was der Wiener Regierung verboten war, versuchten die Landesregierungen von Tirol, Steiermark und Salzburg, indem sie im Jahr 1921 eigene Volksabstimmungen für den Anschluß anberaumten. In Tirol stimmten damals von 147 439 Stimmberechtigten 145 439 für den Anschluß, in Salzburg 98 546 für und 807 gegen ihn. Wer immer Zweifel hinter das Abstimmungsergebnis nach Hitlers Einmarsch, also die Volksabstimmung am 10. April 1938 setzt, vergegenwärtige sich die Ereignisse von 1921, ganz abgesehen von der 1938 ausgesprochenen Aufforderung der Bischöfe und höchsten Repräsentanten des alten Regimes, mit »Ja« zu votieren.

Sämtliche Parteien Österreichs hatten 1918/19 die Forderung nach Vollzug des Anschlusses in ihre Programme aufgenommen; die Roten, weil sie sich vom Bund mit Ebert und Scheidemann, die Schwarzen, weil sie sich im Schulterschluß mit Brüning und Papen die Hilfe aus der

großen Not versprachen. Immer wieder aber wurden die Politiker am Ballhausplatz gezwungen, wenn sie Kredite erbaten, Beteuerungen des Anschlußverzichts zu unterschreiben, ob das nun das Abkommen mit dem Prager Machthaber von Lana, das Genfer Abkommen von 1922 oder andere Staatsverträge waren.

Immer erhielt die Opposition daheim Gelegenheit, »Verrat« zu schreien. »Die einzige Lösung ist der Anschluß an den deutschen Staat«, erklärte 1922 der große sozialdemokratische Staatsmann Karl Renner, »zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören.«

24 Jahre später, anno 1946, war der gleiche Renner zu anderer Erkenntnis gelangt, als er sagte: »Wir wollen nimmermehr in ein großmächtiges Reich, in irgendein Imperium eingebaut werden . . . Wir wollen für uns bleiben und es allein in der Welt versuchen. Es gibt Staatswesen, die weniger als sechs Millionen Einwohner zählen, und doch für sich bestehen und gedeihen. Warum soll es uns nicht gelingen?«

Nun, heute steht nicht ein »Anschluß« wohl aber ein Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft auf Antrag Wiens auf der politischen Agenda des Jahres 1988.

Wer dächte nicht an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit seinem Wiedervereinigungsgebot, wenn man in den Memoiren Schuschniggs über die Anschlußbemühungen Österreichs in der Vor-Hitler-Ära liest: »Von Zeit zu Zeit ein Fest, ein Aufzug, populäres Zitieren von Ernst Moritz Arndt . . . später eine Sturzflut volkstümlicher Publikationen – das war im Wesen alles. Man wußte, daß man weiter leben mußte, und die Wirklichkeit sich nicht auf Anschluß reimte. So blieb es beim Deklamieren.« Bis dann am 13. März 1938 der Kessel explodierte.

## In Wien war die Hölle los

Im Frühjahr 1931 war der von Außenminister Schober und Curtius ausgearbeitete Plan einer Zollunion zwischen Wien und Berlin am Widerstand der Siegermächte gescheitert. »Wenn das Ausland jetzt nicht Einsehen beweist, dann wird die Hochflut des Nationalismus alle Dämme durchbrechen«, so hatte zuvor noch am 25. April 1932 die Wiener »Neue Freie Presse« gewarnt. Vergebens.

Nach dem Zusammenbruch der Kreditanstalt stand Österreich das Wasser wieder bis zum Hals. So kam es im Sommer 1932 zur Lausanner Reparationskonferenz. Der Verfasser dieser Zeilen hatte in der Eigenschaft eines Vorsitzenden des »Verbandes deutscher Studierender an Schweizer Hochschulen« ein paar Augenblicke Gelegenheit, am Webstuhl der Geschichte Ohrenzeuge zu sein. Zusammen mit der in Lausanne ansässigen deutschen Kolonie veranstalteten wir zu Ehren des Reichskanzlers Franz von Papen und des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß am 24. Juni einen »deutschen Abend«.

Bei Tisch vernahm ich, wie Dollfuß sich über den Zwang beklagte, unter dem er hier angesichts der katastrophalen Finanzlage Österreichs sich befinde. Papen sprang ihm bei und sagte: »Sie brauchen das Geld und müssen es haben. Unterschreiben Sie alle Klauseln bezüglich Ihres Verhältnisses zu Deutschland, ich werde es Ihnen nicht übelnehmen. Eines Tages, das weiß ich, werden wir doch zusammgehören, und dann werden wir gemeinsam die Frage der Rückzahlung Ihrer Schulden an die Westmächte regeln.«

Übrigens hat Papen diesen Meinungsaustausch in seinen Erinnerungen »Der Wahrheit eine Gasse« festgehalten.

Dollfuß unterschrieb. In Wien war die Hölle los. Daß sich Dollfuß noch zuvor auf dem Essener Katholikentag zur gesamtdeutschen Idee bekannt hatte, zählte nichts mehr.

Mit der Machtübernahme Hitlers begann der Tragödie des Anschlusses vorläufig letzter Akt, genauer gesagt, mit dem 7. März 1933, einem Staatsstreich, mit dem der Artikel 44 des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes von 1920 außer Kraft gesetzt und aufgrund eines kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 ein autoritärer Ständestaat errichtet wurde.

Der Verfassungsjurist Max Layer schrieb dazu 1933 im »Verwaltungsarchiv«, man könne »solche Verirrungen der Praxis nur bedauern, bedauern vom Standpunkt der Regierung, die zur Anwendung von Mitteln greift, die selbst gut gemeint und an sich ersprießliche Maßnahmen den Makel der Illegalität und Verfassungswidrigkeit aufdrücken, bedauern endlich vom Standpunkt einer gesetzestreuen und loyalen Bevölkerung, deren Vertrauen zur Verfassung, den staatlichen Institutionen und der mit ihrer Durchführung betrauten Regierung auf das tiefste erschüttert wurde. Es ist weit weniger schlimm, wenn in einer schwierigen, krisenhaften Zeit eine mächtige Volksbewegung die starre Ordnung mit einem Schlage durchbricht und eine neue Ordnung an ihre Stelle setzt, die vielleicht besser den Bedürfnissen des Volkes entspricht, als eine Kette von Gesetzes- und Verfassungsverletzungen, die nur schlecht in Scheingründen verhüllt werden, deren Unaufrichtigkeit jeder denkende Staatsbürger scheut.«



## Die Gegner helfen Hitler zum Sieg

Einer der ersten Akte nach Proklamation des autoritären Kurses war am 19. Juni 1933 das Verbot der Hitler-Partei in Österreich, also noch vor der Auflösung der demokratischen Parteien im Deutschen Reich. Im Februar 1934 folgte auch das Verbot der Partei der österreichischen Sozialdemokraten. Die Auflösung des republikanischen Schutzbundes war bereits im März 1933 und die der Kommunistischen Partei im Mai erfolgt.

Mit der Verordnung vom 23. September 1933 wurde die Errichtung von »Anhaltelagern« verkündet.

Die Massenverhaftung von Nazis war vor allem das Werk des Heimwehrführers und Sicherheitsministers Dr. Emil Fey. 40 000 flohen über die bayerische Grenze und bildeten in München die österreichische Legion, 16 000 wurden eingesperrt. Aus diesen »Illegalen« rekrutierten sich später Hitlers und Heydrichs beflissenste Helfer.



Illustrierte Kronen Zeitung

99·75 Prozent des österreichischen Volkes stimmten mit Ja.

Das geschichtliche Bekenntnis der Ostmark zu Führer und Reich.

Das deutsche Volk hat gewählt:

99·08 Prozent für Großdeutschland

Die Gesamtzählung der in Großdeutschland abgegebenen Stimmen lautet:

Stimmberechtigte insgesamt 49,546.950

| | | |
|---|---|---|
| Abgegebene Stimmen | 49,326.791 | (99.555 v. H.) |
| Ja-Stimmen . . . . | 48,799.269 | (99.0827 v. H.) |
| Nein-Stimmen . . . . | 452.180 | (0.9173 v. H.) |

**Die Abstimmungsergebnisse waren 1938 keine große Überraschung, da die Österreicher sich seit 1921 in verschiedenen Abstimmungen für den Anschluß aussprachen.**

## Österreich

# Der Anschluß: Opfer oder Täter?

Es folgten der Juli-Putsch mit der unseligen Ermordung von Dollfuß und danach die »Deklaration zur auswärtigen Lage Österreichs« vom 27. September 1934 in Stresa, in der Frankreich, England und Italien die Notwendigkeit unterstrichen »die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs den bestehenden Verträgen gemäß zu erhalten«.

Bis 1936 hielt diese Stresa-Front, dann trat im Zuge von Mussolinis Abessinien-Abenteuer die Achse Berlin-Rom an ihre Stelle. In solcher Lage war der Versuch des Bundeskanzlers Schuschnigg, dem Volk und Land eine neue Identität aufzuzwingen und einen »österreichischen Menschen« zu kreieren, zum Scheitern verurteilt.

Einige Tage nach der von Schuschnigg binnen drei Tagen anberaumten Volksabstimmung – ohne daß überhaupt Wählerlisten existierten –, die schließlich Hitlers Einmarsch auslöste, hielt ich die von der Vaterländischen Front gedruckten Flugblätter in Händen, die ein gefälschtes Abstimmungsergebnis in Höhe von 97 Prozent verkündeten.

Heute aber sollte es allmählich gelingen, zwischen Ursachen eines geschichtlichen Geschehens und der Schuld von Menschen, die hineinverstrickt waren, zu unterscheiden. Und damit muß angesprochen werden, wofür im Zeitalter des Fernsehens und der ständigen Imagepflege von Politikern Verständnis gefunden werden sollte: Der Einfluß der Dämonie in der Geschichte. Es war eben nicht allein imperialistisches Denken und Handeln, nicht allein Hungersnot und Arbeitslosigkeit, nicht allein Traditionen, Geschichtsbewußtsein, Heimatliebe und vieles andere, was zu belegen und zu beweisen ist. Das Faustische kam hinzu, wie es Goethe seinen Mephisto sagen läßt: »Den Teufel merkt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte.« □

## USA

# Wenn Banker Politik machen

Leon Degrelle

**Leon Degrelle, Belgier mit Muttersprache Französisch, ist sowohl Populist als auch Nationalist, der in seinem ganzen bisherigen Leben die beiden Übel des internationalen Kapitalismus und Kommunismus bekämpft hat. Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre mußte er erleben, wie die Regierung seines Landes zum Werkzeug des internationalen Bankenkartells wurde. In Rebellion sowohl gegen die Banker als auch gegen die Bolschewisten gründete Degrelle im Jahr 1936 die Rexisten-Partei, die in Belgien sofort zu einer mächtigen populistisch-nationalistischen Kraft wurde.**
**Belgien ist aufgeteilt in die französischsprechenden Wallonen und die holländischsprechenden Flamen. Der Rexisten-Partei gelang es wie keiner anderen Bewegung in der Geschichte des Landes, die beiden normalerweise sich bekämpfenden Gruppen zu vereinen. Als der Krieg das Land heimsuchte, war er an der Bildung einer ganz Belgien vereinenden Einheit der Waffen-SS beteiligt, in die er als einfacher Soldat eintrat, als ihm verboten wurde, Landespolitik zu betreiben. Er wurde Befehlshaber dieser Einheit und führte seine Männer gegen die Rote Armee an der Ostfront. Er entging der bedingungslosen Kapitulation, indem er durch ganz Europa nach Spanien floh, wo er heute lebt und arbeitet.**

Für europäische Beobachter grenzt das Spektakel des Washingtoner Establishments, die Michail Gorbatschow wie einen Gewinner von fünf olympischen Goldmedaillen begrüßten, ans Phantastische. Der Herrscher über das Gulag-Imperium wurde plötzlich zu »Gorby«, dem Medienliebling, der Abend für Abend seinen Charme vor einem Fernsehpublikum von 100 Millionen Menschen ausspielte. Seine Frau Raisa stand für die moderne Frau schlechthin. Es war eine komplette Demonstration für die Überzeugung der Medienbosse, daß man die Leute nach Belieben manipulieren kann.



**Leon Bronstein war unter dem Namen Trotzki der Agent der New Yorker Banker, die ihm unerschöpfliche Geldmengen zur Verfügung stellten.**

### Die Finanzierung der russischen Revolution

Erst gestern bezeichnete Ronald Reagan das sowjetische Imperium als ein »böses« Imperium und dann über Nacht wird es zur triumphierenden Verkörperung demokratischer Tugenden. Medienmanipulatoren und Politiker haben schon früher die Amnesie der Öffentlichkeit ins Kalkül gezogen.

Im Jahr 1917 wurde der Öffentlichkeit in Amerika ein ähnlicher Streich gespielt. Woodrow Wilson war damals Präsident, doch nur dem Namen nach; es war der zwielichtige »Oberst« Edward Mandel House, der alle Fäden in der Hand hatte.

Wilson nannte ihn sein »alter ego«, doch House war der von den New Yorker Bankern Auserwählte, da sie meinten, Wilson sei zu krank und unberechenbar, als daß er ihren Befehlen Folge leisten könne.

### Große Geldmengen für Leon Bronstein

Wilson war auf einer Neutralitätsplattform im europäischen Krieg gewählt worden. Die New Yorker Banker, die später die bolschewistische Revolution finanzierten, hatten bisher dem britischen Druck widerstanden, daß Amerika in den Krieg gegen Deutschland eintritt; damit sie Rußland übernehmen konnten, sollte Deutschland die Chance bekommen Rußland zu schlagen.

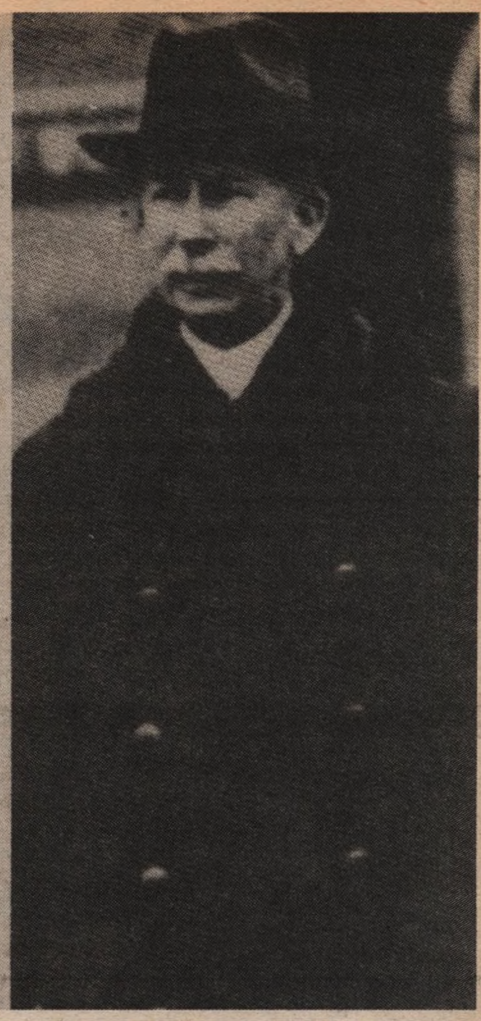
Als diese Aufgabe erledigt war und Deutschland nicht mehr länger gebraucht wurde, wendeten sich die Banker an den britischen Paten der Zionisten, Lord Balfour, der den Juden der Welt Palästina versprochen hatte.

Das amerikanische Volk, das nichts um diese ganze Finanzintrige wußte, blieb neutral. Obwohl die Medien versucht hatten, die bolschewistischen Schlächter als eine Art russischer George Washington darzustellen, sickerten doch Meldungen über das Blutbad der Kommunisten durch.

House ließ Wilson ein Glückwunschtelegramm an Lenin, den Rädelsführer der Bolschewisten schicken, als dieser Petrograd überrannte, während die Creme der New Yorker Finanzkreise ihren Agenten Leon Bronstein mit unerschöpflichen Geldmengen versorgte. Unter dem Namen Trotzki war er verantwortlich für den Massenmord an russischen Christen und Ukrainern.

Wir dürfen nie, nie vergessen, daß die Übernahme Rußlands durch die Kommunisten von New Yorker Bankern finanziert und von deren Handlangern ausgeführt worden ist. Diese Tatsache zu ignorieren, ist nicht nur ein Akt historischer Ignoranz,





**US-Präsident Wilson (links am Rednerpult) verlangt vom Kongreß am 2. April 1917 die Kriegserklärung an Deutschland. Rechtes Bild: Oberst Edward Mandell House.**

sondern auch ein anhaltendes Mißverständnis darüber, was genau der Kommunismus repräsentiert: ein Werkzeug der internationalen Finanzszene zur dauernden Ausbeutung und Versklavung der Arbeiter.

Somit sah sich Amerika plötzlich in einem mörderischen Krieg – trotz der extrem anti-interventionistischen Haltung des amerikanischen Volkes, trotz der Millionen von Amerikanern irischer Herkunft, die nicht noch einen weiteren Krieg für England kämpfen wollten, trotz der Millionen von Deutsch-Amerikanern, die nicht einsehen konnten, wie es in irgendeiner Form den amerikanischen Interessen dienen könnte, wenn sie in einen Krieg gegen Deutschland ziehen und trotz der traditionellen amerikanischen Politik sich nicht in fremde Kriege und Konflikte einzumischen.

## Die Deutschen waren die mordenden Hunnen

Plötzlich wurden die Deutschen, die bis zum Jahr 1916 als Opfer des britischen Imperialismus angesehen worden sind, als kindermordende »Hunnen« dargestellt. Die zionistisch beeinflußten Medien hatten der amerikanischen Öffentlichkeit einen größeren Streich gespielt: gegen die ungeheuere Mehrheit im Land hatten sie den Willen der internationalen Finanzkreise durchgesetzt und das war buchstäblich über Nacht geschehen.

Die kontrollierten Medien hatten ihre furchtbare Macht im Hinblick auf die Manipulation und Gehirnwäsche von Millionen gezeigt und die Weichen für den Tod junger Amerikaner im Schlamm Frankreichs gestellt.

Aufgrund der Habgier und Intrige der Hochfinanz starben Millionen. Millionen wurden versklavt und sind es noch heute. Die amerikanische Republik wurde durch von dem Ausland kontrollierte Medien untergraben. Hart erkämpfte amerikanische Prinzipien wurden verraten und die Macht Amerikas wurde in den Dienst nicht-amerikanischer, feindlicher Interessen gestellt. Das amerikanische Volk war der große Verlierer.

Ein Vierteljahrhundert später hievten die gleichen Medien Franklin D. Roosevelt unter dem Slogan »Ich sage Ihnen wieder und immer wieder, daß kein einziger Amerikaner in einem fremden Krieg kämpfen wird« ins Weiße Haus. Offenbar hatten die Amerikaner eine hartnäckige Abneigung gegen ausländische Kriege.

Roosevelt war umgeben von anti-deutschen Zionisten, pro-sowjetischen Spionen und Apologeten sowie pro-britischen Lobbyisten, die allesamt darum wetteiferten, Amerika erneut in einen ausländischen Krieg zu ziehen. Roosevelt war nur zu eifrig dabei, ihren Befehlen Folge zu leisten. Er sprach ständig von Frieden, doch setzte er Himmel und Hölle in Bewegung, um Amerika in den Krieg zu verwikkeln.

Die Medien und die Unterhaltungsindustrie leisteten sich ihren zweiten großen Streich. Ein weiteres Mal gelang es ihnen, ein streng isolationistisches Amerika in einen großen Weltkrieg zu ziehen.

Diesmal mußte sich Amerika mit einem Regime verbünden, das über 30 Millionen Menschen ermordet hatte, ein Regime, das in Blut badete, das Folter und Sklaverei gegen ein kleines europäisches Land ausübte, dessen Regierung demokratisch gewählt worden war und keinen Menschen getötet hatte.

## Die Geschenke von Jalta und Potsdam

Deutschland, ein Zentrum der Zivilisation, ein Bollwerk gegen die massen-mordenden Kommunisten, wurde folglich zerstört und Millionen von Menschen in diesem Land starben. Heute, 43 Jahre nach seiner Niederlage, ist es noch immer ein besetztes Land. Roosevelt und Harry Truman haben über die Hälfte Europas den Kommunisten ausgeliefert.

USA

# Wenn Banker Politik machen

Josef Stalin, der den Mord von Millionen von Russen und Ukrainern angeordnet hatte, wurde in den zionistisch kontrollierten Medien liebevoll »Onkel Joe« genannt und als eine gütige und loyale Figur dargestellt. Die Tatsache, daß dieses völlige Zerrbild von Wahrheit von jedermann gekauft wurde, ist der Verdienst der unbarmherzigen und überzeugenden Darstellung der zionistischen Medien.

Somit hat die amerikanische Öffentlichkeit, die seit dem Jahr 1916 von den Medien geführt wird, ein Beispiel gesetzt: egal, was das Volk vielleicht will, die Medien werden das Land schon dahin bringen, wohin man es haben will. Im Handumdrehen werden Schurken zu Helden und umgekehrt; die Öffentlichkeit scheint alles vergessen zu haben oder ihr scheint alles gleichgültig zu sein.

Nach all dem Abküssen und den Umarmungen sowie den Geschenken von Jalta und Potsdam, die man dem lieben Onkel Joe machte, war man in der internationalen Hochfinanz jetzt plötzlich der Meinung, daß Stalin zu selbständig wird. Es folgte der sogenannte Kalte Krieg: ein sorgfältig gewählter und vorübergehender Anti-Sowjetismus, der den Weg öffnete für die sorgfältig kontrollierten Kriege von Korea, Vietnam und verschiedene andere kostspielige kriegerische Auseinandersetzungen ohne Gewinnaussichten auf der ganzen Welt.

Milliarden über Milliarden Dollar werden ausgegeben, um gegen die sowjetische Bedrohung anzukämpfen, Kriege werden gegen die Stellvertreter der Kommunisten geführt und absichtlich verloren und anti-kommunistische Führer werden durchweg unterstützt und dann später verraten.

Onkel Joe ist längst tot und begraben, doch von den Medien und deren Förderern wird er immer noch nutzbringend eingesetzt. Er ist der Verantwortliche schlechthin geworden für jegliche »Exzesse«, die in den 70 Jahren kommunistischer Herrschaft begangen wurden: ein praktisches Sicherheitsventil.

Wer könnte die Medien der Sympathie für den Kommunismus beschuldigen, wenn sie behaupten, Stalin sein manchmal etwas exzessiv gewesen? So wurde die Öffentlichkeit in den dreißiger und vierziger Jahren zunächst dazu gebracht, Onkel Joe zu lieben und dann ihn und die Sowjetunion zu hassen. In ihrer üblichen Ambivalenz unterstützte das Establishment die kommunistische Haltung in Amerika, doch nahm es gleichzeitig offiziell eine feindliche Position gegen die meisten kommunistischen Regime ein.



**In Potsdam fügten sich der US-Präsident Truman und Winston Churchill dem Willen Josef Stalins (rechts) und lieferten halb Europa an die UdSSR aus.**



**US-Präsident Roosevelt war umgeben von anti-deutschen Zionisten, pro-sowjetischen Spionen und Apologeten sowie pro-britischen Lobbyisten, die allesamt darum wetteiferten, Amerika erneut in einen ausländischen Krieg zu ziehen.**

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde Präsident für Präsident nach dem Motto des »Widerstands gegen die Sowjets« gewählt, eine Linie, die von den politischen Spendensammlern eifrig ausgenutzt wurde. Generationen von Amerikanern haben unzählige Millionen dafür ausgegeben, daß jemand, der sich »den Sowjets widersetzen« konnte, ins Weiße Haus gewählt wird.

## Onkel Gorby als Apostel des Friedens

Nur wenigen Amerikanern ist bis zum heutigen Tage klar, daß die berühmte »Küchendebatte« zwischen Nikita Chruschtschow und Richard Nixon, die die Konservativen so erfreute, abgesprochen war und lediglich Nixons Wahlchancen fördern sollte.

Das Jahr 1987 endete mit einem dritten großen Streich. Erneut wurde der amerikanischen Öffentlichkeit von den Medien das innerste nach außen gekehrt. Nachdem Stalin zur Zielscheibe sämtlicher Missetaten der Kommunisten geworden war, haben die Medien jetzt Onkel Gorby zum Avantgarde-Apostel des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts gesalbt.

Was geht hier vor? Margaret Thatcher, die »eiserne Lady« des britischen Kapitalismus, hat die Katze aus dem Sack gelassen, als sie Gorbatschow mit den überschwenglichen Worten pries: »Ich mag Mr. Gorbatschow. Wir können Geschäfte miteinander machen.«

Die internationale Hochfinanz hat beschlossen, zu den guten alten Tagen zurückzukehren, als das Land von Onkel Joe noch ein »gutes Land« war. Armand Hammer und die New Yorker Banker brauchen einen neuen Markt, den sie mit den angehäuften Mengen an Schrottprodukten und Dienstleistungen überschütten können.

Das ganze ist bekannt unter dem Namen »Globalismus«. Es ist eine Zweckheirat zwischen zwei symbiotischen und gleichermaßen bankrotten Systemen: dem Hochfinanz-Kapitalismus voller Habgier und Amoralität und dem von der Hochfinanz unterstützten Kommunismus mit einem ökonomischen Trümmerhaufen, der in 70 Jahren absoluten Terrors geschaffen wurde. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion hat sein Endstadium erreicht und ein solcher Zusammenbruch hätte zuguterletzt die Befreiung Rußlands beschleunigt.

Die Befreiung Rußlands wäre jedoch untragbar für die New Yorker Bankster, die für dessen Versklavung vor 70 Jahren verantwortlich sind. Was würde mit ihrer »Investition« passieren? Die Kapitalisten eilten zur Rettung ihrer Investition herbei wie sie zur Rettung Lenins im Jahr 1917 und der Stalins im Jahr 1941 herbeigeeilt waren.

## Die Russen kennen ihre Unterdrücker

Der Kapitalismus, der von den internationalen Bankstern geführt wird, ist der Todfeind der freien Marktwirtschaft des Volkes, die Amerika das Wachstum verschafft hat. Kapitalismus macht die Banken reicher und das Volk ärmer. Mit seinem kommunistischen Verbündeten teilt er die gleiche Amoralität, eine absolute Verachtung des Volkes. Er teilt die Versklavung und Ausnutzung der gesamten Menschheit und der weltweiten Ressourcen zugunsten einer Elitebande von Piraten des Finanzimperiums.

Die Versklavung Rußlands und Osteuropas hat diesen Finanziers in den letzten 70 Jahren eine große Genugtuung gebracht, denn sie messen ihren Reichtum lediglich an der Armut anderer. Doch das Imperium des Gulag ist am Zusammenfallen und was folgen würde ist für die Hochfinanz und deren Diener höchst bedrohlich.

Die Russen und Ukrainer leben in einem Alptraum vom Ausmaße Orwells »1984«, gefangen zwischen der allgegenwärtigen Bedrohung der Gulags und dem Tod und dem düsteren Einerlei von Nahrungsmittelknappheit, Wohnungsnot und den immer länger werdenden Warteschlangen, um das Lebensnotwendigste von Seife bis zu Kartoffeln kaufen zu können – mit nur noch trüberen und düstereren Zukunftsaussichten.

Der Gegensatz zwischen dieser proletarischen Gleichheit und dem Lebensstil der Meister ist enorm. Während das russische Volk inzwischen auf eine Stufe abgesunken ist, wo es Touristen um die Seife aus ihren Hotelzimmern anbettelt, fehlt es den Herrn an keinerlei Luxus. Die Arroganz, die mit der absoluten Macht einhergeht, hat eine explosive Situation geschaffen: die sprichwörtliche Fähigkeit der Russen Strafe unbegrenzt zu ertragen, hat Wut und Verzweiflung Platz gemacht.



**Auf der Jalta-Konferenz gestand Roosevelt Stalin alles zu, was dieser haben wollte. Roosevelt bekam dafür Stalins Zusage, bei den Vereinten Nationen mitzumachen.**

Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion würde diese Wut und Verzweiflung gegenüber den Unterdrückern freisetzen.

Wer die Unterdrücker sind ist unter den Russen ebenso bekannt wie in anderen Teilen der Welt: In Japan handeln die Bestseller von der Gefahr durch die zionistischen Finanzmanipulationen. In China, Indien und anderen nicht-europäischen Ländern ist die Erkenntnis, daß Elend und Ausbeutung von der internationalen Hochfinanz kommen, ebenfalls weit verbreitet.

Die New Yorker und Londoner Bankster haben die Abrüstung als Tarnung ins Spiel gebracht, um ihre wahren Absichten zu verschleiern: nämlich die Rettung des Gulag-Imperiums und deren Macher vor der Vernichtung. Wenn vier Prozent des Atomarsenals auf beiden Seiten zerstört werden, bleiben immer noch 96 Prozent, um die Welt zu zerstören. Das ist deshalb ein arroganter Trick, um Vertrauen zu gewinnen, gut verpackt in Glitzer und Showbusiness.

## Ihre Tage sind gezählt

Es gibt jedoch jetzt Beweise dafür, daß das amerikanische Volk die Lügen nicht mehr länger kauft. Nach fast einem Jahrhundert der Manipulation, Täuschung und des Verrats durch jene, die gewählt wurden sie zu vertreten, wird das Erwachen hier jetzt groß sein und gewaltige Auswirkungen haben.

Jene, die die weltweiten Ressourcen vergeuden, Kriege und Revolutionen mit riesigen Blutbädern und Bergen von Leichen entfacht haben, haben selbstverständlich auch die Wirtschaft weltweit auf irreparable Weise zerstört. Eine gute Wirtschaftsverwaltung basiert auf gesundem Menschenverstand, Klugheit, menschlichem Verständnis, Intelligenz und Hingabe. Wenn sie auf wahnsinniger Habgier, geistigem Chaos, Amoralität, Verachtung und Haß beruht, ist sie zum Scheitern verurteilt.

Weder schlechte Führung noch steigender Terror wird die Mitglieder der Oligarchie retten. Ihre Tage sind gezählt und Sie können mit dem Zählen schon anfangen. □

# Liberalisierung des Bankwesens in der EG

Die EG-Kommission hat jetzt einen neuen Vorschlag zur Liberalisierung des Bankwesens in Europa vorgelegt. Er enthält die Grundlagen für ein gemeinsames Bankgesetz und stellte die letzte Etappe auf dem Weg zum einheitlichen europäischen Dienstleistungsmarkt dar. Damit würde sich den Geld- und Kreditinstituten ein Kundenkreis von rund 320 Millionen EG-Bürgern eröffnen.

Der Kommissionsplan sieht eine gemeinschaftsweite Niederlassungsfreiheit für europäische Banken vor. So soll eine Bank, die in einem EG-Staat zugelassen ist, ihre Dienstleistungen auch in allen übrigen Mitgliedsländern anbieten dürfen. Die Filialen würden nicht mehr den Kontroll- und Schutzbestimmungen des Gastlandes unterstehen, sondern von dem Staat überwacht, in dem sich der Hauptsitz der Bank befindet.

Die EG-Zulassung soll eine Reihe von Tätigkeitsbereichen umfassen: Leasing, Portefeville-Management, Anlageberatungen sowie Aktien- und Wertpapiergeschäfte. Jede Genehmigung, die ein EG-Staat für eine dieser Tätigkeiten erteilt, soll automatisch auch in den anderen Mitgliedsländern gelten. So könnte eine Bank, die im eigenen Land zum Wertpapierhandel berechtigt ist, dieses Geschäft auch in einem Gastland abwickeln, selbst wenn dies dort den einheimischen Banken nicht gestattet ist.

Geld- und Kreditinstitute aus Drittländern sollen ebenfalls eine EG-Zulassung erhalten können, vorausgesetzt die betreffenden Staaten räumen den Banken der Zwölfergemeinschaft dieselben Bedingungen ein. Von den neuen EG-Bestimmungen sollen allerdings nur Banken profitieren, die bereits von der ersten Richtlinie aus dem Jahr 1977 erfaßt wurden. Geldinstitute, die sich ausschließlich mit Anleihen oder Darlehen befassen, bleiben weiterhin ausgeschlossen.

Zu den weiteren Voraussetzungen zählen eine Begrenzung der Betätigung im Nichtbankengeschäft auf 50 Prozent des Grundkapitals einer Bank. Bei Investitionen in Einzelunternehmen soll die Beteiligung zudem 10 Prozent des Eigenkapitals nicht überschreiten. Ferner könnten die zuständigen Stellen der Mitgliedsländer von Banken, die im Aktien- und Wertpapierhandel tätig sind, einen Solvenznachweis verlangen. □

# Frankreich und Volcker gegen freie Wechselkurse

Der frühere Boss des amerikanischen Federal Reserve Systems, Paul Volcker, erwog in einem Interview die Rückkehr zu einem System fester Wechselkurse. Einen Tag später folgte ihm darin der französische Finanzminister.

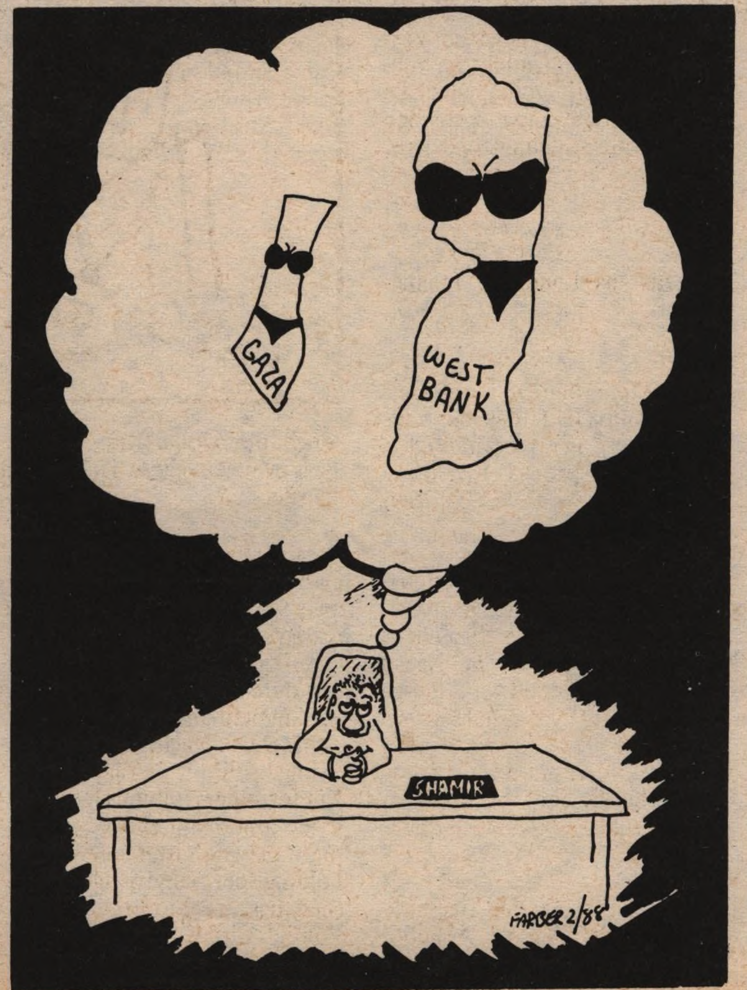
Volcker, der als Staatssekretär im US-Finanzministerium im Jahr 1971 Nixons Abtrennung des Dollars vom Goldstandard bewerkstelligte, kritisierte das System der flexiblen Wechselkurse, das er damit geschaffen hatte, als »degeneriert und nur zu weiteren Währungsinstabilitäten führend«. Er warnte auch vor einem weiteren Wertverfall des Dollar.

Der französische Finanzminister Edouard Balladur ließ in einem Artikel in der Zeitung »Le Monde« unter der Überschrift »Wiederherstellung des Währungssystems« eine ähnliche Denkweise erkennen. Er verurteilte die »verlorenen Illusionen der frei schwankenden Wechselkurse« und wies jeden Gedanken zurück, daß »dies ein System sei, mit dem es der Weltwirtschaft möglich war, erhebliche Schocks ohne Zusammenbrüche aufzufangen. Es sind die frei schwankenden Wechselkurse, die mehr oder weniger für die Ölschocks verantwortlich sind«.

Frei schwankend wurde auch ein »Synonym für die Fähigkeit ein Ungleichgewicht anzusammeln«, denn »es hat nicht den Erwerb der nationalen Unabhängigkeit erlaubt, der von allen erwartet wurde, sobald das System der festen Wechselkurse einmal beseitigt war«.

Balladur folgerte: »Ich selbst sehe tatsächlich keinen Vorteil für frei schwankende Wechselkurse. Im Gegenteil, ich sehe sogar große Nachteile darin. Inländische Investitionen wurden dadurch behindert, Devisengeschäfte zu Deckungszwecken nahmen stark zu und beeinträchtigten den freien Kapitalfluß. Kurzum, der Mangel an Disziplin, die Unvereinbarkeit der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder, die Instabilität der Paritäten und ihre Irrationalität sind für niemanden von Nutzen. Sie führen zu fehlgeleiteten Zuwendungen von Reserven, Angst auf den Geldmärkten, höheren Zinssätzen und langsameren Wachstum.«

Balladur schlug ein »neues internationales Währungssystem,« auf der Grundlage eines »Wertstandards unabhängig von Regierungen« vor, was, so meint er, Gold sein könnte sowie »ein Mechanismus, mit dem die automatische Korrektur von Ungleichgewichten sichergestellt wird«. Er will »nicht zu Bretton Woods oder einem illusionären goldenen Zeitalter zurückkehren«, sondern »eine historische Chance zum Wiederaufbau des internationalen Währungssystems ergreifen«. □






# US-Bank schreibt Kredite an dritte Welt ab

Die Security Pacific Bank ist die erste der zehn größten amerikanischen Banken, die ihre Darlehensverlustreserven für die dritte Welt offiziell auf über 50 Prozent ansetzt, was praktisch auf das Eingeständnis hinausläuft, daß die Geschäftsführung der Bank glaubt, zumindest dieser Prozentsatz ihrer Dritte-Welt-Darlehen wird niemals zurückgezahlt werden. Wie es im »Wall Street Journal« heißt, setzt diese Maßnahme andere Großbanken dahingehend unter Druck, das gleiche zu tun. Verschiedene kleinere Bank-Holdingsgesell-

schaften hatten ihre Reserven bereits auf die Größenordnung von 50 Prozent erhöht.

Von den Großbanken können »zwei weitere Kreditgeber unter den ersten zehn, die First Interstate Bancorp und Wells Fargo and Co., sich ebenfalls eine Reserve von 50 Prozent oder mehr erlauben. Doch einige, darunter die Bank America Corporation und Manny Hanny (Manufacturers Hanover Trust) haben zu wenig Kapital, um eine derartige Reserveaufstockung jetzt durchzuführen. Andere – einschließlich der Citicorp – zögern vielleicht damit, der Security Pacific nachzueifern wegen des möglichen Schadens für den Ertrag und das Eigenkapital. □

# Neue Pläne für die Schulden Brasiliens

»Leiht uns die Sicherheiten für unsere Schuldverschreibungen, die in eurem Besitz sind«, ist die brillante »neue Idee« des neuen brasilianischen Finanzministers Mailson de Nobrega, mit der es dem devisenarmen Brasilien möglich gemacht werden soll, ein Abkommen mit seinen Gläubigern zu treffen, das dem Mexikos mit der Morgan Bank und dem amerikanischen Finanzministerium ähnlich ist.

Der Mexiko-Plan der Morgan-Bank, der in erster Linie eine PR-Unternehmung ist, soll angeblich dazu dienen, die mexikanische Last des Schuldendienstes zu erleichtern, in dem Gläubiger 20 Milliarden Dollar Schulden gegen 10 Milliarden Dollar an Schuldverschreibungen tauschen, die vom amerikanischen Schatzamt garantiert werden. Für die Gläubiger läuft das auf ein Abschreiben in Höhe von 50 Prozent hinaus und es würde Mexiko letztlich nur zwei Prozent seines jährlichen Schuldendienstes einsparen.

Nobrega erläuterte seine »neue Idee« so: »Unsere Idee ist es, über den Zugang zu offiziellen und multilateralen Finanzquellen genug Reserven anzuhäufen, damit Brasilien genau den gleichen Plan durchführen kann. Ich denke, die Industrieländer werden uns verstehen, so daß Brasilien die Bedingungen erfüllen und weitere Reserven ansammeln, eine Null-Coupon-Obligation von der US-Regierung erwerben und diese als Sicherheit verwenden kann, um die brasilianischen Schuldverschreibungen bei den Banken zu garantieren.«

Die Obligationen würden gegen einen hohen Diskont für die Bankdarlehen an Brasilien getauscht. Mit anderen Worten, Brasilien will sowohl das Geld als auch die Sicherheit für diese Darlehen borgen und den Banken noch dazu einen Diskont von 50 Prozent verschaffen. □

# Geheimvereinbarungen zwischen Zentralbanken über den Dollar

Eine nicht bekanntgemachte Vereinbarung zwischen den Weltzentralbanken im Zusammenhang mit der jüngsten Vereinbarung der Gruppe der Sieben über den Dollar und die Märkte, sieht einen speziellen Dollar-Unterstützungsfonds vor, der eine »Veränderung im Charakter der Schulden Amerikas und den Dollar stützenden Operationen hervorruft«, sagte ein Experte aus Londoner Finanzkreisen.

Bei dem Sonderfonds in Höhe von 15 Milliarden Dollar handelt es sich um Geld, das der US-Regierung in ausländischen Währungen Europas und Japans zur Stützung des Dollar geliehen worden ist.

»Es ist das Ende des einseitigen Aufkaufs von Dollar. Die Amerikaner werden ihre Schulden zunehmend in ausländischer Währung haben und in dieser Hinsicht wird der Schuldencharakter der Vereinigten Staaten mit dem Mexikos und Brasiliens identisch, die ihre Schulden in ausländischen Währungen bezahlen.«

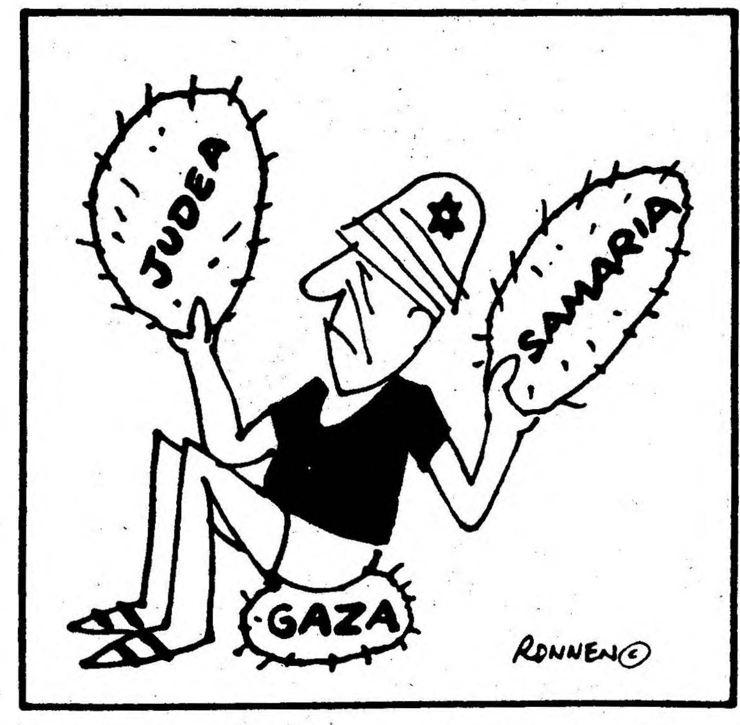
Ein möglicher Testfall für diese Vereinbarung war das Angebot der amerikanischen Schatzanweisung im Februar dieses Jahres in Höhe von 27 Milliarden Dollar. »Wie können die Zentralbanken im Ausland die Schatzanweisungen kaufen? Da keine Privatbank, kein einzelner Käufer oder eine Pensionskasse Dollar kaufen wird, müssen die ausländischen Zentralbanken sie in großem Stil einkaufen. Die große Frage ist, wird eine geheime Vereinbarung mit dem US-Finanzministerium über feste Wechselkurse zwischen den ausländischen Währungen und dem amerikanischen Dollar getroffen, gekoppelt an eine Verpflichtung der USA, Rückzahlung in den ausländischen Währungen zu leisten?«

Bisher sind die Vereinigten Staaten dazu nicht bereit gewesen, sagte der Londoner Experte, »doch die Dollar-Krise könnte dazu zwingen, diese Haltung zu überdenken«.

Dieser Experte meinte auch, man solle die jüngsten Berichte aus Tokio über bevorstehende massive Einkäufe langfristiger amerikanischer Schatzanweisungen durch die Japaner in diesem Zusammenhang sehen. Dem Bericht eines Nachrichtendienstes zufolge soll mit den japanischen Käufen »der reibungslose Verkauf amerikanischer Staatspapiere gewährleistet und die Erhöhung der langfristigen Zinssätze beschränkt werden«. Diese Politik »wird wahrscheinlich großen Einfluß auf japanische Investoren haben, die derzeit aufgrund des Absinkens des Dollar bei Investitionen in den Vereinigten Staaten vorsichtig zu sein scheinen«, hieß es in der Meldung. □

# Japaner sehen in Israel kein Geschäft

Die japanische Wirtschaftsdelegation, die Ende letzten Jahres Israel einen ausführlichen Besuch abgestattet hat, informierte jetzt Tel Aviv, daß der Traum von gemeinsamen Geschäftsmöglichkeiten nicht realistisch sei. Obwohl Israel über Freihandelsabkommen mit den USA und der Europäischen Gemeinschaft verfügt, haben die Japaner die Israelis dennoch als Partner abgelehnt.




Warum hat dann eine japanische Delegation, die etwa 800 Firmen repräsentierte, so viel Zeit in Israel zugebracht? Vor allem, sagt der Wirtschaftsjournalist Sholmo Maoz, weil sie Angst haben vor dem wachsenden Druck nach Protektionismus in den USA und weil die amerikanischen Juden Macht im amerikanischen Kongreß besitzen. Doch weder die Furcht vor dem amerikanischen Protektionismus noch die jüdische Macht reichten aus, um die Japaner zu überzeugen, mit Israel Geschäfte zu machen. □

Geld

# Inflation am Horizont?

C. Gordon Tether

**Ist mit einer Rückkehr zu einem zweistelligen jährlichen Preisanstieg zu rechnen? In dem Jahr, nachdem die amerikanische Reagan-Regierung an die Macht kam, lag der Preisanstieg bei Konsumgütern in den Vereinigten Staaten bei über zehn Prozent im Jahr. Innerhalb von ein paar Jahren war er auf drei bis vier Prozent gefallen und danach hatte man das Inflationsproblem so gut im Griff, daß er im Jahr 1986 weniger als zwei Prozent betrug.**

Es schien so als ob die langersehnte Wiederkehr währungspolitischer Stabilität in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Industrie-Nationen endlich in Sicht wäre. Doch das hat leider nicht sein sollen. Im Verlauf des Jahres 1987 wurde deutlich, daß ein neuer Preisaufschwung im Kommen war.

## Die Prognose von Lloyds Bank

Wenn man bedenkt, wie sich die Inflation in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder selbst genährt hat, überrascht es kaum, wenn die Möglichkeit, daß die Inflation bald erneut die Ausmaße eines Problems Nummer eins annehmen könnte, erhebliche Besorgnis hervorruft.

Glücklicherweise kann man sicher darüber diskutieren, ob die düsteren Prognosen, die das in einigen Finanzkreisen hervorgerufen hat, vielleicht falsch sind. Die weltweit Beachtung findende Übersicht, die monatlich von der Lloyds Bank veröffentlicht wird, eines der großen, in London ansässigen, internationalen Bankhäuser, brachte vor kurzem eine Beurteilung der Wirtschaftslage Nordamerikas, die eine Inflationsrate von 4,4 Prozent für den Zeitraum 1987 bis 1991 voraussagte. Da dies gegenüber dem Durchschnitt der letzten vier Jahre von 3,8 Prozent nur eine geringe Verschlechterung darstellen würde, wird das Jahr 1987 offenbar nicht als Einleitung für eine ernste Wende zum Schlechten hin angesehen.

Grob gesagt, scheint dieser beruhigende Blick in die Kristallkugel durch die Tatsachen gestützt zu werden. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Auswirkungen des beschleunigten Preisanstiegs des letzten Jahres dazu neigen werden, die Inflationsrate im Jahr 1988 höher zu treiben und es gibt auch noch andere Fakten, die in die gleiche Richtung weisen.

## Niedriger Dollar sorgt für Druck auf Preise

Zunächst einmal wird das hohe Defizit der Zahlungsbilanz der USA in den letzten Jahren in hohem Maße zum Erfolg im Kampf gegen die Inflation beigetragen haben. Denn wenn die Importe in die Vereinigten Staaten die Exporte weit übersteigen, so reduziert das die klaffende Lücke zwischen Geld- und Warenangebot. In dem Maße wie also das Loch in der Zahlungsbilanz durch die Maßnahmen zur Rehabilitierung des Dollar gefüllt wird, wird die Inflation zusätzlichen Auftrieb erhalten.

Es ist auch eine ausgemachte Sache, daß auch die Wertminderung des Dollar auf den Devisenmärkten einen zunehmenden Druck auf die Preise des immer wichtiger werdenden Importelements bei dem Konsumgüterangebot ausüben wird.

Bisher wurde die Auswirkung dieses Faktors auf die Inflation in erheblichem Maße durch die Bereitschaft der ausländischen Lieferanten aufgefangen, ihre Gewinnquoten in Grenzen zu halten, um sich ihre Marktanteile zu erhalten. Doch auch dem sind offensichtlich Grenzen gesetzt und es scheint deshalb sicher, daß sich die Dollar-Abwertung von jetzt an viel rascher in höheren Preisen für Importe zeigen wird.

Doch es gibt auch auf der anderen Seite eine Anzahl wichtiger Faktoren. Die geplante Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits ist eine davon. Auf die eine oder andere Weise wird das zu einer Verringerung der Geldmenge führen, die aus dem offiziellen Geldverkehr in die Taschen der Leute fließt. Damit einhergehend wird es die Konjunkturtätigkeit mindern, die bereits vor dem Krach an der Wall Street eingesetzt hatte und die zwangsläufig noch begünstigt wird durch die verschiedenen Nebenprodukte dieser Explosion – neben der ernüchternden Wirkung, die dies auf die Konsumausgaben haben wird, was noch wichtiger ist.

Wenn man berücksichtigt, daß der inflationäre Druck aus den Lohnerhöhungen durch ein langsameres Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit, die dies mit sich bringt, ebenfalls wahrscheinlich gemindert wird, scheint es logisch den Schluß zu ziehen, daß die Inflation in den nächsten ein bis zwei Jahren deutlich geringer zunehmen wird als im Jahr 1987.

Daraus folgt, daß in naher Zukunft der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten zu der Inflationslage zurückkehren werden, die zur Zeit der Amtsübernahme der Reagan-Regierung herrschte, nichts im Wege steht.

## Letztendlich geht es um ein Spiel

Es ist überflüssig zu erwähnen, daß eine voraussichtliche Inflationsrate in der Größenordnung von jährlich 4 bis 6 Prozent von Kapitalanlegern nicht ignoriert werden kann, die entscheiden müssen, wo ihre Ersparnisse im kommenden Jahr am besten angelegt sind.

Zunächst bedeutet es, daß die effektive Rendite aus Staatsobligationen und anderen festverzinslichen Wertpapieren durch die Erosion der Kapitalwerte der betroffenen Investitionen beträchtlich geringer ausfallen wird.

Selbst ohne ein weiteres Absinken der allgemeinen Zinssätze in den USA wird sie nicht über 4 bis 5 Prozent hinausgehen.

Von den Aktien wird normalerweise erwartet, daß sie einigen Schutz vor der Inflation bieten, weil sie mit der Inflationsrate steigen. Doch es wäre ganz bestimmt unklug darauf zu zählen in einem Investitionsklima, das wahrscheinlich vom Nachlassen in der Konjunkturtätigkeit dominiert wird.

Natürlich hängen auch die Edelmetalle und die Börsenpapiere daran. Die Edelmetalle selbst sollten von der zunehmenden Popularität profitieren, die selbst durch einen geringen Inflationsanstieg ausgelöst werden könnte. Das wiederum dürfte einen Anstieg der Aktienpreise der jeweiligen Bergbaugesellschaften hervorrufen.

Doch wie die Geschichte der Katastrophe an der Wall Street zeigt, sind sie auch noch anderen Einflüssen ausgesetzt, die für eine Weile die entscheidenden sein können.

Angesichts der niedrigen Preise, die derzeit für südafrikanische Goldaktien notiert werden, könnten sie für das Jahr 1988 immer noch den besten Wetteinsatz darstellen. Doch es ist ein Wetteinsatz und deshalb geht es hier um ein Spiel. □

## Wall Street

# Illegale Markt-Manipulationen

James Harrer

**In einem, was ein erfahrener Wall-Street-Experte als einen »beispiellosen und eindeutig illegalen Schritt« bezeichnete, hat die amerikanische Regierung Reagan im Börsenkrach vom Oktober 1987 beim Börsenhandel an mehreren großen Börsen vielerlei Schiebungen vorgenommen. Damit sollte die Schließung der Finanzmärkte der Vereinigten Staaten abgewendet werden.**

»Ivan Boesky ist für ein ähnliches, wenn nicht gar weniger schwerwiegendes Verbrechen der Markt-Manipulationen gerade eben erst ins Gefängnis gesteckt worden«, sagt Jacques de-Mott, der stellvertretende Investmentleiter eines großen New Yorker Börsenmaklers.

### Ein Chaos wie bei der Evakuierung Saigons

»Um es klar zu stellen: es handelte sich um eine Notsituation; das Weiße Haus soll durch alarmierende Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Katastrophe in Angst und Schrecken versetzt worden sein. Doch Gesetzesübertretungen passieren oft auf diese Art – unter nervenaufreibendem Druck.«

Trotz umfangreicher Bemühungen von offizieller Seite den Vorfall zu vertuschen, sind die dramatischen Ereignisse vom 20. Oktober 1987 in inoffiziellen Gesprächen mit Börsenhändlern und Experten aus New Yorker Finanzkreisen rekonstruiert worden.

Die Krise begann am sogenannten »schwarzen Montag«, am 19. Oktober 1987, als die Aktienpreise auf dem Dow-Jones-Index – der aus 30 führenden Firmen besteht und die täglichen Preisfluktuationen wiedergibt – um 508 Punkte stürzten.

»Es herrschte ein wütendes Chaos; es erinnerte an die Panik an dem Tag, als wir Saigon evakuierten«, sagte Charles Towbin, ein Börsenmakler, der im Vietnamkrieg gedient hatte. »Die gesamten Elektroniksysteme sind zusammengebrochen. Die Kapitalanleger bekamen ihre Börsenmakler nicht ans Telefon; die Börsenhändler konnten sich gegenseitig nicht erreichen. Mehrere Leute erlitten einen Herzinfarkt an der New Yorker Börse. Das System fiel um uns herum zusammen, und keiner wußte, was er machen sollte.«

Der folgende Tag, der 20. Oktober 1987, begann mit einer noch schlimmeren Situation an der Wall Street. »Kurz nach 10 Uhr morgens stürzten einige Börsenmakler in das Büro von Jon Phelan, dem Chef der New Yorker Börse«, erzählte ein Informant, der für ihn arbeitet.

### Einzigartig in der Geschichte

»Sie berichteten, daß der Börsenhandel bei einigen der erstklassigen Standardwerten des Landes – General Motors, IBM, AT & T, Merck – zum Stillstand gekommen sei, weil es keine Käufer gäbe.

›Wir müssen die Börse schließen‹, sagten sie zu Phelan. Was sie zu berichten hatten, ließ auf einen völligen Zusammenbruch schließen. Es ging nur noch darum, die Türen zu verriegeln.«

Doch Phelan weigerte sich, behaupten diese Informanten. Anstatt die Schließung anzuordnen, führte er Telefongespräche mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Howard Baker, Gerald Corrigan, dem Präsidenten der New Yorker Federal Reserve und mit David Rockefeller, dem ehemaligen Vorsitzenden – und immer noch Herr im Haus – des Chase Manhattan Konsortiums.

Was als nächstes passierte, ist »einzigartig in der Geschichte«, sagt Towbin. »Am Morgen begannen einige Banken die Kredite der Börsenmakler abzurufen, die bekanntermaßen in Schwierigkeiten waren. Doch kurz vor 11 Uhr drehte sich das Blatt. Offenbar sagte die Federal Reserve den Großbanken, daß alles nötige Geld zur Rettung des Marktes zur Verfügung gestellt würde.

Die Banken ihrerseits gaben die Kunde schleunigst an die Makler weiter: ›Eure Kredite sind wieder gut – und sogar unbegrenzt.‹

Da die Finanzierung nun wieder gesichert war, einigten sich eine Reihe von großen Wertpapierfirmen und Anlageberatern auf eine Strategie zur Stützung des Marktes. Sie wählten sich einen wichtigen Preisindikator, den wichtigen Marktindex (MMI) zur Zielscheibe. Nach einer Liste von 20 Standardwerten von der Chicagoer Handelskammer spiegelt der MMI das Aktienverhalten wider. Nachdem alle Geschäfte zum Stillstand gekommen waren und die Käufer verzweifelt versuchten ihre Aktien loszuwerden, trieb um 11.35 Uhr ein Ansturm von großen ›Kauf‹-Anweisungen den MMI plötzlich in schwindelnde Höhen.




Mit Millionen, die hier innerhalb von Minuten von unbekannten Investoren gemacht wurden, deren Glauben in die Aktien durch den Krach offenbar unerschüttert war, stieg der MMI weiterhin für Stunden und verzeichnete bis zum frühen Nachmittag einen beispiellosen Anstieg von 360 Punkten.«

Das Beispiel dieses starken und sicheren Index breitete sich allmählich auf die anderen Märkte aus. Die Standardwerte wurden wieder gehandelt, wenn auch zu langsam steigenden Preisen.

»Wenn wir die New Yorker Börse schließen, wird sie nie wieder geöffnet«, hatte Phelan am Morgen das Weiße Haus gewarnt.

### Ein manipulierter Markt ist keiner mehr

Bis zum Abend war klar, daß das Schließen abgewendet war. Im Anschluß an die schlimmste Finanzpanik seit dem Zweiten Weltkrieg waren alle Beteiligten, einschließlich der staatlichen Behörden, eifrig darum bemüht, den angreifbaren Aspekt dieses Wunders zu vertuschen: die Wende war durch illegale Manipulationen erreicht worden.

»Wir haben keine Beweise für Preis-Manipulationen an diesem Tag feststellen können«, versicherte Thomas Donovan, der Präsident der Chicagoer Handelskammer, als er die Ergebnisse der Untersuchung mitteilte, die von seinem Amt durchgeführt worden ist.

Doch an der Wall Street spottete man offen über diese Vertuschungsaktion. »Derartige Markt-Manipulationen sind kriminell«, sagte ein renommierter Wertpapierhändler. »Doch das schlimmste daran ist, daß ein manipulierter Markt überhaupt keiner mehr ist; er hört auf eine ökonomische Schiedsfunktion zu besitzen. Er wird einfach zu einem weiteren Forum, auf dem die exklusive Elite von Federal Reserve Bürokraten, Großbankern und skrupellosen Großspekulanten ihre festgelegten Spiele spielen.« □

Konjunktur

# Welche Richtung ist angesagt?

C. Gordon Tether

**Eines der auffallendsten Merkmale der Wirtschaftsszene ist die Art und Weise, wie das Auf und Ab des amerikanischen Dollar auf den Devisenmärkten sich in fast sklavischer Form in den Aktienpreisen der Wall Street widerspiegelt – und auch auf fast allen anderen Weltmärkten.**

Jeder neue Verfall des Dollar im Verhältnis zu anderen führenden Währungen brachte die Wertpapierpreise in fast gleich starkem Maße zum Fallen. Genauso konnte man bei jedem Dollar-Aufschwung in ähnlicher Weise damit rechnen, daß es zu einer vergleichbaren Erholung in den anderen Bereichen kam.

## Noch kein Trümmerhaufen wie im Jahr 1929

Wie läßt sich dieses Phänomen erklären, das die relative Stabilität zwangsläufig beeinträchtigte, die angefangen hatte, die Aktienmärkte zu kennzeichnen, als die Auswirkungen des Crashs von Mitte Oktober 1987 in gewisser Weise verdaut waren? Ein deutlicher Einfluß zeigt sich in der Tatsache, daß man auf den Aktienmärkten bei jeder weiteren Dollar-Abwertung mit negativen ökonomischen Auswirkungen nicht nur auf die Vereinigten Staaten selbst, sondern die Welt als Ganzes rechnete.

Doch ergeben derartige Gedanken einen Sinn? Nicht sofort. Der steile Abstieg des internationalen Werts des Dollar – Ende 1987 lag er rund 50 Prozent niedriger als sein Höchstwert Anfang der achtziger Jahre verglichen mit der Deutschen Mark und dem japanischen Yen – hat in die Wirtschaftsszene offenbar machtvolle neue Faktoren von großer Bedeutung für die Welt insgesamt eingeführt, da Amerikas Rolle in der Weltwirtschaft sehr groß ist. In gleicher Weise hat auch das starke Absinken der Aktienpreise überall, ausgelöst durch den »schwarzen Montag« im Oktober 1987 an der Wall Street, eine ähnliche Wirkung gehabt.

Das ist besorgniserregend. Doch mit Beginn des Jahres 1988 eröffnen sich einige Aspekte, die beruhigend sind. Zum einen gibt es weder in den Vereinigten Staaten noch anderswo Anzeichen dafür, daß die erdbebenartigen Entwicklungen des Jahres 1987 den wirtschaftlichen Trümmerhaufen geschaffen haben, wie er von einigen Wirtschaftsweisen befürchtet wurde. Auch gibt es noch keinerlei Anzeichen dafür, daß das jüngste Absacken an der Wall Street die Auswirkungen haben wird, die den Wall-Street-Krach des Jahres 1929 in den nachfolgenden Jahren zu einem noch größeren Alptraum werden ließ.

Der große Unterschied besteht darin, daß der Liquiditätsdruck, der in den Jahren 1929 bis 1931 eine solche Rolle spielte, angesichts des Ausmaßes der heutigen weltweiten Geldversorgung sich kaum wiederholt.

## Kein Weltwirtschafts-Armageddon

Daraus folgt, daß es gute Gründe dafür gibt anzunehmen, daß der Welt das erspart bleiben wird, was man vernünftigerweise als letzte Weltwirtschaftskatastrophe ansehen könnte: der völlige Zusammenbruch des Dollar auf den Devisenmärkten. Es ist schwer zu erkennen, welche andere Gefahr als so erschreckend angesehen werden könnte, daß jedes Absinken im Marktwert des Dollar logischerweise als eine Gelegenheit zum Senken der Aktienpreise auf allen Märkten angesehen werden könnte.

Wenn diese Art von Weltwirtschafts-Armageddon wegfällt, ergibt die enge Beziehung, die sich zwischen den Fluktuationen im internationalen Wert des Dollar und dem Verhalten der Aktienpreise an der Wall Street und anderswo ergeben hat, keinen Sinn.

Betrachten wir zunächst den amerikanischen Aspekt in der Sache. Die Abwertung einer Währung ist natürlich mit Kosten für das betroffene Land verbunden. Doch es hat auch Vorteile; der wichtigste ist, daß die Produkte des Landes mit denen der ausländischen Konkurrenten wettbewerbsfähiger werden.

Jede Verbilligung des Dollar sollte deshalb einen zusätzlichen Schub für die Produktion in den Vereinigten Staaten bedeuten, indem einerseits die US-Waren eine stärkere Position bei der Steigerung ihres Anteils am Binnenmarkt auf Kosten der Importe gewinnen und indem sie sich andererseits auch im Ausland leichter verkaufen lassen. Kurz gesagt, man sollte es als eine Steigerung der Attraktivität amerikanischer Industrieaktien ansehen und nicht als Verringerung.

In dem Maß, wie die Dollar-Abwertung zu dem inflationären Druck beiträgt durch Erhöhung des Dollar-Preises der Waren, die weiterhin aus dem Ausland kommen, ist sie außerdem ein Grund für die Erhöhung des Geldwertes der Aktien – wie beispielsweise Industrieaktien – auf der Basis von unbeweglichem Vermögen.

Es muß natürlich anerkannt werden, daß die Änderung in der Wirtschaftspolitik, zu der die Reagan-Regierung gedrängt wurde, um den Dollar vor dem totalen Zusammenbruch zu retten, sehr gut eine dämpfende Wirkung auf die Konjunkturtätigkeit der unmittelbar folgenden ein bis zwei Jahre haben könnte. Doch grob gesagt wurden diese Schläge ausgeteilt, um für die Präsidentschaftswahlen im November den Weg für die Republikaner zu ebnen.

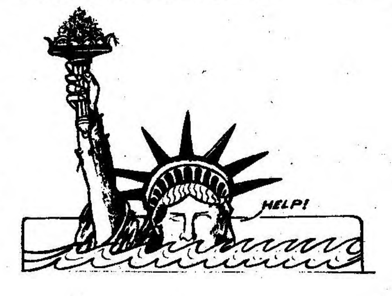
Es scheint also unwahrscheinlich, daß sie eine größere Auswirkung auf die Konjunkturtätigkeit haben werden als die erhebliche Abwertung, die der Dollar erfahren hat. Was die Vereinigten Staaten selbst betrifft, kann man also den Schluß ziehen, daß das Absinken des Dollar als ein Grund angesehen werden sollte für das Erhöhen der Preise für Industrieaktien und nicht umgekehrt. Die Sache verhält sich etwas anders bei den anderen Ländern.

## Internationalisierung der Weltfinanzmärkte

In dem Maß, wie die Produktion in Amerika durch den Wertverfall des Dollar gesteigert wird, könnten die Märkte in Übersee abnehmen. Anders ausgedrückt: in den anderen Ländern könnte die Abwertung des Dollar eine behindernde Wirkung auf die Konjunkturtätigkeit haben, das heißt, anders als im Fall der USA kann sie berechtigterweise als ein Grund angesehen werden für das Absinken der Preise der Industrieaktien.

Um die Frage zu beantworten, warum die Aktienmärkte in solch unlogischer Weise auf die Dollar-Abwertung reagieren, muß man einen Blick auf die Internationalisierung der Weltfinanzmärkte werfen. Wenn es stimmt, daß es mit den amerikanischen Wirtschaftsaussichten zu tun hatte, die zum Wall Street Crash vom Oktober 1987 führten, gibt es keinen Grund, warum es einen solch getreuen Widerhall auf den Märkten im Ausland fand. Denn bis zu einem bestimmten Punkt hätte man das, was als Gift für die Vereinigten Staaten angesehen wurde, als etwas Gutes für die anderen, gesünderen Volkswirtschaften ansehen können.

Doch da die Aktienmärkte wirksam »globalisiert« worden sind, wiederholte sich ein deutlicher Abstieg an der Wall Street automatisch auch anderswo. □



Börsen

# Experten und ihre weltweite Strategie

Warren Hough

**Die westliche Welt und vor allem die Amerikaner haben ihren Blick auf den stürmischen Aktienmarkt und den fallenden Dollar gerichtet. Doch unterdessen werden die Vereinigten Staaten dazu getrieben, ihre Identität und ihre konstitutionelle Souveränität zugunsten einer gemeinsamen Weltregierung aus Kommunisten und kapitalistischen Bürokraten aufzugeben.**

Das ist die Bedeutung der neuen Entwicklungen in den ersten Monaten dieses Jahres, deren ominöse Implikationen von den Establishment-Medien weitgehend ignoriert werden: Im Januar 1987 begann man in der Fabrikproduktion in der Sowjetunion, die seit langem von der bürokratischen Zentralplanung gelenkt worden ist, mit einem historischen Wandel hin zu einem Profitsystem im westlichen Stil. Gleichzeitig übernahm die Sowjetunion ihren ersten Schritt in 70 Jahren, um sich in die Reihe der Nationen einzugliedern, die unter einer weltweiten Schuldenwirtschaft leben.

## Eine Art Banker-Bolschewismus

In den Vereinigten Staaten schlug eine Präsidentenkommission unter der Leitung des Wall Street-Finanziers und ehemaligen US-Senators Nicholas Brady umfassende Reformen für die Handhabung der amerikanischen Finanzmärkte vor. Wenn sie durchgeführt werden, sind die Vereinigten Staaten in eine von Bürokraten kontrollierte Weltwirtschaft integriert.

»Die Amerikaner sollten diese Veränderungen nicht begrüßen«, warnt Dr. Paul Adler, ein bekannter internationaler Wirtschaftswissenschaftler. »Sie dienen nicht dazu, in das Land des Marxismus und Leninismus eine Ära von Freiheit zu bringen. Es läuft darauf hinaus, daß der Totalitarismus in der Sowjetunion zu geschäftsmäßigeren Produktions- und Verteilungsmethoden wechseln wird – eine Art ›Banker-Bolschewismus‹.«

In der sowjetischen Terminologie heißt das neue System »Selbst-Finanzierung«.

»Die Theorie, die dahinter steht, hört sich einfach an«, erläuterte der Wirtschaftsjournalist Paul Hofheinz. »Seit die Kommunisten in Moskau vor etwa 70 Jahren die Macht übernahmen, arbeitete man in den Fabriken zur Erfüllung des Plansolls, das von den Moskauer Bürokraten gesetzt wurde. Jetzt wird man für Profite arbeiten, die aus dem Verkauf der produzierten Waren stammen.«

## Kreml leiht Geld in Tokio und London

»Es ist zweifelhaft«, meint Hofheinz, »ob die alten Männer, die die Sowjetwirtschaft gelenkt haben, in der Lage sein werden, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, die sich aus diesen Reformen ergeben.«

Eine der Schwierigkeiten ist das Geld. Um die vom reform-orientierten Parteichef Michail Gorbatschow geförderten wirtschaftlichen Veränderungen zu finanzieren, hat die sowjetische Regierung in der ersten Januar-Woche damit begonnen, sich Geld auf den privaten Kapitalmärkten von London und Tokio zu leihen.

Die erste Runde von Darlehen in der Höhe von 7 Milliarden Dollar wird durch Schuldverschreibungen der Moskauer Zentralbank aufgebracht, wie das auch schon in der Vergangenheit geschehen ist, wenn die Sowjets kleine, kurzfristige Kredite für Energieexporte oder wichtige Käufe benötigten. Doch in Zukunft, sagt die sowjetische Wirtschaftswissenschaftlerin Tatiana Zaslavskaya, wird Gorbatschow »Großproduzenten« – zum Beispiel der Stahlindustrie – erlauben, auf dem weltweiten Schuldenmarkt Darlehensanträge zu stellen.

»Die UdSSR wird in das weltweite Finanzsystem integriert«, sagte Fyodor Kushnirky, ein ehemaliger sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler, der seit dem Jahr 1979 im Exil lebt. »Das gleiche gilt für die Vereinigten Staaten – doch aus genau entgegengesetzten Gründen und mit gegenteiligem Ergebnis, fürchte ich.«

Nach der Ansicht von Kushnirky und der anderer internationaler Wirtschaftswissenschaftler wird die Wende der Sowjets hin zum Profitsystem nur eine geringe Erleichterung im kommunistischen Totalitarismus im Inland bringen.



**Der Wall Street Banker Nicholas Brady ist für eine umfassende Kontrolle der Börsen, um Spekulationen einzudämmen.**

»Amerika wird dagegen in die entgegengesetzte Richtung getrieben«, sagte Dr. Mirko Dragomir, Wirtschaftswissenschaftler an der Columbia Universität. »Ronald Reagan wurde am 11. Januar über die Feststellungen der Brady-Kommision unterrichtet. Ich frage mich, ob irgendjemand den Präsidenten gewarnt hat, daß die von diesem Ausschuß vorgeschlagenen Maßnahmen nur dann funktionieren können, wenn sie von einer ›internationalen Obrigkeit‹, das heißt einer Weltbürokratie durchgesetzt werden.«

Andere Experten waren der gleichen Meinung. »Brady ist für umfassende Kontrolle an der Wall Street«, sagt Pierre Wang, der an der Universität New York über Kapitalfinanzierung promoviert. »Sie beinhalten Grenzen für Kursumschwung und andere Maßnahmen, um Unbeständigkeit und übersteigerte Spekulationen einzudämmen. Einige davon sind gute Ideen. Doch die Finanzmärkte sind jetzt internationale Märkte.

## Wer überlebt den nächsten Crash?

Die gleichen Aktien werden rund um die Uhr in New York, London, Hongkong und Tokio gehandelt. Das wilde Auf und Ab an diesen Börsen läßt sich nur verringern, wenn man allen ähnliche Beschränkungen auferlegt, und das läßt sich nur durch ein übernationales Regime bewerkstelligen, das per Definition eine Weltregierung mit einer Weltwirtschaft wäre.«

Alle Quellen waren sich darin einig, daß »Amerikas nationale Identität und souveräne Macht« durch die Internationalisierung der Finanzszene bereits unterhöhlt wird. »Es kann sein, daß unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit, wie sie jetzt vorhanden ist, den nächsten großen Crash vielleicht nicht überlebt«, warnt Dragomir.

»Das wird die Forderungen nach der Durchsetzung der Brady-Vorschläge oder ähnlicher Marktkontrollen erneut beleben und eine weitere Unterwerfung unter ein internationales Wirtschaftssystem nötig machen.« □

# Leben wie im Schlaraffenland

Vincent J. Ryan

**Keiner kann eine kluge Entscheidung treffen, wenn ihm keine genauen Informationen zur Verfügung stehen. Die Bürger müssen richtig informiert sein, sie müssen wissen, was wirklich auf der Welt vor sich geht.**

Mehr als je zuvor sind die Bürger von den Medien in den westlichen Demokratien abhängig, die ihnen genau sagen sollen, was passiert. Informationen, wahre Informationen können für jeden Einzelnen von Nutzen sein; falsche Information, Propaganda schadet jeder Gesellschaft und zwar in einem sehr hohen Maße. Ich bin nicht pessimistisch und negativ, wenn ich behaupte, daß die Vereinigten Staaten und ein großer Teil ihrer Verbündeten in einem schlechten Informations-Zustand sind.

## Korruption und Skandale nehmen überhand

Denken wir nur eine Minute darüber nach. Die Korruption nimmt ringsum überhand – von der Schule, den Parteien, der Lobby bis hin nach Bonn und zum Weißen Haus.

Der Bürger dagegen glaubt buchstäblich in einem angeblichen Schlaraffenland zu leben. Der Grund für dieses Chaos liegt im Einfluß, den die Medien ausüben. Vielleicht könnte man sagen, daß die Medien die Bürger verraten haben. Oder tun sie nur, was von ihnen verlangt wird?

Es hat beispielsweise eine Zeit gegeben, wo in den USA die Amerikaner eine freie und offene Debatte führten, bevor sie sich in einen Krieg einließen. Die Politiker im US-Kongreß diskutierten das Thema ruhig und mit Bedacht, bevor sie sich in Feindseligkeiten auf fremdem Territorium stürzten.

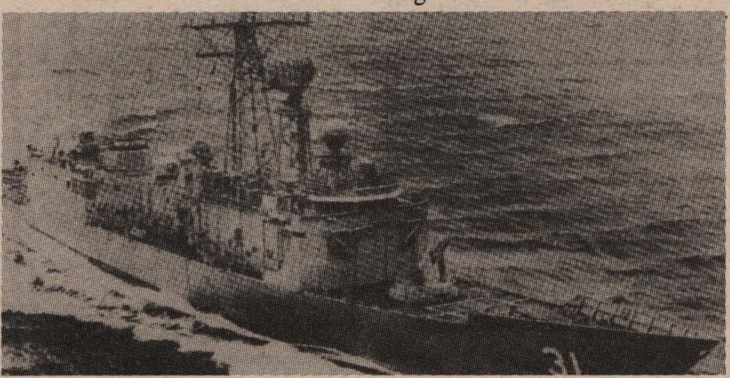
Der spanisch-amerikanische Krieg, der Erste und Zweite Weltkrieg waren Gegenstand hitziger und sich lange hinziehender Debatten in den Vereinigten Staaten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Kongresses und in den Medien. Im richtigen Moment dann, als die Debatte auf ihrem Höhepunkt war, passierte eine Katastrophe, die die Öffentlichkeit dazu trieb, den Krieg zu unterstützen, einen Krieg, gegen den sie normalerweise opponiert hätten.

Denken Sie nur an die »Maine«, die »Lusitane« und natürlich Pearl Harbor. Wer würde das vergessen? Rasch versammelte sich eine schockierte Bevölkerung um die Flagge der großen Banker und Manipulatoren und verfolgte Feindseligkeiten auf patriotische Weise bis zum äußersten.

Doch dann trat eine neue Form von Krieg und amerikanischer Beteiligung an Feindseligkeiten mit Korea und Vietnam auf den Plan. In diesen Fällen wurden die Amerikaner ein einen aussichtslosen Krieg verwickelt, der durch präsidentielle Aktionen entfacht worden war. Durch Manipulationen und mit Einwilligung der Medien, die eine große Rolle bei der Kontrolle der öffentlichen Meinung spielen, unterstützten die USA eine Kriegsbemühung für die gute alte »nationale Sicherheit«, die irgendwie unerklärt und unbestritten blieb.

## Mit Tricks in einen dritten Weltkrieg?

Heute versucht das mächtige Establishment langsam aber sicher die Vereinigten Staaten und möglichst auch noch die Verbündeten in einen Krieg zu ziehen. Die amerikanische Präsenz am Persischen Golf ist in den letzten Monaten erheblich gestiegen. Der Grund, der dafür genannt wird, daß US-Streitkräfte dort sind, ist die angebliche »nationale Sicherheit«. Doch niemand erklärt, was dies eigentlich bedeutet.



**Die »USS Stark« wurde im Mai 1987 im Persischen Golf von zwei Exocet-Raketen getroffen. Die Meldungen um diesen Zwischenfall wurden von der Presse manipuliert.**

Niemand, auch nicht die selbstherrliche Presse, wagt die amerikanische Präsenz dort in Frage zu stellen. Es gibt auch keine ernsthaften Gespräche – ganz zu schweigen von richtigen Debatten und harten Diskussionen – darüber im US-Kongreß. Man hat nur noch auf den Trick, das Ereignis, zu warten, das den dritten Weltkrieg auslösen wird und auf die Unterstützung der Öffentlichkeit für einen Krieg, den die Menschheit eines Tages bedauern wird.

Thomas Jefferson schrieb im Jahre 1816: »Wenn ein Land in einem zivilisierten Staat unwissend und frei bleiben will, dann erwartet es etwas, was niemals war und niemals sein wird. Wo die Presse frei ist und jedermann des Lesens kundig ist, ist alles sicher.«

Jefferson gründete seine Hoffnungen für die Presse auf der Tatsache, daß die Medien die Wahrheit und keine Lügen erzählen würden. Pressefreiheit bedeutete Freiheit, die Wahrheit zu sagen. Denn im Jahre 1792 schrieb er: »Die Presse soll frei sein, doch sie darf nicht in heimtückischer Weise falsche Tatsachen veröffentlichen, um entweder den Ruf einer Person zu schädigen, eventuell gefolgt von materiellem Schaden noch um sie der strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen.«

Natürlich garantiert der erste Zusatz zur amerikanischen Verfassung eindeutig das Recht auf Pressefreiheit. Natürlich waren zu Jeffersons Zeit die elektronischen Medien unbekannt. Heutzutage muß man nicht des Lesens mächtig sein, um informiert oder verführt zu werden. Überall gibt es Radio, Fernsehen, Filme und Videos.

## Der Umgang mit dem Drogenproblem

Sehen wir uns einmal näher an, was die westlichen Demokratien unter Pressefreiheit verstehen. Heute ist die Drogenabhängigkeit für jedermann von Bedeutung. Doch im Jahre 1977 warb die mächtige Zeitung »Washington Post« in ihrem Sonntagsmagazin für den Verzehr von Kokain in Washington. In dem Artikel wird Kokain als Statussymbol für die obere Mittelklasse verherrlicht, obwohl seinen Gefahren schon ein Lippenbekenntnis gewidmet wird, doch lediglich, indem sie erheblich heruntergespielt werden.

Es wird weiter in dem Artikel Dr. Peter Bourne, Leiter der Drogenmißbrauchspolitik unter US-Präsident Carter, zitiert: »Der deutlichste Befürworter der Droge in dieser Kokainfreundlichen Regierung sagte: ›Kokain ist wahrscheinlich die unschädlichste der verbotenen Drogen, die derzeit weit verbreiteten Einsatz findet.‹«

Im Nachrichtenmagazin »Newsweek«, das ebenfalls zur »Wa-

shington Post« gehört, hieß es, daß »unter den Gastgebern in der eleganten Welt von Los Angeles und New York ein wenig Kokain wie der Dom Perignon und der Beluga-Kaviar jetzt bei den Dinners unerläßlich sind. Kokain ist kein Rausch- oder Suchtmittel und es ruft auch keine Entzugserscheinungen hervor. In Maßen genommen verursacht es wahrscheinlich keine geistigen oder körperlichen Schäden und zahlreiche Forscher haben festgestellt, daß es unschädlicher ist als Alkohol und Zigaretten, wenn es in vernünftigem Rahmen eingenommen wird.«

Als schließlich ein amerikanischer Regierungsbericht über die Gefahren von Kokain herauskam, quasselte »Newsweek« etwas von Sorge über die Süchtigen und wies jeglichen Vergleich mit Champagner oder Kaviar von sich. Dennoch war der Schaden bereits angerichtet.

Die Zahl der Kokainkonsumenten war von 1,6 Millionen im Jahre 1977 auf über 5 Millionen im Jahre 1985 gestiegen und etwa 24 Millionen haben in den USA die Droge der »Schickeria« ausprobiert.

## In den USA und UdSSR wird die Presse manipuliert

Der Angriff auf die »USS Stark« am 17. Mai 1987 im Persischen Golf ist noch in der Erinnerung. Das Schiff wurde von zwei Exocet-Raketen getroffen, die von einem einzelnen irakischen Mirage F-1 Kampfbomber abgefeuert worden sind – oder zumindest ist das die Version des Establishments über das Ereignis.

Wäre man nicht auf die Berichterstattung der »Salt Lake City Tribune« gestoßen, so wäre nie über die Vertuschung dessen berichtet worden, was wirklich mit der »Stark« geschehen ist. In der »Tribune« war eine UPI-Meldung von Richard Sale zu lesen, der von zwei Flugzeugen – nicht nur von einem – sprach, die die »Stark« angegriffen haben. In der »Times-Dispatch« von Richmond im US-Bundesstaat Virginia waren ebenfalls Auszüge au diesem UPI-Bericht abgedruckt. Doch nichts davon erschien in der »Los Angeles Times«, der »New York Times« oder der »Washington Post«, den nationalen, meinungsbildenden Zeitungen des Establishments in den USA.

Die amerikanische Marine blieb bis zum Schluß bei ihrer offiziellen Version, als ein Bericht über den Vorfall mit der »Stark« im Oktober 1987 veröffentlicht wurde. Doch auch der UPI-Reporter bleibt bei seiner Version, die er von ausgezeichneten Quellen im US-Verteidigungsministerium hat.

Die Lektion, die man hieraus lernen kann, ist sehr wichtig: In den Vereinigten Staaten werden die Nachrichten ebenso wie in der Sowjetunion manipuliert. Das Establishment in Amerika entscheidet ebenso wie das Politbüro in der UdSSR, wo und wann und ob Nachrichten von großer Bedeutung veröffentlicht werden.

Ob es sich um die von David Rockefeller unterstützten Bilderberger handelt, die sich heimlich treffen, um die Zukunft der westlichen Welt zu planen, oder einen Spitzengeneral des Pentagons, der in seinem Sommerhaus mit hochrangigen ausländischen Militärs berät, oder um die frostigen Worte des US-Außenministers, der einer »angenehmen« Beziehung mit der Sowjetunion mit Freude entgegensieht – es sind Geschichten, die von großer Bedeutung für jeden von uns sind, sie werden aber weltweit oft nur in begrenztem Rahmen oder überhaupt nicht berichtet.

Wie wäre es mit diesem Beispiel? »Mexiko schießt zwei amerikanische Flugzeuge ab«. Beide Flugzeuge befanden sich auf einem legalen Flug, doch einem Bericht zufolge wurden in Mexiko nicht die richtigen Leute bezahlt, um die Sicherheit der Mannschaft und der Flugzeuge zu garantieren. Der Abschuß wurde landesweit in den Vereinigten Staaten verschwiegen.

Wer erinnert sich in diesem Zusammenhang nicht an den unverfrorenen Abschuß des Flugs KAL 007 durch die Sowjets? Darüber wurde mehr als ausreichend berichtet. Doch amerikanische Flugzeuge, die in Mexiko abgeschossen werden, sozusagen von der mexikanischen Regierung, davon liest man nichts.

## Die Liste der Manipulationen ist lang

Die Liste von Nachrichtenmeldungen, über die nicht oder kaum berichtet wurde, ist lang. Da gibt es die Geschichte des seltsamen Selbstmords des Finanzministers des US-Bundesstaates Pennsylvania; der hochrangige Berater aus dem US-Senat, der in Wirklichkeit ein Spion für eine fremde Macht ist, der bis zum heutigen Tag unbehelligt im US-Verteidigungsministerium seiner Arbeit nachgeht; die lange andauernde Geschichte des Versehens der »USS Liberty«; die schockierende Meldung des Reagan-Plans über Konzentrationslager für politische Häftlinge; die anhaltende Geschichte der weltweiten Vereinheitlichung des Wirtschaftssystems.

Das von den durch das Establishment kontrollierten Medien erzeugte Klima in Fragen der Situation in Nahost geht dahin, den gesamten Terrorismus auf der Seite der Palästinenser zu sehen. Doch in den letzten Wochen haben die Medien einen Meinungswechsel vollzogen und berichten über die brutalen Aktionen der Israelis gegen die Palästinenser.

Die Establishment-Medien sind auch monolithisch in ihrer Unterstützung des Freihandels und universell in ihrer Verurteilung des Protektionismus.

Das amerikanische Handelsdefizit erreichte im vergangenen Jahr einen nie dagewesenen Höhepunkt von 173,5 Milliarden Dollar, obwohl der Dollar im Verhältnis zu den anderen Währungen stark fiel. Doch die offensichtliche Lösung, Protektionismus, wird von den Medien als nicht die richtige Antwort auf ein sehr komplexes Problem in Verruf gebracht und zwar mehr destruktiv als konstruktiv. Der Protektionismus wird sogar oft fälschlicherweise für die »große Depression« im Jahre 1929 verantwortlich gemacht.

Die Nachrichtenmedien versicherten rasch, daß eine Welle protektionistischer Gesetze nach dem Krach an der Börse im Oktober 1987 sicher zu einer weiteren großen Depression führen würde. Der dramatische und steile Abfall im Dow-Jones-Index, der das Gespenst weltweiter Depressionen hervorbrachte, bot die beste Gelegenheit für Einschüchterungstaktiken, um den steigenden protektionistischen Gefühlen auf seiten der Öffentlichkeit und des amerikanischen Kongresses entgegenzuwirken.

## Endlich bestimmte Wahrheiten verstehen

Warum die fast einstimmige Opposition in den Medien gegen den Protektionismus? Die Antwort ist einfach: Die Länder der dritten Welt, die bei den Banken stark verschuldet sind, müssen exportieren, um die Hartwährung zu verdienen, mit der sie die Zinsen auf ihre ausstehenden Kredite an die internationalen Banken zahlen können. Die USA als größter Einzelmarkt mit dem besten Verteilungssystem auf der Welt sind das einzige Land, das reich genug ist, um die ungeheueren Mengen an Kosumgüter aufzunehmen, die von diesen schuldengeplagten Ländern hergestellt werden.

Die Medien, die von den gleichen Interessen kontrolliert werden, die auch die Regierung kontrollieren – nämlich die internationalen Banken und Befürworter einer Weltregierung – sind der Propagandaarm jener Interessen.

Es ist an der Zeit, daß die Bürger in den USA und in den westlichen Demokratien endlich ihre Position und ihre Philosophie überdenken. Sie müssen bestimmte Wahrheiten verstehen, die vielleicht schmerzlich für sie im Augenblick sein mögen.

Zunächst einmal gibt eine westliche Außenpolitik, die entweder nationalistisch oder internationalistisch ist. Sie ist weder für den Westen oder gegen den Westen.

Ein weiterer Punkt ist, daß die »Regierungen« oft als Prügelknabe für die Übel herhalten müssen, die heute in den Industriestaaten herrschen. In Wirklichkeit ist jedoch das Establishment der Bösewicht, jene Elitegruppe von Bankern und Machthabern, die den Reichtum und die Ressourcen der Welt kontrollieren und die die Regierungen als Werkzeug benutzen, das ihren Zielen dient.

Ferner kontrolliert das Establishment die Medien, um das Klima, das Bewußtsein, die Wünsche in der Öffentlichkeit zu schaffen, die seinen Zielen und Interessen angemessen sind. □

## One-Welt

# »Ich habe Angst!«

Günther Viercke

**»Denke ich an Deutschland in der Nacht, werde ich um meinen Schlaf gebracht«, klagte Heinrich Heine. Seine so eindringlichen Worte drängen sich einem immer wieder in das Gedächtnis, wenn man die Tagesereignisse den komplizierten Zusammenhängen der Weltpolitik zuzuordnen versucht. Die Worte bekommen eine ganz besondere Bedeutung, wenn man zusehen muß, in wieviel Kübeln schmutziger Jauche, mit steigender Tendenz, die Menschheit gebadet wird, um sie für die »Eine-Welt« vorzubereiten und umzuformen.**

Das Sendungsbewußtsein der Internationalisten ist ungebrochen und als »Block der Befreiung« sind sie heute dabei, auch den Rest der Welt der neuen Kultur der »Eine-Welt« einzuverleiben. Die Produkte der Auserwählten und selbsternannten Schöpfer sind gemordete Völker, zerstörte Kulturen und Lebensräume für menschliches und nichtmenschliches Leben, ein ausgebluteter Planet, eine sterbende Umwelt, eine gierige und hektische Menschheit, die von dem naturgesetzlichen Sozialsystem befreit, in der Kunstwelt der Entartung ohne Menschenwürde dahinsiecht.

### Angst vor den Weltbeglückern

Diese künstliche Welt von heute ist keineswegs das Produkt der Schöpfer der Gegenwart allein. Seit Jahrtausenden sind die Konstrukteure am Werk, und wir nennen sie heute die Propheten, die Weisen, die Philosophen und lobpreisen sie: »Sie haben mit Herz das Gute gewollt und haben die Grundlage für das Böse geschaffen!«

Könnten wir sie die Gegenwart erblicken lassen, so würden sie vor Scham und Gram ausrufen: »Das haben wir nicht gewollt!«

Ich habe Angst vor den Internationalisten, den Weltbeglückern der Gegenwart, diese unsichtbare Macht, die die Menschheit wie ein radioaktiver Gürtel fest umschlingt, ohne daß man die tödlichen Strahlen sehen kann. Wir spüren nur instinktiv die große Macht, und wir wissen nicht woher sie kommt, und wohin sie geht. Sie durchstrahlt uns und versucht unsere Erbmasse zu verändern.

Was wird aus uns, wird jener von uns ein Ungeheuer, ein Monster, ein Engel, oder werden wir alle wesenlose Bienen, die an der Erfüllung der großen Utopie arbeiten müssen ohne selbst erfüllt zu sein?

Ich habe Angst vor den unsichtbaren Weltbeglückern, die den Gott des Himmels und den des Materialismus zur gemeinsamen Kraft erhoben haben. Aus allen gleichgeschalteten Lautsprechern der Gegenwart erklingt der ständige Werbespot rings um den Erdball: »Demokratie, Brüderlichkeit, Gleichheit, Wohlstand, Menschenrechte und Frieden!«

### Regiert Gott oder der Teufel

Seit Jahrtausenden appellieren die einen an die Armen, Schwachen und Ranglosen und helfen ihnen das Leben in Demut zu ertragen, während die anderen fordern, nicht schwach, sondern stark zu sein! Nicht demütig das Leben ertragen, sondern mit Neid und Haß die Welt zu erobern. Beide fordern die Gleichheit und Brüderlichkeit und operieren mit der bekannten Formel: »Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!«

Ich habe Angst vor den Internationalisten, denn einige bruchhafte Stücke aus ihrem Bauplan der »Eine-Welt« sind mir bekannt: »Die ›Eine-Welt‹ ist die Wohnstätte der neuen ›Weltbürger‹. Die Einheitsmenschen neuen Typs kennen keine Rasse, kein völkisches Vaterland, keine eigene Kultur. Sie funktionieren wie die Bienen mit toten Seelen und gierigen Bäuchen!«

Ich habe Angst vor der Zukunft der »Eine-Welt«, denn es gibt, schon mehrere Tempel dieser Bauart, die uns erschrecken und wir wissen nicht, regiert dort Gott oder der Teufel. In jedem Fall aber die menschlichen »Stellvertreter«, die sich Göttlichkeit anmaßen und versuchen Gott und den Teufel noch zu überbieten.

Ich habe Angst vor der »Eine-Welt«, in der die glückliche Menschheit in einem Schlafsaal ohne Zwischenwände haust, aus einem Topf ißt, die Einheitsmusik und die Einheitsparolen in Wort, Bild und Ton täglich vierundzwanzig Stunden ertragen muß.

Es ist die »Eine-Welt«, die George Orwell in seinem futuristischen Buch »1984« meisterlich und wissend beschrieben hat. Orwell war ein geheilter Internationalist und ein Erleuchteter.

Ich habe Angst vor der »Eine-Welt«, die ich bejahe, aber nicht in dieser Konstruktion, denn der »Große Bruder« wird uns Vater und Mutter, Polizist, Staatsankläger, Richter und Verteidiger sein. Er gibt uns Nahrung, liebt und bestraft uns. Er ist unser Gewissen, und täglich werden wir ihn in unendlich vielen Ritualen lobpreisen und ihn belügen.

Das große Ziel erfordert, wie schon immer in der Geschichte, die entsprechenden Opfer, so sagt man uns. Die Abschaffung der Vaterländer mit ihrem natürlichen Patriotismus und Nationalismus ist erstes Gebot. Ein weiterer Baustein für die neue Welt ist die Vermischung der Rassen und Kulturen mit dem Endziel der Mischrasse der »Einheits-Weltbürger« in der Einheitskultur der »Eine-Welt«.

**Die Insider, Internationalisten oder wie sie genannt werden, sind in verschiedenen Absprachegremien gut organisiert. Diese Gruppierungen werden entweder von den Rockefellers oder den Rothschilds hinter den Kulissen gesteuert.**

### An der Verwirklichung wird fleißig gearbeitet

Das sind die Bausteine der »Gottgleichen« mit denen sie die neue Kunstwelt errichten wollen, nachdem sie mit der Kunstwelt der Gegenwart vor dem Bankrott stehen. Beide sind nicht das Ergebnis der Vernunft, sondern des irrationalen Glaubens des tiefsten Mittelalters.

In aller Welt wird an der Verwirklichung fleißig gearbeitet, und die Ergebnisse verdeutlichen sich. Der aufmerksame Bürger hört, spürt, fühlt, sieht, schmeckt und riecht es.

Wenn das große Werk vollendet ist, wird der Vorhang feierlich gelüftet, und wir kleinen fassungslosen Erdenbürger werden uns fragen: haben wir diese Welt wirklich so gewollt, haben wir nicht immer an die Ideale des Guten geglaubt? Von wem eigentlich wurde dieses Monstrum hinter unserem so demokratischen Rücken gebaut?

Da haben wir sie wieder, die Unschuldigen, die Mitläufer, die Ahnungslosen, Fanatischen, die Erfüllungsgehilfen mit den großen Namen und die gröhlenden Zuschauer bei den Schlachtfesten mit der Guillotine: »Das sind wir – das sind Menschen!«

Natürlich will die überwiegende Mehrheit der Menschen dieser Erde nicht das Einheitsreich der toten Seelen. Sie sind Menschen und wollen keine wesenlosen Bienen und Funktionen sein. Sie wollen nach Gottes Naturgesetzen auf heimatlichem Boden, in der Tradition ihres Volkes und ihrer Kultur leben und sterben.

Wenn ich den Willen und den Wunsch der Mehrheit der Menschheit richtig beschrieben habe, frage ich, wo sind die Eliten oder Völker, die den Welterlösern gemeinsam zurufen: »Lasset ab von dem Wahnsinn der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Erbauet die ›Eine-Welt‹ nicht auf Ideologien sondern mit dem Verstand und den Naturgesetzen, denn sie allein sind Gottes!«

Solange wir ideologisch verklärten und verblendeten Menschen nicht bereit sind anzuerkennen, daß wir keine göttliche Sonderschöpfung mit besonderen Vorrechten sind, sondern nur eine der vielen gleichberechtigten Arten des Lebens, werden wir bleiben was wir sind. Der Nobelpreisträger Konrad Lorenz antwortete auf die Frage, ob es eine Zwischenstufe zwischen dem Menschen und dem Tier gibt, mit der genialen Einfachheit: »Die Zwischenstufe sind wir.«

## Eine Heimat für die Seele finden

Nur mit diesem Bewußtsein kann die Menschheit sich aus dem Sumpf der Lügen befreien und die Kraft finden für die gemeinsame Zukunft allen Lebens auf der Mutter Erde.

Man muß sich, oder besser sie fragen, wann wird die oligarchische Führung der Sowjetunion endlich begreifen, daß ihre Vorgänger und sie seit siebzig Jahren nach falschen Bauplänen am großen Haus der Sowjetmenschen arbeiten? Wann werden sie den Mut finden, das Haus nach einer eigenen urständigen Konstruktion zu errichten, das bodenständig und von Dauer ist?

Das große Haus der Union muß das Haus der Vaterländer sein, in dem alle Mitbewohner in ihrer jeweiligen Stube und Kultur die Heimat der Seele finden, wobei die Union das Vaterland ist. Dieses offene Haus werden alle lieben und es verteidigen wollen, denn sie werden sich zu ihm bekennen.

Die Katastrophe im Atomkraftwerk von Tschernobyl hat der Menschheit mit brutaler Deutlichkeit vor Augen geführt, daß sie die Erde tatsächlich künftig als die »Eine-Welt« betrachten muß, wenn sie und anderes Leben gemeinsam überleben wollen. Tschernobyl hat bewiesen, daß wir alle in einem morschen und lecken Boot sitzen und nur gemeinsam überleben oder untergehen können.

Ich habe Angst, wenn ich an die hauchdünne Schicht der Gase denke, die die Erde wie ein Mantel vor den Strahlen aus dem Weltraum schützt. Wir sind dabei, den Mantel zu durchlöchern und zu zerreißen. Ich habe Angst, wenn ich daran denke, was sein wird, wenn die Erde sich in der Folge erwärmt und die riesigen Eismassen an den Polen zum Schmelzen bringt.

Ich habe Angst, wenn ich unsere sterbenden Wälder sehe. Ich habe Angst, wenn ich an die Regenwälder, die Klimamacher rund um den Äquator denke, die von menschlicher Gier und Überheblichkeit geschlachtet und mit toter Erde und hungernden Menschen bezahlt werden. In menschlicher Überheblichkeit denke ich dabei nicht an die Tiere und Pflanzen, die mit dem Verlust ihres Lebensraumes bezahlen müssen.

Ich habe Angst, wenn ich sehe, wie wir mit unserer Gier und dem falschen Daseinsbewußtsein die Luft, das Wasser und die Erde mit tausenden Fremdstoffen und Giften verseuchen und damit alles Leben auf Erden bedrohen.

Ich habe Angst, wenn ich täglich im Fernsehen miterleben muß, wie die konditionierten und aufgepeitschten Massen die Erfüllung des Lebens fordern und dabei die Naturgesetze Gottes, in dem Bewußtsein der »Unfehlbarkeit« und der nicht endenden Kraft des »Fortschritts«, mit den Füßen zertrampeln.

Ich habe Angst, wenn ich in den Staaten des »Fortschritts« die Bürger mit den zerstörten Seelen erlebe, wie sie totkrank und süchtig auf den Untergang warten, aber immer noch nicht den gierigen Blick verloren haben.

## Keine Welt der toten Seelen

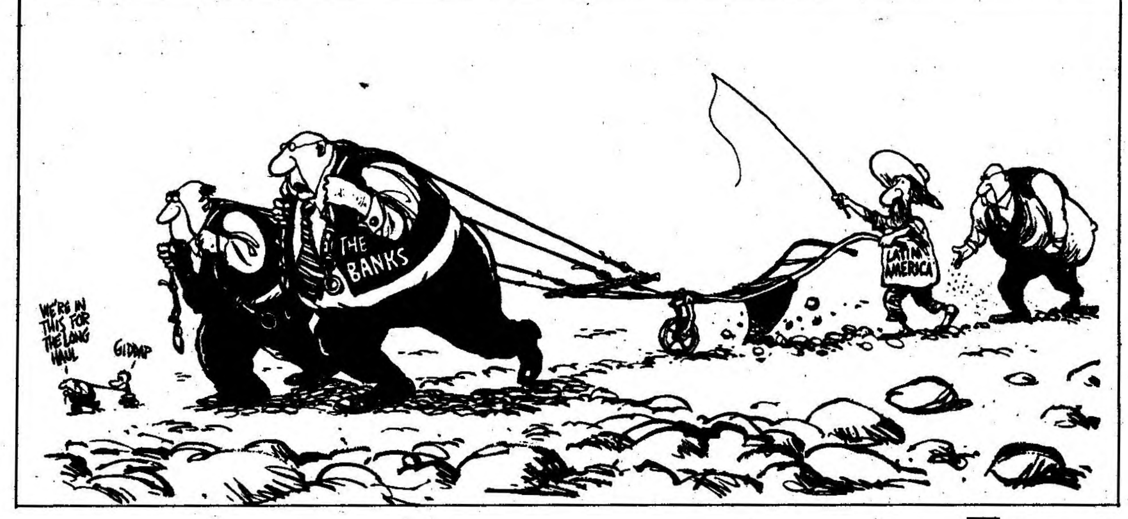
Ich habe Angst, wenn ich miterleben muß, wie die letzten, noch gesunden Sozialsysteme, die ein Gesetz Gottes sind, bewußt im afrikanischen und asiatischen Raum zerstört werden, damit die Menschen dort die künftigen Teilhaber der seelenlosen Einheitswelt sein dürfen:

»Wir brauchen die ›großen Brüder‹, die uns als die Oligarchie der gebündelten Macht aus dem Sumpf der Verderbnis befreien und in eine gesicherte Zukunft führen.«

Schaffen wir die »Eine-Welt«, in der einige geographische oder kultur-orientierte Blöcke als künftige Säulen das Dach der Erde tragen. Erschaffen wir die »Eine-Welt«, die nach dem Sozialsystem der Natur für menschliche Gemeinschaften funktioniert. Organisieren wir die Welt der tragenden Blöcke, den Heimstätten der Vaterländer, der sie sich freiwillig einordnen in dem Wissen, nur in der Großgemeinschaft gesichert überleben zu können.

Der Block gibt Schutz und Hilfe. Er gibt die Garantie für die Unantastbarkeit der vaterländischen Grenzen und Kulturen. Er garantiert die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, soweit er nicht von den Gesetzen des Blockes begrenzt ist. Die Vaterländer sind die lebenden Zellen des Organismus, die Blöcke, die Organe der »Eine-Welt«. Der Körper ist gesund, wenn alle Zellen harmonisch zusammenarbeiten.

Die europäischen Nationen, als eine vereinigte Kraft, könnten eine wichtige und tragende Säule des Weltendaches sein. Das Europa der Vaterländer würde zur Ausgewogenheit der Macht beitragen, den Frieden sicherer machen und die Menschenrechte innerhalb Europas verwirklichen und garantieren. Eine europäische Verfassung als Grundlage und Gesetz für die Funktionsfähigkeit des Europas der Vaterländer ermöglicht den Völkern die freiwillige Einordnung.



# One World

# »Ich habe Angst«

Wir brauchen dringend die »Eine-Welt« der »großen Brüder«, und Tschernobyl hat es und dringlich vor Augen geführt. Aber bitte nicht nach der gegenwärtigen Formel der Internationalisten, die zwar das Gute wollen, aber leider das Böse schaffen werden. Die Welt der toten Seelen, wie sie George Orwell in »1984« beschrieben hat.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit haben institutionalisierte und zu Dogmen erstarrte Ideale den Menschen die Erfüllung gebracht. Immer waren die Segnungen Unterdrückung, Vertreibung und Völkermord.

Mit starker Hand und unbegrenzter Autorität wurde Stalin der Schöpfer der Sowjetunion. In dem System der Utopie wurde er fortlaufend mit brutalen Zwängen konfrontiert, denen er mit der gleichen Brutalität begegnen mußte, sollte das Versuchsmodell der Internationalisten nicht platzen und der Welt das Unvermögen dieser Ideologie beweisen.

## Das Ergebnis der Utopie

Das Ergebnis eines über siebzig Jahre verlaufenden Versuches, die Menschheit mit einer Erlösungsideologie in das verlorene Paradies zu führen, ist niederschmetternd und schon gleich nach der Geburt gescheitert. Das Ergebnis der Utopie zur Weltbeglückung ist die Sowjetunion, in der das Leben eines jeden Bürgers von den Zwängen der Politokratie, der Bürokratie und den Dogmen der Ideologie erdrückt wird.

Es ist schon erstaunlich, wie wenig wir und andere Völker von diesem fehlgeschlagenen Versuch erfahren, der sich in seiner ganzen Dramatik fortsetzt und nicht abgebrochen wird. Im Gegenteil, mit dogmatischer Sturheit werden »Unterentwickelte« in das gleiche Experiment getrieben und bezahlen das marxistische Ungeheuer mit ihrem Herzblut.

Alle Parteien des linken Flügels, die Vertreter Gottes und sonstige Träumer, die so fleißig und euphorisch an der »Eine-Welt« und dem »Einheitseuropa« basteln, schauen beglückt auf ihre Schöpfung und merken nicht, daß es ein Monster wird.

Einige Kapazitäten der Weltwirtschaft und des Geldes sind immer noch der Meinung, daß sie die »Eine-Welt« wie einen internationalen Konzern organisieren und leiten können. Ist es Selbstüberschätzung, nackte Menschenverachtung oder ist es ganz einfach der sendungsbewußte Glaube?

Hat das Versuchsmodell »Sowjetunion« sie nicht nachdenklich gestimmt, haben die Experimente bei den »Unterentwickelten« nicht bewiesen, daß an der Konstruktion etwas nicht stimmen muß?

Auch Lenin, der fanatische Idealist und Internationalist, glaubte, daß die sowjetische Volkswirtschaft wunderbar funktionieren würde, so, wie sie sich bei der Deutschen Reichspost und der Organisation der deutschen Kriegswirtschaft 1914 bis 1918 unter Ludendorff als so leistungsstark erwiesen hat. Dem gläubigen Lenin muß man verzeihen. Nicht jedoch denen, die es wissen müßten, wenn sie wissen wollten.

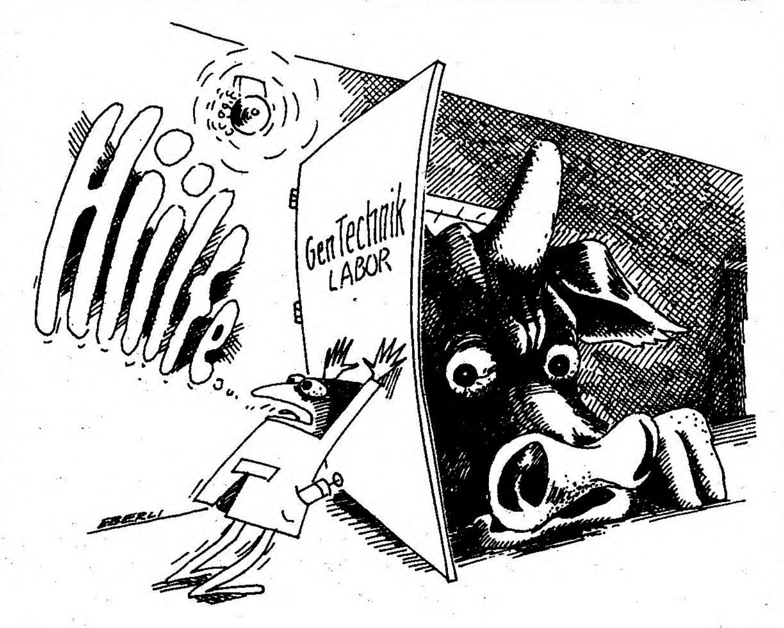
Das Einheitseuropa mit seinem Europa-Parlament ist ein Produkt der Internationalisten und vieler gläubiger Utopisten. Es ist der sichere Weg in Europa mit einer totalen Bürokratie, als Folge der Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Ein Staat mit seinen milliardenfachen Wünschen, Forderungen, Leistungen und Entwicklungen kann nicht funktionieren, wenn man versucht, alle Abläufe zentral zu dirigieren.

Die zentralistische Steuerung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens ist in ihrer »Nichtrationalität« und »Unflexibilität« fortlaufend Schöpfer neuer Zwänge, die sofortiges Handeln erfordern und damit wieder Zwänge auslösen. Die europäische Wirtschaft, eine Mischung aus liberaler Marktwirtschaft und sowjetischer Planwirtschaft, kann kein gutes Ende nehmen. Der Planungswirrwarr, die Fleisch- und Butterberge, die daraus resultierende Planwirtschaft ist erst am Anfang des Wahnsinns.

## Europa als Turm von Babel

Ich habe Angst, und alle Europäer sollten Angst haben, daß dieses Monstrum der Bürokratie und Technokratie eines Tages die totale Macht übernommen hat. Eine wahnsinnige Entwicklung, aus der es keine Umkehr geben wird.

Die Europäer wollen das Europa der Vaterländer zur gemeinsamen Verteidigung der Freiheit und des Lebensraumes. Sie wollen ein starkes Europa als Interessengemeinschaft, in dem auch die Schwachen gestützt und getragen werden. Sie wollen jedoch nicht das Europa mit dem Einheitsschlafsaal. Sie wollen im eigenen Zimmer im eigenen Bett schlafen und ihrer Tradition und Kultur weiterleben dürfen.




Ich habe Angst, wenn ich an das in den Geburtswehen liegende Einheitseuropa denke. Es ist eine Zangengeburt, die überleben, aber ein kraftloser Koloß bleiben wird. Die Nachdenklichen in den Völkern Europas schauen mit gesundem Instinkt mißtrauisch auf den Turm von Babel in Brüssel, und ihre Meinung kommt bei den Europa-Wahlen zunehmend zum Ausdruck, ohne daß die Schöpfer des Einheitseuropas daran Anstoß nehmen.

Sie sind Internationalisten oder die bewußten oder unbewußten Helfer. Nach dem gemeinsamen Willen der Sieger fliegt der Vogel »Europa«, im Gegensatz zu einem richtigen Vogel, nur mit dem linken Flügel, nachdem der nationale Flügel mehr oder weniger freiwillig der besseren Zukunft geopfert wurde.

Mit toter Akrobatik und geschickter Gewichtsverlagerung nach links, können sich der Vogel Europa, insbesondere aber die drei deutschen Lande, in der Luft halten, werden doch alle von den »großen Brüdern« gestützt. Die neue »Mitte«, um die sich die deutschen Parteien gehorsam unter der Aufsicht des Zeitgeistes drängen, ist nicht die Mitte einer Graden, sondern die Mitte des linken Flügels, die eine Markierung der Welterlöser ist.

Der gegenwärtige Zeitgeist hat programmgemäß den Begriff »Vaterland« auszuhöhlen und zu vernebeln. Besonders geistlose oder skrupellose deutsche Kabarettisten versuchen den Begriff »Vaterland« und die Empfindungen dazu als unmodern und überholt zu verhöhnen und lächerlich zu machen.

Ich habe Angst vor diesen Menschen, vor den Umerziehern, den Opportunisten und vor der Dummheit. Im Gegensatz zu diesen edlen Zeitgenossen möchte ich nachweisen, daß das Vaterland und die Bindung daran ein Gesetz der Natur und damit Gottes ist. Das Vaterland ist die Heimat der Seelen und ein Mensch ohne Vaterland ist wie ein Baum ohne Wurzeln. □

Frankreich

# Auflehnung gegen die Dekadenz

Beat Christoph Baeschlin

**»Seit allzu langer Zeit wird Frankreich von Leuten regiert, die in verkehrten Anschauungen befangen sind und sich darum stur weigern zu tun, was für Land und Volk dringend erforderlich ist.« So lautet einer der Leitsätze, womit die Politiker der Nationalen Front den Wahlkampf um die Staatspräsidentschaft führen. Mit Nachdruck weisen sie auf ihren Gegensatz zu den politischen Formationen hin, die Staat und Volk immer tiefer in die Bedeutungslosigkeit und in die Dekadenz führen.**

»Unsere politischen Gegner sind nichts anderes als Haushalter über die Zersetzung von Volk und Staat«, sagen LePen und die ihn umgebenden Führungskräfte, deren Namen bald über Frankreichs Landesgrenzen hinaus bekannt werden, zum Beispiel der Polytechniker Bruno Mégret, der LePens Präsidentschaftskampagne leitet, der Staatsrechts-Professor Dr. Martinez, der Rechtsanwalt und Schriftsteller Georges-Paul Wagner.

## Eine perverse Meinungsmache

Es gilt nicht nur für Frankreich, wenn LePen und die Seinen feststellen: »Politiker und Meinungsfabrikanten wollen uns weismachen, daß die moralische, religiöse und intellektuelle Dekadenz ein wünschenswerter Normalzustand sei, mit dem man sich nicht bloß abfinden, sondern den man freudig begrüßen müsse.«

Die westliche Welt ist mit unmerklicher Allmählichkeit in ein Klima geistiger Zersetzung hineinmanövriert worden. Mit dosierter Steigerung preisen die Massenmedien und die breite Meinungsmache unverdrossen den Zerfall von Sitte und Moral, von Ehe und Familie, von Staat und Gesellschaft, von Anstand und gutem Geschmack als »fortschrittliche« Errungenschaften an. In den meisten westeuropäischen Staaten hat die politische Führung insgeheim diesen Zersetzungsvorgang begünstigt und ihn mit dem glitzernden Tand der enormen und langandauernden Wirtschaftsblüte vernebelt.

Frankreich verzeichnet jedoch seit 1974 eine beträchtliche Verlangsamung des volkswirtschaftlichen Wachstums, und seit dem Zufallswahlsieg der Sozialisten von 1981 weitet sich die Stagnation in Wirtschaftskrise und beginnende Verarmung aus. Das war der Wendepunkt, wo der steile Aufstieg der Nationalen Front begann, wo die nationalistische Tageszeitung »Present« entstand und wo die Wahlerfolge der LePen-Anhänger einsetzten.

Immer weiteren Kreisen französischer Wähler geht ein Licht auf, daß nämlich die sich berufsmäßig hassenden vier Parteien (Kommunisten, Sozialisten, Liberale und Gaullisten) in Wirklichkeit eine Interessengemeinschaft bilden, indem sie in gütlichem Einvernehmen die Vorteile und Finanzmittel der Staatsmacht gemeinsam ausbeuten.

## Meinungskontrolle wird zur Inquisition

Die Nationale Front ist aber eine Kraft, die nicht gewillt ist, sich an diesem Spiel zu beteiligen, nämlich sich auf Kosten des Volkes zu mästen. Das mußte die auf den Auen der Staatsmacht äsenden Politiker und ihre Hofnarren, die Meinungsmacher, in Schrecken und übermäßige Erregung versetzen und mit schauerlichem Haß gegen LePen erfüllen.

Das bislang rücksichtslos ausgeübte Meinungsmonopol der etablierten Parteien erfuhr deshalb eine Ausweitung zu eigentlicher Meinungskontrolle, ja zur Inquisition; als technisches Hilfsmittel dient das sogenannte Antirassismus-Gesetz. Ein hysterisches Getue setzte ein. Die etablierte Politikergilde pries sich als Vereinigung moraltriefender Tugendbolde an, die aus »Abscheu vor dem verwerflichen LePen und seiner entsetzlichen Weltanschauung« sich das Angesicht verhüllen müsse.

Über die aufstrebende LePen-Gruppe wurden alle erdenklichen Verfluchungen ausgeschüttet, wie Reaktionäre, Faschisten, Nazis, Rassisten und was sonst noch als todbringend betrachtet wird.

Alle diese Verwünschungen flossen angeblich aus »reinem demokratischem Gemüt«. Aber niemand stellte die Frage, inwieweit das Volk berechtigt sei, sich zu den Grundproblemen der Existenz von Staat und Nation zu äußern. Offenbar meinen die etablierten Parteiführer, das Volk solle sich nicht allzusehr in die »Demokratie« einmischen.

Was heute in Frankreich vor sich geht, ist für ganz Westeuropa von beispielhaftem Interesse. Denn in ganz Westeuropa wird das Meinungswesen von den Freunden der Dekadenz beherrscht. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diesen Leuten alles, was dem Westen nützt, als moralisch böse und verwerflich vorkommt, und daß alles, was dem Westen schadet, gut und begrüßenswert ist.

Bisher schien es, als ob in diesem muffigen Klima angriffiger und intoleranter, von machtvollen politischen Kräften geförderter Dekadenz nirgends das leiseste Anzeichen einer Auflehnung erkennbar wäre, gleichsam als würden die Völker den ihnen von den Massenmedien gereichten Unsinn einfach hinnehmen.

Haben doch die meisten Politiker ihre Schilderhebung dadurch erkauft, daß sie die in jahrhundertelanger moralischer, intellektueller und religiöser Zucht erarbeiteten Werte, Gedankengebäude und Empfindungsweisen – deren Inhalte die abendländische Kultur darstellen – Stück um Stück preisgaben, jedes Mal mit der Behauptung, dadurch eine »Befreiung« anzubieten. Seit den Studentenunruhen von 1968 knabbern die Politiker nicht mehr stückweise am Fundament der christlich-abendländischen Kultur. Nun setzen sie Bulldozer ein, um zur Freude der Modernisten die gesamte abendländische Geisteswelt zu zertrümmern und Europa in ein Dritte-Welt-Niemandsland zu verwandeln.

## Herausforderung an den nihilistischen Zeitgeist

Durch Frankreich weht eine frische Brise, seit LePen mit einer immer zahlreicheren Gefolgschaft den Kampf gegen die seit Jahrzehnten dauernde Mutlosigkeit aufgenommen hat. Die den westeuropäischen Völkern angeborene Geisteshaltung ist nicht angetan zur passiven Hinnahme der tückisch heraufbeschworenen Desorientierung. Kühner Tatendrang und geistiger Höhenflug kennzeichneten die Völker Westeuropas seit dem frühen Mittelalter. Trotz der Benebelung durch langanhaltendes wirtschaftliches Wachstum – das weitgehend eine Aufblähung ist – und trotz geistiger Terrorisierung durch die Massenmedien sowie durch näselnde Pseudo-Moralisten werden Selbsterhaltungstrieb und Selbstbewußtsein der europäischen Völker wieder zum Durchbruch gelangen.

Was LePen in Frankreich inszeniert, ist ein Aufstand gegen den Kult des Nutzens, diese karge Weltanschauung, die jeden höheren Gedanken und jede Regung gesunden Menschenverstandes ersticken will. Wir erleben das Vorgeplänkel eines sich abzeichnenden großen Ringens. Die von Jean-Marie LePen eingeleitete Volkserhebung zielt auf die Befreiung von einer unerträglich gewordenen Bevormundung.

Bald wird der Ruf LePens über Frankreich hinaus erklingen. Wie ein verzehrendes Feuer wird eine Bewegung über Europa hinwegbrausen, um der aschgrauen Zerstörungswut einer geistlosen, aber arroganten Intellektuellen-Generation Einhalt zu gebieten und diese Leute wie Staub aus den Kleidern abschütteln. □

# Europa-Journal

## Düstere Aussicht bei der Bevölkerungs-Entwicklung

Schrumpfende Einwohnerzahlen, überalterung der Bevölkerung und kein Rückgang der Arbeitslosigkeit – so lauten die wenig erfreulichen Prognosen der Sachverständigen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft für die Jahre 2020 bis 2025. Nach Einschätzung der EG wird die Bevölkerung der Zwölfergemeinschaft bis zum Jahr 2000 geringfügig anwachsen, um dann wieder abzunehmen. Um die Jahrhundertwende wird es voraussichtlich rund 330 Millionen EG-Bürger geben. In diesen vierzig Jahren zwischen 1985 und 2025 wird sich die Bevölkerung der Gemeinschaft um etwa zwei Prozent verringern.

Diese Entwicklung wird von einem allgemeinen Alterungsprozeß begleitet sein. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren wird von 64 Millionen (1985) auf 49 Millionen im Jahr 2025 absinken. Gleichzeitig wird sich die Anzahl der EG-Bürger über 65 Jahre von 43 Millionen auf 64 Millionen erhöhen.

Die Erwerbsbevölkerung der zwölf Mitgliedsländer wird bis 1995 noch leicht zunehmen. Anschließend wird sie bis 2010 konstant bleiben und danach rapide schrumpfen. Nach Ansicht der Sachverständigen werden 2025 1,2 Millionen mehr EG-Bürger das Ruhestandsalter erreichen als neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Noch 1981 lag die Zahl der jugendlichen Berufsanfänger um 1,2 Millionen über der Anzahl der EG-Bürger, die die Altersgrenze erreicht hatten.

Die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft wird nach Einschätzung bis 2025 ungefähr konstant bleiben. Die Zahl der Erwerbslosen unter 25 Jahren wird allmählich abnehmen. Diese Entwicklung wird jedoch von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den älteren EG-Bürgern wieder aufgefangen werden. □

## Rumäniens Isolation vom Osten und vom Westen

Das Rumänien Nikolai Ceausescus, das Ende des Jahres 1987 in vielen Städten Aufstände erlebte, hat seine Außenschuld weiter reduziert, indem es Nahrungsmittel und Strom rationierte. Beobachter sowohl im Inland als auch im Ausland sind jetzt auf eine neue Explosion in der Bevölkerung gefaßt.

Die Rationierung des Stroms heißt, daß nur eine 40-Watt-Birne pro Wohnung erlaubt ist und eine Raumtemperatur von höchstens 18 Grad. Das angesichts der Tatsache, daß Rumänien wahrscheinlich seinen kältesten Winter seit Jahren erlebt.

Die Nationalkonferenz der Kommunistischen Partei Rumäniens schloß dennoch vor kurzem mit der Lobpreisung der Führung des Landes »entlang einer schwierigen und ungepflasterten Straße zu den Höhen der Zivilisation – dem Kommunismus«.

»Man hat mit einer gewissen Lockerung der harten Wirtschaftsmaßnahmen in der Nahrungsmittel- und Stromversorgung der Bevölkerung gerechnet«, kommentierte Jugoslawiens »Politika«, »insbesondere nach den Massendemonstrationen von Arbeitern in Brasov und der öffentlich zum Ausdruck gebrachten Unzufriedenheit in einigen anderen großen Städten, doch das ist nicht eingetreten«. Die Konferenz schloß lediglich mit der Ankündigung, daß das Nahrungsmittelangebot auf öffentlichen Märkten um zehn Prozent steigen werde.

Der ehemalige rumänische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Professor Silviu Brucan, sagte zu Auslandskorrespondenten, er glaube, die Führung des Landes stehe vor einer Wahl: »Entweder eine Unterdrückung der Massen oder ein ernstes Bemühen die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.« Er fügte hinzu: »Unterdrückung führt vielleicht nur zu totaler Isolation, diesmal nicht nur vom Westen, sondern auch vom Osten.« □

## US-Minister warnt die Europäer

»Die Schlüsselfrage für unsere politischen Führer ist, ob und wie die Vereinigten Staaten ihre weltweiten Verpflichtungen einhalten könnnen, während sie Größe und Stärke ihres Militärs reduzieren«, sagte der amerikanische Marineminister James Webb.

»Obwohl das NATO-Bündnis einer der Grundpfeiler unserer Militärstruktur ist«, sagte er, »sind wir mehr als eine europäische Nation. Außerdem ist keine Region besser dazu gerüstet, einen großen Teil der Last ihrer eigenen Verteidigung zu übernehmen, wie Westeuropa.«

Die Vereinigten Staaten verpflichten sich weitaus mehr in Asien, deshalb ist es »unerläßlich, daß wir diese Bindungen unseren militärischen Fähigkeiten anpassen, um unsere Interessen zu schützen und unsere Verpflichtungen in der Region zu erfüllen«.

»Wir müssen unserer eigenen Hemisphäre auch größere Aufmerksamkeit schenken, da ganze 42 Prozent unserer legalen Immigranten in den letzten zehn Jahren aus Lateinamerika kamen und die Probleme Lateinamerikas werden rasch zu unseren Problemen.«

In einer gewaltigen Untertreibung meint Webb: »Es wird der äußerst sorgfältige Einsatz reduzierter US-Streitkräfte und eine enthusiastischere Beteiligung durch andere befreundete Nationen erforderlich sein, damit wir solchen Angriffen widerstehen können.«

»Die Denkweise ›nach INF‹, daß die konventionellen Streitkräfte in Europa erhöht werden müssen, weil sie ohne die Mittelstreckenraketen mehr gefährdet sind, bedeutet nicht zwangsläufig, daß US-Streitkräfte aufgebaut werden sollten«, sagte Webb. »Noch bedeutet es, daß ein solcher Aufbau überhaupt in Europa stattfinden soll oder daß es überhaupt ein Aufbau auf dem Land sein muß. Strategie heißt nicht, daß man dem Druck, der von einem Gegner an einer Stelle ausgeübt wird, genau an dieser Stelle begegnen muß. Wenn die Interessen der USA und ihrer Verbündeten von der Sowjetunion in einem Teil der Welt bedroht oder angegriffen werden, könnten und sollten die USA wahrscheinlich auch an der Stelle reagieren, die für ihre eigene Stärke am vorteilhaftesten ist und das kann überall auf der Welt sein.« □

## Sowjets fördern das »neue Denken«

In der Sowjetunion fand eine Konferenz von Mitgliedern des »Internationalen Fonds für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit« statt. Die Konferenz wurde gefördert von dem Milliardär und Handlanger der Sowjets, Armand Hammer, Chef von Occidental Petroleum. Dem Artikel auf der Titelseite der sowjetischen Militärzeitung »Krasnaya Zvezda« (»Roter Stern«) zufolge, trafen sich die Mitglieder des Fonds – alles führende Persönlichkeiten aus der internationalen Kultur, Wissenschaft und Politik – mit Michail Gorbatschow. Thema der Konferenz war die Durchsetzung eines »neuen Denkens« in der Weltpolitik und der Wissenschaft.

Am gleichen Tag, an dem der Bericht über die Konferenz in der »Krasnaya Zvezda« erschien, veröffentlichte die »Prawda« ein Bild von der Versammlung und ein Foto von Gorbatschow, wie er sich mit Hammer auf privater Ebene trifft. Hammer soll den INF-Vertrag als den »richtigen Schritt in die richtige Richtung« bezeichnet haben. Er sagte auch, er hoffe die Sowjetunion würde ihren »guten Willen« im Hinblick auf Afghanistan zeigen. Auch der Sekretär des Zentralkomitees Anatoly Dobrynin nahm an dem privaten Treffen teil. □



# Freude bei den Sowjets über Rückzug der US-Bomber aus Spanien

Die sowjetische Parteizeitung »Prawda« konnte ihre Freude über den jüngsten Rückzug der amerikanischen F-16 Kampfbomber aus Spanien nicht verbergen. »Bomber verlieren ihre Aufenthaltsgenehmigung«, lautete die Schlagzeile auf der Titelseite des Blattes.

In dem Artikel wird Adolfo Suárez als Wahl der Sowjets zum nächsten spanischen Premierminister gepriesen. Man versuchte auch ein neues Thema auf den Plan zu bringen: »Einige Politiker« wollen, daß die »zweifelhaften Punkte« darüber, ob die Vereinigten Staaten in Krisenzeiten die spanischen Stützpunkte nutzen könnten, »abgeklärt werden«, und sie wollen eine Definition davon, was eine »Krise« ist.

Die amerikanischen Bomber wurden von ihrem Stützpunkt in Torrejón nach Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Außenministerium und der spanischen Regierung des Sozialisten Felipe González abgezogen.

Im Januar wurde der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse von dem spanischen König empfangen. Er traf auch mit González und dem Außenminister zusammen, der den Rückzug der 72 amerikanischen F-16 organisiert hatte. Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums erklärte dazu gegenüber der Presse, der Rückzug »sei eine gute Nachricht für Spanien gewesen und ein wichtiger Schritt für die Detente«. □

# NATO als Verlierer im schwedisch-sowjetischen Handel

Gut informierte europäische Militärexperten berichteten, daß die gerade abgeschlossene schwedisch-sowjetische Beilegung eines 27 Jahre alten Streits über die Wassergrenze in der Ostsee ein großer Schlag für die NATO ist. Diesen Experten zufolge werden mit dieser Vereinbarung Truppenentfaltungen der NATO vor Beginn eines Krieges in dieser Region verhindert. Die Art und Weise, wie die Vereinbarung definiert ist, macht es den NATO-U-Booten unmöglich, sich weiter östlich zu bewegen als bis zu der dänischen Insel Bornholm.

»Das ist ein bedeutender Schritt in Richtung mare clausum (geschlossenes Meer), ein Ziel, das die Sowjets in dieser Region schon seit 80 Jahren anstreben«, sagte ein Experte. »Die Sowjets werden jetzt ihre Stützpunkte in der früheren internationalen ›weißen Zone‹ zur Einrichtung militärischer Präsenz und Kontrolle verwenden.«

Er fuhr fort: »Das Argument, Schweden behalte 75 Prozent der Ostsee gegenüber 25 Prozent für die Sowjetunion ist bedeutungslos, da die Sowjets die schwedischen Gewässer sowieso wie die eigenen behandeln.« □

# Europa zweifelt an US-Handelsstatistiken

Gut plazierte Schweizer und Londoner Finanzexperten bringen über die jüngst veröffentlichten amerikanischen Handelszahlen eine Mischung zwischen Mißtrauen und regelrechtem Unglauben zum Ausdruck.

Berichten zufolge, die in europäischen Finanzkreisen die Runde machen, soll bei den Zahlen »kreative Buchhaltung« im Spiel gewesen sein einschließlich solcher Techniken wie dem Verschieben von großen Luftfahrtaufträgen zwischen den Monaten, um die drastische Kürzung von 25 Prozent zum Beispiel im November 1987 zu erreichen.

Informanten meinen, die Zahlenmanipulationen werden höchstens einen Zeitgewinn von einigen Wochen bringen, bis der Dollar erneut zu fallen beginnt. »Und wenn Finanzminister James Baker versucht, die Zinssätze zu senken, wäre das das unmittelbare Signal für einen ›freien Fall‹ des Dollar«, meinte ein gut informierter Londoner Börsenmakler. □

# De Benedetti übernimmt große belgische Firma

Der italienische Finanzier Carlo De Benedetti schockierte die Finanzwelt mit seiner Entscheidung, die größte alte koloniale Finanzgesellschaft Belgiens, die Société Générale de Belgique, zu übernehmen. De Benedetti übernahm zunächst die Kontrolle über die Dumenil Lebre Bank, die in Frankreich nach der Größe an 46. Stelle steht und begann damit die Kontrolle über 18,6 Prozent der Société Générale de Belgique. Dann verkündete er seine Absicht, weitere 15 Prozent in unmittelbarer Zukunft zu übernehmen.

Die Société Générale kontrolliert ein Drittel der belgischen Wirtschaft und spielt eine Schlüsselrolle auf dem militärischen Rohstoffmarkt, besonders von Rohstoffen afrikanischer Herkunft.

Beobachter sagen, Benedetti, der Vorsitzender der in Turin ansässigen Olivetti Corporation ist, sei eindeutig auf dem Weg, eine der weltweit größten Finanz- und Wirtschaftsimperien zu werden. Der Finanzier kündigte derartige Absichten in zahlreichen Interviews der jüngsten Zeit an und meinte, als Folge der Wirtschaftsdepression und der weltweiten Umorganisation der Finanzen werden nicht mehr als 20 große multinationale Finanzmächte überleben.

# NATO-Befehlshaber will neue Raketen für Europa

Der oberste Befehlshaber der NATO, General John Galvin, äußerte sich darüber, daß die Sowjets anfangen würden, Kurzstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren als Ersatz für jene, die nach dem INF-Abkommen abgebaut werden sollen und zwar hätten sie damit unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens im Dezember 1987 begonnen. Darum drängt Galvin die Vereinigten Staaten zur Stationierung neuer Kurzstrecken-Atomraketen in Europa, zum Ausgleich für den Abbau der Mittelstrecken-Atomraketen.

Galvin betonte, die sowjetischen Schritte bedeuten, daß die Beschwerden, die der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse bei seinem jüngsten Besuch in Bonn gegen die Modernisierung der NATO-Kurzstreckenraketen vorgebracht hat, »reine Propaganda« seien. Der Oberbefehlshaber sagte, er unterstütze das INF-Abkommen, und daß Reduzierungen durch den Warschauer Pakt und die NATO Geld eingespart werden könnte, doch er meinte, die Vereinbarung werde »mehr Risiko beinhalten als wir bereit sein sollten einzugehen«, wenn es nicht ausgeglichen wird durch eine Aufwertung der NATO-Arsenale an nuklearen und konventionellen Waffen.

Galvin empfahl die Entwicklung eines Nachfolgers der Lance-Boden-Atomrakete, die von Kampfflugzeugen aus abgeworfen werden könnte, und die Erhöhung der gegenwärtigen Höchstzahl von 1000 Schuß nuklearer Artillerie, »da diese den gesamten Aufbau der Defensive weniger verwundbar macht«. Er empfahl auch die Modernisierung der konventionellen und die Entwicklung neuer Waffen wie das gemeinsame Überwachungs- und Zielangriffs-Radarsystem der Luftwaffe. □



# Ungehemmt spionieren die Sowjets

Mike Blair

**In den letzten Jahren haben sowjetische Spetsnaz-Truppen, sogenannte Sonderstreitkräfte, auf amerikanischem Territorium und auf US-Militärstützpunkten im Ausland Spionagemissionen durchgeführt. Sie sind darin geschult, in der Vorhut sowjetischer Invasionstruppen Mord und Zerstörung zu schaffen.**

Spetsnaz – Voyska Spetsial'nago Naznacheniya oder »Sonderbestimmungstruppen« – sind Einheiten mit Mini-U-Booten, die zum Beispiel in abgelegenen Gebieten Alaskas gelandet sind, haben Spionagemissionen ausgeführt und sogar empfindliches Überwachungsfunkgerät in der Nähe von streng geheimen Militärstützpunkten im In- und Ausland stationiert.

## Ungehindertes Reisen durch Amerika

Immer werden von Informanten aus dem amerikanischen Geheimdienst Berichte bestätigt, daß Spetsnaz-Einheiten wichtige US-Militäreinrichtungen im Ausland infiltriert haben, so mit Sicherheit den Marinestützpunkt in der Subic Bay auf den Philippinen und wahrscheinlich auch streng geheime Stützpunkte auf Okinawa, dem japanischen Ryukyu-Archipel.

Der stärkste Eingriff auf US-Territorium fand im Sommer und Herbst des Jahres 1987 statt, als fünf Spetsnaz-Agenten eine dreimonatige Reise durch die Vereinigten Staaten unternahmen, bei der sie mindestens 17 Bundesstaaten besuchten.

Das amerikanische Fernsehen »NBC-News« berichtete, daß Kommunisten in den Vereinigten Staaten gewesen seien – zum Beispiel Tschechoslowaken, unter ihnen ein »Militärpilot und ein Atomphysiker«. Gut informierte Quellen teilen allerdings mit, daß es sich bei den fünf Besuchern in Wirklichkeit um eine hoch spezialisierte Spetsnaz-Einheit gehandelt habe. Es könnten Tschechen gewesen sein, da Tschechen, DDR-Bürger, Polen und Ungarn sowie Sowjets in den Spezialeinheiten der Roten Armee sind.

Auf jeden Fall begann die dreimonatige Odyssee der Spetsnaz-Einheiten durch die Vereinigten Staaten im Sommer 1987, als sie bei den Niagara-Fällen im Staat New York in das Land kamen, nachdem sie an Bord eines sowjetischen Frachters nach Neuschottland gefahren waren. Sie reisten in einem Lastkraftwagen weiter, der ein ultraleichtes Flugzeug mit sich führte.

Das zusammenklappbare Flugzeug wurde unter dem Lastkraftwagen mitgeführt und wurde immer dann eingesetzt, wenn das Team eine Aufklärungsaktion aus der Luft durchführen wollte. Es hat mindestens einen Militärstützpunkt im Mittelwesten der USA überflogen; es soll sich um die Dyess Air Force Base in Texas handeln, die die Heimat des streng geheimen B-1-Bombers der US-Luftwaffe ist.

## Unterwegs in allen NATO-Ländern

Man glaubt in Amerika allerdings nicht, daß es der Spetsnaz-Einheit gelungen ist in die Nähe der Nellis Air Force Base in Nevada zu kommen. Dort werden geheime Tests der amerikanischen Tarnflugzeuge, die für Radar unsichtbar und deshalb ein Hauptziel für sowjetische Spionageaktivitäten sind, in der abgelegenen Wüste und auf den Erweiterungen des Stützpunktes im Gebirge durchgeführt.

Auf der Durchfahrt durch Tucson, Arizona, liefen die Kommunisten einigen Lokalreportern in die Arme und behaupteten, sie seien lediglich Touristen auf einer »Goodwill-Reise« im Namen der tschechischen Regierung und einem staatseigenen Lastkraftwagen-Unternehmen. Den westlichen Geheimdiensten ist jedoch hinreichend bekannt, daß die Spetsnaz-Einheiten in allen NATO-Ländern Westeuropas immer mit Lastkraftwagen unterwegs sind und Militärstützpunkte und andere Schlüsselanlagen ausspionieren.

Ein FBI-Sprecher sagte, »die Anwesenheit dieser Besucher während deren dreimonatigen Reise sei ihnen vollständig bekannt gewesen«. Wenn das stimmt, so ist kaum, wenn überhaupt, irgend etwas unternommen worden, um ihren Aktivitäten Einhalt zu gebieten.

Die Spetsnaz-Tschechen verließen die Vereinigten Staaten am 1. Dezember 1987 und fuhren bei Nogales, Arizona, einfach über die Grenze nach Mexiko hinein. Der Lastwagen wurde von amerikanischen Zollbeamten vor dem Grenzübertritt überprüft.

Im Jahr 1987 ist ein Team der Spetsnaz offenbar in die Marinebasis von Subic Bay auf den Philippinen eingedrungen, nachdem sie mit einem Klein-U-Boot, das vermutlich von einem größeren sowjetischen U-Boot oder normalen sowjetischen Schiff, das Geheimdienstmaterial sammelte, transportiert wurde, an Land gebracht worden. Die Sowjets verfügen über eine große Flotte Geheimdienst-Informationen sammelnder Schiffe, die weltweit operieren.

## Die Froschmänner der Spetsnaz

Geheimdienstquellen zufolge verfügen die Spetsnaz-Einheiten über zwei Arten von Mini-U-Booten, beide mit einer Länge von etwa 20 Metern. Eine bemannte Version, die vermutlich bei der Landung des Teams in der Subic Bay und anderen wichtigen amerikanischen Militärstützpunkten in Fernost zum Einsatz kam, trägt den Namen Argus.

Ein ferngesteuertes Mini-U-Boot, das wahrscheinlich dazu verwendet wird, Sprengstoff oder Funkgeräte anzubringen, trägt den Namen Zbuk.

Ansonsten ist über die Mini-U-Boote wenig bekannt, obwohl sie schon mindestens hundertfünfzig mal auf schwedischem Territorium – von Haparanda in Nordschweden bis Malmö im Süden – gelandet sind.

Im Jahr 1984 haben schwedische Truppen einmal auf Froschmänner der Spetsnaz das Feuer eröffnet. Es waren drei und sie waren mit einem Mini-U-Boot auf der schwedischen Insel Almoe gelandet.

Wenn sie von ihrem Mutterschiff hinuntergelassen worden sind, bewegen sich die Mini-U-Boote auf panzerartigen Kettenspuren ans Ufer. Kettenspuren sind bei zahlreichen Gelegenheiten an der schwedischen und norwegischen Küste entdeckt worden und sie tauchen an den Küsten sämtlicher Länder in der freien Welt auf. Sie sind bei zahlreichen Gelegenheiten auch schon in abgelegenen Bereichen der Küste von Alaska entdeckt worden.

Ein Informant berichtete, daß ein Eskimo der Alaskan Scouts (Nationalgarde) erschossen worden ist, als er bei einer Landeoperation einer Spetsnaz-Einheit auf Little Diomede Island – in der Bering-Straße – hinzukam. Dem Informanten zufolge wurde der Eskimo von einer Kugel normalen sowjetischen Kalibers getroffen und man fand Fußspuren im Schnee, die zum Ufer führten, wo man dann auf die Fahrrillen von Mini-U-Booten stieß. Neben dem Leichnam des Eskimos hat man angeblich ein sowjetisches nuklear-chemisch-biologisches Kriegsführungs-Dekontaminierungsgerät gefunden.

Das amerikanische Verteidigungsministerium will diesen Vorfall nicht bestätigen, ebenso wenig wie einen weiteren zuverlässigen Bericht darüber, daß die Leiche eines Froschmannes der Spetsnaz in einem abgelegenen Gebiet an der Küste Alaskas an Land gespült worden ist.

Der Zwischenfall wurde vom Geheimdienst der amerikanischen Armee untersucht und rasch vertuscht. Der Frosch-

mann, blond und Anfang 20, hatte keinen Ausweis bei sich und trug einen Tauchanzug einer im Westen unbekannten Art.

### Der tote Froschmann mit dem unbekannten Tauchanzug

Im Jahr 1984 soll eine Gruppe von Alaskan Scouts ein Versteck mit sowjetischen Ausrüstungsgegenständen gefunden haben, die an Land versteckt worden waren.

Wenn das alles noch nicht seltsam genug erscheinen mag, so könnte man noch hinzufügen, daß sowjetisches Funkübertragungs-Spezialgerät in der Nähe von streng geheimen NATO-Militärstützpunkten und Stützpunkten in den Vereinigten Staaten gefunden worden ist. Ein solches Gerät fand man im Norden des Staates New York in der Nähe der Luftwaffenstützpunkte Griffiss und Plattsburgh.

In Griffiss bei Rome im US-Bundesstaat New York ist der B-52-Bomber stationiert, der mit Cruise-Missiles-Atomraketen bestückt ist.

Auch in Plattsburg, im Osten des Staates New York, nahe den Grenzen zu Vermont und Kanada ist der B-52-Bomber stationiert.

Andere Funkgeräte wurden in Alaska, Manitoba, Kanada, in der Nähe streng geheimer US-Militärstützpunkte in der Bundesrepublik Deutschland und in der Nähe der amerikanischen Atom-U-Boote-Basis in Holy Loch in Schottland entdeckt. □



USA

# Jetzt haben die Sowjets freie Fahrt

Mike Blair

**Der ehemalige stellvertretende Stabschef im Weißen Haus, Michael K. Deaver, wollte, daß amerikanische Geheimdienstbehörden ein sowjetisches Spetsnaz-Kommandoschiff übersehen, das im Hafen von Long Beach angelegt hatte. Es war das Jahr 1984 und die Absichten, die Deaver damit verfolgte, waren politischer Natur. Es war in der Nähe der Austragungsorte der Olympischen Spiele 1984 von Los Angeles.**

Michael K. Deaver hat derzeit Berufung eingelegt gegen Anklagen wegen Meineids, die einigen ausgeklügelten Intrigen entstammten. Als Vergeltungsmaßnahme gegen den amerikanischen Boykott der Spiele in Moskau im Jahr 1980 wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan im Jahr zuvor, entschlossen sich die Sowjets glücklicherweise nicht die Olympischen Spiele in Los Angeles zu boykottieren und verhinderten somit eine größere Konfrontation zwischen dem CIA, dem FBI und dem Weißen Haus.

Sowohl CIA als auch FBI wissen, daß die Sowjets ihre Athleten bei internationalen Wettkämpfen als Spetznaz-Truppen einsetzen. Viktor Suvorov zufolge, einem hochrangigen Überläufer des sowjetischen GRU – dem Geheimdienst im Generalstab der Roten Armee –, ist die beste Spetsnaz-Einheit (Sonderstreitkräfte) im Dienst der Roten Armee im Moskauer Militärdistrikt stationiert. Nach Suvorovs Aussagen setzt sie sich aus der Olympiamannschaft der UdSSR zusammen.

Darüber informiert und trotz Warnungen von seiten des CIA und des FBI entschied Deaver, den Sowjets zu erlauben, mit einem angeblichen Kreuzer mit der Olympiamannschaft im Hafen von Long Beach anzulegen, der – so wurde er gewarnt – wahrscheinlich als Ausgangspunkt für Spionage-Aktivitäten benutzt werden würde.

Man sagte Deaver, die Sowjets würden die Gelegenheit benutzen und einen Monat lang technische Geheimnisse der Amerikaner abhören. Informierten Quellen nach entschloß sich Deaver also dennoch nichts zu unternehmen, um die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nicht zu verschlechtern, was durchaus hätte passieren können, wenn man es verboten hätte, daß das Schiff in dem Hafen anlegt.

### Der KGB konnte sich frei in Washington bewegen

Bei dem Gipfeltreffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow im Dezember 1987 in Washington erlaubte man Dutzenden von Spetsnaz-Beamten des sowjetischen Geheimdienstes KGB und der GRU, sich in Washington nach Belieben zu bewegen und frei herumzustreifen, angeblich als Sicherheitsbeamte im Gefolge des sowjetischen Generalsekretärs.

Der Tatsache wurde offenbar keinerlei Beachtung geschenkt, daß die KGB- und GRU-Agenten eine ideale Gelegenheit hatten, jede Einzelheit von Reagans ausgeklügelten persönlichen Sicherheitsmaßnahmen des Secret Service, des FBI und der Washingtoner Polizei genau in Augenschein zu nehmen.

Es befanden sich 250 Sowjets anläßlich des Gipfels in Washington, über die Hälfte von ihnen sollen mit dem KGB oder GRU in Verbindung gestanden haben. Unter ihnen befand sich General Vladimir Alexandrovich Kryuchkov, die Nummer zwei des KGB. Er bekam ein Visum auf seinen eigenen Namen, um Gorbatschow nach Washington zu begleiten.

Kryuchkov wurde offiziell als »Jurist« geführt, doch Sowjetbeamte sollen dem amerikanischen Außenministerium mitgeteilt haben, daß er der Leiter von Gorbatschows Sicherheitskommandos sei. Kryuchkov ist in den Vereinigten Staaten kein Unbekannter. Anfang der siebziger Jahre war er der Leiter der KGB-Sektion an der Mission der Sowjets bei den Vereinten Nationen in New York.

Kryuchkov stand hinter der Ermordung des Präsidenten Afghanistans, Hafizullah Amin, im Jahre 1979 und einige Geheimdienstexperten behaupten, er habe hinter dem Mordanschlag auf Papst Johannes Paul II. in Rom im Jahre 1981 gestanden.

Es ist erwähnenswert, wie er den Mord an Amin bewerkstelligte und es ist auch eine gute Illustration der Dummheit des amerikanischen Außenministeriums Kryuchkov als Gorbatschows Sicherheitschef zu akzeptieren.

Zunächst wurde Amin und andere Spitzenbeamte der Regierung und des Militärs von Afghanistan zu einem Empfang zur Feier der »afghanisch-sowjetischen Freundschaft« geladen. Nachdem die Afghanistaner den Empfangsraum betreten hatten, zogen sich ihre sowjetischen Gastgeber stillschweigend zurück.

Noch bevor irgend jemand ihre Abwesenheit bemerkte, stürzte ein Störkommando der Spetsnaz herein und sprengte das Gebäude in die Luft, wobei die afghanischen Politiker getötet wurden.

»Es war eine klassische Operation«, sagte David Isby, Autor des Buches »Rußlands Krieg in Afghanistan«. »Mit einem einzigen Schlag vernichteten sie die Regierung und setzten ein Marionettenregime ein.«

Und der Leiter dieser Operation, Kryuchkov, der Chefmörder des Kremls, kennt jetzt jedes Sicherheitsdetail der Regierung von Ronald Reagan sowie viele Einzelheiten des Weißen Hauses. □

# Panama

# Kanal-Schenkung überdenken

Jack Hoffmann

**Angesichts einer zunehmend anti-amerikanischen und pro-marxistischen Militärjunta, die Panama regiert, sind US-Beamte, die die Schenkung des amerikanischen Panama-Kanals an Panama im Jahre 1977 einst befürworteten, jetzt dabei, die Angelegenheit noch einmal zu überdenken.**

Während sich die Amerikaner den Kopf zerbrechen, ob sie die Schenkung rückgängig machen sollen, sind die verantwortlichen Regierungsbeamte in Panama besorgt darüber, daß die Schenkung sich vielleicht sogar als das genaue Gegenteil der wirtschaftlichen Goldgrube erweist als man ursprünglich vorausgesehen hatte. Man macht sich tatsächlich Sorgen darüber, daß der Kanal Panamas Wirtschaft, die schon in Schwierigkeiten ist, sehr gut ruinieren könnte.

## Reagan war gegen die Schenkung

Im Jahre 1977 genehmigte der US-Kongreß unter starkem Druck der Regierung des damaligen Präsidenten Jimmy Carter zwei Verträge, die den Vertrag aus dem Jahre 1903 ersetzten, mit dem die Vereinigten Staaten Souveränität über die Kanalzone – ein Landstreifen auf beiden Kanalseiten durch Panama hindurch mit einer Breite von fünf Meilen – bekamen. Die neuen Verträge sahen die Souveränität Panamas über die Kanalzone vor und zwar kurz nach Ratifizierung und Kontrolle Panamas über den Kanal selbst zu Beginn des Jahres 2000. Die Verträge traten offiziell im Jahre 1979 in Kraft.

Nebenbei bemerkt ist es interessant darauf hinzuweisen, daß Carter in seinem erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1976 schwor, den Kanal niemals aufzugeben, während sein Gegner, der damalige Präsident Gerald R. Ford, die Schenkung befürwortete, solange der Zugang der USA zu dem Kanal garantiert wäre.



US-Präsident Jimmy Carter (links) umarmt den Diktator Panamas, General Omar Torrijos während der Übergabeverhandlungen.

Im Wahlkampf des Jahres 1976 kam es zu heftigen Demonstrationen in der Kanalzone, die von der Regierung in Panama unter Führung des linksgerichteten, einflußreichen Brigadegenerals Omar Torrijos Herrera oft ermutigt wurden. Herrera drohte sogar mit militärischer Intervention, um sich der amerikanischen Wasserstraße zu bemächtigen.

Der derzeitige amerikanische Präsident Ronald Reagan war als Präsidentschaftskanditat des Jahres 1976 gegen die neuen Verträge. Panamas jetziger starker Mann, General Manuel Antonio Noriega, behauptet, die Unruhen in Panama einschließlich des Aufruhrs und der Streiks, in denen gegen sein Regime opponiert wird, seinen von der Reagan-Regierung entfacht worden. Um die Entscheidung zur Übergabe des Kanals an Panama wieder rückgängig zu machen.

## Lebenswichtige Stützpunkte für US-Interessen

Auf jeden Fall war Carter noch nicht lange im Amt als er sein Wahlkampfversprechen, den Kanal nicht aufzugeben, brach und gedrängt wurde, die beiden Verträge mit Panama zu verabschieden. Sie wurden im amerikanischen Senat mit 68 zu 32 Stimmen angenommen, wobei 52 Demokraten und 16 Republikaner dafür stimmten.

Fernando Manfredo, dem stellvertretenden Kanalverwalter aus Panama, zufolge könnte es nun sehr gut sein, daß die Nachteile des Besitzes der Wasserstraße die Vorteile überwiegen. Der Besitz könnte, so meint Manfredo, Panama tatsächlich ruinieren.

Die einfache ökonomische Tatsache ist, daß die amerikanischen Dollar Panama, ein armes Land mit 2 180 000 Menschen mit einem Pro- Kopf-Einkommen von nur 1116 Dollar im Jahr über Wasser halten.

Die Vereinigten Staaten verteidigen den Kanal und derzeit sind 9200 Soldaten auf 14 Militärstützpunkten in Panama stationiert, die nach den Bestimmungen der neuen Verträge um 12 Uhr mittags am 31. Dezember 1999 alle an die Regierung in Panama übergeben werden.

Zu den wichtigsten amerikanischen Militärstützpunkten gehören die Forts Sherman, Gulick und Davis am nördlichen Ende des Kanals nahe der Stadt Colon und die Forts Kobbe, Clayton und Amador, ein amerikanischer Marinestützpunkt und ein Luftwaffenstützpunkt in Albrook in der Nähe von Panama City am südlichen Ende der Wasserstraße.

Diese Stützpunkte sind lebenswichtig für die US-Interessen in Lateinamerika. Panama ist in der Tat der Kern- und Angelpunkt der militärischen Anstrengungen der USA in Lateinamerika. In Panama befindet sich auch das Hauptquartier für das US-Southern Command (SOUTH-Com).

Der CIA und die streng geheime Nationale Sicherheitsbehörde (NSA) haben geheime Stützpunkte in Panama. Geheime Spionageflüge, die die militärischen Aktivitäten im marxistischen Nicaragua überwachen, gehen von dem Howard Luftwaffenstützpunkt in Panama aus.

Es gibt 45 000 Amerikaner in Panama, darunter 30 800 amerikanische Zivilangestellte, das Militär und deren Angehörige. Darüber hinaus beschäftigt die Kanalkommission etwa 12 000 Staatsbürger aus Panama. Das Gesetz über amerikanische Mindestlöhne gilt auch für Einheimische aus Panama, die für amerikanische Staatsbürger arbeiten. Damit fließen 470 Millionen Dollar in die Wirtschaft Panamas.

## Panamas korrupte Vetternwirtschaft

Wenn die Vereinigten Staaten am 31. Dezember 1999 jegliche Kontrolle und alle ihre Stützpunkte aufgeben werden, so ist es nicht schwer vorauszusehen, was mit der Wirtschaft in Panama passieren wird.

Manfredo, der im Jahre 1990 die Aufgabe des Kanalverwalters übernehmen wird, die derzeit von dem Amerikaner Dennis Philip McAuliffe durchgeführt wird, war bei den Vertragsverhandlungen in der Carter-Ära Berater von Torrijos. Manfredo ist jetzt ein Kritiker der mangelden Initiative seiner Regierung bei der Vorbereitung der Übernahme.

Er fürchtet, daß ohne amerikanische Gelder Panama nicht in der Lage sein wird seinen Angestellten die Löhne und Vergünstigungen zu zahlen, an die sie sich gewöhnt haben, solange der Kanal unter Kontrolle der USA stand. Er befürchtet deshalb auch, daß sich seine besten Arbeiter dem Rückzug der Amerikaner von der Kanalzone anschließen werden.

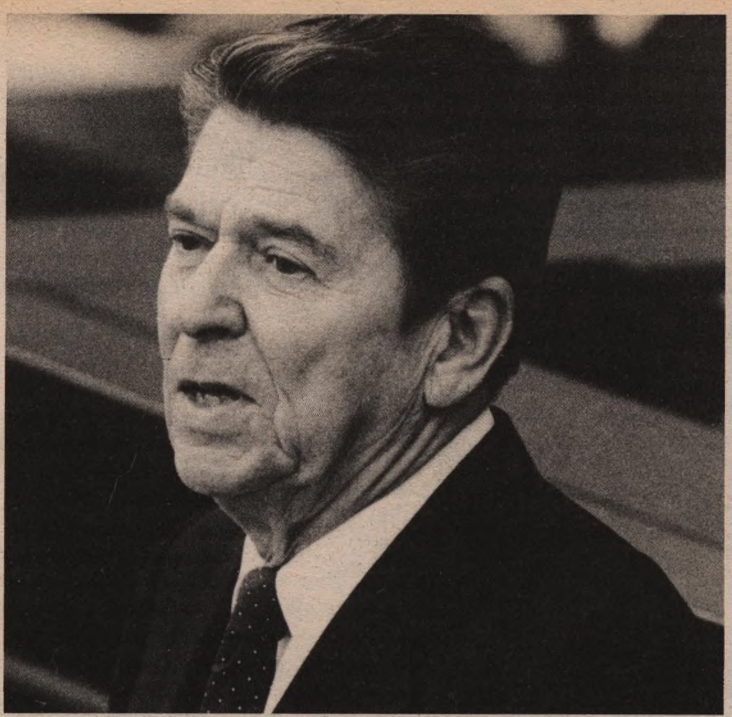
Ab dem Jahre 1986 ist die Zahl der Amerikaner unter den Arbeitskräften in der Kanalzone von 26,4 Prozent auf 18,6 Prozent gefallen, seit die Zone am 1. Oktober 1979 offiziell an Panama überging. Viele der noch verbliebenen amerikanischen Arbeiter, werden gehen, wenn Manfredo im Jahre 1990 als erster Staatsbürger Panamas Kanalverwalter wird.

»Panama kann nicht bis zur letzten Minute warten und erst dann die Verantwortung für den Kanal übernehmen«, warnte Manfredo. »Es muß jetzt damit beginnen. Doch das Problem ist, daß niemand dafür zuständig ist. Die Regierung ist nicht daran gewöhnt im voraus zu planen, zu unterhalten und zu investieren.«

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Panama ist die Sorge groß darüber, daß die Schlüsselpositionen in der Kanalverwaltung von ungeeigneten militärischen Freunden des korrupten Noriega besetzt werden könnten, was für beide Länder Probleme bedeuten würde. Amerikaner in der Kanalzone haben bereits beunruhigt festgestellt, daß Einrichtungen verfallen, Straßen große Löcher haben, Eisenbahnschienen verfallen und Unkraut zwischen den Rissen auf den Start- und Landebahnen des Flughafens hervorwächst.

Die Wirtschaft Panamas basiert auf Dienstleistungen einschließlich des Betriebes des Kanals. Landwirtschaft und Industrie liefern nur etwa zehn Prozent des Bruttosozialprodukts des Landes. Von den Gesamtdeviseneinnahmen des Jahres 1986 in Höhe von 1,715 Milliarden Dollar kamen lediglich 315 Millionen Dollar aus Dienstleistungen.

Derzeit bringt der Kanal jährlich Einnahmen in der Höhe von 117 Millionen Dollar – basierend auf den Zahlen des Jahres 1985 –, womit die Wasserstraße hinter der staatseigenen und privaten Petroterminal Öl-Pipeline kommt, einer 80 Meilen langen Pipeline, mittels derer täglich 800 000 Barrel Öl durch Panama geleitet werden und im Jahr 1985 147 Millionen Dollar einbrachte.



**Ronald Reagan war als Präsidentschaftskandidat des Jahres 1976 gegen die Verträge mit Panama.**

## Ein großes Geschäft der Banker

Es ist sicher nicht das Geld aus der Nutzung des Kanals, das für Panamas Wirtschaft wichtig ist, sondern die US-Dollar der Amerikaner, die dort stationiert sind und arbeiten, und die Dollar, die den Arbeitern aus Panama gezahlt werden.

Die Banken sind Panamas Big Business und unter der Militärdiktatur des korrupten Noriega ist der lateinamerikanische Staat zu einem wichtigen Zentrum des Reinwaschens und Anlegens von illegalem Geld geworden, insbesondere von Geldern aus dem internationalen Drogenhandel. Panama hat 126 ausländische Banken, die 8900 Arbeitsplätze bieten. Die Banken haben ein Vermögen von schätzungsweise 38 Milliarden Dollar und 30 Milliarden Dollar an Einlagen.

Die Privatinvestionen der Amerikaner in Panama werden auf 4 Milliarden Dollar geschätzt.

Der Wert des Kanals für die US-Interessen ist unermeßlich. Heute kommen 47 Prozent des gesamten Frachtguts, das durch den Kanal geht, aus den Vereinigten Staaten und weitere 26 Prozent sind für US-Häfen bestimmt. Im Jahre 1986 fuhren Handelsschiffe insgesamt 11 926mal durch den Kanal. Wenn er geschlossen würde, müßten die Schiffe um die Spitze Südamerikas, Afrikas oder durch den Suezkanal fahren.

Ein schnelles Handelsschiff kann in etwa zehn Tagen über den Kanal von New York nach Japan fahren. Sonst würde es 34 Tage dauern und 300 000 Dollar mehr an Kraftstoff und anderer Ausgaben kosten, wenn man den längeren Weg nehmen würde. Damit würden sich die Kosten für die Waren in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland drastisch erhöhen.

In Kriegszeiten stellt der Kanal den Rettungsweg der Amerikaner dar. Auf der Höhe des Vietnam-Krieges bespielsweise fuhren amerikanische Kriegsschiffe 1500mal durch den Kanal im Vergleich zu 85mal im Jahre 1976, als der Krieg vorbei war.

Die ordnungsgemäße Instandhaltung des Kanals ist darum äußerst lebenswichtig, ob Panama dieser Aufgabe allerdings gewachsen sein wird, ist eine brennende Frage.

»Die Maschinen wurden zwischen 1906 und 1915 gebaut«, erläuterte Fred Cotton, der amerikanische Leiter der Betriebseinrichtungen für die Kanalkommision. »Wenn irgend etwas kaputtgeht, können sie nicht zum Telefonhörer greifen und ein Ersatzteil bestelllen. Es muß bereitgestellt sein.«

Die Lagerhäuser für den Kanal sind mit Ersatzteilen im Wert von 30 Millionen Dollar gefüllt, von denen viele durch Handwerker, die speziell für diesen Zweck geschult wurden, einzeln angefertigt werden mußten.

## Viele US-Experten bekommen Zweifel

Es ist ein unglaublicher Vorgang, wenn ein Schiff den Kanal passiert. Jedes Mal, wenn es diese 51 Meilen passiert, gehen 196 Millionen Liter Wasser durch die Düker und Schleusen des Systems, eine Menge, die für die Tagesversorgung einer Stadt mit 250 000 Einwohnern ausreichen würde.

Ist Panama der Aufgabe, die auf das Land zukommt, gewachsen? US-Experten zweifeln von Tag zu Tag mehr daran. Es sind beispielsweise 200 Lotsen nötig um die Schiffe durch den Kanal zu führen. Einige von ihnen beziehen Gehälter von mehr als 45 000 Dollar pro Jahr, eine unglaubliche Summe nach den in Panama geltenden Maßstäben.

Um den Kanal zu passieren müssen selbst die Kapitäne von Kriegsschiffen die Kontrolle über ihre Schiffe an die Lotsen abgeben, was unter allen Wasserstraßen auf der Welt einzigartig ist.

Die Vereinigten Staaten haben zwölf Jahre gebraucht, um den Panama- Kanal zu bauen. Er kostete 380 Millionen Dollar – vor 80 Jahren eine ungeheuere Summe –, 6000 Menschen kamen dabei ums Leben. Seither haben die USA für seine Instandhaltung neun Milliarden Dollar ausgegeben. Mit einem Federstrich hat Jimmy Carter dann alles weggegeben. □



# Inseln als Geschenk an den Kreml

Fred Blahut

**Wenn nicht genügend Gegenstimmen im amerikanischen Kongreß laut werden, wird das US-Außenministerium einen fünf Inseln umfassenden Archipel nahe des nördlichen Polarkreises an die Sowjetunion verschenken. Verhandlungen über das Schicksal von Wrangel und den kleineren Schwesterninseln sind schon seit mehreren Jahren im geheimen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Gange.**

Der Beobachter des amerikanischen Außenministeriums, Carl Olsen, unterstützte Journalisten bei der Offenlegung des Plans. Seiner Aussage nach plant das Außenministerium die Inseln »Anfang dieses Jahres« an die Sowjetunion zu übergeben.

## Strategisch wichtige Ölreserven

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die fünf Inseln Alaska gehören. Alaska wurde vom kaiserlichen Rußland im Jahr 1867 an die Vereinigten Staaten verkauft. Doch diese Inseln waren nicht in dem Kauf enthalten, aus dem einfachen Grund, weil sie noch nicht entdeckt und von niemandem beansprucht wurden. Somit gilt die amerikanisch-russische Konvention aus dem Jahre 1867 nicht für diese Inseln.

Im folgenden eine kurze Zusammenfassung der Geschichte dieser Inseln:

**Insel Wrangel:** Mit 2800 Quadratmeilen ist sie die größte der fünf Inseln. Sie ist von den Vereinigten Staaten im Jahr 1867 entdeckt worden und am 12. August 1881 formell von Captain Calvin Leighton Hooper an Bord des amerikanischen Revenue-Marine-Schiffes »Thomas Corwin« in amerikanischen Besitz genommen worden.

Hooper war zu der Zeit der de facto Gouverneur des Territoriums von Alaska. Zu den Leuten, die in Wrangel an Land gingen, gehörte der berühmte Forscher John Muir, der in seinem Buch »The Bruise of the Corwin« über die Expedition berichtete.

**Die Inseln Bennett, Henrietta und Jeannette:** Diese Inseln wurden im Zug der berühmten Expedition unter Führung des amerikanischen Marinebefehlshabers George Washington De-Long in den Jahren 1879 bis 1881 an Bord des amerikanischen Schiffes »Jeannette« entdeckt und in Besitz genommen. Ein großes Denkmal steht noch heute vor der amerikanischen Marineakademie in Annapolis, Maryland, um diese tapfere Expedition in die Arktis zu würdigen. Sie werden auch heute noch darum die DeLong-Inseln genannt.

**Insel Herald:** Auch sie wurde im 19. Jahrhundert in formellen amerikanischen Besitz genommen. Captain John Rodgers an Bord des Schiffes »USS Vincennes« hat die Insel im Jahr 1855 für die Vereinigten Staaten ausfindig gemacht.

## Ein ungeheurer Schatz für die Sowjets

Ein Blick auf den Meeresgrund dort liefert uns einen weiteren wichtigen Grund, warum die Region nicht an die Sowjets verschenkt werden sollte: Wir finden hier Öl und Gas in Mengen von Milliarden Barrels.

Das flache Wasser um die Inseln herum wird der äußere Kontinentalsockel genannt. Im Vergleich zu anderen Teilen der Vereinigten Staaten erstreckt sich der äußere Kontinentalsockel Hunderte von Meilen ins Meer hinaus. In Alaska befinden sich tatsächlich etwa dreiviertel des ganzen äußeren, amerikanischen Kontinentalsockels. Die Aufgabe dieses Territoriums würde heißen, daß eine Region fünfmal so groß wie Kalifornien abgegeben werden würde.

Die jüngste Entdeckung der ungeheuer großen Ölvorkommen um Alaska herum war kein Zufall. Da das Wasser dort nicht tief ist, sind das Bohren und das Fördern von Öl hier sehr leicht durchführbar. Die nachgewiesenen ungeheueren Ölreserven stellen einen nationalen Schatz dar, der nicht in die Hände der sowjetischen Kriegsmaschinerie fallen sollte. Das amerikanische Innenministerium schätzt die Öl- und Gasvorkommen Alaskas auf zehn Milliarden Barrel.

Eine seltsame Passage in dem öffentlich zugänglichen »Federal Register« vom 16. März 1984 lieferte die überraschende Enthüllung über die Politik des US-Außenministeriums hinsichtlich der internationalen Grenzen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Es existiert kein Vertrag, in dem eine solche Grenze festgelegt wäre. In dieser Passage im »Federal Register« ging es um das Öl- und Gasleasing für das Navarin-Bekken im Bering-Meer mit der Beschreibung der Blöcke im Meer, die zu erforschen wären.

## Eine wichtige historische Frage

Plötzlich gab es da diese Enthüllung, daß das US-Außenministerium allein und ohne Vertrag und ohne »Rat und Zustimmung« des amerikanischen Senats angeblich eine internationale Grenze geschaffen habe. Es hatte die Bezugslinie der Konvention aus dem Jahr 1867 in eine Grenze verwandelt. »Die Vereinigten Staaten bezeichnen die Konventions-Linie aus dem Jahr 1867 als die Meeresgrenze.« Das US-Außenministerium besitzt dazu kein verfassungsrechtlich verankertes Recht.

Durch die Akzeptierung der alten Linie aus dem Jahr 1867 als Grenze hat das amerikanische Außenministerium dem Westen alles entzogen, das heißt die amerikanischen Inseln Wrangel, Herald, Bennett, Henrietta und Jeannette plus aller riesigen Ölvorkommen, von denen sie umgeben sind.

Seit wann war die alte Linie aus dem Jahr 1867 eine internationale Grenze? Das ist eine wichtige historische Frage, die eine Antwort verlangt.

In dem angesehenen »Digest of International Law« von Green Haywood Hackworth aus dem Jahr 1973 war diese eindeutige Aussage zu lesen: »Die Vereinigten Staaten haben ihren Anspruch auf die Insel Wrangel nicht aufgegeben.«

Dr. William E. Butler, Leiter der Rechtsfakultät am University College in London, schrieb im Jahre 1978 in »International Straits of the World«: »Die russisch-amerikanische Konventionslinie von 1867 wird nicht als Staatsgrenze angesehen und die Kontinentalsockel-Grenze im Chukchi-Meer und nordwärts muß noch ausgehandelt werden.«

Das Besitzrecht der Insel Wrangel ist niemals auf einen anderen übergegangen; die Sowjets haben es sich ohne mit der Wimper zu zucken von den einfältigen Beamten des amerikanischen Außenministeriums gewaltsam geholt.

Fragen von amerikanischen Bürgern an Vertreter des Senats oder des Repräsentantenhauses über die Weggabe der Inseln werden mit den Worten beantwortet: »Schauen Sie auf eine Landkarte; die Inseln gehören den Sowjets.«

Die Wiedereinsetzung der Linie zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR hat keinen rechtlichen Einfluß auf das Besitzrecht der Insel Wrangel; lediglich die Bereitschaft von seiten des amerikanischen Außenministeriums macht den illegalen Transfer möglich.

Dazu der amerikanische Senator Jake Garn: »Die Insel Wrangel wird von den Sowjets beansprucht und befindet sich praktisch seit über 60 Jahren in der Besatzung der UdSSR. Nach eingehenden Untersuchungen hat das Außenministerium keinerlei Beweise dafür gefunden, daß die Vereinigten Staaten jemals offiziell einen Anspruch auf die Insel Wrangel erhoben hat. Da Wrangel westlich der Konventionslinie aus dem Jahr 1867 liegt, konnte es niemals Teil des Territoriums gewesen sein, das in der Konvention des Jahres 1867 an die Vereinigten Staaten abgetreten wurde.« □

# Gorbatschow schlimmer als die Vorgänger

Wolfgang Stach

**»Wir werden eine wunderbare, theatralische Friedensveranstaltung aufziehen. Wir werden singen wie die Englein, unsere schönsten Kleider tragen und mit der leisesten Zunge sprechen. Wir werden streicheln und liebkosen. Schlafpillen verteilen und Himmelbetten aufstellen. Unsere Feinde werden Beifall klatschen und unsere Friedensliebe rühmen. Sie werden ihre schützende Rüstung ablegen – bis auf die Haut – und dann werden wir sie umarmen.« Diese Worte Lenins verkünden genau die Doktrin, die sich auch der jetzige KPdSU-Chef Michail Gorbatschow zu eigen gemacht hat.**

Durch seine »Glasnost«- und »Perestroika«-Politik, beides im übrigen Begriffe, die auch schon Lenin verwendete, sowie durch die von ihm gemachten mannigfachen Abrüstungsvorschläge, die, obwohl sie für den Westen und speziell für Deutschland alles andere als gut sind, im Westen wie himmlisches Manna aufgenommen werden, hat Gorbatschow eine Voraussetzung für die weitere Expansion des Kommunismus geschaffen. Im Sog Gorbatschows vordergründiger Friedensliebe bietet der Westen ihm auch endlich das an, was die Sowjetunion für den letzten, den tödlichen Schlag braucht: nämlich Wirtschaftshilfe.

## Gorbatschow handelt nach Lenins Worten

Sehen wir uns erst einmal an, was Gorbatschow in Wirklichkeit bis heute getan hat: Bis auf wenige berühmte Regimegegner, allen voran Andrej Sacharow und eine Handvoll andere, sitzen nach wie vor Tausende in den Sowjet-KZs. In Afghanistan werden auch heute noch zigtausend Männer, Frauen und Kinder durch die Rote Armee ermordet; die besonders gefährlichen Spielzeugbomben, die unschuldigen Kindern die Hände und Arme abreißen, werden nach wie vor abgeworfen. Kommunistische Terrorstaaten, wie Kuba, Nicaragua, Angola, werden auch unter Gorbatschow mit riesigen Geldsummen unterstützt und bekommen in großen Mengen Kriegsmaterial geliefert.

Lenin verlangte von den Kapitalisten des Westens das Seil, mit dem die Sowjets sie eines Tages aufhängen.

Doch der Westen, mürbe gemacht durch linke Politiker, Parteien und die immer größer werdende Aufwertung der Friedensbewegung, fällt auf Gorbatschows Reden, auf die winzigen Zugeständnisse, die er macht, herein. Gorbatschow handelt dabei nur nach den Worten Lenins; denen zufolge man alles machen dürfe, zwei Schritte rückwärts, ein paar seitwärts, daß man dabei aber niemals das eigentliche Ziel aus den Augen lassen dürfe.

## Wirtschaftliche Aufrüstung der UdSSR

Das amerikanische »Time«-Magazin wählte ihn gar zum Mann des Jahres 1987; Politiker aus aller Herren Länder schlagen ihn für den Friedensnobelpreis vor. Die Cocom-Liste, die den Export sicherheitsrelevanter Teile, wie beispielsweise bestimmte Computerchips, in den Ostblock verbietet, soll weitgehend aufgehoben werden.

Die westlichen Staaten, ganz vornean auch die Bundesrepublik, buhlen mit Angeboten zur wirtschaftlichen Aufrüstung des Sowjet-Regimes, erklären sich bereit, technisches Know-how, modernste Produktionsanlagen und Computer zu günstigeren finanziellen Bedingungen zu liefern. Die Wirtschaft wittert Geld, und schon werden alle anderen Interessen, besonders die der Sicherheit, über den Haufen geworfen.

Und gerade die von Gorbatschow gewünschte »wirtschaftliche Aufrüstung« der UdSSR macht ihn so gefährlich. Seine Vorgänger waren mehr an ihren eigenen Privilegien, an ihrer eigenen Machterhaltung, an der Stärkung des Militärs und weniger an den Erfordernissen der Sowjetunion und ihrer Bürger interessiert. Dies führte dazu, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dort immer katastrophaler wurden.

Anders bei Gorbatschow. Neben einer immer weiteren militärischen Aufrüstung – selbst wenn ein paar wenige Atomwaffen vernichtet werden –, hat er erkannt, daß die Expansion des von der Sowjetunion beherrschten Kommunismus ohne Krieg, und damit ohne die Gefahr einer eigenen atomaren Zerstörung, nur über die wirtschaftliche Seite möglich ist.

Der derzeitige »Frieden« beruht doch im wesentlichen auf der atomaren Abschreckung sowie darauf, daß der Ostblock auf westliche Lieferung, sei es Weizen oder Technik, angewiesen ist. Die durch den Rüstungswettlauf von der Sowjetunion aufzubringenden Gelder fehlten dann aber auf den Gebieten der wirtschafts-technologischen Forschung und der Lebensmittelversorgung. Da mit absolut veralteten Produktionsanlagen gearbeitet werden mußte, war der Ausschuß notwendigerweise auch sehr hoch, was diese Produkte kaum exportfähig machte. Auf der anderen Seite wurde durch diesen sowjetischen Teufelskreislauf der westliche technologische Vorsprung und damit auch der Lebensstandard der westlichen Bevölkerung gesichert.

Sollte es aber nun wirklich zu der von Gorbatschow gewünschten und von der westlichen Industrie angebotenen massiven wirtschaftlichen Unterstützung kommen, ohne daß gleichzeitig politische Bedingungen gestellt werden – so wie es ja momentan auch aussieht –, würde die derzeitige Situation zugunsten des Sowjetkommunismus verschoben. Eine wirtschaftliche Aufrüstung der UdSSR, einschließlich des Transfers technischen und elektronischen Know-hows, würde nämlich dazu führen, daß dieser Vorsprung des Westens sich immer weiter verringert und irgendwann ein Patt erreicht sein wird.

## Der Westen züchtet einen mächtigen Konkurrenten

Sollte sich dadurch die Sowjetunion aber wirklich nicht nur mi-

## Sowjetunion

# Gorbatschow schlimmer als die Vorgänger

litärisch, sondern auch wirtschaftlich zu einer Großmacht entwickeln und dies ist dann nur eine Frage der Zeit, erwächst dem Westen und dadurch besonders auch der Bundesrepublik ein sehr ernst zu nehmender neuer Konkurrent auf den Welthandelsmärkten. Dies würde sich aber mit Sicherheit negativ auf die Exporte der westlichen Länder und damit auch auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken. Um so mehr gilt dies, wenn der Westen bei einer atomaren Abrüstung in hohem Maße konventionell nachrüsten müßte. Diese aufzubringenden Gelder fehlten dann aber wiederum der Wirtschaft.

Da auch die Lohnkosten in den Staaten des Warschauer Pakts nur Bruchteile der westlichen Kosten ausmachen, ergibt sich so über kurz oder lang – wenn man dazu noch berücksichtigt, daß bei einer Erhöhung des östlich Lebensstandards die Motivation der dortigen Arbeiter viel größer und damit gleichzeitig verbunden der Ausschuß geringer wird – ein immer größer werdendes Ungleichgewicht zugunsten der UdSSR.

Gleichzeitig führte diese Entwicklung aber immer mehr zu einer Bedrohung Europas und in besonderem Maße der Bundesrepublik, da aus Finanzgründen eine konventionelle Nachrüstung in dem erforderlichen Umfang nicht durchgeführt werden kann oder nur bei gleichzeitigem Verzicht auf wirtschaftliche Erfordernisse.

Auch kann es doch als sicher gelten, daß die Amerikaner, Franzosen und Briten Deutschland im Konfliktfall wie eine heiße Kartoffel fallen lassen werden. Der amerikanische Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Fred Ikle, verdeutlichte dies dann auch in einem Ende Januar dieses Jahres veröffentlichten Interview, in dem er sagte: »Wer wird Selbstmord begehen, um die Deutschen zu verteidigen?«

Weder Franzosen noch Briten oder Amerikaner würden eine atomare Garantie für die Bundesrepublik so weit ausdehnen wollen, »daß sie auf das Risiko der Selbstauslöschung zugehen«.

So sehr ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen – eigene atomare Bewaffnung, kriegswaffenfreie Zone – zu begrüßen wäre, so wenig kann dieses aber unter den jetzigen Bedingungen gewünscht sein. Man darf doch nicht vergessen, daß die Bundesrepublik eine mehr als 1700 Kilometer lange Grenze zu den Waschauer-Pakt-Staaten hat. In einem Streifen von 100 Kilometer Tiefe entlang der Grenze leben 30 Prozent der Bevölkerung und sind dort 25 Prozent des Industriepotentials angesiedelt. Auch beträgt die Entfernung zwischen der Ost- und der Westgrenze der Bundesrepublik maximal 480 Kilometer.

Diese ganzen Besonderheiten verbieten also einen hinhaltenden Abwehrkampf, der auch Raumverluste in Kauf nähme. Also ist die Bundesrepublik zu den derzeit herrschenden Bedingungen dem Warschauer Pakt bedingungslos ausgeliefert, wenn der Westen sich abkoppelt.

Und genau dieses sind die Überlegungen Michail Gorbatschows. Wenn die westlichen Staaten die UdSSR wirklich, so wie es derzeit aussieht, ohne politische Bedingungen zu stellen, wirtschaftlich aufrüsten werden, wird Deutschland, vielleicht noch in diesem Jahrtausend, aber sicherlich nicht sehr lange nach Beginn des 21. Jahrhunderts, das erste Opfer des dann seine Krallen immer weiter ausstreckenden sowjetischen Bären sein.

Es bestehen lediglich zwei Möglichkeiten, dies zu verhindern. Die eine ist, Wirtschaftshilfe nur gegen politische Zugeständnisse zu leisten. Da die internationale Industrie und die Bankenwelt aber nur ans Geldverdienen denkt und den Mammon über alle anderen Dinge stellt, kann die einzige Möglichkeit für unser Land nur in einem wiedervereinigten, neutralen und mit eigenen Atomwaffen ausgestatteten Deutschland bestehen, das stark genug ist, seine Interessen dem Sowjet-Imperialismus gegenüber eigenständig zu vertreten und nicht auf die Gnade und Hilfestellung anderer westlicher Staaten angewiesen ist. □

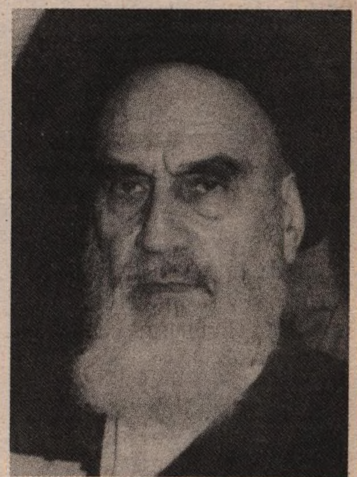
## Iran

# Der Preis für einen grausamen Kreuzzug

Andrew Alexander

**An einem typischen Tag in Teheran kann man beobachten, wie sich blumengeschmückte Wagen in langen Schlangen langsam durch den dichten Verkehr in Richtung der Außenbezirke der Stadt wälzen. Sie fahren nach Behesht Zahra im Süden Teherans, einem besonderen »Märtyrer-Friedhof«, mit einem Springbrunnen an dessen Eingang, aus dem rot gefärbtes Wasser wie aus einer Wunde hervorströmt.**

Auf dem Friedhof eilen ernste Totengräber von einem Grab zum anderen und können kaum nachkommen bei den Dutzenden von Begräbnissen jeden Tag. Es ist nicht ungewöhnlich, auf dem Friedhof mehrere Gruppen von trauernden Verwandten gleichzeitig zu entdekken, die ihren Söhnen, die der iranischen Revolution zum Opfer fielen, ein letztes Lebewohl sagen.



**Ayatollah Khomeini sah sich nach seiner Revolution bis zum heutigen Tag in einen Krieg mit dem Irak verwickelt.**

### Der wahre Krieg findet hinter verschlossenen Türen statt

Wäre nicht Behesht Zahra, könnte man leicht vergessen, daß der Iran in einen barbarischen Krieg mit dem Irak verwickelt ist, der inzwischen im achten Jahr ist.

Es gibt keine Panzer auf den Straßen, keine Luftabwehreinrichtungen auf Gebäuden. Am häufigsten wiederkehrend sind die lächerlich übertriebenen Forderungen nach »Märtyrer-Siegen«, die in den allabendlichen Fernsehsendungen als Kommentar zu den Bildern von den Kämpfen gebracht werden.

Der wahre Krieg in Teheran wird hinter verschlossenen Türen gekämpft, wo Pragmatiker und die Verfechter eines harten Kurses unter der Herrscherhierarchie im Iran sich günstig zu plazieren suchen, um das Ruder zu übernehmen, sobald der 87 Jahre alte, halsstarrige Führer Ayatollah Ruhollah Khomeini stirbt.

Die Pragmatiker werden angeführt von Parlamentsprecher Hashemi Rafsanjani und dem Premierminister Hossein Moussavi und sind wohl mehr für normalisiertere, diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit dem Westen. Der Anführer der Verfechter eines harten Kurses ist Präsident Ali Khamenei, der für den Isolationismus und die Verstaatlichung der Wirtschaft mit Regierungskontrolle auf jeder Ebene eintritt.

Doch während sie sich in politischer Hinsicht unterscheiden

mögen, so sind sich die beiden Gruppierungen dennoch einig darin, den Krieg trotz horrenden Tributs, den er verlangt, fortzusetzen.

Mit etwa 45 Millionen Menschen ist die Bevölkerung des Iran drei Mal so groß wie die des Irak und sie hat im Verhältnis die gleich große Anzahl an Todesopfern gehabt. Es ist allgemein bekannt, daß die offiziellen Zahlen verfälscht werden, doch westlichen Diplomaten in Teheran zufolge sollen 300 000 Iraner getötet und vielleicht 500 000 verwundet worden sein.

## Die angebliche Lüge der Amerikaner

Viele von ihnen waren noch Kinder – manche erst 12 Jahre alt – rekrutiert von Khomeinis Klerus. Sie wurden mit dem fundamentalistischen islamischen Dogma indoktriniert, von nationalistischem Eifer erfüllt und ohne Waffen gegen den Feind losgeschickt.

An der Südfront, wo die Verluste am größten waren, hat man den Kindern kleine Schlüssel aus Metall für das Paradies gegeben und Khaki-Hemden mit dem Aufdruck: »Ich habe die spezielle Erlaubnis des Imam (Khomeini) in den Himmel zu kommen.«

Dann sind sie, in kleinen Gruppen mit einem Seil zusammengebunden, um zu verhindern, daß sie davonlaufen, als Vorhut vor den aktiven Truppen losgeschickt worden, um die Minenfelder zu säubern.

Die Reaktionen auf ein derartiges Barbarentum sind unterschiedlich in Teheran.

»Eine weitere Lüge der Amerikaner«, tobte ein bärtiges, in Großbritannien ausgebildetes Mitglied von Khomeinis fanatischer Revolutionsgarde, die unter dem Namen »Pasdaran« bekannt sind. Doch während er vor der einstigen amerikanischen Botschaft im Zentrum Teherans darüber spricht, scheint er die Praxis doch zu bestätigen: »Schließlich ist Krieg. Einige müssen sterben, damit die anderen leben können.«

»Schlimm ist das alles«, sagte eine Frau aus der iranischen Oberschicht und meinte, sie sei körperlich krank geworden, als sie



**Khomeini demütigte die USA zutiefst durch die Besetzung ihrer Botschaft in Teheran.**

zum ersten Mal von diesen »Kindes-Märtyrern« gehört habe. In einem Interview auf einem Flug von Teheran nach Paris gab sie offen zu, daß ihr 18 Jahre alter Sohn es umgehen konnte zum Wehrdienst eingezogen zu werden, indem er Partner im Export-Import-Geschäft ihres Mannes wurde, das von der Regierung zu einem »wichtigen Unternehmen« für das Land deklariert wurde.

Die Proteste gegen den Krieg sind offenbar begrenzt auf die Iraner der Mittel- und Oberschicht, die am meisten beeinträchtigt wurden, seit Khomeini und sein Gefolge im Jahre 1979 Schah Mohammed Reza Pahlevi stürzten.

## Immer größere Opfer und höhere Steuern

Bei einem kürzlichen Abendessen in der Privatsphäre ihres großen Appartements im reichen Norden Teherans beklagten ein Geschäftsmann und dessen Ehefrau die Abkehr des Khomeini-Regimes von westlichen Werten. Es war jetzt zu riskant für ihn, sich Whisky zu besorgen, der nach den fundamentalistischen islamischen Gesetzen verboten ist. Sie – in Amerika ausgebildet – beschwerte sich über den langen schwarzen »Chador«, den die Frauen in der Öffentlichkeit tragen müssen.

Zusätzlich zu den vielen Menschenleben, die der Konflikt bis jetzt gekostet hat, ist er inzwischen auch zu einer wirtschaftlichen Last geworden. Angesichts der weltweit fallenden Ölpreise mußten die Iraner den Krieg durch größere Opfer und höhere Steuern finanzieren.

Die Revolutionsgarden haben ein früheres Automobilwerk von Renault in Teheran requiriert und es auf die Patronenproduktion umgestellt. Schnellstraßen-Projekte wurden auf Eis gelegt, weil die Straßenbauausrüstung aus Schweden an der Front benötigt wird.

Wenn es auch keinen universellen Enthusiasmus für den Krieg gibt, so gibt es ebensowenig Anzeichen dafür, daß die Moral gebrochen ist.

»Der Krieg ist mehr zu einer unausweichlichen Tatsache des Lebens geworden«, bemerkte ein europäischer Diplomat in Teheran. Er meinte, als der Irak vor einigen Jahren Luftangriffe auf die iranische Hauptstadt flog, reagierten die Leute ärgerlich, indem sie spezielle »Rache-Bataillone« neu rekrutierter Soldaten organisierten.

Wenn es in Teheran in den letzten Jahren zu einer Veränderung gekommen, so ist es die, daß der Revolutionseifer einem Kriegseifer Platz gemacht hat.

An der Universität von Teheran, wo sich jede Woche bis zu mehrere Hunderttausend Menschen zu den Freitagsgebeten versammeln, war die Botschaft der Mullahs über den Lautsprecher eine starke Kritik gegen den »großen Satan«, die Vereinigten Staaten, und seinen »zionistischen Verbündeten«, Israel. Heute richtet sich die Ansprache mehr gegen den irakischen Präsidenten Saddam Hussein, der als Angreifer hingestellt wird.

Jene, die bei den Freitagsgebeten zu den Kriegsbemühungen beitragen, finden nur wenig Aufmerksamkeit mit Khomeinis Fotos und der Aufschrift: »Wenn Ihr dem Krieg helft, helft Ihr dem Islam!« Dem Krieg zu helfen, hilft vielleicht tatsächlich Khomeini.

Als der Konflikt am 22. September 1980 mit dem Angriff irakischer Kriegsflugzeuge auf Khorramshah im Süden des Iran begann, soll der Ayatollah frohlockt haben, daß es sich um ein »Geschenk Gottes« handele.

## Ablenkung von den wirklichen Problemen

Ebenso wie die Gefangenhaltung der Geiseln in der amerikanischen Botschaft in Teheran über einen Zeitraum von 15 Monaten hinweg hat Khomeini den Krieg als Sammlungspunkt und Lackmustest benutzt, um die vorhandene Loyalität zu beurteilen. Amnesty International berichtet, daß Tausende seiner politischen Gegner gefoltert oder hingerichtet wurden.

Kreuzzüge wie der Krieg und die Geiselnahme – die Verfolgung amerikanischer Schiffe im Persischen Golf durch den Iran ist ein weiteres Beispiel – dienen als Ablenkungen von den Problemen im Inland. Sie liefern auch eine Plattform, von der aus Khomeini und die Mullahs die Verbreitung des schiitischen islamischen Fundamentalismus in der ganzen Golf-Region predigen können.

Der Iran hat mehr Männer unter Waffen und besitzt Teile irakischen Territoriums im Süden nahe dem Golf und im Gebirge im Norden Kurdistans. Doch der Irak, der von befreundeten Golf-Nachbarn finanziert wird, ist an Bodentruppen kaum überlegen, doch weist er in der Luft einen deutlichen Vorsprung auf. Trotz peinlicher Verluste nahe der Hafenstadt Basra im Süden im Jahr 1987, hat sich der Irak wieder gefangen und behauptet sich jetzt. □

## Iran

# Rotchina liefert Raketen

Mike Blair

**Eine wachsende Zahl von Mitgliedern des amerikanischen Kongresses wird immer skeptischer hinsichtlich des Verkaufs moderner Waffen und Waffentechnologie an Rotchina. Am 11. Januar 1988 traf eine große Lieferung verbesserter Silkworm-Raketen aus Rotchina an Bord eines Frachters aus Nordkorea im Iran ein.**

Im Herbst des Jahres 1987 trafen bei zwei verschiedenen Zwischenfällen in den Gewässern am Persischen Golf vor Kuwait Silkworm-Raketen, die von iranisch besetztem Territorium im nördlichen Teil des Golfs von Irak aus abgefeuert wurden, einen kuwaitischen Tanker, der unter amerikanischer Flagge fuhr sowie einen US-Tanker.

### Der Betrug der Chinesen

Winston Lord, der amerikanische Botschafter in Peking, brachte damals einen Protest bei den Rotchinesen vor, die leugneten, Waffen an den Iran zu verkaufen. Gleichzeitig beschloß die Regierung Reagan, die es aufgrund ausgeklügelter Geheimdienst-Informationen besser wußte, ihren Verkauf von High-Tech-Waffen und Technologie an die Kommunisten auszusetzen.

Nach einem Treffen mit Vertretern der Regierung Rotchinas in Peking Anfang November 1987 sagte Michael H. Armacost, Staatssekretär im US-Außenministerium zuständig für politische Angelegenheiten, die Kommunisten hätten ihre »Absicht zum Ausdruck gebracht, die Fehllenkung von Rüstungsgerät chinesischen Ursprungs in den Iran zu verhindern«.

Der chinesische Premierminister Zhao Ziyang hatte auch schon amerikanischen Journalisten in Peking gegenüber zuvor geäußert, seine Regierung würde dagegen einschreiten, um zu verhindern, daß Waffen aus seinem Land in den Iran gelangen.



**Zwei Fotos vom Lenkwaffenzerstörer »USS Stark«, wie er Schlagseite hat, nachdem er von einer Exocet Rakete getroffen wurde.**

Angesichts der Lieferung von Silkworm-Raketen, die am 11. Januar 1987 im Iran eintraf, ist es offensichtlich, daß die Rotchinesen gelogen haben. Amerikanische Spionagesatelliten und Höhenflugzeuge haben die Lieferung der Raketen von einem Hafen in Nordkorea in den Iran an Bord eines iranischen Schiffes verfolgt.

Als Folge des Betrugs der Chinesen wird sowohl von den Liberalen als auch den Konservativen im US-Repräsentantenhaus die Fortsetzung von High-Tech- und Waffentransfer an Rotchina in Frage gestellt.

Das Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, Stephen Solarz, ein Liberaler, der den Vorsitz führt im Unterausschuß des Repräsentantenhauses für Angelegenheiten Asiens und des Pazifik, hat eine vollständige Überprüfung der Waffenverkäufe an Rotchina verlangt.

### Waffen in Höhe von einer Milliarde Dollar

Die Bemühungen von Solarz werden unterstützt durch Gerald Solomon, ein ausgesprochen konservatives Mitglied des US-Repräsentantenhauses.

Die US-Beamten sind vor allem besorgt über die jüngste Lieferung von Silkworms an den Iran, weil es sich hierbei um eine verbesserte, präzisere Version der Schiffsabwehrraketen handelt. Die Rotchinesen haben die Silkworms einer ursprünglich sowjetischen Rakete nachgeahmt.

Während die Silkworms, über die der Iran vorher verfügte, nur von stationären Landbatterien aus abgefeuert werden konnten, kann diese neueste Version jetzt auch von Schiffen aus abgeschossen werden. Damit werden sie weitaus gefährlicher für Handelsschiffe, die die Golfgewässer befahren sowie für die dort stationierten amerikanischen Kriegsschiffe.

Vertreter der Reagan-Regierung schätzen, daß trotz der Dementis von seiten der Rotchinesen Waffen in einer Höhe von einer Milliarde Dollar im vergangenen Jahr von Rotchina an den Iran verkauft wurden.

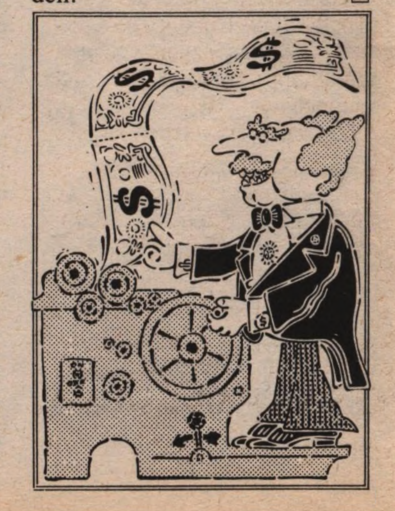
US-Beamte sind auch besorgt über 100 hochtechnisierte rotchinesische C-801-Schiffsabwehrraketen, die für die Lieferung an den Iran geplant sein sollen. Die C-801 werden von Flugzeugen aus abgeschossen und sind weitaus präziser als die Silkworms. Sie sind den Exocet-Raketen französischer Bauart sehr ähnlich, die den US-Frachter »Stark« im letzten Jahr in den Golfgewässern zerstörten, wobei 37 amerikanische Seeleute ums Leben kamen.

### Rotchina liefert an beide Seiten

Die Exocet erwies sich auch als todsicher für britische Schiffe, als sie im Falkland-Krieg von argentinischen Flugzeugen abgeschossen wurden.

Die Iraker haben von den Rotchinesen die C-801-Raketen bereits erworben und haben sie mit verheerenden Resultaten gegen iranische Schiffe im Persischen Golf eingesetzt.

Ein Experte meinte, daß im amerikanischen Repräsentantenhaus demnächst vielleicht ein Gesetzentwurf eingebracht werden würde, um weiteren Waffen- oder Technologietransfers an Rotchina einen Riegel vorzuschieben. Ähnliche Gefühle gegen die Rotchinesen sollen sich derzeit auch im US-Senat bilden. □



## Geheimdienste

# Ein Bäumchen für den besten Verbündeten

Victor Marchetti

**Es muß ein seltsamer Anblick gewesen sein: eine kleine Gruppe von Zivilisten, umgeben von fast ebenso vielen Sicherheitsbeamten in Zivil, versammelt auf einem dürren Hügel, zehn Meilen westlich von Jerusalem, um einen Baum zu pflanzen.**

Die Baumpflanzung um die Mittagszeit, eine traditionelle Zeremonie der Ehrerbietung im modernen Israel, symbolisierte den feierlichen Beginn für einen künftigen Wald. Doch zu wessen Ehren? Zweifellos jemand sehr Wichtiges, dessen Identität dennoch auf mysteriöse Weise verborgen blieb.

Zu der versammmelten Gruppe gehörten einem Augenzeugenbericht zufolge der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin, Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek, der amerikanische Botschafter Thomas Pikkering, die derzeitigen Bosse des Mossad und der Shin Bet – und acht ehemalige Chefs des Mossad, Shin Bet und des militärischen Geheimdienstes.

Es waren auch zwei weibliche amerikanische Sikhs anwesend – Tochter und Enkelin des Geehrten –, deren gänzlich weiße Kleidung und Turbane der Eigentümlichkeit des Augenblicks noch das I-Tüpfelchen gaben.

Nach der Pflanzzeremonie versammelte sich die Gruppe erneut in Jerusalem hinter dem König David Hotel an einem landschaftlich reizvollen Ort nicht weit entfernt von der Stadtmauer der Altstadt. Dort errichteten sie ein Denkmal für die mysteriöse, wichtige Person, die sie bei dem künftigen Wald geehrt hatten. Die Inschrift auf dem Denkmal lautete in drei Sprachen – Englisch, Hebräisch und Arabisch –: »Zum Gedenken an einen teuren Freund. James (Jim) Angleton, 1917–1987.«

**James Jesus Angleton wurde vom damaligen CIA-Direktor entlassen, weil ihn seine Vereinbarungen mit dem Mossad ineffektiv gemacht hatten.**

Es gab keinerlei Hinweis darauf, wer Angleton war oder was er getan hatte, daß ihm eine so besondere Ehre widerfährt.

Der verstorbene James Jesus Angleton ist der ehemalige und langjährige Chef der Gegenspionage des CIA. Er wurde im Jahr 1974 vom damaligen CIA-Direktor William Colby gefeuert, weil er angeblich unter dem Deckmantel einer sogenannten Anti-Terrorismus-Operation (CHAOS), die er auf eigene Initiative gestartet hatte, gegen die Amerikaner spioniert und damit die Charta der Behörde und das amerikanische Gesetz verletzt haben soll.

Einige Jahre später gab Colby zu Angleton entlassen zu haben, weil »er vergeblich nach eigenen greifbaren Ergebnissen auf dem Feld der Gegenspionage gesucht hat und kaum oder keine Ergebnisse fand. Ich habe Angleton und seine Mitarbeiter nicht unkorrekter Aktivitäten verdächtigt. Ich konnte mir einfach nur nicht vorstellen, was sie überhaupt taten.«

Colby bemerkte auch, Angleton habe jahrelang versucht, sämtliche Geheimoperationen des CIA, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren, zu vereiteln. Der ehemalige Direktor sagte: »Nach Angletons Meinung wurden die Agenten des CIA und die Kontakte hinter dem Eisernen Vorhang vom KGB kontrolliert, die Überläufer, die flüchteten, waren in Wirklichkeit vom KGB mit vorbereiteten Geschichten geschickt und einige unserer eigenen Beamten waren geheimer Verbindungen zum KGB oder unzureichend erklärter Beziehungen verdächtigt.«

Ironischerweise wurde gegen Angleton, der die Karriere einiger guter Beamter ruiniert hatte, die an dem sowjetischen Problem arbeiteten, indem er den Verdacht auf sie lenkte, einige Jahre, nachdem er den CIA verlassen hatte, selbst als potentielles Sicherheitsrisiko ermittelt. Doch dann war es schon zu spät. Der Schaden war bereits angerichtet.

In der Zeit, als er bei der Behörde beschäftigt war, ist es ihm sehr gut gelungen, eine ungeheure Menge an Macht zu bekommen. Zusätzlich zu seinem Vetorecht bei den meisten Geheimoperationen aufgrund seiner Rolle als Chef der Gegenspionage hatte er die Verantwortung für die Verbindung zum FBI — obwohl er zuvor von Kim Philby, dem berüchtigten Doppelagenten des KGB getäuscht worden war, der damals hoch oben im britischen Geheimdienst stand.

Angleton kontrollierte persönlich noch andere heikle Verbindungen, so zum Vatikan und israelischen Geheimdienst. Die letztere Beziehung war der wahre Grund dafür, warum man gegen ihn als ein Sicherheitsrisiko ermittelte, nachdem er den CIA verlassen hatte.

Zu den vielen Bedenken über Angletons Leistungen in der Zeit, als er beim Geheimdienst war – die erstaunlicherweise erst nach seinem Weggang zum Vorschein kamen – gehörte der Verdacht, daß er den Israelis beim Erwerb der kritischen technischen Daten geholfen habe, die sie zur Entwicklung von Atomwaffen benötigten.

Und die ganze Zeit über ist es dem »alten Geheimdienstler« – wie ihn einige Kollegen nannten – gelungen, engere Beziehungen mit dem Mossad und anderen israelischen Geheimdiensten zu unterstützen, auf Kosten der Beziehungen zu anderen Ländern wie unter anderem auch dem engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten, den Briten.

Dabei versuchte er den CIA hinsichtlich Geheimoperationen in der Sowjetunion und der osteuropäischen Satellitenstaaten völlig von dem Mossad abhängig zu machen – sogar bis hin zu dem Versuch, die Aktivitäten seiner eigenen Behörde in diesem Feld zu untergraben.

Es ist kein Wunder, daß der Mossad und andere israelische Geheimdienste Angleton als »einen teuren Freund« ansehen, dem sie im Tode pflichtgetreu eine letzte Ehre erwiesen. □

## Konferenz über Schadensbegrenzung

In der israelischen Botschaft in Washington fand eine Konferenz zur Beurteilung des Schadens statt, der dem Image des zionistischen Staates in den Vereinigten Staaten zugefügt worden ist. Aus Israel kamen Yossi Belin, ein Berater des Außenministers Shimon Peres, und Colette Avital, Generaldirektor für Informationen im Außenministerium. Botschafter Moshe Arad und die Generalkonsuls aller israelischen Konsulate in den USA waren anwesend, ebenso wie die wichtigsten jüdischen Spendensammler. Zu letzteren gehörte Morris Abram, Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten großer jüdischer Organisationen. Darüber hinaus waren bestimmte vertrauensvolle Journalisten geladen. □

## Alibi eines US-Senators

Nach wochenlanger Kritik wegen seiner »Schenkung« an die sephardischen Juden in Frankreich hat US-Senator Daniel Inouye endlich den Versuch unternommen, sein trickreiches Manöver hinter den Kulissen zu erläutern. In seiner öffentlichen Stellungnahme sagt er:

»Es ist weithin bekannt, daß ich ein langjähriger Freund Israels bin, denn ich bin der Überzeugung, daß die Erhaltung dieser Demokratie wichtig für die Interessen unseres Landes in Nahost ist. Ich habe auch seit langem Bemühungen unterstützt, die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, denen Juden in unserem Land und im Ausland ausgesetzt worden sind. Meine Unterstützung der jüdischen Sache und des Staates Israel begann lange bevor ich Politiker wurde. Als Jurastudent kaufte ich meinen ersten Pfandbrief des Staates Israel im Jahr 1952.

Offenbar wegen ihrer dunklen Hautfarbe und der französischen Aussprache sind die Sephardim nicht »populär« – selbst unter der jüdischen Bevölkerung insgesamt nicht. Meine Unterstützung dieses Projekts basiert auf dem starken Glauben, daß es den besten Interessen unseres Landes dient, durch die Förderung des internationalen Goodwill und als eine Aktion humanitärer Belange.« □

## Ägypterinnen verlangen Schließen der Botschaft Israels

Als Zeichen der Solidarität mit den palästinensischen Frauen, die gegen die Besatzung der besetzten Gebiete durch Israel protestierten, versammelten sich über 100 ägyptische Frauen vor dem Hauptquartier der Al-Tajamou-Partei in Kairo. Die Frauen, zu denen so berühmte Schauspielerinnen gehörten wie Nadia Lutfi und Muhsineh Twafiq sowie die Universitätsprofessoren Radwa Ashour, Latifeh Zayyat und Ummaieh Rashid, verlangten von der ägyptischen Regierung den israelischen Botschafter des Landes zu verweisen und die Camp-David-Vereinbarung für ungültig zu erklären. □

## Fehlgeburten wegen Tränengas

Fünfundfünfzig Frauen erlitten aufgrund des Einsatzes von Tränengas im Gazastreifen und an der Westbank Fehlgeburten. □

## Streik der Gefangenen in Ansar II

Die Gefangenen in Ansar II in Gaza setzten ihren Streik drei Tage lang fort, um gegen die unmenschlichen Zustände, die im Gefängnis herrschen, zu protestieren. □

## Schüsse am Herodes Tor

Im israelischen Rundfunk hieß es, Grenzwachen hätten bei einem Tumult in der Nähe des Herodes-Tors in Ost-Jerusalem das Feuer eröffnet. Wie es im Radio hieß, feuerten die Grenzwachen Schüsse in die Luft ab, als zwei Brüder, Milham (15) und Jawdat Bebers (14), die Soldaten baten, damit aufzuhören. Augenzeugenberichten zufolge soll Milham darauf ernste Verletzungen im Gesicht erlitten haben, als er von einer israelischen Grenzwache geschlagen wurde. Ein dritter junger Mann wurde verhaftet, weil er sich in diesem Augenblick in der Nähe der beiden Brüder aufhielt. □

## Militär verhindert Zugang zur islamischen Uni

Das israelische Militär versperrte einen der Haupteingänge zur Islamischen Universität in Gaza. Eine Begründung wurde dafür nicht gegeben. □

## Willkür der Besatzungsmächte

Die israelischen Besatzungsmächte verwandelten das Haus von Abu Zor im Balata Camp in der Nähe von Nablus in einen Militärposten, um das Camp und die benachbarten Gebiete beobachten zu können. Abu Zor wandte sich an alle Menschenrechts- und demokratischen Organisationen innerhalb und außerhalb des Landes, die ihm dabei helfen sollten, dies schnellstens rückgängig zu machen, um wieder in den Besitz seines Hauses zu gelangen. □

## Warten auf den richtigen Moment zur Deportation

Yitzhak Shamir, der Premierminister Israels, der gleichzeitig auch das Amt des Innenministers innehat, wartet auf den richtigen Zeitpunkt für die Deportation von Mubarak Awad, des Leiters des palästinensischen Zentrums für gewaltlose Studien, der sein Büro in Ost-Jerusalem hat. □

## Eine neue Stufe der Barberei

Der staatliche Terror des israelischen Militärs gegen das palästinensische Volk hat eine neue Stufe der Barbarei erreicht. Die Reagan-Regierung – eindeutig die pro-zionistischste Regierung, die es jemals in der Geschichte der USA gegeben hat – war peinlich berührt durch die Ankündigung des Verteidigungsministers Yitzhak Rabin, daß das israelische Militär von jetzt an protestierende Palästinenser – einschließlich Frauen – bestrafen wird, indem sie geschlagen und nicht erschossen werden.

Selbst in Israel stieß diese neue Politik gegen palästinensische Demonstranten an der besetzten West Bank und dem Gazastreifen auf harte Kritik von seiten der israelischen Bürgerrechtler, Mitgliedern der Knesset und einem Vertreter einer jüdischen Organsiation in den USA.

Harry Wall, der Vertreter der in Amerika ansässigen B'nai B'rith Anti-Defamation League, sagte im Rundfunk, die Politik werde dem Image Israels in den USA ebenso schaden wie die Invasion in den Libanon im Jahr 1982.

Die Kritik im israelischen Establishment fiel zusammen mit einer Erklärung einer hochrangigen Quelle aus dem israelischen Militär, daß mit dieser Politik in den Herzen der Palästinenser, die gegen die 20 Jahre andauernde Besatzung demonstrieren, »Angst geschürt« werden solle. □

## Probleme des Zionismus

Während viele Juden in Amerika immer noch ihre großen Demonstrationen für die Juden in der Sowjetunion durchführen, fanden wichtigere Ereignisse, die den Zionismus beeinflussen, auf dem Welt-Zionisten-Kongreß in Jerusalem statt. Neben dem Kampf über die Kontrolle der Welt-Zionisten-Organisation (WZO) und der Jüdischen Agentur (JA) und der Debatte

über Aliyah wurden weniger sensationelle, doch vielleicht grundlegendere Dinge diskutiert, nämlich das orthodoxe Monopol auf das Judentum in Israel.

Besonders zur Diskussion stand der Status der Gesetze der Rückkehr, das Privileg, das Israel jedem Juden gewährt, ob kirchlich oder weltlich, orthodox oder nicht, jüdisch geboren oder konvertiert – er kann Bürger des zionistischen Staates werden. Als Reaktion auf die Befürchtung, daß israelische Politiker die Prinzipien des Zionismus unterminieren, indem sie den Launen lauthalser orthodoxer Fundamentalisten nachgeben und damit das Land in eine Theokratie verwandeln, verabschiedete der Kongreß eine Resolution, in der »vollständige Gleichheit für alle Strömungen innerhalb des Judentums« verlangt wurde.

Ein Kampf mag vielleicht verloren sein, doch der Krieg über die »Trennung von Synagoge und Staat« ist noch nicht zu Ende. Die Resolution wurde mit lediglich 20 von 572 abgegebenen Stimmen verabschiedet, weit entfernt von der überwältigenden Mehrheit, auf die die säkularen Zionisten gehofft hatten.

Auch die Resolution über die »Suche nach Frieden als ein zentrales Ziel und im nationalen Interesse« Israels, fand keine große Mehrheit. Dies war vor Ausbruch der Revolte in Gaza, was einen amerikanischen Beobachter des Kongresses zu der Aussage veranlaßte: »Wenn der Kongreß heute abgehalten werden würde, würden sie nicht einmal wagen, den Punkt überhaupt anzusprechen.« □

# Fragen nach der jüdischen Identität

Einer Meinungsumfrage, die von Mina Zemach für das Amerikanische Jüdische Komitee durchgeführt wurde, sagten neunzig Prozent der israelischen Juden, daß die Tatsache Jude zu sein, für sie wichtig sei. Doch 50 Prozent meinten auch: »Meine grundlegende Identität und mein Engagement beziehen sich auf Israel und die Israelis und nicht so sehr auf die Juden und das Judentum.« Nur 31 Prozent stimmten dieser Aussage nicht zu und 19 Prozent waren sich nicht sicher. Auf die Frage, ob die Vorstellungen von »Eretz Israel« und »der Staat Israel« im Zentrum ständen für ihr Verständnis vom Judentum, antworteten 72 Prozent mit Ja, doch 28 Prozent sagten Nein oder waren sich nicht sicher. Zemach meint dazu: »Das leere Viertel des Glases schimmert« und überrascht. □

# Neues Waffenabkommen USA–Israel

US-Verteidigungsminister Frank Carlucci unterzeichnete ein neues Zehn-Jahres-Abkommen mit dem israelischen Verteidigungsminister Yitzhak Rabin, was dem zionistischen Staat mehr Privilegien für den Waffenverkauf an die amerikanischen Militärstreitkräfte einräumt. Das Abkommen setzt Israel auch auf gleiche Stufe mit den NATO-Verbündeten bei der Gründung von Joint-ventures mit dem Pentagon zur Durchführung von Forschung und Entwicklung bei Waffensystemen.

Darüber hinaus diskutierten die beiden Minister noch eine Reihe anderer Themen, wie unter anderen die Verwendung von amerikanischer Militärhilfe, um die Kosten in Höhe von 400 Millionen Dollar tragen zu helfen, die mit Israels Stornierung des Lavi-Kampfjäger-Programms und der gemeinsamen Produktion einiger hundert F-16-Falcon-Düsenjäger anstelle des Lavi zusammenhängen.

»Es öffnet den Horizont sehr weit«, sagte Edward Gnehm, stellvertretender Staatssekretär für innere Sicherheit, der darauf hinwies, daß das US-Verteidigungsministerium sehr bald mit Tel Aviv bezüglich der Finanzierung der neuen antitaktischen Rakete zu einer Einigung kommen werde, die Israel mit US-Geldern bauen will.

Rabin wurde zugesichert, daß es in den beiden nächsten Jahren keine Kürzung in den jährlichen Beträgen amerikanischer Militärhilfe – zur Zeit beträgt sie 1,8 Milliarden Dollar im Jahr – geben werde. □

# Israelische Macht bedeutet Recht

Der rechtsorientierte israelische Professor für politische Wissenschaften, Paul Eidelberg, glaubt, das Existenzrecht der zionistischen Nation basiere nicht auf politischen Dokumenten wie der Balfour-Declaration aus dem Jahr 1917 oder der UNO-Entscheidung über die Teilung Palästinas aus dem Jahr 1947.

Der »wahre Grund«, worauf die Juden ihren Anspruch auf Israel erheben können, ist statt dessen die Torah, seit Ramban – der jüdische Gelehrte Nahmanides aus dem Mittelalter – lehrte, »es ist die Pflicht der Juden, die im Land Israel leben, das Land zu erobern und die Souveränität herzustellen«. □

# Knesset will Kahane Immunität entziehen

Das Knesset-Hauskomitee wird vielleicht bald »aufdrehen« und einen Antrag des israelischen Justizministers Yosef Harish anhören, der verlangt hat, dem Führer der Kach-Bewegung, Rabbi Meir Kahane, seine parlamentarische Immunität zu entziehen, so daß ihm wegen rassistischer Volksaufwiegelung der Prozeß gemacht werden kann.

Die Anklagen stammen aus der Tatsache, daß Kahane von seinen Privilegien der Portofreiheit Gebrauch gemacht und Rundschreiben an israelische Araber verschickt und sie gedrängt hat, das zionistische Land zu verlassen. Als Reaktion auf die Androhung äußerte sich Kahane wie folgt: »Wenn er mir den Prozeß macht, garantiert er uns damit noch viel mehr Sitze im nächsten Knesset.« □

# Die Plage mit den jüdischen Komitees

»Das amerikanische Judentum wird von einer Plage von politischen Aktionskomitees – kurz PACS genannt – heimgesucht. ›Heimgesucht‹ ist vielleicht nicht das richtige Wort, denn diese häßliche Satansbrut ist unsere eigene Schöpfung und die Wunden von dieser Pest haben wir uns selbst zugefügt. Egal, wie es zu ihnen gekommen ist, die PACS stellen eine der störendsten Entwicklungen in der Alltagsgeschichte der amerikanischen Juden dar.«

In der »B'nai B'rith Messenger« aus Los Angeles heißt es in dem Kommentar zur Finanzierung »Dritter-Partei-Kanditaten« einschließlich »bekannter Anti-Zionisten«, um unbeliebte populäre Kandidaten zu »bekommen«, weiter: »Die Intensität unserer Fixierung auf PACS beraubt uns der Perspektive. In einer Umgebung, in der der politische Sieg irgendwie als ein wichtiges ›jüdisches‹ Ziel angesehen wird, vergißt man gelegentlich leicht, daß die Wahl eines bevorzugten Kandidaten nicht den Einsatz unrechter Mittel rechtfertigt.« □

# Sharansky übergeht die Jewish Agency

Der ehemalige sowjetische Dissident Natan Sharansky verlangte in einer Rede im Anschluß an ein Essen, das während des Reagan-Gorbatschow-Gipfels in Washington vom United Jewish Appeal (UJA) gegeben wurde, die amerikanischen Juden sollten die Welt-Zionisten-Organisation und deren angeschlossenen Verband, die Jewish Agency (JA), umgehen, wenn es darum geht, den sowjetischen Juden dabei zu helfen, sich in Israel niederzulassen. Er kritisierte die JA, weil sie nicht in der Lage sei, für die neuen Emmigranten erschwingliche Unterkünfte zu bauen und tadelte die israelische Bürokratie, deren »Mühlen unheimlich langsam mahlen«.

Sharansky verlangte von der UJA, sie solle den Bau von Privatwohnungen in Israel finanzieren und einen Fonds für »mittellose neue Emmigranten« gründen, damit sie in die USA reisen und einen Feldzug zur Freilassung der Familienmitglieder starten können, die sich noch immer in der Sowjetunion befinden. □

## Geheimdienste

# Reinemachen beim Mossad

Victor Marchetti

**Shabtai Kalmanowitz, 42 Jahre, ein in der Sowjetunion geborener, israelischer Geschäftsmann mit bedeutenden Verbindungen zu Politikern, Militärs und gesellschaftlich einflußreichen Personen, wurde in Tel Aviv wegen des Verdachts der Spionage für die Sowjetunion verhaftet. Trotz der Bemühungen der zionostischen Regierung, eine Nachrichtensperre über die Affäre zu verhängen, sickerten Informationen über die Verhaftung von Kalmanowitz, der im Jahr 1971 von der UdSSR nach Israel emigrierte, an die Medien durch.**

Einzelheiten über die Beschuldigungen gegen den angeklagten Spion und die Faktoren, die zu seiner Verhaftung führten, sind noch geheim, doch Kalmanowitz ist den amerikanischen Geheimdiensten kein Unbekannter. Er kam mit der ersten großen Welle jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion nach Israel, absolvierte seinen Militärdienst in der Armee und wurde dann aktiv in Emigrantengruppen, die Druck auf Moskau ausübten, um mehr Juden nach Israel emigrieren zu lassen. Später arbeitete er für die israelische Labor-Partei.



**William Webster, neuer Chef des CIA, soll den US-Geheimdienst von israelischen Agenten und Sympathisanten befreien.**

### Glück beim Austausch von Spionen

Im Jahr 1977 wurde Kalmanowitz Berater von Samuel Flatto-Sharon, Multimillionär und Flüchtling vor der französischen Justiz, dem es gelang, einen Sitz in der Knesset zu erlangen, in der er für eine Legislaturperiode als Einzelner eine Fraktion darstellte.

Flatto-Sharon war einige Jahre zuvor aus Frankreich geflohen, wo er wegen Scheckbetrugs und betrügerischen Bankrott zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Mit Hilfe von Dolmetschern – er sprach kein Hebräisch – zog der reiche Schwindler durch den jüdischen Staat und »kaufte sich« schließlich einen Sitz im Parlament und die Immunität vor der Auslieferung.

Im folgenden Jahr gelang Kalmanowitz unter Ausnutzung seiner Position als Flatto-Sharons Assistent ein sensationeller Austausch von Spionen, in den gefangene israelische, sowjetische und amerikanische Agenten verwickelt waren. In Zusammenarbeit mit dem DDR-Anwalt Wolfgang Vogel, der im Jahr 1962 den Austausch des CIA-U-2-Piloten Francis Gary Powers gegen den KGB-Agenten Oberst Rudolf Abel arrangieren half, gelang Kalmanowitz die Freilassung des US-Agenten Alan Van Norman, der in der DDR verhaftet worden war, sowie des Israelis Miron Marcus, der von der kommunistisch kontrollierten Regierung von Mozambique gefaßt wurde.

Als Gegenleistung bekamen die Sowjets einen wichtigen Agenten zurück, der unter dem Decknamen Robert Thompson gearbeitet haben soll. Thompson wurde wegen der Weitergabe von Geheiminformationen an den sowjetischen KGB verhaftet und überführt, als er Sergeant im Geheimdienst der französischen Luftwaffe war.

Später stellte man fest, daß Thompson ein DDR-Staatsangehöriger und KGB-Berufsagent war, doch seine wahre Identität und der Umfang seiner Spionagetätigkeit konnten trotz jahrelanger Ermittlungen niemals festgestellt werden. Zum Zeitpunkt des Austauschs der Spione, der von Kalmanowitz bewerkstelligt wurde, saß er gerade eine lebenslange Haftstrafe ab.

Kalmanowitz wurde ein sehr erfolgreicher Geschäftsmann, führte einen protzigen Lebensstil und war anläßlich ausschweifender Partys in seinem Haus häufig Gastgeber wichtiger israelischer Politiker und hochrangiger Militärs. Seine internationalen geschäftlichen Aktivitäten führte er von einer luxuriösen Büroflucht aus, die mit »der Glaspalast« betitelt wurde.

Zu jener Zeit liebäugelte Kalmanowitz mit der La'am-Partei von Yigal Hurwitz, dem rechtsorientierten Minister ohne Geschäftsbereich im Likud-Kabinett von Premierminister Yitzhak Shamir. Er wurde auch ein Impressario und organisierte Reisen von Paul Michael Glaser und David Soul – Stars der amerikanischen Fernsehserie »Starsky and Hutch« – sowie anderer Persönlichkeiten aus der Unterhaltungsbranche nach Israel.

Als dieses Geschäft zusammenbrach, wich Kalmanowitz auf eine Reihe anderer Aktivitäten aus, unter anderem der Vermittlung von Geschäften zwischen Firmen in Israel und Botswana, einer der schwarzen »unabhängigen« Staaten innerhalb der Grenzen Südafrikas. Er soll den Rang eines Handelsberaters für Botswana innehaben und in New York ein Büro unterhalten.

Im vergangenen Jahr wurde Kalmanowitz wegen angeblichen Scheckbetrugs in England verhaftet. Aufgrund seines diplomatischen Status bei dem afrikanischen Staat konnte er der strafrechtlichen Verfolgung jedoch entkommen.

Bei dem inzwischen berühmt gewordenen Austausch von Spionen im Jahr 1978 half ihm der New Yorker Rabbi Ronald Greenwald und das Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses Benjamin Gilmann, die die Unterstützung des US-Außenministeriums gewannen. Zusammen mit Hurwitz und anderen israelischen Politikern waren sie schnell bei der Hand, sich jetzt von dem angeklagten Schwindler und kommunistischen Doppelagenten zu distanzieren.

### Kommt es zum Reinemachen im CIA?

Amerikanische Geheimdienstquellen betrachten die Verhaftung von Kalmanowitz als den Anfang eines Versuchs von seiten des israelischen Mossad »aufzuräumen«, nachdem man aus Washington erfahren hat, daß Informationen, die vom amerikanischen Marineexperten und israelischen Spion Jonathan Jay Pollard gestohlen worden waren, durch Löcher im israelischen Geheimdienst an sowjetische Geheimdienstbeamte weitergegeben worden sind. Der Mossad soll angeblich umfassende interne Ermittlungen nach weiterer sowjetischer Durchdringung in seinen Reihen durchführen.

Doch, so sagen diese Quellen, ein Reinemachen bei dem Mossad wird nicht genügen, um die neue amerikanische Geheimdienstführung zufriedenzustellen, jetzt, wo der ehemalige CIA-Direktor, ein starker Verfechter Israels, nicht mehr da ist, »um sie zu schützen«. Diese Quellen meinen, es müsse auch ein ähnliches Reinemachen im amerikanischen Geheimdienst geben, »um uns von israelischen Agenten und Sympathisanten zu befreien«.

Unterdessen hat das amerikanische Außenministerium William Brown, den derzeitigen Botschafter in Thailand, zum Nachfolger von Thomas Pickering als Botschafter in Israel bestimmt. Im vergangenen Jahr wurde Brown auserwählt, die Ermittlungen des Ministeriums über die Sicherheit an der amerikanischen Botschaft in Moskau zu führen, nachdem der Spionageskandal mit dem Marinewachtposten aufgedeckt worden war. Geheimdienstquellen betrachten den Schritt als eine seit langem überfällige Verstärkung der amerikanischen Sicherheit in dem zionistischen Staat. □

Zionismus

# Perspektiven einer »Elite-Politik«

Mark Lane

**Das ist die wahre Geschichte eines kaum bekannten Strafverfahrens, das im Dezember 1953 vom Staat Israel gegen Malchiel Greenwald, einen älteren jüdischen Einwohner Jerusalems, geführt worden ist. Es endete damit, daß die bedeutendsten Zionistenführer der Welt eindeutig entlarvt wurden, am Tode von Hunderttausenden europäischer Juden im Zweiten Weltkrieg mitschuldig zu sein.**

Die Geschichte dieses Strafprozesses wird von Ben Hecht in seinem Buch mit dem Titel »Perfidy« in meisterhafter Beherrschung des rauhen Humors, Pathos und des eines Juristen eigenen Gefühls für die relevante Beweise brillant erzählt.

## Einstimmig Entsetzen in den Medien

Malchiel Greenwald gab im Alter von 70 Jahren seine geringen Ersparnisse dafür aus, ein paar Artikel zu schreiben und sie auf einem dreiseitigen Flugblatt zu vervielfältigen, von denen er etwa 100 kostenlose Exemplare verteilte. In einem von diesen Flugblättern, das in der israelischen Justiz jetzt unter dem Namen »Pamphlet Nr. 51« bekannt ist, behauptete er, daß einer der angesehensten Führer Israels, ein Dr. Rudolf Kastner, ein Verräter sei, der mit deutschen Naziführern, unter anderem Adolf Eichmann, zusammengearbeitet hätte, um Juden aus Ungarn zu deportieren.

Kastner, ehemaliger Leiter des »Ungarischen Rettungsausschusses«, erhob keine Klage. Es war der israelische Staat, der eine öffentliche Anklage erhob. Die israelische Regierung und Presse brachten einstimmig ihr Entsetzen darüber zum Ausdruck, daß Greenwald solch schändliche Anschuldigungen in Umlauf brachte.

Der erste Zeuge, der aufgerufen wurde, war Kastner, und sein Erscheinen »rief jenes Aufsehen hervor, das berühmte Männer umgibt. Der Doktor ist nicht einer der Spitzenführer in Israel, doch er hat es darauf abgesehen. Der Schleudersitz des Außenministers ist in Sicht für ihn.«

Hecht schreibt: »Dr. Rudolf Kastners Parade von Tugenden dauert drei Tage. Die Presse zitiert ihn lyrisch. Welch ein jüdischer Held ist doch Kastner! So wird er in der Presse dargestellt. Niemals hat es einen solchen Triumph tugendhafter Autorität über Möchtegern-Verleumder gegeben.

Kastner bezeugte, daß er viele ungarische Juden vor der Deportation gerettet habe. Er sprach von heroischen und erfolgreichen Bemühungen, als die Führer der Jewish Agency und des internationalen Zionismus in Ungarn im Krieg ihr Leben riskierten.«

## Im Austausch für Tee und Kaffee

Vertreter des Staates Israel und deshalb Vertreter der Interessen Kastners bei dem Prozeß war Chaim Cohen, der als Generalstaatsanwalt die Kollaboration mit den Nazis als das einzige Verbrechen bezeichnet hatte, das in Israel die Todesstrafe verdiene.

Durch das Kreuzverhör Kastners und die Präsentation zahlreicher Zeugen wurde festgestellt, daß durch die »Elite-Politik« Kastners und des internationalen jüdischen Führers Chaim Weizmann 800 000 ungarische Juden den Nationalsozialisten ausgeliefert wurden, während eine kleine Gruppe von nur 600 gerettet wurde. Davon kamen 360 aus Kastners Heimatstadt Kruj. Fast alle von ihnen waren mit Kastner verwandt oder befreundet.

Die Beweisführung ergab, daß Kastner von Eichmann und mehreren SS-Obersten umschmeichelt worden ist. Im Gegenzug für die ehrenvolle Behandlung und die Erlaubnis, daß seine Freunde und Verwandten ausreisen durften, redete er dem Rest der Juden gut zu und sagte ihnen, sie sollen sich nicht widersetzen, sondern den einschmeichelnden Versprechungen jener getrost Glauben schenken, die sie in die Konzentrationslager deportierten.

## Eine Million Juden gegen Kaffee und Tee

Ein Geheimnis ungeheueren Ausmaßes und von historischer Bedeutung wurde bei diesem Gerichtsprozeß zum ersten Mal enthüllt. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges schlug Adolf Eichmann Joel Brand – einem Mitglied von Kastners Rettungsausschusses – vor, er (Eichmann) würde eine Million ungarischer Juden »lebend und unverletzt« im Austausch für 1000 Tonnen Tee, 1000 Tonnen Kaffee und 10 000 Lastkraftwagen in den Westen – wenn sie wollten, nach Palästina – freilassen. Eichmann war einverstanden, daß die Lastkraftwagen lediglich gegen die Russen und nicht gegen die westlichen Verbündeten eingesetzt würden.

Die Jewish Agency wurde von Weizmann und David Ben Gurion geführt. Zu der Zeit war Moshe Sharett das politische Oberhaupt der Jewish Agency. Zur Zeit des Prozesses war Sharett Israels Premierminister. Die Jewish Agency sorgte unter Beteiligung ihrer Führer dafür, daß Brand entführt wurde und gefangen blieb, ohne daß man mit ihm Kontakt aufnehmen konnte, bis diese Vereinbarung nicht mehr länger durchführbar war.

Erst nachdem die meisten der ungarischen Juden tot waren, wurde Brand freigelassen. Nach seiner Freilassung bat er dennoch um die persönliche Intervention Weizmanns. Weizmann ignorierte Brands Bitte, während der Rest der nicht zur Elite gehörenden Juden starb.

Nach israelischem Gesetz waren Beweise zutage getreten und veröffentlicht worden, die nach Kastners Verhaftung, strafrechtlichen Verfolgung und möglicherweise nach seiner Hinrichtung verlangten. Ein solcher Prozeß würde jedoch den wichtigsten Grund für die Existenz Israels gefährden und vor allem die Rolle der Führer und Gründer Israels beim Tod ungarischer Juden aufdecken.

## Die Schwere der Anklage konnte nicht ignoriert werden

Doch die Schwere der Anklagen konnten nicht einfach ignoriert werden, und eine strafrechtliche Verfolgung wurde in Gang gesetzt. Kurz vor Beginn des Prozesses wurde Kastner vor seinem Haus in der Emmanuel Street 6 in Tel Aviv erschossen. Der Mörder war Zeev Eckstein, der bis ein paar Monate vor dem Mord ein Agent des Mossad, Israels Geheimdienst, war.

Hecht zieht den Schluß, daß die Haltung der Nazis den Juden gegenüber zunächst Vorsicht beinhaltete, in dem Glauben, daß ein organisiertes Judentum eine »mächtige Weltmacht« darstelle, die noch einflußreicher wäre wie der Katholizismus. Er schreibt: »Mehrere Jahre lang versuchten die deutschen Führer sich der Juden zu entledigen, indem sie sie nach Madagaskar und sogar nach Palästina schickten.«

Die offiziellen Vertreter des Judentums – Weizmann, Sharett, Kastner und andere Gründer Israels – ermutigten jedoch zusammen mit »Franklin Roosevelt, Winston Churchill und Josef Stalin« durch ihre Aktionen in der Öffentlichkeit und die Manöver hinter den Kulissen zu einer rauheren Behandlung. Die Juden starben wie Weizmann vorausgesagt hatte.

Aus der zynischen Manipulation ihrer Qual durch jene, die an ihrem Tod die Mitschuld trugen, wurde der Staat Israel gegründet mit Chaim Weizmann als erstem Präsidenten und David Ben Gurion als erstem Premierminister. □

Das Buch von Ben Hecht mit dem Titel »Perfidy« erschien im Jahre 1961 in den USA. Es ist jetzt vergriffen.

Zionismus

# Eine rassistische Philosophie

Mark Lane

**Im Jahr 1975 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, mit der der Zionismus mit dem Rassismus gleichgesetzt wurde. Dies kennzeichnet eine der wichtigsten und weitreichendsten Entscheidungen, die von dieser normalerweise machtlosen Organisation getroffen wurde.**

Die Weltorganisation der Vereinten Nationen gab schließlich eindeutig zu, was praktisch jedes Land auf der Welt schon seit langem glaubte, doch niemand hatte es gewagt, offen auszusprechen, weil man fürchtete anti-jüdischer Gefühle beschuldigt zu werden: nämlich, daß die Grundsatzpolitik Israels das Ziel hat, die einheimische arabische Bevölkerung Palästinas aus dem Staat Israel zu vertreiben.

## Eine der grausamsten Formen des Rassismus

Obwohl die israelische Regierung heftig dagegen gekämpft hat, daß Zionismus und Rassismus gleichgesetzt werden, haben in Israel selbst viele Wissenschaftler begonnen, sich auf das Thema zu konzentrieren, und sie kommen zu dem Schluß, daß es sich bei dem Zionismus in der Tat um eine rassistische Philosophie handelt.

In seinem Buch, »Israel, ein Apartheid-Staat«, schreibt Uri Davis, ein anerkannter israelischer Professor, offen heraus, daß Zionisten »durchaus erfolgreich versucht haben, den Zionismus ideologisch und praktisch innerhalb der Tradition des neuzeitlichen säkularen Rassismus und des imperialistischen Kolonialismus einzuordnen«.

Davis fährt mit seiner Analyse des Rassismus fort, indem er aufzeigt, in welcher Weise die Zionisten mit vielen anderen offenkundigen Rassisten zusammengearbeitet haben. So schreibt er: »Der zionistische Rassist, wie er in den offiziellen Institutionen der Welt-Zionisten-Organisation vertreten ist, hat sich in kritischen Situationen eher für die Zusammenarbeit als den Streit mit anti-jüdischen Rassisten entschieden, selbst wenn dieser Rassismus die Form des Pogroms und des Völkermordes annahm.«

Eine der grausamsten Formen des Rassismus wurde von den Zionisten gegen ihre nicht-zionistischen jüdischen Mitmenschen im Zweiten Weltkrieg eingesetzt. Zionistische Juden kollaborierten mit Naziführern gegen religiöse, nicht-zionistische Juden und erlaubten den »überlegeneren und besser ausgebildeten zionistischen Juden, die Anhänger des Marxismus waren, die Emigration nach Palästina, während sie ihre Glaubensgenossen dem Nazi-Regime auslieferten«, so Davis.

In diesem Fall waren prominente zionistische Führer wie Menachem Begin und Moshe Dayan Ende der dreißiger Jahre bereit, viele Juden zu opfern, damit die jüngsten und in ideologischer Hinsicht überzeugtesten Juden nach Palästina emigrieren konnten und so den Kern einer zionistischen Nation schufen.

## Massaker als politische Botschaft

Rassismus zeigt sich in vielerlei Formen. Einige rassistische Gruppen benutzen die Propaganda, andere politische oder gesetzliche Mittel, um ihre Ziele zu erreichen. Andere wiederum, wie die Zionisten, benutzen das allerletzte rassistische Werkzeug gegen ihre Feinde: den Terrorismus.

Während sich der Rassismus aus einer Philosophie der Überlegenheit herleitet, stellt der Terrorismus diese Philosophie in Taten umgesetzt dar. Es waren die Zionisten, die die modernen Praktiken des Terrorismus erfunden haben. Zwei von Israels prominentesten Politikern, Begin und der derzeitige Premierminister Yitzhak Shamir, haben zusammen zu dem beigetragen, was als einer der furchtbarsten Terrorakte, die jemals verübt wurden, in die Geschichte eingegangen ist: das Massaker von Deir Yassin, wo zionistische Guerillas ein ganzes arabisches Dorf niedergemetzelt haben.

Das Massaker wurde absichtlich als eine blutige Botschaft an die Araber durchgeführt und sollte ihnen Angst und Schrecken einjagen und sie aus ihren Häusern und Dörfern vertreiben, um ein Palästina ohne Araber zu schaffen. So kennzeichnete Deir Yassin den Entschluß der zionistischen Führer, die Araber aus Palästina zu vertreiben und jene zu töten, die sie nicht vertreiben konnten.

Nach dem Massaker gingen von den zionistischen Siedlern, die über Nacht festungsähnliche Dörfer errichteten, Rufe wie »Denkt an Deir Yassin!« aus, um den Arabern Angst einzujagen und sie dazu zu bringen, aus ihren Häusern zu fliehen, um so Raum zu schaffen für noch mehr Dörfer, die aus dem Boden gestampft werden konnten.

## Auswüchse einer terroristischen Politik

Ein prominenter Führer der internationalen zionistischen Bewegung und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Jüdischen Nationalfonds bis zum Jahr 1973, Joseph Weitz, schrieb: »Unter uns muß klar sein, daß es in diesem Land für Araber und Juden zusammen keinen Platz gibt. Mit den Arabern werden wir unser Ziel eines selbständigen Volkes in diesem Land nicht erreichen. Die einzige Lösung ist Eretz Israel ohne Araber . . . und es gibt keinen anderen Weg, als die Araber wegzuschaffen und zwar alle. Kein Dorf oder Stamm sollte übrigbleiben. Für diesen Zweck muß Geld beschafft werden.«

In den letzten Jahren ist eine Menge über Massaker an Israelis geschrieben worden, die dem zionistischen Regime gegenüber kritisch eingestellt sind. In einem vor kurzem erschienenen Artikel in einer Jerusalemer Zeitung wird ein israelischer Soldat zitiert, der bei dem Morden dabei war. Er sagte: »Als der Kampf zu Ende war und die Schießerei aufhörte, war es ruhig geworden, doch das Dorf hatte sich nicht ergeben. Die Irgun-Freischärler kamen aus ihren Verstecken und begannen mit Säuberungsaktionen in den Häusern. Sie feuerten mit allen Waffen, die sie hatten, und warfen Sprengstoff in die Häuser. Sie schossen auch auf jeden, dem sie in den Häusern begegneten, auch auf Frauen und Kinder.

Ich selbst und einige Bewohner baten die Befehlshaber, ihren Männern zu befehlen mit dem Schießen aufzuhören, doch wir hatten keinen Erfolg damit. Unterdessen waren etwa 25 Männer aus den Häusern geholt worden. Sie wurden auf einen Lastwagen geladen und wie in einem Triumphzug im alten Rom in einer ›Siegesparade‹ durch die jüdischen Viertel Jerusalems geführt.

Am Ende der Parade brachte man sie in einen Steinbruch zwischen Giv'at Shaul und Deir Yassin und erschoß sie kaltblütig. Die Israelis schafften die Frauen und Kinder, die noch lebten, auf einen Lastwagen und brachten sie zum Mandelbaum-Tor, wo sie abgeworfen wurden.«

Mit der zionistischen Methode, den Terrorismus als integralen Bestandteil ihrer Außenpolitik einzusetzen, ist das israelische Regime in der Lage, eine wirksame Kontrolle über die gesamte arabische Bevölkerung an der West Bank und am Gaza-Streifen auszuüben. Das Töten von Häftlingen wie im Falle der gefangen genommenen Palästinenser, die beschuldigt wurden, einen Bus in Süd-Israel entführt zu haben und die während des Verhörs zu Tode gefoltert wurden; das In-die-Luft-Jagen der Häuser der Araber, weil sie die unzulässige palästinensische Flagge gehißt haben – all das sind die Auswüchse der terroristischen Politik, die zum ersten Mal in Deir Yassin zur Geltung kam. □

# Uneinig über Frieden

Mark Lane

**Die amerikanische jüdische Gemeinde ist gespalten über die Frage, ob eine internationale Konferenz zur Aushandlung einer Friedensregelung zwischen Israel und den arabischen Ländern einberufen werden sollte. Zum ersten Mal vielleicht seit der Gründung des zionistischen Staates stellen wichtige jüdische Organisationen in Amerika die israelische Regierung in Frage, in diesem Fall, weil sie es abgelehnt hat, ehrlich Frieden mit den arabischen Nachbarn zu suchen.**

Diese Spaltung hat in den letzten Wochen noch an Bedeutung hinzugewonnen, da sie den bitteren Streit zwischen Premierminister Yitzhak Shamir und Außenminister Shimon Peres darüber widerspiegelt, wie oder ob Tel Aviv bei dem Friedensprozeß vorgehen sollte.

## Die Sackgasse der Beziehungen

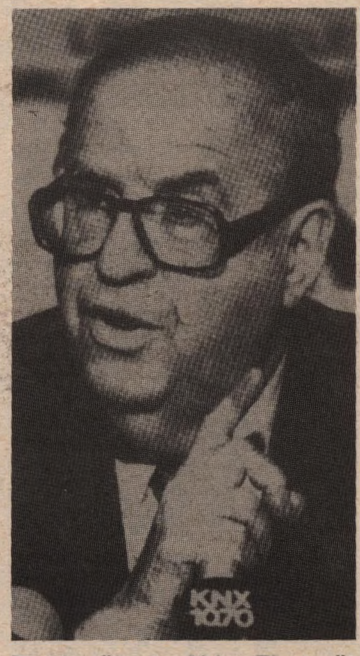
Der American Jewish Congress (AJC) hat sich die Haltung von Peres zu eigen gemacht und sagt in einer Grundsatzerklärung, es sei notwendig und angebracht für den AJC, sich an der gegenwärtigen Debatte zu beteiligen, weil die israelische Regierung »an einem toten Punkt angelangt sei, darüber wie der Friedensprozeß anzugehen sei«.

Der AJC setzte sich für eine internationale Friedenskonferenz ein in der Hoffnung, die Sackgasse in den israelisch-arabischen Beziehungen zu beenden.

Die Women's Labor Zionist Organization of America (Na'amat USA) hat sich ebenfalls für eine internationale Konferenz ausgesprochen. In ihrer Grundsatzerklärung heißt es: »Wenn wir nicht alles unternehmen, um den Friedensprozeß jetzt zu fördern, wird sich vielleicht viele Jahre lang keine Gelegenheit mehr dafür bieten.«

Und Rabbi Alexander Schindler, Präsident der amerikanisch-hebräischen Gemeinde, hat die amerikanischen Juden ebenfalls zur Teilnahme an der israelischen Friedensdebatte gedrängt.

Die Zionist Organization of America (ZOA), Americans for a Safe Israel (AFSI) und andere zionistische Organisationen in Amerika dagegen schlugen sich auf die Seite von Shamir, der entschieden gegen jede Art von Friedensverhandlungen ist. Diese Organisationen, die einen harten Kurs verfolgen, haben außerdem den AJC und alle anderen angegriffen, die eine Schlichtung mit den Palästinensern oder Israels arabischen Nachbarn befürworten, und haben das alte Argument neu entfacht, daß die amerikanischen Juden sich in die israelische Politik nicht einmischen und der Welt nichts anders als eine vereinte Front präsentieren sollten.




**Der berühmte Abba Eban rät den amerikanischen Juden: »Haltet Eure Taschen offen und macht den Mund zu!«**

Ihre Argumente strafen jedoch ihre wahren Positionen Lügen. Während sie die Verfechter des Friedens kritisieren, wurde in dem Positionspapier der ZOA die Verzögerungspolitik Shamirs akzeptiert und gegen eine internationale Friedenskonferenz angekämpft.

## Kommt es zu einer lähmenden Uneinigkeit?

Unterdessen nehmen andere große jüdische Organisationen in Amerika eine »Hände-weg«-Haltung zu dem Friedensproblem ein, zumindest für den Augenblick. Doch es gibt Anzeichen dafür, daß zumindest einige – die Union of American Hebrew Congregations (Reform) und vielleicht sogar die einflußreiche Konferenz von Präsidenten der großen jüdischen Organisationen in Amerika – bald mit dem harten Kurs bricht und eine internationale Friedenskonferenz unterstützt.

Gleichzeitig jedoch fürchten so mächtige zionistische Interessengruppen wie das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith überhaupt Stellung zu beziehen. Ihre Sorge besteht darin, daß es innerhalb ihrer Organisation sehr unterschiedliche Meinungen zu der Friedensfrage gibt, und wenn man sich für eine Seite entscheiden würde, so könnte das innerhalb der eigenen Organisationen zu einer lähmenden Uneinigkeit im Innern führen.

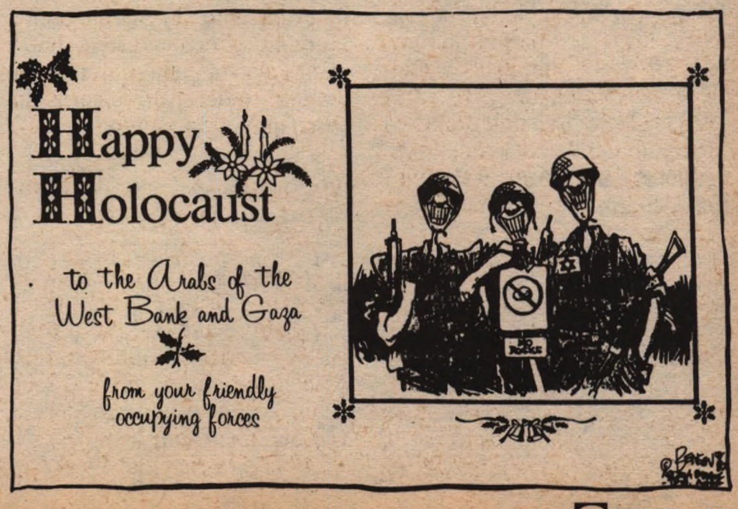
Abraham Foxmann, Direktor der ADL, äußerte gegenüber der »New York Times« vor kurzem, seine Organisation würde in der Öffentlichkeit keine Position zur Friedensfrage beziehen. Er sagte: »Wir werden das nicht tun. Für mich steht zu viel auf dem Spiel, als daß man einen Fehler machen dürfte. Wenn und falls Israel eine Entscheidung darüber trifft, wie es vorgehen will, dann werden wir uns damit beschäftigen, ob wir die Sache unterstützen werden oder nicht.«

## »Haltet Eure Taschen offen ...«

Die Politiker Israels sind gespalten darüber, ob sich die amerikanischen Juden an der Politik ihres Landes beteiligen sollten oder nicht. Peres erzählte der Präsidenten-Konferenz im Oktober letzten Jahres in New York, die amerikanischen Juden hätten das Recht, sich zum Thema Friedenskonferenz zu äußern. Es ist ein ebenso kritischer Punkt für die Zukunft des jüdischen Volkes, sagte er, wie die Frage, wer ein Jude ist.



Der berühmte Abba Eban, ein Labour-Mitglied der Knesset und Vorsitzender dessen Verteidigungsausschusses und Ausschusses für außenpolitische Angelegenheiten, ist der gleichen Meinung. Er sagte einer Gruppe jüdischer Führer in New York vor ein paar Wochen, sie hätten ein Recht, sich in die Debatte einzumischen. Was Shamirs Meinung zu der Einmischung der amerikanischen Juden angeht, so beschrieb Eban sie mit den Worten: »Haltet Eure Taschen offen und macht den Mund zu!« □



Zionismus

# Arabische Juden treffen sich in den USA

Mark Lane

**»The World Organization of Jews from Arab Countries« WOJAC (»Weltorganisation der Juden aus arabischen Ländern«) trafen sich in Washington zu ihrer dritten internationalen Zusammenkunft seit ihrer Gründung im Jahr 1975. Das erste Treffen fand in Paris, das zweite in London statt. Bei der Washingtoner Konferenz wollte man die Aufmerksamkeit der Medien in starkem Maße auf sich lenken, um dem amerikanischen Volk die »rechtmäßigen Forderungen nach einem Ausgleich« bekannt zu machen, den die Juden, die Ende der vierziger Jahre aus arabischen Ländern nach Israel emigrierten, von den Arabern verlangen.**

Die WOJAC hofft auch den amerikanischen Kongreß und andere Politiker davon überzeugen, daß ihre Sache »noch legitimer sei als die mit starker Propaganda versehene Frage der palästinensischen Flüchtlinge«. Zum ersten Mal warfen jüdische Zionistenorganisationen in Amerika ihren ganzen Einfluß zur Unterstützung der Bemühungen der WOJAC in die Waagschale, um die Aufmerksamkeit zu erregen und in den USA Gelder für ihre Sache zu beschaffen. Kenneth Bialkin, Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten der wichtigsten jüdischen Organisationen und früherer Leiter der B'nai B'rith Anti-Defamation League (ADL), nahm aktiv daran teil ebenso wie die Vertreter des amerikanischen jüdischen Komitees, des Weltjudenkongresses und der Welt-Zionisten-Organisation.



**Yitzak Shamir gelang es, Amerikas Unterwürfigkeit gegenüber Israel zu vergrössern.**

## Tief verwurzelter Rassismus

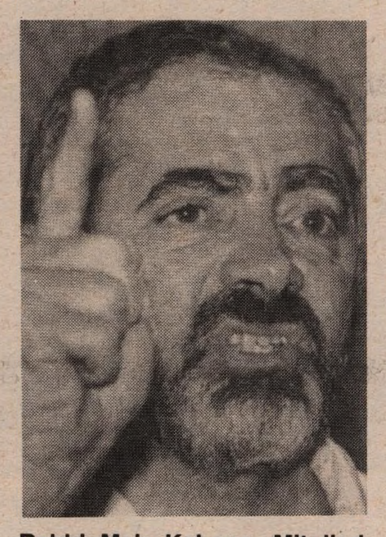
Doch trotz all dieser Bemühungen von seiten der WOJAC war die Konferenz so etwas wie ein Reinfall. Die Medien ignorierten die WOJAC weitgehend, bis auf kleine Mitteilungen in der israelischen und amerikanisch-jüdischen Presse. Die Zionisten-Organisationen in Amerika und die israelische Botschaft empfanden die Anwesenheit der Gruppe in Washington fast als peinlich. Selbst die amerikanischen Politiker, die darin verwickelt wurden, schienen dies nur zögernd und mit Widerwillen zu tun.

Der Grund für diese bei weitem nicht enthusiastische Aufnahme läßt sich nach Meinung eines israelischen Beobachters der Konferenz »auf den tief verwurzelten Rassismus zurückführen, der in Israel unter den traditionellen Ashkenazi-Zionisten, die an der Macht sind, existiert«.

Eigentlich sollte es eine ausgeklügelte, gut geplante Demonstration von Stärke sein, um die amerikanischen Medien dazu zu verleiten die Forderungen der Mitglieder der WOJAC zu veröffentlichen, die von den arabischen Ländern einen Ausgleich für den Besitz fordern, den sie zurück ließen, als sie nach der Gründung Israels im Jahr 1948 in den zionistischen Staat emigrierten.

## Forderung an die Araber nach Ausgleich

Mordechai Ben-Porat, Vorsitzender des Weltführungsrates der WOJAC, erzählte einer ausgewählten Gruppe von Mitgliedern bei der Planungssitzung für die Konferenz, das Washingtoner Treffen hätte ursprünglich schon im Frühjahr 1987 stattfinden sollen. Doch wegen dem »Fall Pollard und der Iran-Affäre« und der mangelnden Unterstützung von den »niedrigeren bürokratischen Ebenen« der israelischen Regierung hätte es verschoben werden müssen.



**Rabbi Meir Kahane, Mitglied der Knesset, legte das Fundament zu einer unversöhnlichen Konfrontation mit der arabischen Welt.**

Ben-Porat, einst Minister in Israel und ein ehemaliger Iraker, sagte, das letztere »Problem« sei jetzt gelöst und die Knesset habe »eben an diesem Tage« dem Treffen der WOJAC »in der amerikanischen Hauptstadt« ihre volle Unterstützung gegeben.

In der gleichen Sitzung skizzierte Leon Tamman, Vorsitzender des WOJAC-Präsidiums und Hauptfinanzier der Organisation, die Ziele der Konferenz. Es ging darum, so meinte er, »unter den amerikanischen Juden Spenden zu sammeln, um die Sache der WOJAC publik zu machen und das Bewußtsein der amerikanischen Medien für die rechtmäßigen Forderungen ihrer Mitglieder nach einem Ausgleich von den Arabern zu erhöhen«.

Tamman, der vom Sudan und Ägypten nach England emigrierte, wo er jetzt als Industrieller und Multimillionär lebt, stellte fest, daß WOJAC zum ersten Mal der Unterstützung der wichtigsten Zionistenorganisationen in Amerika sicher sei. Somit, sagte er, war die Zeit reif, um »mit der Arbeit und den Gesprächen mit unseren mächtigen Freunden wie Ronald Reagan und anderen führenden Politikern hinter den Kulissen zu beginnen, um ihre Unterstützung für unsere Sache zu gewinnen«.

Tamman wörtlich: »Wir müssen die Amerikaner – die Medien, die Politiker, die Regierung – dazu bringen, etwas in dieser Richtung zu unternehmen. Die Araber müssen für das zahlen, was sie uns angetan haben, was sie uns genommen haben. Wir wollen Gerechtigkeit. Wir verlangen Gerechtigkeit.«

Ein jüdischer Beobachter in Amerika meinte auf privater Ebene, die über 250 WOJAC-Mitglieder bei der Konferenz, die vorwiegend aus Israel waren, machten einen »reichen und wohlhabenden Eindruck, eher wie erfolgreiche zionistische Immigranten als wie Flüchtlinge«, die sie behaupten zu sein. Die WOJAC-Führung jedoch betonte, obwohl sie »Glück« gehabt hätten und in einflußreichen Positionen aufgestiegen wären, würde die Mehrzahl ihrer Brüder immer noch kämpfen, um einigermaßen überleben zu können, selbst in Israel.

## Information über das Weltjudentum

Außerdem wurde ein unterschwelliger Groll in vielen Aussagen der WOJAC-Führer deutlich. Heskel Haddad, Vorsitzender des amerikanischen Zweigs der Organisation, sagte, an einem Punkt, es sei das Ziel der WOJAC, die amerikanischen Medien und das amerikanische Volk über das Weltjudentum zu

informieren. »Sie bekommen nur Bilder von blonden, blauäugigen Juden zu Gesicht«, sagte er. »Sie sehen nie irgendwelche schwarzen Juden wie mich.«

An einer anderen Stelle sagte Pen-Porat einer kleinen Gruppe von Teilnehmern, er »hasse den Begriff sephardisch« – für spanischer oder portugiesischer Jude –, mit dem im allgemeinen orientalischen Juden, die aus arabischen und asiatischen Ländern kommen, von den Ashkenazi oder europäischen Juden unterschieden werden – besonders in Israel. Tamman stimmte ihm rasch zu. Ähnliche Bemerkungen, die einen bitteren, doch sorgfältig unterdrückten Groll gegen die internationale zionistische und israelische politische Führung enthüllen, wurden häufig im Laufe der Konferenz laut – aus scheinbar gutem Grund.

## Streben nach einem ungeteilten größeren Israel

Obwol die sephardischen Juden – die Juden aus Spanien und Portugal – 44 Prozent der gesamten Bevölkerung Israels und 57 Prozent der jüdischen Bevölkerung in der Welt ausmachen, sind sie meistenteils Bürger zweiter Klasse. Zusammen mit den Palästinensern stellen sie den Hauptteil der Arbeitskräfte in Israel. Sie sind eine Minderheit in den akademischen Berufen, in der Bürokratie und in der Regierung und sind kaum vertreten in den oberen Rängen von Industrie und Handel. Sie repräsentieren über 60 Prozent derjenigen, die für eine höhere Schulausbildung in Frage kämen, doch sie machen an Israels Universitäten nur 21 Prozent aus. Andererseits sind sie mit über 70 Prozent als Berufssoldaten bei den israelischen Verteidigungsstreitkräften vertreten.

Da nach eigenen Statistiken der WOJAC die sephardischen Juden als Gruppe religiöser, weniger wohlhabend und weniger gebildet sind als die Ashkenazis, neigen sie zu härteren Positionen hinsichtlich der Situation der Palästinenser und der Beziehungen zu den arabischen Ländern. Sie tendieren zur Unterstützung von Premierminister Yitzhak Shamir und dessen Likhud-Block in diesen Angelegenheiten und einige befürworten die extreme Haltung von Rabbi Meir Kahane und seinem Bestreben nach einem ungeteilten größeren (Eretz) Israel durch Vertreibung der Palästinenser von der West Bank und dem Gaza-Streifen.

## Eine Gefahr für den Friedensprozeß

Es ist aufgrund dieser sephardischen Verbittertheit, daß die WOJAC bei Außenminister Shimon Peres und der Labour-Gruppierung nur wenig Unterstützung gefunden hat. Peres und seine Anhänger betrachten die Organisation als eine Gefahr für den Friedensprozeß. Obwohl Shamir und die Likhud die sephardische Stimme zwar begrüßen, ist es ihnen gleichwohl gelungen, sich die WOJAC vom Leibe zu halten.

Die WOJAC wurde erst im Jahr 1975 ins Leben gerufen, mehr als 25 Jahre nach der Gründung Israels und am Ende des bitteren Yom-Kippur-Krieges. Ihr Erscheinen fiel zusammen mit dem Umschwung der israelischen Politik von einer Belagerungsmentalität zu offenem kriegerischem Expansionismus, der zum ersten Mal die reale Möglichkeit einer permanenten Besetzung der West Bank und die Erpressung von Reparationszahlungen von den Arabern als Gegenleistung für Frieden aufbrachte.

Ben-Porat zufolge ist das größte Hindernis, dem sich sephardische Juden und die WOJAC gegenüberstehen, die noch anhaltende Wirkung der Ablehnung der verstorbenen Premierministerin Golda Meir, die Juden aus arabischen Ländern als echte Flüchtlinge zu betrachten. Sie sah sie immer als Immigranten an, die wegen ihres Glaubens an den Zionismus nach Israel gekommen waren.

Das Ziel der WOJAC ist es, diese Haltung umzukehren und das Recht der sephardischen Juden auf einen Ausgleich von seiten der arabischen Länder durchzusetzen. Auf der Konferenz rief der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Benjamin Netanyahu, ein orientalischer Jude, dazu auf, »ihr ungeheueres Leiden und ihre ungeheuere Entbehrung ... in den Mittelpunkt der Verhandlungen bei allen Friedensgesprächen zwischen Israel und seinen arabischen Widersachern zu stellen«. □

# Zionismus

# Kritik eines Juden aus dem Irak

Mark Lane

**Naim Giladi ist ein Jude aus dem Irak, der jetzt in New York lebt. Er lebte einst in Israel, doch er verließ das Land vor einigen Jahren, weil er mit der Politik der Zionisten nicht mehr einverstanden war. Er gehörte einst auch der Weltorganisation der Juden aus den arabischen Ländern, WOJAC, an, doch er verließ diese Organisation, weil er der Meinung ist, deren Führungsspitze arbeite zusammen mit der israelischen Regierung, um einen Frieden mit den arabischen Ländern zu verhindern.**

Naim Giladi sagte kürzlich in einem Interview, die Forderung des WOJAC nach einem Ausgleich für die arabischen Juden basierten »auf Lügen, alles Lügen«. Er bestritt auch die Behauptung, die Juden aus den arabischen Ländern, die Ende der vierziger Jahre nach Israel emigrierten, seien legale Flüchtlinge. Nach Giladis Meinung entschieden sich die meisten dieser Juden für ein Leben in Israel, weil sie an den Zionismus glaubten.

Giladi zufolge taten die Zionisten in der israelischen Regierung auch alles in ihrer Macht stehende, um die Emigration der arabischen Juden zu fördern und in einigen Fällen verängstigten sie diese sogar, damit sie ihre angestammte Heimat verließen. In einem derartigen Fall, den Giladi persönlich kannte, wurde vom israelischen Geheimdienst in Bagdad eine Geheimoperation durchgeführt, um dort lebende Juden mit einem Trick dazu zu bringen, aus dem Irak zu emigrieren.

Kurz nach seiner Gründung brauchte das neue Zion verzweifelt Menschen, um seine Grenzen zu schützen und der Welt zu zeigen, daß die Juden, besonders jene in den benachbarten arabischen Ländern, in ihr verheißenes Land zurückkehren wollten. Doch die Juden im Irak waren nicht so sehr erpicht darauf, das Land, das seit fast 2000 Jahren ihre Heimat war, zu verlassen. Viele von ihnen hatten eine gute Bildung und waren wohlhabend – Bankiers, Geschäftsleute, Rechtsanwälte und dergleichen.

Um sie für Aliyah (die Rückkehr nach Zion) zu ermuntern, erfanden israelische Geheimagenten einen teuflischen Plan: Sie bombardierten eine wichtige Synagoge in Bagdad und gaben irakischen Anti-Semiten die Schuld dafür. Der Plan funktionierte sehr gut. Jene irakischen Juden, die aufgrund ihres Glaubens an den Zionismus noch nicht freiwillig emigriert waren, emigrierten jetzt aus Furcht.

Bei der Rückkehr nach Israel sollten die ehemaligen Iraker das Werk der israelischen Geheimagenten bereuen. Die israelische Regierung hieß die arabischen Juden nicht unbedingt mit offenen Armen willkommen. Man brachte sie in die Grenzregion, nahe der Grenze zu den arabischen Feinden des Landes, wo sie in Zelten leben mußten – nicht weil es keine andere Unterkünfte für sie gab, wie Tel Aviv behauptete, sondern weil sie im Fall einer Invasion durch die Araber als menschlicher »Stolperdraht« fungieren sollten.

Die Position der WOJAC lautet, daß keiner der arabischen Juden allein aus Liebe zum Zionismus nach Israel emigrierte. Alle wurden zur Flucht gezwungen. Leon Tamman, die Hauptfinanzstütze der Organisation, sagte einer kleinen Gruppe: »Eine Person wäre verrückt, wenn sie ihr ganzes Eigentum und Vermögen hinter sich ließe und ohne einen Pfennig Geld in der Tasche nach Israel ginge, nur, weil sie ein Zionist ist. Wir waren Flüchtlinge.«

Giladi stellt die Behauptung in Frage und bleibt dabei, daß die meisten arabischen Juden nach Israel gingen, weil sie von der zionistischen Propaganda der israelischen Regierung hypnotisiert worden sind. Er sagt: »Das ist einfach nicht wahr. Selbst Heskel Haddad (der Vorsitzender des amerikanischen Zweigs von WOJAC) hat dies inoffiziell als Antwort auf meinen Widerspruch zugegeben, daß dies nicht der Fall sei. Ich habe einen großen Fehler gemacht, als ich mich von der WOJAC trennte. Ich hätte in der Organisation bleiben sollen, damit ich deren falsche Behauptungen weiterhin hätte offenlegen können.« □

Israel

# Ende der Besetzung

Mark Lane

**Während die israelische Regierung und deren zionistische Freunde in den Vereinigten Staaten sich darüber beschweren, daß die Medien über die gegenwärtigen Unruhen der Palästinenser berichten, können sie das wahre Problem, das eigentlich in der Existenz des jüdischen Staates selbst besteht, nicht ignorieren, so sehr sie sich auch bemühen mögen. Über 20 Jahre brutaler militärischer Besatzung, begleitet von hemmungsloser Verweigerung der Menschen- und Bürgerrechte und eklatantem Landraub, haben zu der Situation geführt, die jetzt am Rande des Bürgerkriegs in dem zionistischen Staat herrscht.**

»Man sieht, wo der Hase hinläuft«, sagt Meron Benvenisti, ein israelischer Experte in West-Bank-Angelegenheiten. »Mächtige Prozesse, die am siebten Tag des Sechs-Tage-Krieges (1967) in Gang gesetzt worden sind«, glaubt er, »haben im Kern des israelisch-arabischen Konflikts eine größere Wende hervorgebracht. Es handelt sich nicht mehr um eine extern erzeugte, internationale Auseinandersetzung, sondern einen intern erzeugten Bürgerkrieg, in dem es um 3,5 Millionen jüdische Israelis und 2 Millionen palästinensische Araber geht.«

Außerdem – was noch erschrekkender ist – hätte die Zunahme von gewalttätigen Demonstrationen in Gaza und an der West Bank seit Israels verheerender Invasion in den Libanon im Jahr 1982 zusammen mit einer Abnahme des PLO-Terrorismus bei der zionistischen Regierung »Alarmzeichen« auslösen müssen. Doch statt dessen behielt die israelische Führung den Feind jenseits der Grenzen im Auge und ignorierte die zunehmende Gefahr im Innern.

Benvenisti sieht keine Hoffnung für den »Friedensprozeß«. Das palästinensische Problem hat diesen Punkt seit langem überschritten. Außenseiter können Israel nicht retten. Der Kernpunkt der Auseinandersetzung liegt jenseits diplomatischer Hilfe. Die Palästinenser sprechen Israel die Legitimität ab und die Israelis lehnen es ab, den Palästinensern den Status eines legitimen Feindes zu gewähren.

In der Folge ist die zionistische Regierung entschlossen, den Status quo aufrechtzuerhalten, und im Augenblick hat sie auch die Macht, den Kurs zu halten. Doch das ist keine Lösung für das grundlegende Dilemma.

Die Alternativen sind in der Tat untragbar, sagt Benvenisti. »Wenn die Israelis sich von den besetzten Gebieten zurückziehen, gefährden sie ihre eigene Existenz. Wenn sie den israelischen Arabern den gleichen Status im Innern Israels einräumen, unterminieren sie Israels jüdischen Charakter. Doch wenn die Israelis der Bedrohung nicht mit politischen Konzessionen begegnen, dann tritt die Apokalypse jetzt ein.«

Die amerikanischen Juden werden ebenfalls Israels Dilemma und der Weigerung der zionistischen Regierung, diesem ins Auge zu sehen, überdrüssig. Mark Cohen, Publikationschef des Jüdischen Komitees für israelisch-palästinensischen Frieden, sagt, die gegenwärtigen Unruhen in Gaza und an der West Bank sowie die wachsende Ruhelosigkeit unter den israelischen Arabern im Innern der jüdischen Nation habe »der israelischen Regierung und ihren amerikanischen Freunden die moralische Stütze entzogen, daß es sich hier um eine harmlose und gerechtfertigte Besatzung handelt«.

Die Versuche der Zionisten, den Medien und der PLO die Schuld zu geben für die gegenwärtigen Schwierigkeiten, haben sich einfach deshalb als wirkungslos erwiesen, weil sie falsch sind. Cohen bemerkt, daß selbst der Stabschef der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, Dan Shomron, nicht damit übereinstimmt, daß die PLO das Ganze angestachelt hat, und Beobachter vor Ort in Israel sagen, die Unruhen gehen »im wesentlichen nicht von außenstehenden Drahtziehern oder alten Unruhestiftern im Land aus . . . sondern von zuvor unbekannten Demonstranten aus dem Volk«.

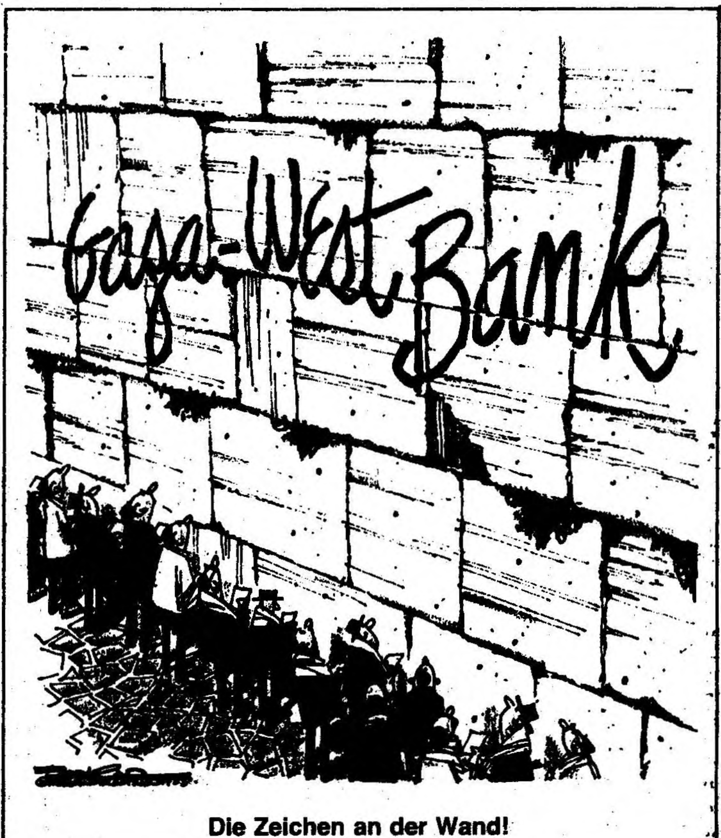
Cohen behauptet folgendes: »Von den neun Palästinensern, die vor kurzem aus Gaza vertrieben wurden, werden nur drei beschuldigt, direkt an dem Aufruhr beteiligt gewesen zu sein. Die anderen, so scheint es, wurden ausgewiesen wegen ihrer langjährigen Opposition gegen die Besatzung. Offenbar haben sich die Israelis den Aufruhr als Vorwand dafür zunutze gemacht, die Territorien von bestimmten Palästinensern zu säubern, die unerwünscht sind – egal, ob sie ein unmittelbares Sicherheitsrisiko darstellen oder nicht.«

Und er meint, daß selbst Palästinenser, die in ihrer eigenen Gemeinde umstritten sind, weil sie als zu gemäßigt angesehen werden »wie der Gandhi-Anhänger Mubarak Awad (der Befürworter einer gewaltlosen Opposition) und der Verleger Hanna Sionora (von ›Al Fajr‹), denen die Ausweisung oder eventuelle strafrechtliche Verfolgung wegen Anstachelung von Unruhen droht«.

Cohen, ein Washingtoner Anwalt, weist darauf hin, daß die Rechtsgrundlage für die Ausweisung der palästinensischen Demonstranten auf einer Fehlinterpretation des Gesetzes beruht. Er sagt, die »Ausweisungen sind nach der Genfer Konvention aus dem Jahr 1949, an die sich Israel angeblich hält, verboten«.

Cohen ist der Meinung, daß die Zeit für Israel gekommen ist, mit der PLO einen Handel einzugehen. »Wenn Israel bereit ist, innerhalb der Grenzen zu bleiben, die vor dem Jahr 1967 existierten«, sagt Cohen, »ist die PLO bereit, den Israelis die Sicherheit zu garantieren. Angesichts der geschichtlichen Tatsachen gegenseitiger Nicht-Anerkennung, Verletzungen und des gegenseitigen Beschuldigens kann man auf nicht mehr hoffen.«

Anstatt Israel in den Himmel zu loben und den Medien die Schuld für dessen Probleme zu geben, sagt Cohen, »würden die amerikanischen Freunde den Israelis mehr helfen, wenn sie ihnen klarmachen würden, daß die Besatzung aufhören muß«. □




Die Zeichen an der Wand!

Israel

# Zionisten beschuldigen die Medien

Mark Lane

**Israelische Diplomaten in den Vereinigten Staaten und deren amerikanische Sympathisanten, besonders in der jüdischen Gemeinde, rufen »Pfui!« und versuchen den westlichen Massenmedien die Schuld für die anhaltenden Probleme des zionistischen Staates mit den Palästinensern in Gaza und an der West Bank zu geben.**

Viele Zionisten versuchen die westlichen Medien als gegen Israel eingestellt darzustellen, und dies trotz der Tatsache, daß der größte Teil der Berichterstattung aus dem kampfgeschüttelten Land, der dem amerikanischen Volk und den Europäern präsentiert wird, von jüdischen Journalisten stammt. Die Zionisten behaupten nichtsdestotrotz, daß die Gegnerschaft gegen Israel seit der verhängnisvollen Invasion der israelischen Streitkräfte in den Libanon im Jahr 1982 regelrecht um sich gegriffen hat.



Ein 14jähriger Palästinenser wurde von israelischen Soldaten an der West Bank erschossen und von seinen Angehörigen weggebracht.

## Ungünstig für das zionistische Regime

Wolf Blitzer, der Washingtoner Bürochef der »Jerusalem Post«, weist jedoch darauf hin, daß es »in den letzten Jahren in den USA zu einem Volkssport geworden ist«, die Medien für seine eigenen Probleme verantwortlich zu machen, doch das jene, die so etwas tun, selten dabei einen Sieg davontragen.

Tatsächlich fiel die Berichterstattung aus Israel über die Versuche der dortigen Regierung, die Unruhen der Palästinenser mit der eisernen Faust zu brechen – womit sie bisher keinerlei Erfolg hatten –, sehr ungünstig für das zionistische Regime aus.

Doch die Journalisten, die aus Israel berichten, sind größtenteils langjährige und erfahrene Korrespondenten, die schon seit Jahren in Israel ansässig sind. Sie sind sicherlich nicht antisemitisch oder gar anti-israelisch eingestellt. Die meisten von ihnen sind sogar selbst Juden und »fühlen persönlich sich mit der prekären Lage Israels verbunden«, so die Meinung ihrer Kollegen.

Dennoch berichten die Journalisten vor Ort in Gaza, an der West Bank, in Ost-Jerusalem und anderswo im besetzten Palästina über die Tatsachen, so wie sie diese sehen. Daß für die Zionisten und die Freunde Israels diese Tatsachen unangenehm und schwer zu verkraften sind, heißt nur, daß die Journalisten ihre Aufgabe erfüllen.

Dies wird auch inoffiziell, wenn auch ungern, von israelischen Diplomaten und jüdischen Spendensammlern in Amerika zugegeben, die die Berichterstattung der jüngsten Ereignisse in Israel in den amerikanischen Medien sorgfältig verfolgt haben.

## Bilder beweisen schockierende Vorgänge

Stark abgestimmt auf die Propaganda in den Fernsehberichterstattungen, stören sich Israelis und deren amerikanische und europäische Sympathisanten insbesondere an den Meldungen über die nicht enden wollenden Unruhen und die scharfe Reaktion der zionistischen Regierung darauf.

Die Berichterstattung in den westlichen Nachrichtensendungen, so behaupten sie, ist einseitig, und es wird nur gezeigt, wie israelische Truppen über junge palästinensische Demonstranten herfallen. Selten, so meinen sie, hat man junge Palästinenser gezeigt, wie sie mit Steinen und Molotow-Cocktails werfen oder mit Messern herumfuchteln.

Tatsächlich ist Israel im Fernsehen am schlechtesten dargestellt worden. Doch das liegt in der Natur der Sache. Die Filme aus den besetzten Gebieten zeigten harte und verheerende Bilder, und Israel hat stark darunter gelitten, daß diese in der amerikanischen und europäischen Öffentlichkeit gezeigt wurden.

Vor allem aus Frustration über eine derartige Berichterstattung und ihre Unfähigkeit, etwas daran zu machen, haben israelische Beamte und viele in der jüdischen Gemeinde Amerikas angefangen, gegen die großen Fernsehstationen und deren Chefkorrespondenten in Israel loszuschlagen. Doch gerechterweise, so behaupten die meisten Journalisten, die über Israel berichten, erfüllen die Fernsehkorrespondenten lediglich ihre Aufgabe, für die sie bezahlt werden, und sie machen sie so gut wie möglich unter den schwierigen Umständen.

Auf jeden Fall ist nicht das wirklich ausschlaggebend, was die Fernsehjournalisten sagen. Die Bilder erzählen die schockierende Geschichte selbst.

## Tief im Innern kennen sie die Wahrheit

Blitzer sagt, anstatt zuzugeben, daß die Gesamtlage in Gaza und an der West Bank sich bis zu einem Punkt kurz vor einer Rebellion ernsthaft verschlechtert hat, »finden es israelische Sprecher und ihre jüdischen Freunde in Amerika leichter, gegen die Überbringer schlechter Nachrichten loszuschlagen. Doch selbst das machen sie nur halbherzig. Tief im Innersten kennen sie die Wahrheit.«

Was die Zionisten und deren Sympathisanten nicht verhindern können – sie haben das durch ihren steten Wunsch, Israel publik zu machen, selbst verursacht –, ist, daß das, was in Israel passiert, Standardkost ist und von Interesse für die amerikanische und europäische Öffentlichkeit, vor allem für das Fernsehpublikum.

Es gibt heute Hunderte von Reportern und Kameraleuten in dem jüdischen Staat, die auf der Suche sind nach Ereignissen, über die sie berichten können, und der Aufstand der Palästinenser hat ihnen ein großes Ereignis geliefert. ☐



## Ariel Sharon

# Israels Cäsar

Mark Lane

**Ariel (Arik) Sharon ist ein komplexer, umstrittener Mann, ein Berufsoffizier, der zum General aufgestiegen ist; ein ehrgeiziger Politiker, der sich seinen Weg zum Minister gebahnt hat und eines Tages vielleicht ein moderner israelischer Cäsar wird. Als der Mann, der den zionistischen Staat in dessen verheerenden Krieg mit dem Libanon im Jahr 1982 geführt hat, spielte er bereits eine wichtige Rolle in der israelischen Geschichte. Doch Freunde und Feinde gleichermaßen rechnen damit, daß er in den nächsten Jahren eine noch größere Rolle spielen wird, wobei er sich den fanatischen Nationalismus der Israelis und den blinden Haß auf die Palästinenser zunutze machen wird.**

Ariel Sharon, ein Sabra oder gebürtiger Israeli, der in einem Kibbuz aufwuchs, kämpfte als Soldat in den ersten Kriegsjahren der Gründung des jüdischen Staates. Sein Kampfstil, »keine Gefangenen machen«, brachte ihm bald den Rang eines Offiziers ein und die israelische Führung wurde auf ihn aufmerksam. Der damalige Premierminister David Ben Gurion wählte persönlich den hebräischen Namen für den jungen Offizier und änderte ihn von Scheinerman zu Sharon. General Moshe Dayan wurde sein Gönner und Förderer.



**Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon war an Massaker gegen Araber beteiligt.**

### Tief verwurzelter Haß gegen Palästinenser

In den fünfziger Jahren gewann Sharon den Ruf eines Araber-Quälers und Araber-Hassers. Seine Spezialität waren antiterroristische Operationen, die er vor allem dadurch ausführte, daß er palästinensische Angriffe provozierte und vorspiegelte und diese dann mit blutigen Vergeltungsschlägen konterte. Sein tief verwurzelter Haß gegen die Palästinenser, zusammen mit einem offenbar unkontrollierten Wunsch nach Macht, brachte ihm oft den Tadel seiner Vorgesetzten ein.

Sowohl aus dem Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 als auch aus dem Yom-Kippur-Krieg des Jahres 1973 ging er als ein Held hervor. Nach dem letzteren schritten die Menschen durch die Straßen und riefen: »Arik, König von Israel!«; sie taten es in Erinnerung an einen Kriegsführer der Hebräer aus der Antike.

Bald darauf verließ Sharon die Armee und trat in die Politik ein, gründete seine eigene Partei und wurde in die Knesset gewählt. Mitte der siebziger Jahre schloß er sich Menachim Begins Likud-Block an und bekam den Rang eines Ministers.

Als Verteidigungsminister unter Begin führte Sharon die Invasion Israels in den Libanon. Später wurde er wegen seiner Rolle in den grausigen Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila in der Nähe von Beirut aus dem Amt genommen.

### Die Ordnung wieder herstellen

Unter Begins Nachfolger, dem jetzigen Premierminister Yitzhak Shamir, trat Sharon als Minister für Industrie und Handel wieder auf den Plan.

In den letzten Monaten hat Sharon versucht, aus den gegenwärtigen Unruhen der Palästinenser in Israel Nutzen zu ziehen; es geschah mit einem Auge auf die Wahlen, die für den kommenden Herbst in Israel geplant sind.

Obwohl Sharon seit Jahren auf einem großen Gut in Negev lebt, hat er sich vor kurzem eine neue Wohnung im Herzen des arabischen Viertels von Jerusalem genommen. Woher der Berufsoffizier das Geld für den Kauf eines so großen Landbesitzes wie das Gut hatte, bleibt ein wohlgehütetes Geheimnis.



**David Ben Gurion wählte persönlich den Namen für den jungen Offizier und änderte ihn von Scheinerman zu Sharon.**

Sharons letzte Aktion gegen die Araber wird die zionistische Regierung der Zeitung »Jerusalem Post« zufolge schätzungsweise eine Million Dollar oder gar mehr pro Jahr für den Schutz seines Zwei-Zimmer-Appartements in der Heiligen Stadt kosten.

Unterdessen ist jedoch die Popularität bei dem Durchschnittsisraeli wieder im Steigen. Einige zionistische Politiker sagen bereits, die Leute wollen einen neuen Führer mit »einer Gabe für das Unvorhersagbare und für Aktionen«, jemanden »wie Arik Sharon«, und viele weisen dabei mit Bewunderung auf seine brutalen Aktionen des Jahres 1971 hin, als er am von Terroranschlägen geschüttelten Gaza-Streifen »die Ordnung wieder herstellte«.

### Nur er besitzt die nötige Unbarmherzigkeit

Es gibt viele, die Sharons Position zu dem Problem der Palästinenser unterstützen. Er drängte darauf, daß Israel die Palästinenser beim Sturz des jordanischen Königs Hussein unterstützt, um am Ostufer einen palästinensischen Staat zu errichten.

Die Attraktivität seines Vorschlags für einen großen Teil des israelischen rechten Flügels ist auch für jene von seinen Anhängern von Bedeutung, die der Meinung sind, Sharon kann eine breite politische Koalition führen, sogar mit einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedern des wachsenden religiösen Blocks.

In einer israelischen Zeitung hieß es vor kurzem: »Nur Sharon besitzt die Unbarmherzigkeit, die nötig ist, um Frieden in dieser Region zu schaffen.« □

# Israel

# Meir Kahane im Kommen

Mark Lane

**Der Stern des Rabbis der radikalen Rechten, Meir Kahane, ist wieder in Israel im Kommen, teilweise aufgrund der ärgerlichen Reaktionen junger zionistischer Eiferer auf die palästinensischen Aufstände.**

Die israelische Tageszeitung »Maariv« berichtet, daß »Kahane in Probeabstimmungen an Schulen fast 50 Prozent der Stimmen gewann, was den Wählertrend von morgen widerspiegelt«.

## Der Schlüssel zum Verständnis

Kahanes Popularität bei der Jugend Israels sollte nicht überraschen, da er selbst ein Produkt der Jugendbewegungen der sechziger Jahre und der Sekten der siebziger Jahre ist. Außerdem ist er ein modernes Beispiel für die apokalyptische Tendenz, die im Judentum so vorherrschend ist und die auf die moderne Jugend so anziehend wirkt. Es war genau diese Kombination, aus der vor ungefähr 20 Jahren seine fanatische Jüdische Verteidigungsliga (JDL) in den Vereinigten Staaten hervorgegangen ist.

Der Schlüssel zum Verständnis für Kahanes Popularität, so glauben einige Kritiker des Rabbi, ist, daß er junge Leute nicht nur einfach ausnutzt, wie das die meisten Sektenführer tun. Wie die apokalyptischen Lehrer der Vergangenheit, die die Führer geschult haben, die das moderne Judentum verkörpern, sieht er die Welt geteilt in »die Söhne des Lichts und die Söhne der Dunkelheit«, in die Geretteten und die Verdammten, in jene auf Gottes Seite und jene, die Feinde sind.

Für Kahane gibt es keinen Platz für Geduld oder Zweifel oder zwei Seiten einer Frage. Es gibt keinen Platz für Zweideutigkeit in jemandem, der überzeugt ist, daß sich die Welt am Rande einer Katastrophe befindet. Somit ist ein gemeinsames Gefühl für die bevorstehende Katastrophe der Schlüssel für Kahanes Persönlichkeit und Popularität. Das ist es, was ihn zu solch einem inbrünstigen und unerbittlichen Extremisten macht – und was Gefolgsleute anzieht, die einfache Lösungen für komplexe Probleme suchen.

Dies kam ihm sehr zustatten in seiner Blütezeit als Führer der berüchtigten JDL in Amerika, und es kommt ihm jetzt gleichermaßen zustatten als Mitglied der israelischen Knesset.

Als ein Amos oder Jeremias der Neuzeit, so ein Kritiker, trommelt der im Aufsteigen begriffene Rabbi die Juden Israels zusammen. Mit Hinweis auf die Bedeutung der Zahl »40« in der jüdischen Geschichte und dem bevorstehenden Jahrestag der Gründung Israels sorgt er sich über die Zeiten und wie gering die Chance ist, eine mögliche Katastrophe zu vermeiden.

## Zweibeinige Lemminge mit mosaischem Glauben

Kahane malt ein düsteres Bild der israelischen Gesellschaft: zu viel Säkularismus, zu wenig religiöse Unterweisung, zu viele Freiheiten (Drogen, Sex und Mischehen). Er verurteilt die israelische Führung und auch die jüdischen Führer in Amerika, weil sie den zionistischen Staat durch eine Kombination von Dummheit, Kurzsichtigkeit und verschwommenem Liberalismus unterminieren. Er verhöhnt solche Leute gerne mit den Worten »zweibeinige Lemminge mit mosaischem Glauben«.

Heute nähern sich Kahane und seine Kach Partei in der israelischen Politik vielleicht einem Durchbruch. »Maariv« ist alarmiert über die Aushöhlung des Boykotts in der Knesset, der lange gegen den Rabbi verhängt war, und man fürchtet, daß er »sehr wohl auf dem Weg sein könnte, Legitimität zu erlangen«.

In der Zeitung heißt es, »zunehmend weniger Mitglieder verlassen das Knesset-Plenum, wenn Kahane an die Rednertribüne tritt«.

Ein Mitglied der Knesset aus der Likud Partei von Premierminister Yitzhak Shamir, Meir Cohen-Avidov, erklärte sogar offiziell vor kurzem, er werde das Plenum nicht mehr verlassen, wenn Kahane spricht. Ein anderer, der stellvertretende Minister Ronnie Milo, ließ durchblicken, daß Kahanes Beteiligung an einer von der Likud geführten Koalition nicht ausgeschlossen sei.

»Kahanes Traum«, liest man in »Maariv«, »ans Ruder zu kommen oder zumindest Kabinettsminister zu werden, scheint nicht mehr so unerreichbar zu sein wie es einst war. Jeder, der bereit ist, eine Partnerschaft mit diesem fanatischen Rassisten in Erwägung zu ziehen, gibt damit zu, einen kleinen Kahane in seinen Reihen zu haben und bestätigt damit die Behauptung, daß Kahane laut das ausspricht, was andere nur denken.« □

# Israel

# Wachsende Frustration

Mark Lane

**Trotz der Versuche von seiten der zionistischen Regierung, die wachsenden Unruhen herunter zu spielen, fangen die quälenden Auswirkungen der palästinensischen Aufstände in Gaza und an der West Bank an, an der israelischen Bevölkerung zu nagen.**

Yossi Klein Halevi, ein zum Israeli gewordener amerikanischer Journalist, schreibt aus Jerusalem in der »Washington Jewish Week«, daß er verärgert ist über den Reiseführer für Israel, den das US-Außenministerium jüngst für amerikanische Bürger herausgegeben hat. Er schlägt vor, der jüdische Staat solle eine ähnliche Warnung für Israelis herausbringen, die New York oder Chicago besuchen.

## »Er treibt uns in den Wahnsinn«

Halevi beschwert sich darüber, daß die palästinensischen Jugendlichen jetzt »absichtlich und herausfordernd langsam« die Straße überqueren wie »die schwarzen Teenager in New York« und fragt sich, ob Jerusalem wohl auch zu einem städtischen Dschungel wird.

Er schimpft auf den organisierten bürgerlichen Ungehorsam an der West Bank, den der amerikanisch-palästinensische Mubarak Awad fördert und nennt ihn einen Schwindler. Er meint, Awad sei nicht Ghandi, »wenn er es ablehnt, die Gewalt zu verurteilen und sich selbst eher als eine Ergänzung denn eine Alternative zur PLO sieht. Er wird uns von der West Bank wegbringen . . . doch wer, meinen Sie, wird dort regieren, Mubarak Awad oder Yassir Arafat?«

Halevi schreibt, er argumentiere mit seinen Freunden in der Friedensbewegung, schreibe Dinge, die er sofort danach wieder bereut und stellt dabei fest, daß er denkt: »Dieser Mubarak Awad ist bereits am Gewinnen, er treibt uns bereits in den Wahnsinn.«

Angesichts der Aussagen der Schwiegermutter eines Journalisten-Kollegen in Amerika, die fragt: »Warum ziehst Du unsere Enkelkinder dort in Israel auf? Warum kommst Du nicht hierher nach Amerika?« fehlt Halevi eine logische Erklärung.

## »Die Kinder aus Stein«

Halevi sinnt über Israels wachsende Schwierigkeiten mit den Palästinensern. Er fragt sich, ob die anderen Araber sich der Sache anschließen werden und schaudert bei dem Gedanken an die Angriffswellen der fanatischen iranischen Fundamentalisten.

In einer Zeitung las Halevi ein Gedicht, in dem die neuen palästinensischen Helden gepriesen werden, »die Kinder aus Stein«, und während er es liest, denkt er: »Muß man diese Kinder nicht bewundern? Erst dann erkennt man die Ernsthaftigkeit der Lage.«

Schließlich gibt Halevi traurig zu: »Gaza peinigt Euch. Ihr werdet an Gaza denken, wenn Ihr beim Essen seid. Die West Bank ist eine Sache; vielleicht können wir da zu einer Vereinbarung kommen, wenn auch nicht zu einem richtigen Vertrag. Doch Gaza? Vierhunderttausend Menschen, die meisten von ihnen in Flüchtlingslagern, das dichteste Siedlungsgebiet auf der Welt. Wer tut uns den Gefallen und befreit uns von Gaza?«

Die Palästinenser? □

# Zitate

## Revisionismus

**Franz Josef Strauß, CSU-Chef und bayerischer Ministerpräsident:** »Auch der Frage weichen wir nicht aus . . . wie es zu Hitler kommen konnte. Aber ohne den törichten Vertrag von Versailles und ohne dieses Massenelend der damaligen Massenarbeitslosigkeit in den Jahren 1930, 1931, 1932, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Es ist kein Vorwurf gegen Frankreich und England, es ist nur das Fazit, das der Historiker zieht, wenn man die Zusammenhänge sieht . . . Verbrechen sind nicht nur von Deutschen begangen worden. Es sind auch Verbrechen in gewaltiger Zahl und schrecklicher Brutalität an den Deutschen und ihren Verbündeten begangen worden.«

## Souveränität

**Holger Börner, ehemaliger hessischer Ministerpräsident:** »Wenn die Amerikaner für die NATO einen Flugplatz brauchen, können sie ihn heute an jeder Ecke in Deutschland bauen, ohne in irgendeiner Form eine deutsche Regierung fragen zu müssen.«

## NATO

**Wolf Graf Baudissin, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg:** »Man hat uns nicht in die NATO aufgenommen um uns zu beschützen, sondern um uns zu kontrollieren.«

## Nationalgefühl

**Margaret Thatcher, britische Premierministerin:** »Ich bin Britin, und wir werden der Welt unseren Stempel aufdrücken.«

## Gott

**Alexander Solschenizyn, russischer Schriftsteller:** »Die Menschen haben Gott vergessen, und das ist der Grund für die Probleme des 20. Jahrhunderts. Wir werden keine Lösungen finden ohne die Umkehr des Menschen zum Schöpfer aller Dinge.«

## Aids

**Melitta Walter, ehemalige Bundesvorsitzende von Pro Familia:** »Ich lebe in einer festen Beziehung, und wir benutzen da keine Kondome. Aber wir haben unsere sexuellen Außenkontakte besprochen. Wir haben geprüft, wie wir fühlen, und haben die Regel aufgestellt: außerhalb nur noch mit Kondom.«

## Atomenergie

**Robert Spaemann, Professor für Philosophie an der Universität München:** »Um es gleich vorweg zu sagen – ich bin weit davon entfernt zu fordern: Sofortiger Ausstieg oder nichtsofortiger Ausstieg. Wie schnell so etwas geht, wenn man es wirklich will, vermag ich nicht zu beurteilen. Allerdings finde ich es heuchlerisch, wenn Politiker sagen: Das kann man nicht, und wenn sie sich dabei auf vermeintliche Sachzwänge berufen. Manche Leute haben ein merkwürdiges Politikverständnis, wenn sie nur darauf schauen, was unter den gegebenen Bedingungen das Beste ist, was man tun kann. Es geht aber gerade darum, auch die Bedingungen zu ändern, unter denen man etwas ändern kann. Die Frage ist nur, ob man bereit ist, den Preis dafür zu zahlen. Ich sage nicht, was man kann. Aber wenn ein anderer sagt, was man kann, werde ich ihm sagen: Du versuchst, die Leute übers Ohr zu hauen, wenn du hier absolute Zwänge behauptest, wo du in Wirklichkeit nur gegeneinander abgewogen hast und deine Präferenzen einfach durchsetzt.«

## Politiker

**Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank:** »Manche sind oft nicht ehrlich und offen genug, machen sich zum Büttel eines vermeintlichen Zeitgeistes, statt selbst den Zeitgeist zu bestimmen oder zu beeinflussen. Sie denken in kurzfristigen Zeiträumen. Es kommt hinzu, daß unsere Zeit – das ist in der Bundesrepublik besonders deutlich ausgeprägt – unter einer merkwürdigen Krankheit leidet, die ich Aktionismus und Hektik nenne. Wir nehmen uns nicht die Zeit, ruhig, abgewogene Dinge zu Ende zu denken. Demzufolge haben wir auch nicht die Möglichkeit, sie in ruhiger, abgewogener Form zu präsentieren. Das führt zu dieser allgemein verbreiteten Unsicherheit, in der man die Zuversicht verliert.«

## Patriotismus

**Richard von Weizsäcker, Bundespräsident:** »Patriotismus ist ja keine politische Aussage, sondern eine menschliche Empfindung, und darum ist er etwas Elementares und Schönes, etwas, was Zuneigung zu etwas zum Ausdruck bringt.«

## Nation

**Elisabeth Noelle-Neumann, Chefin des demoskopischen Instituts Allensbach:** »Wie ein vernachlässigter Garten ist die Idee der Nation bei den deutschen unbeachtet und unbearbeitet liegengeblieben.«

## Bonn

**Tyll Necker, Gesellschafter der Hako-Werke, Bad Oldesloe:** »Standort Bundesrepublik: die höchsten Arbeitskosten, die kürzeste Arbeitszeit, die höchsten Unternehmenssteuern und in Europa ein Spitzenplatz bei Energie- und Umweltkosten, kurz: Wenn es dem Esel zu gut geht, geht er aufs Eis.«

## Deutsche Einheit

**Bernhard Friedmann, CDU-Bundestagsabgeordneter:** »Die mit der Abrüstung aufgeworfene Problematik wird verstärkt durch Überlegungen, die zwar aus ganz anderen Gründen angestellt werden, aber dennoch in die gleiche Richtung wirken. Es ist unverkennbar, daß es in den USA eine immer stärker werdende Strömung gibt, die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa, und dies heißt vorwiegend in der Bundesrepublik, zu vermindern. Erst vor kurzem hat der amerikanische Flottenminister Webb vorgeschlagen, die Boden- und Luftstreitkräfte in Europa zu vermindern und teilweise als mobile Reserven nach Südamerika und Asien zu verlegen. Er hat dafür zwar keine Mehrheit gefunden; das Verständnis für solche Vorschläge wächst aber. Dabei spielen nicht zuletzt wirtschaftlich-finanzielle Gründe eine Rolle. Auch der jetzige US-Verteidigungsminister Carlucci stellt solche Überlegungen an. Es ist unverkennbar, daß der Osten die mit der Abrüstung in Gang gekommene Entwicklung in seinem Sinn nutzen wird. Auch wenn Gorbatschow gegenüber Bundespräsident von Weizsäcker und Ministerpräsident Strauß kein Einlenken auf die deutsche Frage erkennen ließ, so zeichnet sich doch immer deutlicher ab, welchen Weg er zu gehen gedenkt: Die amerikanischen Truppen sollen Europa verlassen; im Gegenzug dazu wird er anbieten, daß sich die sowjetischen Truppen aus der DDR zurückziehen. Die Bundesrepublik soll wie Frankreich aus der militärischen Integration der NATO ausscheiden – würde damit also nicht unbedingt neutral –; im Gegenzug dazu könnte über die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt verhandelt werden. Diesen Zustand könnten die beiden Supermächte durch entsprechende Sicherheitsgarantien verbürgen. Die Mauer könnte dann fallen, und das Brandenburger Tor könnte geöffnet werden! Die deutsche Teilung wäre damit aus der Sicht Gorbatschows zementiert.«

## Wiedervereinigung

**Wladimir Grinin, sowjetischer Botschaftsrat in Ost-Berlin:** »Für uns gibt es zur Zeit eine deutsche Frage nicht. Sie ist für uns gelöst. Wir sind und werden in unserer Politik zur Frage der Wiedervereinigung, deutschen Frage und so weiter von der strikten Einhaltung der Realitäten und der Verträge ausgehen, die wir abgeschlossen haben. Zur Realität gehört, daß wir zur Zeit zwei deutsche Staaten haben.«

## Österreich

**Kurt Waldheim, österreichischer Bundespräsident:** »Ich bin das vom österreichischen Volk demokratisch und frei gewählte Staatsoberhaupt. Kein österreichischer Präsident vor mir hat eine ähnlich große Mehrheit erzielt. Es geht längst nicht mehr um meine Person, sondern um den Respekt vor den demokratischen Institutionen dieses Staates.« □

Medizin

# Geheimnis der Regeneration

Nikolaus Bergmüller

**Überraschende Erkenntnisse über die Grundsubstanz verleihen den Forschungen der Ganzheitsmedizin neue Aspekte. Unter Grundsubstanz – von Wissenschaftlern auch »Matrix« genannt – versteht man das weitverzweigte Netzwerk aus Bindegewebssubstanzen, das jede einzelne der Billionen Körperzellen umschließt. Mit immerhin 20 Prozent des gesamten Körpergewichts ist die Grundsubstanz das größte »Organ« unseres Körpers. Wie neueste wissenschaftliche Untersuchungen bewiesen haben, hängt von der Funktionstüchtigkeit der Grundsubstanz in entscheidendem Maße unsere Gesundheit ab.**

Das komplizierte Netzwerk der Grundsubstanz wirkt als ein umfassendes Steuerungs- und Kontrollsystem für die Versorgung und Entsorgung der Körperzellen und ist für die Übermittlung der Steuerimpulse vom Nervensystem zu den Zellen verantwortlich. Es vollbringt somit Steuerung und Ausgleich, kurz: es nimmt den Organzellen jede Belastung ab, die sie bei der Ausübung ihrer spezifischen Funktionen behindern könnte.



**Professor Dr. Hartmut Heine vom anatomischen Institut der Universität Witten/Herdekke ist Präsident der Deutschen Gesellschaft für Matrixforschung.**

## Die Quelle für die Lebenskraft

Aufgrund ihrer Regulationsfähigkeit stellt die Grundsubstanz die übergeordnete Instanz für die Stoffwechselvorgänge innerhalb des Organismus dar.

Hier liegt die Quelle für überdurchschnittliche Leistungen und für die Lebenskraft, die sich jeder gern bis ins hohe Alter erhalten möchte.

Weil die Grundsubstanz sensibel auf jede Störung reagiert, ist sie wie ein Schutzschild für unseren Körper. Umweltgifte und Krankheitserreger werden abgefangen, die Organzellen vor Schädigungen geschützt. Die Regeneration der Grundsubstanz wiederum ist Voraussetzung für die Selbstheilungsprozesse.

Als wirksamer Bio-Aktivator für die Grundsubstanz wurde jetzt das biologische Kombinationspräparat Regazell Energen entdeckt. Es bietet dem Organismus ein breites Band von weit über hundert rein biologischen Einzelsubstanzen und Wirkstoffen an, die ausschließlich aus den Naturstoffen Gelee Royale, Ginseng, Weißdorn, Weizenkeimen sowie aus besonders schonend aufgeschlossenen Pflanzenpollen gewonnen werden.

Es versorgt einerseits die Körperzellen mit einem praktisch lückenlosen Band von Wirk- und Aufbaustoffen. Dazu gehören alle wichtigen Vitamine, Mineralstoffe und Spurenelemente, Enzyme und Co-Enzyme, Nukleinsäuren, ungesättigte Fettsäuren, Aminosäuren und viele andere hochwertige Bausteine und »Zündstoffe« für den Organismus.

## Zum ersten Mal den Wirkmechanismus entschlüsselt

Gleichzeitig wird durch den Bio-Aktivator Regazell Energen erwiesenermaßen eine Aktivierung und Regulierung der Grundsubstanz erreicht. Auf diese Weise wird eine Normalisierung des Zellstoffwechsels sowie die Erholungsfähigkeit des Körpers, vor allem die Verbesserung des Immunsystems bewirkt.

Professor Dr. med. Hartmut Heine ist es zum ersten Mal gelungen, die Prozesse, die der Bio-Aktivator Regazell auslöst, wissenschaftlich nachzuweisen und zu dokumentieren. Der Herdecker Mediziner konnte zeigen, warum die biologischen Wirk- und Aufbausubstanzen einen günstigen Einfluß auf den gesamten Organismus ausüben. Daß sie in einem bedeutenden Umfang die Regenerationsfähigkeit sowie Stabilität der Grundsubstanz fördern und erhalten. Unter anderem kommt es dadurch zu einer verbesserten Sauerstoffversorgung, damit auch zu einer gesteigerten Zellatmung.

Vor allem aber strömen vermehrt Abwehrzellen des Immunsystems und deren Botenstoffe durch das weitverzweigte Netzwerk der Grundsubstanz. Dies macht sich, so Professor Heine, durch einen höheren Anteil von »Killerzellen« im Blut bemerkbar.

Professor Heine führt dieses Ergebnis seiner Untersuchungen auf die Stimulierung der Knochenmarkszellen durch den Bio-Aktivator Regazell Energen zurück. Der gesamte Körper ist damit wesentlich besser gegen krankmachende Einflüsse gewappnet. Die »Gesundheitspolizei« kann schneller und in größerer Zahl zur Stelle sein, um die krankmachenden Eindringlinge auszuschalten.

## Der Bio-Aktivator in der Krebsabwehr

Der Nachweis von biologischen Wirksystemen bei der Krebsvor- und -nachsorge ist Wissenschaftlern nun gleichfalls gelungen. Dabei steht die Grundsubstanz als übergeordnetes biologisches Regelprinzip im Mittelpunkt der neuen Erkenntnisse. In klinischen Studien konnte nachgewiesen werden, daß durch die rechtzeitige Stärkung der Grundsubstanz die so wichtigen Leitfunktionen dieses Systems erhalten bleiben und die Abwehrkräfte deutlich gesteigert werden.

Eines der Probleme bei dem Krebspatienten ist laut Professor Dr. med. Albert Landsberger, Präsident der biologischen Krebsforschungsgesellschaft in Heidelberg, die Früherkennung. Bei den meisten Krebsarten kann die Induktionsphase, sozusagen das Stadium 1 des Krebsprozesses, nicht erkannt werden.

Dabei wird diese Phase mit rund 15 bis 25 Jahren angegeben. Daran schließt sich ein Stadium an, das etwa ein bis fünf Jahre dauert und in dem die Heilungschancen am größten sind. Denn erst in der nächsten Phase, der sogenannten Dissemination, erfolgt die Ausbreitung.

Das zweite Problem ist die Metastasierung (Aussaat von Tochtergeschwüren), die häufig schon stattfindet, obwohl der Tumor noch relativ klein ist. So sind die Mikrometastasen mit heutigen Methoden nicht erkennbar. Sie können über Monate, Jahre und Jahrzehnte »schlummern«, bis sie zu wachsen beginnen und das Schicksal des Patienten besiegeln.

Diese langen Phasen des Tumorwachstums sowie auch das mitunter jahrelange Stagnieren der Mikrometastasen bestätigen, daß es Abwehrmechanismen gegen Krebszellen im Organismus gibt. Hier setzten die Forscher



# Geheimnis der Regeneration

an und fanden heraus, daß Tumorzellen in bestimmten Bestandteilen der gesunden Grundsubstanz nicht überleben können.

Professor Landsberger stellte nun fest, daß durch Aktivierung der Grundsubstanz bei Krebspatienten der Allgemeinzustand und vor allem die Körperabwehr deutlich verbessert werden kann. Gleichzeitig werden die Nebenwirkungen der Krebstherapie, beispielsweise die Auswirkung von krebshemmenden Medikamenten, günstig beeinflußt, ja teilweise sogar behoben.

Professor Landsberger hält es für wichtig, die Tumortherapie mit immunbiologischen, auf die Grundsubstanz wirkenden Präparaten wie Regazell Energen zu unterstützen. Denn: »Schließlich fallen beim Abbau von Tumorgewebe viele Stoffe an, die es zu beseitigen gilt.«

## Für die Behandlung rheumatischer Krankheiten

Über einen Zeitraum von zwei Jahren wurden bei 21 Rheumakranken in einer Doppelblindstudie Untersuchungen mit dem rein biologischen Wirksystem Regazell Energen in der Dauertherapie durchgeführt. Die Fragestellung lautete, ob mit einer gezielten Regazell-Therapie eine eventuelle Einflußnahme auf den desolaten Zustand der Immunlage, der Stoffwechselsituation und des sonstigen subjektiven und objektiven Wohlbefindens erzielt werden kann.

Unter ständiger Überwachung und bei Laborkontrollen konnte Dr. med. Hemgesberg unter anderen folgende Ergebnisse der Langzeit-Feldstudie gewinnen:

Erstens: Eine deutlich und spontan geäußerte Steigerung des Allgemein- und Wohlbefindens, eine Steigerung des Lebenswertgefühls mit Besserung und Stabilisierung der psychischen Verfassung und Stimmungslage.

Zweitens: Diese Besserung des subjektiven Zustandsbildes findet ihren Niederschlag und Ausdruck auch in den deutlich verminderten Krankschreibungszeiten und einer deutlich herabgesetzten Einweisungsrate in Krankenanstalten.

Drittens: Objektiv auffallend ist die Rückbildung der Entzündungsgewebe in den Normbereich.

Viertens: Hervorzuheben ist die Besserung der Immunsituation im Sinn der zellulären Abwehr.

Fünftens: Nebenwirkungen und Unverträglichkeiten mit anderen Therapeutika wurden im Beobachtungszeitraum bei keiner der 21 Versuchspersonen registriert.

Sechstens: In mehreren Fällen war es zu einer deutlichen Minderung der Krankheitsschwere gekommen.

Fazit: Mit dem rein biologischen Wirksystem Regazell Energen steht dem Therapeuten in der Behandlung von chronisch-entzündlichen Rheuma-Krankheiten ein Präparat zur Verfügung, das dazu geeignet ist, die subjektiven Allgemeinbeschwerden und die Minderung der Eigen-Abwehrlage in deutlicher Weise zu verbessern und stabil zu halten.

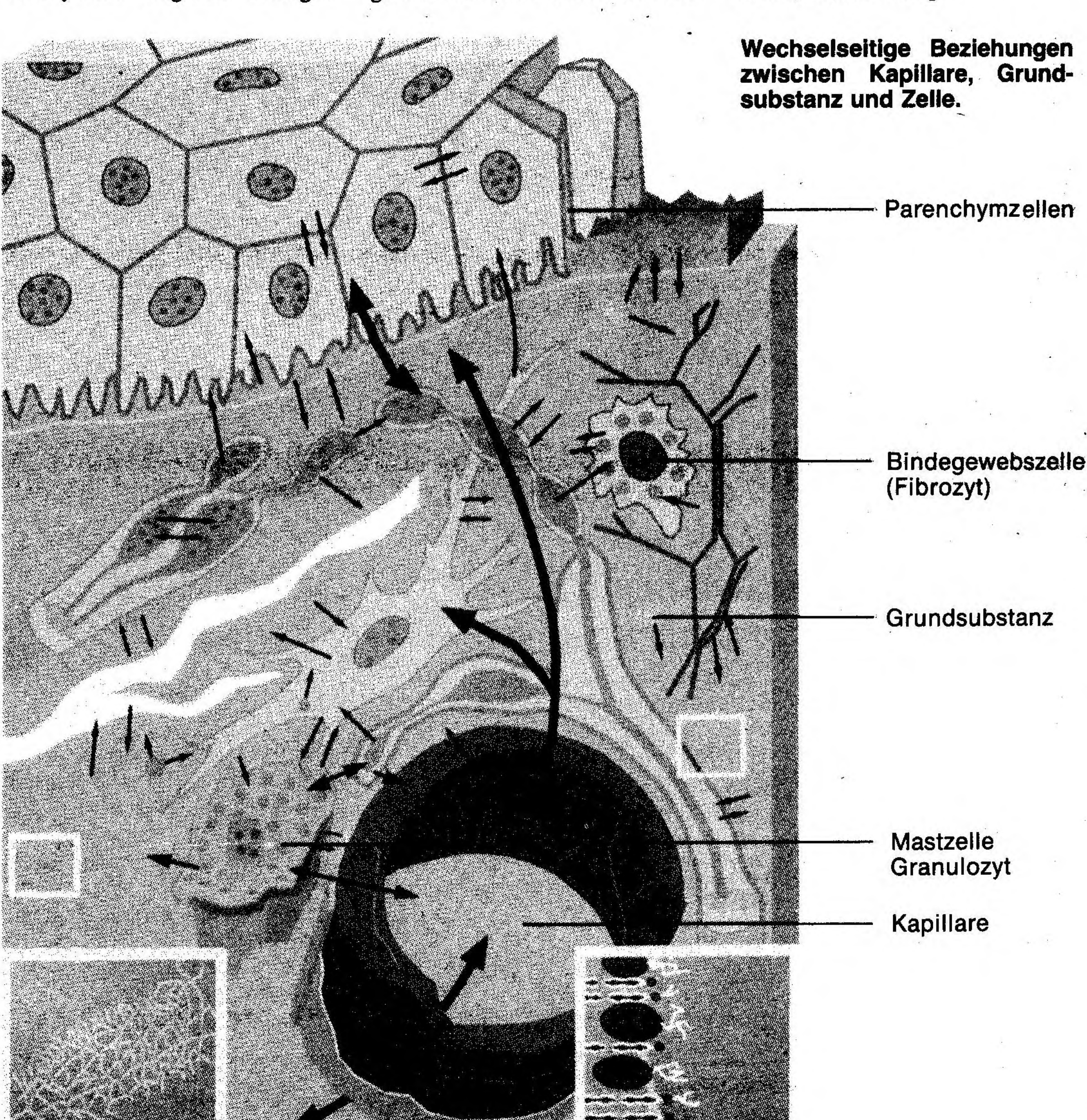
## Neue Lebenskraft und Energie

Weil der Bio-Aktivator Regazell Energen auf die Zellen und auf die Grundsubstanz wirkt, ist es nicht nur ein Spezialmittel für einzelne Organe. Es hilft vielmehr dem gesamten Organismus. In der Medizin spricht man von einer zentralen Ganzheitswirkung.

Das Ziel bei der Entwicklung der Regazell-Kur war es, durch die Kombination mehrerer ausgewählter und harmonisch aufeinander abgestimmter Naturstoffe deren Einzelwirkung noch zu verstärken. Denn wenn man Stoffe zusammenfügt, von denen jeder für sich schon ungewöhnliche Eigenschaften besitzt, so läßt ihre Kombination einen ganz außerordentlichen Revitalisierungseffekt erhoffen.

Diese Erwartungen haben sich voll erfüllt. Viele bekannte Leistungsträger aus Wirtschaft, Politik, Kultur und aus dem internationalen Hochleistungssport wissen das bereits. Sie alle sind besonders gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und wissen, wie wichtig es ist, von Zeit zu Zeit ihre Lebensenergie mit der Regazell-Energen-Kur zu regenerieren. □

Das Mittel ist in allen Apotheken erhältlich. Informationen und weitere Auskünfte erhalten Sie auf Wunsch direkt vom Hersteller, der Firma Bio-Naturkraft, Gruber Straße 64, D-8011 Poing.




**Wechselseitige Beziehungen zwischen Kapillare, Grundsubstanz und Zelle.**

# Ein gezielter Blitzguß heilt

Karl von Brunowsky

**Soll das Gespenst der Herz-Kreislaufschäden sowie der Krebsgefahr ebenso gebannt werden wie heute so viele Seuchen und Infektionserkrankungen, so ist eine tägliche Versorgung der menschlichen Körperzellen mit Sauerstoff-Ionen und damit ein tägliches Gefäßtraining notwendig. Die Hydro-Sauerstoff-Ionen sind der stärkste natürliche Wirkstoff, der durch seine enorme Heilkraft und seine Vielseitigkeit viele Laien und Mediziner verblüfft. Der Verfasser des Beitrages, der im zaristischen Rußland geboren wurde, begann schon vor mehr als 40 Jahren die Forschungsarbeiten seines Vaters, Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky, auszuwerten; er war ein bekannter deutscher Naturwissenschaftler, Biologe und Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Moskau.**

Die biologische Lebenserwartung des Menschen soll nach Feststellungen sowjetischer Wissenschaftler etwa 140 Jahre betragen. Warum erreichen nur wenige Menschen in der Welt dieses hohe Alter? Wie lange noch müssen wir hinnehmen, daß Menschen auf der Höhe ihres Schaffens von schrecklichen Geißeln der Menschheit wie Herz-Kreislauf- und Krebskrankheiten dahingerafft werden?

## Der Wettlauf mit dem Verschleiß

Die Durchsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse dauert in vielen Fällen 30 und mehr Jahre, nämlich so lange, bis die Entdecker der alten Erkenntnisse abgetreten oder verstorben sind.

Zahlreiche bahnbrechende Entdecker wurden anfangs fast immer als »Außenseiter« abgetan. So erging es Louis Pasteur, Sebastian Kneipp und Albert Einstein. Als Einstein zum Beispiel die Existenz von Atomen nachwies, was heute jeder Schüler weiß, bezweifelten es damals die berühmtesten Gelehrten der Welt. Eine rühmliche Ausnahme ist der bekannte, in der DDR lebende Physiker Manfred von Ardenne, dem als Nichtmediziner die Ehrendoktorwürde der Medizin verliehen wurde. In seinem Dresdner Institut entwickelte er seine Sauerstoff-Therapie.

Können wir solange warten, bis die im folgenden geschilderte Entdeckung eines Tages zum Allgemeingut wird. Zu große Skepsis ist fatal. Es geht um den Wettlauf zwischen dem Verschleiß (Degeneration) und dem Aufbau (Regeneration).

Das größte Übel unserer Zeit ist der ständig zunehmende Sauerstoffmangel in unseren Körperzellen. Als Folge davon werden die Abwehrkräfte geschwächt und der vorzeitige Alterungsprozeß eingeleitet. Man spricht hier von einem Verschleiß- oder Degenerationsprozeß.

Am schlimmsten davon betroffen ist die Lunge. Mit zunehmendem Alter verliert sie die Eigenschaft, das Blut mit Sauerstoff zu beladen. Sie ist also in erster Linie verantwortlich für das vorzeitige Altern des Menschen. Der Degenerationsprozeß erfaßt nach und nach den gesamten Organismus: die Blutgefäße werden verengt, verkalkt und brüchig (Arteriosklerose), das Bindegewebe wird schlaffer, die Knochen werden brüchiger, weil die Zellen nicht so schnell aufbauen können, wie der Körper abbaut. Durch das Nachlassen der Lungenleistung wird der Degenerationsprozeß beschleunigt, was wiederum die Lungenarbeit beeinträchtigt. Es ist also ein Teufelskreis, der unbedingt durchbrochen werden muß.

## Es ist also ein Teufelskreis

Mit 70, 80 oder 90 Jahren sind wir noch lange nicht »zu alt« für die Regeneration. Wir müssen nur die Sauerstoffaufnahmefähigkeit der Zellen erhöhen und gleichzeitig den Kreislauf aktivieren.

Da unsere Zellen den von uns eingeatmeten Sauerstoff der Luft nur zu einem Bruchteil verwerten können, leiden diese immer mehr an Sauerstoffmangel, wodurch unsere Lebenserwartung fast um die Hälfte reduziert wird. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts machten französische Ärzte eine seltsame Entdeckung. In Hospitälern mit künstlicher Ventilation war die Sterblichkeit fast doppelt so hoch wie in Krankenhäusern, wo die Luft ihren Weg durchs Fenster nahm. Diese Tatsache führte zu stürmischen Debatten in der Pariser Medizinischen Akademie im Jahre 1878.

Zur gleichen Zeit führte der russische Hygieniker Kijanizin in-



**Durch die Zertrümmerung des Wassers im Troma-Hydro-Ionisator entsteht Wasserstaub wie bei einem Wasserfall, den die Lungenbläschen leicht aufnehmen.**

Medizin

# Ein gezielter Blitzguß heilt

teressante Tierversuche durch. Er setzte Mäuse, Kaninchen und Hunde unter eine Glasglocke und leitete gereinigte, filtrierte Luft hinein. Nach einigen Tagen erkrankten die Tiere in dieser überreinen Atmosphäre und starben. Andere Tiere, die unter einer Glasglocke mit gewöhnlicher Straßenluft versorgt wurden, blieben gesund und munter. Warum gefilterte Luft auf die Tiere tödlich wirkte, blieb viele Jahre ein Rätsel.

Heute wissen wir: Der Sauerstoff ist biologisch nur dann aktiv, wenn er ein negativ geladenes Ion darstellt. Bei dem erwähnten Versuch wurden alle negativen Ionen beim Passieren des Filters neutralisiert, also zunichte gemacht.

## Unwohl in klimatisierten Räumen

Was sind Ionen? Bei Ionen handelt es sich im allgemeinen um den physikalischen Begriff von den in der Luft vorhandenen elektrisch geladenen Teilchen von Molekülgröße. Ionen können auf verschiedene Weise erzeugt werden.

Elektrisch neutrale Sauerstoffteilchen in der Luft sind biologisch wertlos. Positive Ionen sind deshalb schädlich, weil sie die lebenswichtigen negativen Ionen neutralisieren, also »vernichten«.

Die biologisch aktiven negativen Ionen können von unseren Zellen voll verwertet werden. Der erwähnte Versuch sowie andere neuerlich von Igor Ostrjakow durchgeführte Versuche an Tieren und Menschen haben bewiesen, daß der lebendige Organismus nicht in der Lage ist, längere Zeit hindurch Sauerstoff ohne negative Ionen aufzunehmen. Aus dem gleichen Grund ist es auch verständlich, weshalb Menschen, die lange in klimatisierten Räumen verweilen, sich unwohl fühlen.

Die atmosphärische Luft, die wir einatmen, enthält immer eine gewisse Menge von negativen Ionen. Diese natürliche Ionisierung der Luft entsteht durch intensive ultraviolette Sonnenstrahlung in großen Höhen. Diese natürliche Ionisation reicht jedoch nicht aus, um unsere Zellen mit genügend Sauerstoff zu versorgen. Messungen ergaben, daß zum Beispiel die Luft in den Bergen etwa 10 000, die in Großstädten etwa 500 und die in geschlossenen Räumen nur rund 20 bis 50 negative Ionen pro Kubikzentimeter enthält. Es reicht gerade noch, um den Lebensprozeß aufrechtzuerhalten. Für die biologische Erneuerung der Zellen bleibt nicht viel übrig.



**Konstantin von Brunowsky verblüffte durch seine Arbeiten über die Hydro-Sauerstoff-Ionen und ihre Heilkraft.**

Wenn die Zahl der positiven Ionen in der Luft überwiegt, wie zum Beispiel in Industriezentren oder in geschlossenen Räumen, wo geraucht wird, besteht die unmittelbare Gefahr einer Embolie, eines Infarkts oder der Entstehung einer Krebszelle. Denn sobald die Zellen durch Sauerstoffmangel in ihrer Funktion »behindert« werden, zum Beispiel in den blutbildenden Organen wie im Rückenmark, neigt das Blut in verstärktem Maße Gerinnsel zu bilden. Dies kann zu Embolien führen. Da die Abwehrkraft der Zellen gleichzeitig stark herabgesetzt wird, haben auch Krebserreger »leichte Arbeit«.

Wenn wir von »verbrauchter Luft« sprechen, so handelt es sich nicht nur um Sauerstoffmangel in der Luft – sonst würde eine Kerze sofort erlöschen –, sondern um das Fehlen von negativen Ionen.

Warum sich Herzinfarktfälle während des Föhnwetters besonders häufen, hat folgende Gründe: Bei Föhn oder Fallwind gelangen die oberen Luftmassen in tiefere Regionen, wo höherer Luftdruck herrscht, werden schnell komprimiert und daher gleichzeitig gewärmt, was zu positiver elektrischer Ladung führt. Aus dem gleichen Grund werden bei dieser Witterung auch keine größeren Operationen durchgeführt. Das über das Föhnwetter Gesagte gilt auch für die Saunaluft, starken Fichtennadelgeruch und andere ätherische Öle wie verschiedene Sprays, aber auch Auspuffgase, Tabakrauch. Vor und nach dem Saunabesuch wäre eine kurze Hydro-Ionen-Inhalation unbedingt ratsam.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß der Mangel an negativen Ionen folgendes bewirkt: Der menschliche Körper verliert allmählich seine biologischen Schutzkräfte. Sein Skelett deformiert sich, das Gewebe wird schlaff, die Lunge kann immer weniger Sauerstoff aufladen, die Bildung von Blutgerinnseln wird begünstigt. Eine vorzeitige Vergreisung infolge des allgemeinen Verschleißes setzt ein. Der Prozeß der Arteriosklerose schreitet immer mehr fort. Chronische Erkrankungen der Atemwege wie Bronchialasthma und Lungenemphysem treten auf. Wetterfühligkeit, Kopfschmerzen, Anfälligkeit gegen Erkältung und Infekte werden begünstigt. Durchblutungsstörungen im Gehirn und anderen Organen finden statt.

## Der rettende Wasserfall-Effekt

Längere Waldspaziergänge oder Dauerläufe und gar das Wohnen mitten im Wald sind zweifelsohne gesund, ändern jedoch nichts an der Tatsache, daß der Sauerstoff im Wald wohl sauber, sein Ionisationsgrad jedoch immer noch zu niedrig ist, um den Bedarf des Körpers zu decken.

Was tun? Unsere mittlere Lebenserwartung, die im Vergleich zu früher sehr gestiegen ist, liegt heute immer noch bei nur 75 Jahren und sinkt wegen der weltweiten Luftverschmutzung langsam wieder ab. Wie schon erwähnt, können negative Ionen auf verschiedene Weise erzeugt werden. Die Industrie liefert seit Jahren elektrische Ionisatoren, die in Klimaanlagen eingebaut werden, um die »totgefilterten« natürlichen Ionen zu ersetzen. Auch in manchen Schachtanlagen und Krankenhäusern werden elektrische Ionisatoren verwendet, was nachweislich zu erstaunlichen therapeutischen Erfolgen geführt hat.

Die Verwendung von elektrischen Ionisatoren als Heimgerät bringt jedoch nach Ansicht vieler Ärzte gewichtige Probleme mit sich. Die Inhalation von Elektroionen hat nämlich folgende Nachteile:

Neben den negativen Ionen entstehen noch Nebenprodukte, wie zum Beispiel das Ozon, wenn auch in geringen Mengen. Ozon ist ein dreiwertiger Sauerstoff, der in Form von Spritzen große Hilfe in der Ozontherapie leistet. Längere Zeit jedoch, auch in geringen Mengen eingeatmet, zerstört er durch Oxidation die roten Blutkörperchen, die eigentlich als Transportmittel für den Sauerstoff dienen. Außerdem sollen beim Ozon auch stark giftige Stoffe entstehen.

Die elektrisch erzeugten Ionen sind sogenannte »trockene« Ionen. Sie werden von den Lungenbläschen sehr schwer und langsam aufgenommen, so daß man das Gerät so ziemlich rund um die Uhr im Raum laufen lassen muß. Es besteht die Gefahr, daß die Fähigkeit der Zellen, auch den neutralen Sauerstoff zu einem gewissen Grad zu verwerten, mit der Zeit verlorengehen könnte.

Die Rettung ist der »Wasserfall-Effekt«. Dieser »Wasserfall-Effekt« wurde erstmalig von dem anfangs erwähnten Wissenschaftler in den kaukasischen Bergen entdeckt. Durch Zufall stieß er dort auf eine Gruppe von Menschen, deren Siedlung in der Nähe eines kleinen, aber sehr hohen Wasserfalls lag. Es fiel ihm auf, daß die Ältesten von ihnen ein geradezu biblisches Alter hatten, ohne jemals krank gewesen zu sein. Diese Menschen gingen jeden Morgen zu dem Wasserfall, zogen sich aus, wälzten sich unter dem kalten Wassertropfenhagel auf den Steinplatten, inhalierten anschließend die wasserstaubreiche Luft und gingen dann nach Hause.

Messungen am Fuß des Wasserfalles ergaben eine elektrisch negative Ladung, also eine Ionisation der Luft. Weitere Forschun-

gen waren wegen der inzwischen ausgebrochenen Oktoberrevolution nicht mehr möglich.

## Die Vitamine der Luft

Im Zweiten Weltkrieg bot sich dem Verfasser die seltene Gelegenheit, die Wirkungsstätte seines verstorbenen Vaters aufzusuchen. Aufgrund seiner russischen Sprachkenntnisse gelang es ihm, das dort früher gegründete Institut aufzusuchen, wo er bahnbrechende Erkenntnisse über das vorzeitige Altern einerseits und die extreme Langlebigkeit andererseits erwerben konnte. Der damalige Leiter des Instituts wies auf die revolutionären Ergebnisse der letzten Jahre hin, die alles bis dahin Bekannte in den Schatten stellten.

Besonders bemerkenswert war die Tatsache, daß man dort bei der Untersuchung vieler sehr alter Menschen aus allen Teilen der UdSSR feststellen konnte, daß ein großer Teil von ihnen überhaupt nicht mit einem Wasserfall in Berührung kam und einige davon ein sehr ungesundes Leben in einem industriereichen Gebiet führten. Man stellte fest, was heute allgemein bekannt ist, daß diese Menschen ihre Langlebigkeit von ihren Vorfahren ererbt hatten. Der Grund für ihre robuste Gesundheit lag darin, daß ihre Körperzellen die Fähigkeit besaßen, den von ihnen eingeatmeten Sauerstoff der Luft voll zu verwerten, während alle anderen »normalen« Menschen diese Fähigkeit mehr oder weniger etwa ab dem 30. Lebensjahr verloren hatten.

Diese scheinbar paradoxe Feststellung in bezug auf die bereits erwähnten Menschen am Wasserfall hat viele Rätsel aufgegeben. Erst umfangreiche Untersuchungen an Tieren und Menschen ergaben des Rätsels Lösung: Das Einatmen von Luft mit negativen Ionen, die durch den Wasserfall-Effekt entstehen, also der Hydro-Ionen, in Form von einer kurzen Inhalation täglich, regt die Körperzellen an, auch den neutralen, also den biologisch »toten« Sauerstoff verstärkt zu verwerten. Wie es festgestellt wurde, können die Zellen in etwa drei bis vier Jahren den neutralen Sauerstoff genausogut verwerten, wie es bei den sehr langlebigen Menschen der Fall ist.

## Zellen durch Ionenstoß trainieren

Die Entdeckung der »Hydro-Ionen« wurde aus diesem Grund dort als die größte Entdeckung der Neuzeit für die Gesundheit des Menschen bezeichnet. Man nennt dort die Hydro-Ionen »Vitamine der Luft«, weil sie für die Gesundheit fast noch wichtiger sind als die Nahrungs-Vitamine.

Hydro-Ionen nennt man also diejenigen negativen Ionen, die durch den »Wasserfall-Effekt« entstehen. Hierbei muß vermerkt werden, daß bei einer Meeresbrandung keine Ionisation entsteht, weil das Meerwasser Salz enthält.

Hydro-Ionen können von den Lungenbläschen schnell und leicht aufgenommen werden, wodurch es möglich ist, den so wichtigen »Ionenstoß« zu erzeugen. Dieser entsteht bei dem Hydro-Ionisator von Igor Ostrjakow während einer Inhalation von ungefähr 20 Minuten. Beim Troma-Hydro-Ionisator durch etwa 14 bis 16 tiefe Atemzüge durch die Nase in nur etwa einer Minute.

Dieser Unterschied erklärt sich durch die verschiedenen Konstruktionen von Hydro-Ionisatoren. Der Hydro-Ionisator von Ostrjakow arbeitet mit einem Elektromotor, der ein Schaufelrad betätigt. Das Schaufelrad zertrümmert in einem Behälter das Wasser, wobei der dadurch entstehende Wasserstaub durch einen Ritz ausströmt und dann eingeatmet wird. Die Zertrümmerung des Wassers beim Troma-Hydro-Ionisator entsteht dagegen mittels Spezialdüsen.

Es geht also nicht darum, ständig in stark ionisierter Luft zu leben, auch nicht in unmittelbarer Nähe eines Wasserfalls, was praktisch kaum möglich wäre, sondern darum, daß man die Zellen durch den »Ionenstoß« so »trainiert«, daß sie auch den neutralen Sauerstoff immer mehr aufnehmen können. □

Weitere Informationen über Troma-Hydro-Ionisator erhalten Sie über den Pro-Vital-Versand, Postfach 2468/1, D-4460 Nordhorn.





**Exclusives aus Politik und Wirtschaft**

**Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin**

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.
Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »Zionist Watch«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »Zionist Watch«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »Zionist Watch« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C.,20003, USA.





CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

**Verlag Diagnosen GdbR,** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

**ISSN 0932-3473**

**Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. April 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.**

NASA

# Liegt die Zukunft auf dem Mars?

Dr. James Fletcher, Beamter der NASA, blieb mit Informationen über eine privat finanzierte Raumstation sparsam und sehr zurückhaltend auch bei der Beurteilung der sowjetischen Bemühungen, die Vereinigten Staaten bezüglich des Flugs zum Mars zu schlagen.

Zum Thema einer privat finanzierten Raumstation, einem Joint-ventures zwischen Westinghouse, Boeing und einigen ehemaligen NASA-Angestellten, sagte Fletcher lediglich, er sei besorgt über die Forderung der privaten Gruppe, daß 75 Prozent der Raumstation über einen längeren Zeitraum hinweg von der US-Regierung gemietet werden solle. »Damit könnten wir für einen zu langen zukünftigen Zeitraum Verpflichtungen eingehen«, meinte er.

Was das Marsprojekt der Sowjets angeht, war seine Antwort: »Sie versuchen das zu erreichen, was uns im Jahr 1976 gelungen ist, das heißt, auf den Mars zu landen. Wir verfolgen seither ein anderes Ziel und zwar Planeten weiter draußen im Sonnensystem mit unseren Raumsonden Magellan, Galileo und Ulysses zu erforschen.« □

USA

# Spannungen mit Europa und Japan in Finanzfragen

Spannungen über die Finanzpolitik zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Europa und Japan andererseits könnten dazu führen, daß Europa und Japan drohen werden, keine amerikanischen Schatzanweisungen zu kaufen, um die USA damit zu Finanzreformen zu zwingen. Die Frage wird sein, wie kann man die USA international dazu bringen sich vernünftiger zu verhalten, das Haushaltsdefizit zu kürzen, die Kontokorrentdefizite zu kürzen, den Import von Auslandskapital zu stoppen und die Steuern zu erhöhen.

Eine Methode wäre, so meinen Experten der Europäischen Gemeinschaft, Bestimmungen aufzuerlegen, die den Export von Kapital in die Vereinigten Staaten verbieten.

Der Enthusiasmus auf den westlichen Geldmärkten über die Pfandbriefemission der Sowjets auf Schweizer Märkten Anfang des Jahres, könnte als ein Zeichen dafür interpretiert werden, daß bestimmte Finanzgruppen in Europa hinsichtlich ihrer Beteiligung am amerikanischen Finanzmarkt »nervös werden« und zeigten, daß sie »Geld auch anderswo wieder in Umlauf bringen« können.

Die ganze Thematik, so Experten, wird im Mai in Moskau auf einem Treffen des Inter-Action-Council diskutiert, einer von Helmut Schmidt gegründeten Elitegruppe, vor allem, um Wege zu finden, die westlichen Demokratien an ein Leben in einer sowjetisch beherrschten Welt reibungslos anzupassen. □

Henry Kissinger

# Sowjets planen nicht den ersten Schlag

Henry Kissinger verlangte die Ratifizierung des Vertrags über Mittelstrecken-Atomraketen (INF) und betonte, die Sowjetunion »plane nicht den ersten Schlag«. Nach Kissinger zählen die Sowjets auf »die konventionelle Überlegenheit« in ihrer militärischen Planung, und sie verwenden ihr atomares Potential lediglich zu »Erpressungszwecken«.

Obwohl Kissinger behauptet, er sei gegen den Vertrag über atomare Mittelstreckenraketen, behauptete er, sämtliche Bemühungen dessen Ratifizierung zu verhindern, würden zu einem »politischen Loch« in Europa führen, das sowieso zum Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen führen würde, während die Sowjets ihre SS-20 behielten. Obwohl er gegen die – in seinen Worten – »fehlerhaften Konzepte« argumentierte, die die Vertragsmotive waren, meinte Kissinger: »Wenn 34 Senatoren gegen die Ratifizierung stimmen, dann führt das zu einer strategischen Katastrophe.«

»Der Fehler des INF-Vertrages kann jetzt nicht mehr ungeschehen gemacht werden«, meinte Kissinger. □

Israel

# High-Tech für wirtschaftlichen Aufbau des Nahen Ostens

Israels militärische High-Tech könnte der Schlüssel sein für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Nahost-Region, so heißt es in einem großartig aufgemachten Artikel der Londoner »Financial Times«. Es geht dabei um das, was der israelische Außenminister Shimon Peres Israels »drittes Stadium des Zionismus« nannte, die Eroberung der Wissenschaft, nach der »Eroberung der Arbeit und der Eroberung von Land«, das erreicht werden soll »durch die uneingeschränkte Entwicklung der High-Tech«.

Der größte Teil der High-Tech Israels ist nur für militärische Zwecke eingesetzt worden, obwohl die »Ausgeklügeltheit einiger kommerzieller Projekte es mit der Qualität europäischer und japanischer Industrien aufnehmen kann«.

In dem Artikel heißt es weiter: »Eine Änderung der Stellung Israels in der Region von der Konfrontationshaltung zu einer Politik der offenen Tür würde dessen Abhängigkeit vom Westen verringern. Es könnte eine Synergie mit den arabischen Nachbarn erreicht und damit ein bedeutender Markt in der Region geschaffen werden, was zum Wachstum aller Beteiligten beitragen würde. Anstatt dann militärischen Zwecken zu dienen, würde die High-Tech für Forschung und Entwicklung eingesetzt.«

Der Artikel gibt deutlich die Absicht einer israelischen Gruppierung wieder, die Krise zu lösen, die Israel jetzt aufgrund der Probleme in den besetzten Gebieten erlebt. □

Angola

# Siege der Rebellen

Wie die portugiesische Wochenzeitung »O Diabo« berichtete, haben die Guerillas von Dr. Jonas Savimbis UNITA der kubanischen Armee und Regierungstruppen in Angola ernsthafte Verluste beigebracht.

Diese Serie von militärischen Niederlagen hat die angolanische Regierung, die sowjetische Hilfe und Beratung sowie die Unterstützung Zehntausender kubanischer Soldaten hat, dazu veranlaßt, den Verteidigungsminister und dessen Stellvertreter des Amtes zu entheben. Zahlreiche Militärbefehlshaber und politische Kommissare sind ebenfalls entlassen worden, heißt es in dem portugiesischen Bericht.

Savimbis Guerillas sind prowestlich. Bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten im Jahr 1986 traf Savimbi mit US-Präsident Reagan zusammen und erhielt Zusagen über die fortgesetzte Unterstützung der Amerikaner. Südafrika hat die UNITA ebenfalls zeitweise unterstützt.

Die »erste kubanische Einheit, die in die Flucht geschlagen wurde«, befand sich in Cuembo, vor der Eisenbahnlinie von Benguela im Süden des Landes, heißt es in dem portugiesischen Artikel.

»Das ist ein Wendepunkt im Krieg«, meinte ein langjähriger UNITA-Befehlshaber gegenüber »O Diabo«.

Die UNITA bereitet inzwischen eine Militäroffensive gegen logistische Stützpunkte der Kubaner im Norden vor, die bis jetzt als weniger verletzlich für die Angriffe der Freiheitskämpfer angesehen wurden als der südliche Teil des Landes, der weithin von der UNITA kontrolliert wird. □

## USA

# Vertuscht wird die Ausbreitung der Tiger-Moskitos

Das Atlanta Centers for Disease Control (CDC) hält sich zurück zu dem Thema der Ausbreitung des sogenannten Tiger-Moskitos (Aedes albopictus) in 17 der östlichen Bundesstaaten der USA. Dennoch behaupten einige CDC-Quellen, daß hier »eine biologische Zeitbombe ticke«.

Was den CDC-Beamten Angst macht ist die Entdeckung mehrerer Fälle des gefährlichen »Dengue-Fiebers« bis hinauf nach Baltimore, so berichten Experten der amerikanischen Gesundheitsfürsorge. Es gibt Hinweise dafür, daß diese beängstigende Infektion von dem Tiger-Moskito ausgeht.

Man befürchtet, daß sich der Tiger-Moskito bis zum Frühsommer im Norden bis Boston und im Westen bis zu den Rocky Mountains ausgebreitet haben wird, und damit wären 35 US-Bundesstaaten betroffen. Eine Quelle mit Verbindungen zum CDC soll gesagt haben, wenn wir die Ausbreitung des Tiger-Moskitos nicht unter Kontrolle bekommen können, dann könnte in diesem Sommer »die erste ›Dengue-Fieber-Epidemie‹ in den Vereinigten Staaten seit dem Jahr 1945« ausbrechen.

Bei dem Tiger-Moskito soll es sich um eine asiatische Gattung handeln, die auch in Madagaskar zu finden ist. Er soll ein »gefährlicher Überträger des Gelbfiebers (Dengue) und einiger besonderer Formen von Gehirnhautentzündungen sein«. Er ist auch ein wirksamer Überträger einer noch böseren Form des Gelbfiebers, die aus Kuba kommt. □

## China

# Ausländische Investitionen in Küstenregionen

Der Generalsekretär der chinesischen kommunistischen Partei, Zhao Ziyang, sagte, China müsse mit seinen Niedriglohn-Exportindustrien ausländische Investitionen anlocken. China sollte »keine Gelegenheit versäumen seine Küstenregionen dazu zu bringen, mehr ausländische Investitionen anzuziehen und die exportorientierten Investitionen zu steigern, um sich am internationalen Austausch und Wettbewerb zu beteiligen«.

Zhao wörtlich: »Wir sollten bei der Anziehung ausländischer Investitionen gute Arbeit leisten, da unsere Küstenregionen die Vorteile von Billigarbeitskräften mit hohem Sachverstand haben.« Ein weiterer Trumpf für Chinas Küstenregionen ist die gute Infrastruktur.

»Diese Entwicklungsstrategie ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung«, fuhr Zhao fort und gab ganz und gar vom Ausland finanzierten Unternehmen höchste Priorität. Bisher hat China nur wenigen, ausschließlich durch das Ausland finanzierten Betrieben die Zustimmung erteilt.

Zhao kritisierte, Gelegenheiten zur Erschließung der Küstenregionen mit einer Bevölkerung von 100 bis 200 Millionen Menschen seien in der Vergangenheit verpaßt worden. »Wir können es uns nicht erlauben, diese Gelegenheit noch einmal zu verpassen«, meinte er, »und wir sollten hier einen Sinn für die Dringlichkeit entwickeln.« Dabei sollten lokale Regierungen und Unternehmen eine größere Rolle im Außenhandel spielen und das Vertragssystem sollte eingeführt werden. □




Die besetzte West Bank.

## Sowjetunion

# Japaner planen Projekte in Sibirien

In Tokio fanden Gespräche zwischen führenden japanischen Geschäftsleuten und dem sowjetischen Minister Boris Aristov und anderen sowjetischen Beamten statt. Ihr Hauptgesprächsthema: Wege der Kooperation für Entwicklungsprojekte in Sibirien und in Fernost.

Man diskutierte zahlreiche mögliche Entwicklungsprojekte mit Kohle, Holz und Papierstoff, ein chemisches Projekt und die Verbesserung von Hafen- und Transporteinrichtungen.

Die japanischen und sowjetischen Ausschüsse haben immer abwechselnd in beiden Ländern gemeinsame Sitzungen abgehalten, doch im letzten Jahr fand kein Treffen statt wegen eines internationalen Skandals über den illegalen Export von sensitiver Technologie an die UdSSR durch die japanische Firma Toshiba. □

## Polen

# Zuflucht für Abu Nidal

Wie der Mitarbeiter der »New York Post«, Eric Breindel, in einem Bericht in der »Washington Post« schrieb, hat Polen dem arabischen Terroristen Abu Nidal und einer Warschauer Strohmann-Firma, die im Waffenhandel tätig ist, seit dem Jahr 1983 Zuflucht gewährt. Breindel, ein ehemaliger Berater des amerikanischen Senators Pat Moynihan, behauptet, diese Informationen seien in einem »sorgfältig vorbereiteten Bericht des amerikanischen Außenministeriums auf der Grundlage von CIA-Ermittlungen« berichtet worden, der seit Juni 1987 fertig sei.

Breindel sagte, der Bericht »sei Monate vor Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Warschau fertig gewesen und bevor man General Jaruzelski durch Entsendung von US-Vizepräsident George Bush zu Gesprächen mit ihm ehrte«.

Polen ließ im Jahr 1983 die Gründung der »SAS Foreign Trade and Investment Company« zur »Weiterleitung von Provisionen aus Waffenverkäufen an die Abu Nidal-Gruppe« zu. Im gleichen Jahr erlaubte Polen Abu Nidal sich in Warschau niederzulassen, nachdem er aus dem Irak ausgewiesen worden war. Ende Januar dieses Jahres verkündete Warschau die Abreise von Nidals »Chef-Finanzberater Samir Hasan Naimeddin« aus Warschau. □

**Kambodscha**

## Sihanouk tritt als Führer der Rebellen-Koalition zurück

Prinz Norodom Sihanouk, einstiges Staatsoberhaupt von Kambotscha, verkündete in Beijing, daß er als Präsident der antivietnamesischen Exilregierung von Kampuchea wegen Konflikten innerhalb der Drei-Parteien-Koalition zurücktreten werde, und daß er auch den Abbruch der Friedensverhandlungen mit den von Vietnamesen in Kampuchea eingesetzten Behörden plane.

Sihanouk beschuldigte Son Sann, den Führer einer der drei Guerilla-Gruppen, ihm und seinen Anhängern gegenüber »extrem feindlich« eingestellt zu sein. In einer dreiseitigen, handgeschriebenen Erklärung sagte Sihanouk, Son Sann habe ihn ungerechtfertigterweise des Verrats beschuldigt und behauptet, er würde durch seine Gespräche mit dem Premierminister von Kampuchea, Hun Sen, »das Spiel der kolonialistischen Vietnamesen« spielen.

Sihanouk hat sich mit Hun Sen in der letzten Zeit bei zahlreichen Gelegenheiten getroffen, und es sind weitere Treffen geplant, was deutlich Anlaß zu Mißtrauen in den anderen Parteien seiner Koalition gibt. Sihanouk sagte, er habe die Angelegenheit nicht mit den Chinesen besprochen, bevor er seine Ankündigung gemacht habe. □

## Neue Sanktionen gegen Brasilien

Trotz der Konzessionen, die Brasilien zu dem Thema gemacht hat, amerikanische Computerfirmen den brasilianischen Markt überschwemmen zu lassen, wird erwartet, daß die USA dennoch Handelssanktionen als Vergeltungsmaßnahmen gegen die Beschränkungen auferlegen werden, die Brasilien solchen Firmen wie IBM gesetzt hat – so behaupten Experten in Washington.

Der amerikanische Botschafter in Brasilien, Harry Schlaudeman, ist soeben von einer dringenden Mission im Zusammenhang mit dem Thema Sanktionen und nach Gesprächen im US-Außenministerium nach Brasilien zurückgekehrt.

Schlaudeman traf mit Präsident José Sarney zusammen und trug die Forderungen der Amerikaner vor, daß jeglicher Protektionismus aufgehoben werden solle.

Wenn das geschieht, werden viele brasilianische Firmen Konkurs anmelden müssen. Wenn Sarney nicht kapituliert, werden die Sanktionen auferlegt – was ebenfalls den Bankrott der brasilianischen Exportindustrien bedeuten könnte.

Das Thema hat zu einer großen Auseinandersetzung innerhalb der brasilianischen Geschäftswelt geführt. Die »Gruppe der 30« führenden Exportfirmen will, daß Brasilien den Sanktionen zuvorkommt, da sie bereits geschädigt sind: Flugzeuge, Schuhe und andere von amerikanischen Firmen bestellte Waren werden von den Käufern in den USA nicht akzeptiert werden, wenn sie mit hohen Importzöllen belastet sind.

Die brasilianische Computerindustrie hat bereits vor ihrem Zusammenbruch gewarnt, sollte Sarney vor dem Druck der Amerikaner kapitulieren. □

**USA**

## Pläne zur Befreiung Jonathan Pollards

Carol Pollard, die Schwester des überführten Spions Jonathan Pollar, traf mit dem israelischen Justizminister Avraham Sharir, Kabinettsminister Eliakim Rubenstein und mit über zwanzig weiteren Mitgliedern der Knesset zusammen, um Hilfe für ihren Bruder und dessen Frau Anne zu erbitten, die derzeit in den Vereinigten Staaten eine Gefängnisstrafe absitzen.

David Tunner, Anführer des israelischen Flügels der Gruppe »Internationales Recht für die Pollards«, sagte, die Schwester des Spions versuche, die israelische Regierung davon zu überzeugen, mehr für die Pollards zu tun. »Wenn die Regierung von Israel öffentlich verkündet, daß sie eine Amnestie für die Pollards will«, sagte er, »wäre es schwer für die USA, dies abzulehnen.« □

**UdSSR**

## Breschnews Schwiegersohn droht Korruptions-Verfahren

Yuri Churbanov, der Schwiegersohn des verstorbenen sowjetischen Staatschef Leonid Breschnew, wird wegen »Korruption« vor Gericht gestellt, berichtete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS. Churbanov war ehemaliger stellvertretender Innenminister und sitzt seit dem Jahr 1983 im Gefängnis. Er wird der Annahme von Bestechungsgeldern und des »Amtsmißbrauchs« beschuldigt.

TASS meldet dazu weiter: »Derzeit wird der Angeklagte mit den ermittelten Daten vertraut gemacht und anschließend vor Gericht gestellt.« Die meisten Quellen sind davon überzeugt, daß ihm die Todesstrafe droht.

Im Januar dieses Jahres wurde Breschnews ehemaliger Privatsekretär Gennadi Brovin zu neun Jahren Gefängnis verurteilt, weil er Bestechungsgelder in Höhe von 19 000 Rubel angenommen und »verbotene« Telefone im Kreml benutzt hat.

Schauprozesse wegen Korruption werden auch bald in Usbekistan beginnen, in die ehemalige Funktionäre der kommunistischen Partei auf höchster Ebene verwickelt sind. Die Prozesse, die bisher unter Michail Gorbatschows Perestroika-Regime in Usbekistan stattgefunden haben, haben bisher zu mindestens fünf Todesurteilen geführt: der ehemalige Innenminister und drei seiner Stellvertreter sowie der ehemalige Baumwollminister. □

**Brasilien**

## Waffenverkäufe an Libyen

Brasilien verhandelt derzeit mit Libyen über den Verkauf von High-Tech-Militärausrüstung im Wert von zwei Milliarden Dollar. Eine Käufergruppe aus Libyen auf höchster Ebene hat die Werke der wichtigsten Rüstungsproduzenten Brasiliens besucht und Interesse an Panzern, einen Unterschall-Kampfdüsenjäger, Panzerabwehrwaffen, Luft- und Bodenraketen mit Reichweiten von 100, 600 und 1000 Kilometern bekundet.

Washington, das kürzlich den Import von brasilianischen Computern in die Vereinigten Staaten verboten hat, protestiert heftig gegen die Verhandlungen mit Libyen.

Während Brasilien behauptet, alles in den Verhandlungen mit Libyen falle unter das Thema »Defensive«, sagte der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums Charles Redman, mit Bezugnahme auf Langstreckenraketen: »Für uns fallen solche Waffen nicht unter die Defensi-

ve. Diese Art von Waffen wurden im Angriff Libyens gegen den Tschad eingesetzt.«

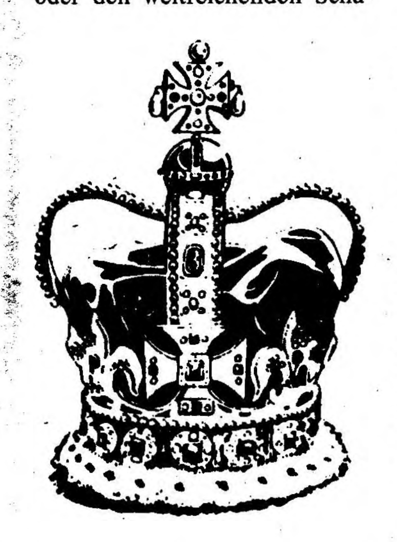
Redman fügte hinzu, Libyens Gaddafi unterstütze auch noch immer den internationalen Terrorismus. In der Vergangenheit, sagte er, hat Libyen in Brasilien gekaufte Waffen in den Iran weiter geleitet.

Der brasilianische Außenminister Abreu Sodre hat einen früheren Protest der Vereinigten Staaten mit den Worten »unbedeutend« zurückgewiesen und brasilianische Regierungsvertreter sagten, Brasilien habe keine andere Wahl als so viele Waffen wie möglich zu verkaufen, um Devisen einzunehmen«. □

## Griechenland

# Als Fremdarbeiter nach Israel

Auf Anweisung des isrealischen Ministers für Industrie und Handel, Ariel Sharon, wurden bereits 10 000 ausländische Arbeiter aus Griechenland und dem Balkan nach Israel importiert und des weiteren noch weitere rekrutiert, um den Mangel an Arbeitskräften in solchen Bereichen wie Bau, Sanitär, Hotelgewerbe zu beheben, der durch den Wirtschaftsboykott der Palästinenser hervorgerufen wurde. Die israelische Regierung hat die sozialen Probleme noch nicht in Betracht gezogen, die wahrscheinlich aus der Schaffung neuer »Minderheiten« im zionistischen Staat resultieren, oder den weitreichenden Schaden bei israelischen Arbeitskräften – das heißt den Palästinensern –, die um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen. □



## Frankreich

# Pétain verlor Ehrenbürgerwürde

Der französische Marschall Philippe Pétain, Sieger der Schlacht von Verdun 1916 und später Staatschef von Vichy-Frankreich, ist nicht mehr Ehrenbürger Verduns. Der Rat der lothringischen Festungsstadt beschloß einstimmig, den Namen Pétains aus der Liste der Ehrenbürger zu streichen. Der Antrag kam von der sozialistischen Fraktion. Pétains Name war bereits einmal 1944 nach der Befreiung von deutscher Besatzung aus den Ehrenbürgerlisten Verduns gestrichen worden. □

## Österreich

# Liga der Freunde des Judentums gegründet

Auf Initiative des Großfleischhändlers Peter Landesmann und mit Nationalbankpräsident Heinz Kienzle als Präsidenten wurde in Wien eine »Liga der Freunde des Judentums« gegründet. Um 100 Schilling im Jahr kann man ordentliches Mitglied werden, um 1000 Schilling förderndes Mitglied, um 10 000 Schilling Stifter oder mit einer einmaligen Spende von 100 000 Schilling ein ganz besonderer Freund.

Laut Finanzierungsplan – Finanzministerium, Unterrichtsministerium, Nationalbank und Stadt Wien haben bereits zugesagt – stehen für den Anfang 1,7 Millionen Schilling zur Verfügung.

Zu den Gründungsmitgliedern gehören Michael Graff (ÖVP), Heinrich Keller (SPÖ) und Norbert Gugerbauer (FDÖ). Die Grünen lehnten eine Mitwirkung ab.

Die israelitische Kultusgemeinde wirft ihrem Mitglied Peter Landesmann – der im übrigen ein Buch über das Judentum geschrieben hat, von dem Hochschulprofessor für Judaismus Kurt Schubert meinte: »Es liegt unter dem Niveau eines Mittelschulaufsatzes« – vor, er hätte anläßlich eines Abendessens bei seinem Freund Jörg Kandutsch (FDÖ) dem gleichfalls dort speisenden Jörg Haider vorgeschlagen, dieser möge in den Vorstand des neuen Vereins kommen. Haider habe abgelehnt. Erste Konflikte sind schon in Sicht. Während Ligavizepräsident Schubert mit dem Gründungsmitglied Norber Gugerbauer (FDÖ) »nicht an einem Tisch sitzen will«, bezeichnete ihn Herr Landesmann als den »Liberalsten der Liberalen«. □




**»Eines Tages, mein Junge, wird das alles Dir gehören.«**

## Gaza-Streifen

# Keine biblischen Namen für die besetzten Gebiete

Israels Außenminister Shimon Peres soll Premierminister Yitzhak Shamir vor kurzem bei einer Kabinettssitzung wütend gemacht haben, als er meinte, er beabsichtige von nun an in der Öffentlichkeit die besetzten palästinensischen Gebiete als West Bank und Gaza-Streifen statt Judäa, Samaria und Gaza zu bezeichnen.

Die Verwendung der biblischen Namen für die besetzten Territorien hat einen starken politischen und emotionalen Einfluß auf Israel, weil er impliziert, daß diese Länder ein integraler Bestandteil des modernen Israels sind, ebenso wie sie ein Bestandteil des alten israelitischen Königsreichs waren. Das ist die Ansicht von Shamirs Likud-Partei und anderen extremistischen politischen und religiösen Gruppen.

Peres benutzte die neue Terminologie zum ersten Mal in einer Rede beim Harry S. Truman-Institut der Hebräischen Universität. □

# Briefe

## Betr.: US-Dollar »Falsche Geldpolitik der USA«, Nr. 1/88

Schon in der Überschrift wird der Eindruck erweckt, als wären die Folgen der Zinsausbeutung die Folgen eines Irrtums. Wie eine mit Zinsen ausgebeutete Weltwirtschaft auf Dauer funktionieren soll, das muß man uns erklären. Wenn man uns die Zinsausbeutung als Folge eines Irrtums verkaufen will, dann war die Ausbeutung wie die Ausbeutung der Menschen durch Leibeigenschaft, Sklaverei, Kolonialismus auch die Folge eines Irrtums. Die Zinsausbeutung ist genauso eine Ausbeutung der Menschen durch Leibeigenschaft und Sklaverei. Formulierungen wie Monetarismus sind nichts anderes als Kosmetik der Verschleierung.

Herr Geißler hat einmal erklärt, wer die Wahrheit nicht kennt, die Unwahrheit sagt, ist nur dumm. Wer die Wahrheit kennt, trotzdem die Unwahrheit sagt, ist ein Verbrecher.

Beschäftigen wir uns der Einfachheithalber mit der Bundesrepublik. Als 1974 die Zinsen auf 13 % geschraubt wurden, sind schlagartig 40 000 Unternehmen und 1 Million Arbeitsplätze vernichtet worden.

Herr Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat diese Ausbeutung und ihre Folgen als Zurückschneiden des Wildwuchses verkauft. War das Ausbeutung oder Irrtum, Dummheit oder Verbrechen? Anschließend wollte man die Arbeitslosen mit Schuldenmachen von der Straße bringen. Die Arbeitslosen wurden nicht weniger, statt dessen mehr. Die Bundesrepublik wurde aber dabei total verschuldet. Ist das Irrtum oder Zinsausbeutung? War das gewollte Ausbeutung oder eine vom Himmel gefallene Katastrophe?

Obwohl man heute weiß, daß die bereits vorhandenen Schulden nicht zurückzahlbar sind, werden weitere Schulden gemacht. Glaubt man, daß die Auswirkungen wie in den USA ausbleiben? Die Rechnung wird uns eines Tages wie den USA präsentiert. In welcher Form, bleibt abzuwarten, aber die Rechnung kommt mit absoluter Sicherheit.

Nun haben einzelne Politiker bereits zu erkennen gegeben, wie das Problem gelöst werden könnte.

Herr Strauß nannte es Vermögensabgabe, Herr Glotz Lastenausgleich. Von der Kosmetik abgesehen, ist es dasselbe. Im Klartext sollen die Häuslebauer die Schulden der Politiker bezahlen. Das wäre Enteignung zugunsten des Zinskapitals. Wie die Rechnung auch aussehen wird, fest steht, bezahlt wird sie nicht vom Zinskapital, sondern vom kleinen Mann. Ist das alles Irrtum oder planmäßige Ausbeutung?

Die Menschen der dritten Welt werden planmäßig durch Zinsen ausgebeutet. Dabei zahlen wir Entwicklungshilfe, was nichts anderes ist als verschleierte Zinsbeihilfe.

Verschiedene Politiker wollen auch heute noch mit weiterer Verschuldung die Arbeitslosen beschäftigen. In Wirklichkeit wird mit Arbeitslosen von der Zinsrendite abgelenkt, denn ohne Lösung der Zinsfrage ist das Arbeitsproblem nicht zu lösen. Die Zinsfrage will man in den USA sowenig lösen wie in der Bundesrepublik. Ohne übertreiben zu wollen, darf man sagen, in den USA überhaupt nicht.

Wie wenig in der Bundesrepublik die wirkliche Absicht besteht, die Probleme zu lösen, sollte man wissen, daß im Buch »Die Wirtschaftsunternehmen des DGB« der Satz steht, es ist der höchste Zins anzustreben, der am Markt zu erreichen ist.

Im Nürnberger Programmentwurf will die SPD eine Europawährung mit attraktiver Zinsausstattung, das heißt Hochzinspolitik, und das von Politikern, die das Kapital verfrühstücken wollen, in Wirklichkeit aber Eigentum als Kapital verkaufen und eine Enteignung zugunsten des Zinskapitals betreiben.

In Anbetracht dieses Tatbestandes ist die Frage berechtigt, ist es Irrtum oder Ausbeutung. Ist es nur Dummheit oder Verbrechen? Um das Schuldenproblem zu lösen, bestehen verschiedene Möglichkeiten. Aber ohne Lösung der Zinsfrage wird jede Möglichkeit ein Ausbeutungsbetrug. Man könnte zum Beispiel die Schulden annullieren. Die zweite Möglichkeit wäre Inflation. Vieles spricht in den USA für diese Möglichkeit. In Deutschland wurde es 1923 praktiziert.

Die dritte Möglichkeit: eine Währungsreform, wie sie in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg praktiziert wurde. Die vierte Möglichkeit wäre eine Vermögensabgabe, wie sie Herr Strauß und Herr Glotz vorschlagen. Die fünfte Möglichkeit wäre, die Schulden beim 0-Zins einzufrieren, bei einer 4-bis 5 prozentigen Rückzahlung im Jahr. Diese Möglichkeit wäre die gerechteste, aber nicht im Sinne des Zinskapitals.

Für die USA dürfte diese Möglichkeit die unwahrscheinlichste sein. Mit Zinsausbeutung gibt es aber für die USA keine gesunde Handelspolitik, die von den USA zur Stabilisierung der Wirtschaft und des Dollars gebraucht wird. Mit sogenannter Entwicklungshilfe, die in Wirklichkeit eine verschleierte Zinssubvention ist, wird weder der dritten Welt gedient noch kann der Dollar noch die USA-Wirtschaft stabilisiert, andere wie 1974 in den Strudel der USA aber mit hineingezogen werden.

Volkswirtschaften, für die der Außenhandel lebenswichtig ist, wie die der Bundesrepublik, sind gut beraten, wenn sie mit der dritten Welt weitgehend Tauschhandel anstreben. Das Gerede vom freien Welthandel ist Verschleierung der Wirklichkeit, solange die Zinsfrage nicht gelöst ist.

Auch Stützungskäufe des Dollars sind eine Ausbeutung und Verschleierung der Wirklichkeit.

Alois Balluschek, Hamm

## Betr.: Zionismus »Eine politische Philosophie«, Nr. 3/88

In Ihrer Zeitschrift nehmen jüdisch-israelische Belange einen großen Raum ein, dabei bemühen Sie sich, zwischen Judentum und Zionismus zu unterscheiden. Dies ist natürlich sehr schwierig, sagte doch schon ein Göring: Wer Jude ist, bestimme ich. Es scheint, als ob Zionismus und Chauvinismus einerseits und Judentum und Vaterlandsliebe andererseits gleichbedeutend wären.

Des öfteren klingen die Verurteiler des »Antisemitismus«, als ob Menschen, die eine Abneigung gegen das Judentum empfinden, psychisch defekt sein müssen. Sie gehen davon aus, daß es ganz normal ist, wenn rassisch, sprachlich und religiös Fremde in einem sonst relativ homogenen Volk leben und dabei ihre Andersartigkeit beibehalten wollen.

Wenn Menschen in ein fremdes Land ziehen, um dort zu bleiben, nennt man sie Einwanderer. Man erwartet von ihnen möglichst rasche vollständige Integration und vor allem Loyalität. Man sieht es nicht gerne, wenn sie sich zusammenballen, ihre alte Sprache beibehalten und eigene Schulen verlangen. In Krisensituationen gilt das Mißtrauen der Einheimischen verständlicherweise zuerst diesen Fremden, die offensichtlich nicht wirklich zu ihnen gehören wollen. Ist solcher Antisemitismus wirklich nur Schuld der »Nichtjuden«?

Vor kurzem starb Herr Nachmann, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Schon in diesem Vereinsnamen kommt die bewußte Distanzierung der ehemaligen Einwanderer zu ihrer »Heimat« zum Ausdruck. Warum nennen sie sich nicht Deutsche jüdischer Abstammung oder Religion? Wir haben auch keinen Zentralrat der Polen in Deutschland, obwohl es im Ruhrgebiet viele Deutsche gibt, deren Urgroßeltern noch Polen waren.

Deutsche Eltern sind gezwungen, ihre Kinder in Schulen mit oft hohem Ausländeranteil zu schicken, gleichzeitig findet man es großartig, daß es nun wieder jüdische Schulen gibt.

Es sind solche Kleinigkeiten, die je nach Blickwinkel als Diskretion oder als »typisch« jüdische Arroganz verstanden werden können.

Werner Hofmeister, Stuttgart

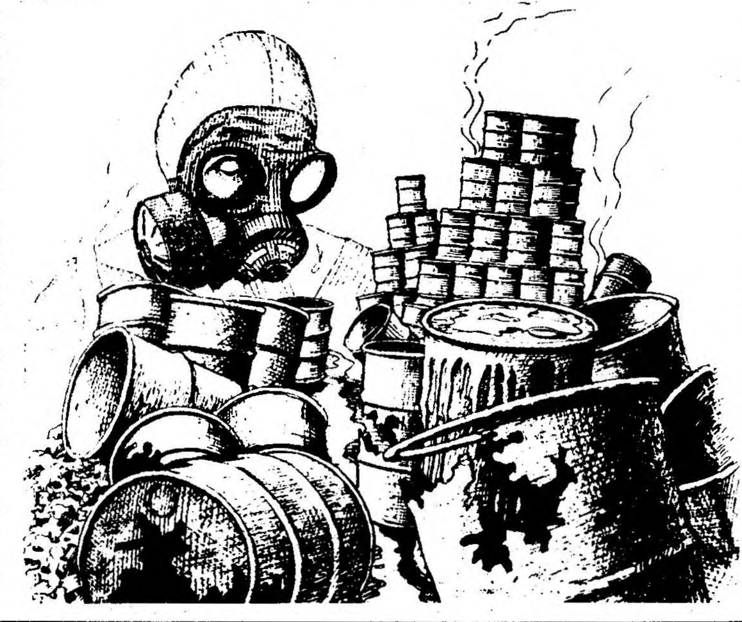
## Betr.: Vatikan »Das Christentum zu Rom«, Nr. 12/87

Entspricht vorgenannter Text der Originalhandschrift, muß man daraus schließen, daß C. F. Romanus als Aufseher-Episkopos der römischen Nazarener-Judenchristengemeinde, da er durch diesen Text sein eigenes Nest sozusagen beschmutzte, absichtlich das Dokument der Nachwelt hinterließ, um als Römer die christliche Lehre zu verwirren und Zwietracht zu stiften zwischen Christen und Juden!

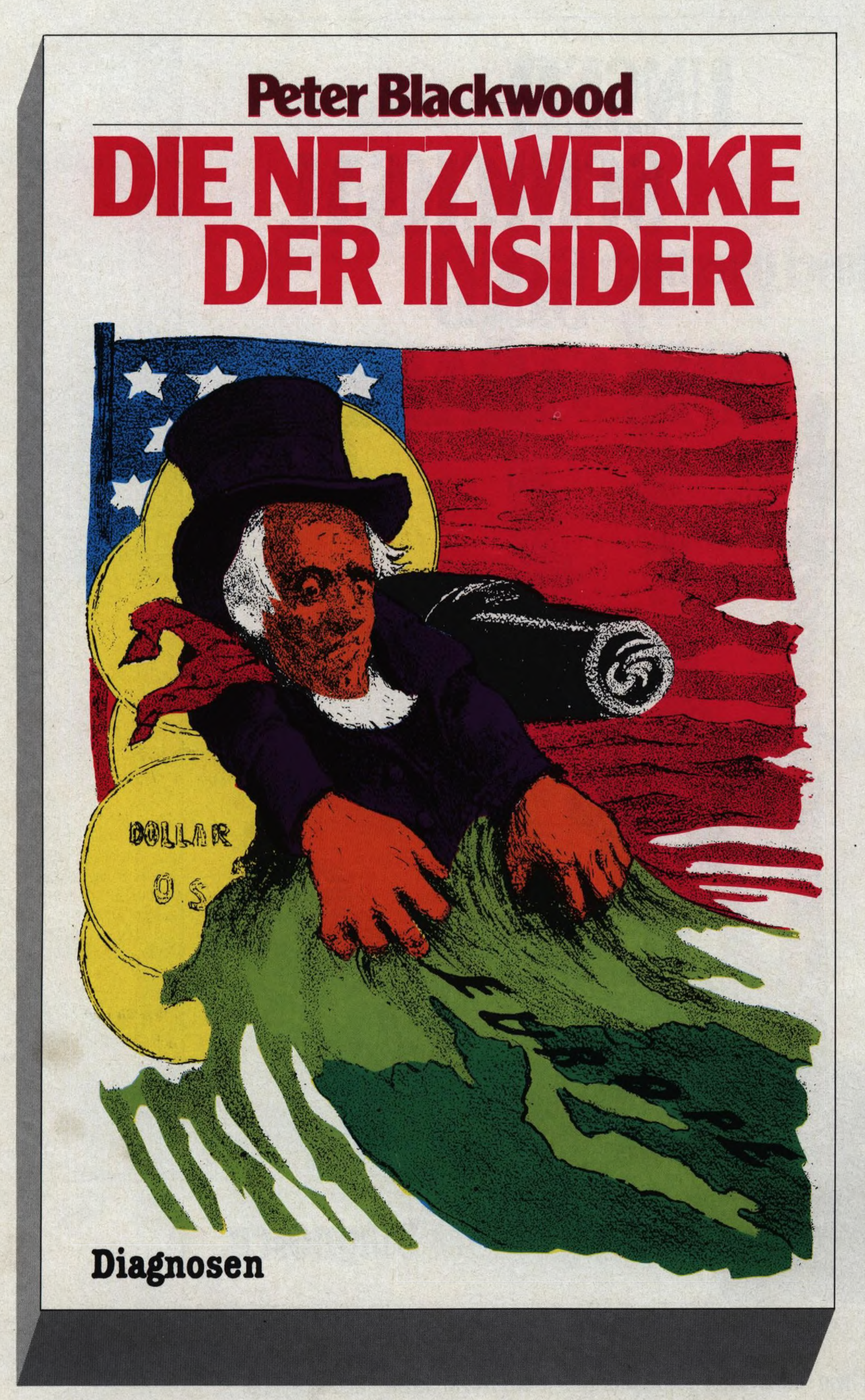
Angeblich besaßen die Nazarener-Judenchristen bereits im Jahre 34. n. Chr. das wahre Evangelium des Matthäus; laut neuer Bibelforschung wurde aber erst gegen Ende 70 n. Chr. als erstes Evangelium das Markusevangelium geschrieben, dem das Matthäusevangelium als synopstisches folgte. Abgesehen auch vom Lukas- und Johannesevangelium ist daraus zu ersehen, daß hier diabolisches Machwerk betrieben wurde.

Andererseits weist dieser Artikel infolge seiner blasphemischen Art und Weise viel Ähnlichkeit auf mit der »Magischen Weltsicht«, so daß man auch diesen, wahrscheinlich steckt derselbe Autor dahinter, als infame Waffen gegen das wahre Christentum erkennen kann!

Gertrude Pawlisz, Berlin



***Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.***




***Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,– ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg. Zu beziehen über den Buchhandel.***